



Bericht zur Sozialen Lage in Heidelberg 2010

ENTWURF

Herausgeber

Stadt Heidelberg
Postfach 10 55 20
69045 Heidelberg

Redaktion, Koordination, Layout
Amt für Stadtentwicklung und Statistik

Tel. 06221 58-21500
Fax 06221 58-48120
E-Mail: stadtentwicklung@heidelberg.de

Impressum

Herausgeber

Stadt Heidelberg
Postfach 10 55 20
69045 Heidelberg

Beteiligte Fachämter

Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Bürgeramt
Amt für Chancengleichheit
Amt für Schule und Bildung
Amt für Soziales und Senioren
Kinder- und Jugendamt
Amt für Baurecht und Denkmalschutz
Amt für Wirtschaftsförderung und Beschäftigung

Externe Mitglieder des Arbeitskreises

Michael Mwa Allimadi, Vorsitzender des Ausländerrates/Migrationsrates
Ralf Baumgarth, Paritätischer Wohlfahrtsverband
Dr. Vadim Galperin, Jüdische Kultusgemeinde
Petra Herold, DRK
Hubert Herrmann, Caritas
Martin Heß, Diakonisches Werk Heidelberg
Gerald Kraus, GGH
Michaela Schadeck, Beirat von Menschen mit Behinderungen
Kirsten Schmitt, Jobcenter
Hermann Stammer, AWO

Leitung

Bürgermeister Dr. Joachim Gerner

Redaktion, Koordination, Layout

Amt für Stadtentwicklung und Statistik

Heidelberg, Juli 2011

Inhaltsverzeichnis

1	Einführung	1
1.1	Ausgangssituation	1
1.2	Ziel und Aufbau des Berichtes 2010	2
1.3	Entwicklung der Armutsgrenze	4
2	Einwohner- und Haushaltsstruktur Heidelbergs	9
2.1	Einwohnerstruktur	9
2.2	Haushaltsstruktur	12
2.3	Migrantinnen und Migranten in Heidelberg	14
2.4	Menschen mit Behinderung in Heidelberg	18
3	Milieus in Heidelberg	23
4	Erwerbssituation - Menschen mit und ohne Arbeit	33
4.1	Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort	34
4.2	Prekäre Arbeitsverhältnisse	39
4.3	Arbeitslosigkeit	41
4.4	Unterbeschäftigung	49
5	Einkommenslage	51
5.1	Lohn- und Einkommensteuerstatistik	53
5.2	Transferleistungen	57
5.2.1	Arbeitslosigkeit nach Rechtskreis SGB III und SGB II	57
5.2.2	Leistungsberechtigte in der Arbeitslosenversicherung nach SGB III	58
5.2.3	Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II	61
5.2.4	Transferleistungen für nicht Erwerbsfähige - Sozialhilfe (SGB XII und AsylBLG)	82
5.2.5	Kommunale Leistungen	88
5.3	Zusammenfassung	90
6	Bildung	91
6.1	Bildungsvielfalt in Heidelberg	91
6.2	Bildungsabschlüsse in Heidelberg	98
6.3	Zugang zur Berufsausbildung im Dualen System	104
6.4	Zusammenfassung	106
7	Wohnsituation	109
7.1	Geförderte und vertraglich gebundene Wohnungen	109
7.2	Wohnen mit Behinderung und im Alter	111
7.3	Wohngeld	113
7.4	Wohnsituation von ALG II - Empfängerinnen und Empfänger	121
7.5	Wohnen ohne Mietvertrag - wer die Wohnung verloren hat	125
7.6	Obdachlosigkeit	127
7.7	Zusammenfassung	128

8	Ergebnisse für ausgewählte Gruppen	131
8.1	Migrantinnen und Migranten	131
8.2	Haushalte mit Kindern/Alleinerziehende	134
8.3	Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene	136
8.4	Ältere Menschen	138
8.5	Menschen mit Behinderung	140
9	Armutsgefährdete insgesamt	141
10	Zusammenfassung	147
Quellenverzeichnis		
Anhang		

Abbildungsverzeichnis

	Seite
Abbildung 2.1: Einwohner in Heidelberg nach Stadtteilen und Altersklassen am 31.12.2009	11
Abbildung 2.2: Haushaltsstruktur insgesamt am 31.12.2009	12
Abbildung 2.3: Anteil der Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren an allen Haushalten in Heidelberg am 31.12.2009	13
Abbildung 2.4: Anteil der Ein-Eltern-Familien an allen Haushalten in Heidelberg am 31.12.2009	13
Abbildung 2.5: Anteil der Ein-Eltern-Familien an allen Haushalten mit Kindern unter 18 Jahren in Heidelberg am 31.12.2009	13
Abbildung 2.6: Anteil der Ausländer an den Einwohnern in Heidelberg am 31.12.2009 nach Stadtteilen	17
Abbildung 2.7: Schwerbehinderte Menschen mit gültigem Ausweis in Heidelberg zum 31.12.2009 nach Grad der Behinderung insgesamt	20
Abbildung 3.1: Die MOSAIC-Milieus - Kurzcharakteristik	24
Abbildung 3.2: MOSAIC-Milieus in Deutschland 2009	25
Abbildung 3.3: MOSAIC-Milieus in Deutschland und in Heidelberg	26
Abbildung 3.4: Dominantes Milieu in den Baublöcken in Heidelberg	27
Abbildung 3.5: Anteil des Milieus der Etablierten an den Haushalten nach Stadtviertel in Heidelberg	28
Abbildung 3.6: Anteil des Milieus der Postmateriellen an den Haushalten nach Stadtviertel in Heidelberg	28
Abbildung 3.7: Anteil des Milieus der Modernen Performer an den Haushalten nach Stadtviertel in Heidelberg	29
Abbildung 3.8: Anteil des Milieus der Konservativen an den Haushalten nach Stadtviertel in Heidelberg	29
Abbildung 3.9: Anteil des Milieus der Traditionsverwurzelten an den Haushalten nach Stadtviertel in Heidelberg	30
Abbildung 3.10: Anteil des Milieus der DDR-Nostalgischen an den Haushalten nach Stadtviertel in Heidelberg	30
Abbildung 3.11: Anteil des Milieus der Bürgerlichen Mitte an den Haushalten nach Stadtviertel in Heidelberg	31
Abbildung 3.12: Anteil des Milieus der Konsum-Materialisten an den Haushalten nach Stadtviertel in Heidelberg	31
Abbildung 3.13: Anteil des Milieus der Hedonisten an den Haushalten nach Stadtviertel in Heidelberg	32
Abbildung 3.14: Anteil des Milieus der Experimentalisten an den Haushalten nach Stadtviertel in Heidelberg	32
Abbildung 4.1: Entwicklung der SVP- Beschäftigten am Wohnort in Heidelberg jeweils zum 31.12.	36
Abbildung 4.2: Anteil der Ausländer an den SVP-Beschäftigten in Heidelberg am 31.12.2009 nach Stadtteilen	37

	Seite
Abbildung 4.3: Anteil der unter 25-Jährigen an den SVP-Beschäftigten in Heidelberg am 31.12.2009 nach Stadtteilen	37
Abbildung 4.4: Entwicklung der SVP-Beschäftigten am Wohnort von 2005 zu 2009 nach Stadtteilen in Prozent	38
Abbildung 4.5: Anteil der ausschließlich geringfügig Beschäftigten an den Personen im erwerbsfähigen Alter in Heidelberg am 30.06.2009 nach Stadtteilen	40
Abbildung 4.6: Arbeitslose sowie Arbeitslosenquote von 2000 bis 2009 in Heidelberg (jeweils am 31.12.)	41
Abbildung 4.7: Variationsbreite der Arbeitslosenquote in Heidelberg zum Dezember 2009 nach Stadtvierteln (sortiert nach Stadtvierteln mit 15 und mehr Arbeitslosen)	43
Abbildung 4.8: Arbeitslose nach Altersgruppen in Heidelberg	44
Abbildung 4.9: Arbeitslosenquote in Heidelberg im Dezember 2009	46
Abbildung 4.10: Entwicklung der Arbeitslosenquote in Heidelberg im Dezember 2009 zu Dezember 2005	46
Abbildung 4.11: Ausländeranteil an den Arbeitslosen in Heidelberg nach Stadtteilen 2005 und 2009 (sortiert nach Anteil 2009)	47
Abbildung 4.12: Schwerbehindertenanteil an den Arbeitslosen in Heidelberg nach Stadtteilen 2005 und 2009 (sortiert nach Anteil 2009)	48
Abbildung 4.13: Langzeitarbeitslosenanteil an den Arbeitslosen in Heidelberg nach Stadtteilen 2005 und 2009 (sortiert nach Anteil 2009)	48
Abbildung 5.1: Verteilung der kumulierten Gesamtbeträge der Einkünfte auf die Steuerpflichtigen in Prozent in Heidelberg am 31.12.2004 (Lorenzkurve)	54
Abbildung 5.2: Einkunftsarten der Lohn- und Einkommenssteuerpflichtigen in Prozent in Heidelberg und Baden-Württemberg 2004	55
Abbildung 5.3: Arbeitslose nach Rechtskreisen sowie Hilfsbedürftige nach Erwerbsstatus in Heidelberg im Dezember 2009	57
Abbildung 5.4: Leistungsbezieher/-innen nach dem SGB II je 1.000 Einwohner im Dezember 2009	63
Abbildung 5.5: Anteil der nichterwerbsfähigen Hilfebedürftigen (neHb) unter 15 Jahren an der Wohnbevölkerung unter 15 Jahren nach Stadtteilen in Heidelberg im Dezember 2009	65
Abbildung 5.6: Anteil der ausländischen nichterwerbsfähigen Hilfebedürftigen (neHb) unter 15 Jahren an der ausländischen Wohnbevölkerung unter 15 Jahren nach Stadtteilen in Heidelberg im Dezember 2009	65
Abbildung 5.7: Typen der Bedarfsgemeinschaften im Dezember 2009 in Heidelberg nach Stadtteilen	67
Abbildung: 5.8: Bedarfsgemeinschaften nach Typen im Dezember 2009 in Heidelberg	67
Abbildung: 5.9: Bedarfsgemeinschaften nach Anzahl der Kinder unter 18 Jahren im Dezember 2009	68
Abbildung 5.10: Anteil der Alleinerziehendenbedarfsgemeinschaften an allen Ein- elternhaushalten im Dezember 2009 nach Stadtteilen	68

Abbildung 5.11:	Anteil der Bedarfsgemeinschaften mit Kindern unter 18 Jahren an allen Haushalten mit Kindern unter 18 Jahren in Heidelberg im Dezember 2009	69
Abbildung 5.12:	Geschlechterverhältnis der SGB II-Leistungsbezieher/-innen nach Personengruppen im Vergleich zu entsprechenden Wohnbevölkerungsgruppen im Dezember 2009	71
Abbildung 5.13:	Anteil der Leistungsempfänger verschiedener Gruppen an den entsprechenden Wohnbevölkerungsgruppen im Dezember 2009	72
Abbildung 5.14:	Anteil der ausländischen erwerbsfähigen Hilfebedürftigen an allen erwerbsfähigen Hilfebedürftigen im Dezember 2009	73
Abbildung 5.15:	SGB II-Leistungsempfänger nach Nationalitäten im Dezember 2009	73
Abbildung 5.16:	Erwerbsfähige Hilfebedürftige insgesamt und ausländische nach Alter in Heidelberg im Dezember 2009	74
Abbildung 5.17:	Anteil der erwerbstätigen Leistungsbezieher/-innen an allen erwerbsfähigen Hilfebedürftigen nach sozialen Gruppen	76
Abbildung 5.18:	Erwerbstätige Leistungsbezieher/-innen nach Beschäftigungsart	76
Abbildung 5.19:	Erwerbsfähige Hilfebedürftige nach bisheriger Verweildauer im Hilfebezug im Dezember 2009	78
Abbildung 5.20:	Anteil der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen mit einer bisherigen Verweildauer von unter 6 Monaten sowie von 4 Jahren und mehr an allen erwerbsfähigen Hilfebedürftigen im Dezember 2009 nach Stadtteilen	80
Abbildung 5.21:	Anteil der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen mit einer bisherigen Verweildauer von 4 Jahren und mehr an allen erwerbsfähigen Hilfebedürftigen im Dezember 2009	81
Abbildung 5.22:	Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung innerhalb und außerhalb von Einrichtungen vom 31.12.2005 bis zum 31.12.2009	82
Abbildung 5.23:	Grundsicherungs-Empfänger/-innen außerhalb von Einrichtungen nach Nationalität am 31.12.2009	84
Abbildung 5.24:	Grundsicherungs-Empfänger/-innen über 64 Jahre außerhalb von Einrichtungen nach Nationalität am 31.12.2009	84
Abbildung 5.25:	Empfänger von Grundsicherung im Alter über 64 Jahre außerhalb von Einrichtungen je 1.000 Einwohner über 64 Jahre zum 31.12. in Heidelberg	86
Abbildung 5.26:	Zahl der bewilligten Heidelberg-Pass - Anträge 2005 und 2009 (Personen)	89
Abbildung 6.1:	Abgänger/-innen ohne Hauptschulabschluss aus öffentlichen und privaten allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in Heidelberg seit 2000 nach Schulart	101
Abbildung 6.2:	Ausländische Abgänger/-innen mit (Fach-) Hochschulreife seit 2000 nach Schulart	103
Abbildung 6.3:	Mittlere Bildungsabschlüsse von Ausländern in Heidelberg seit 2000	103
Abbildung 6.4:	Auszubildende unter den Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort Heidelberg (jeweils zum 30.06.)	105
Abbildung 6.5:	Auszubildende unter den Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort (jeweils zum 30.06.)	105

	Seite
Abbildung 7.1: Struktur der Empfängerhaushalte von Allgemeinem Wohngeld in Heidelberg im Vergleich zur Haushaltsstruktur insgesamt am 31.12.2009	117
Abbildung 7.2: Empfängerhaushalte von Allgemeinem Wohngeld in Heidelberg und Baden-Württemberg am 31.12.2009 nach Erwerbsstatus	119
Abbildung 7.3: Zwei- und Mehrpersonenhaushalten, die in Heidelberg am 31.12.2009 - Allgemeines Wohngeld bezogen nach Kinderzahl	119
Abbildung 7.4: Durchschnittliche monatliche Wohnkostenbelastung der Haushalte vor und nach Wohngeldbezug in Prozent und in Euro zum 31.12.2009	120
Abbildung 7.5: Höhe der durchschnittlich anerkannten (Brutto-) Warmmiete in Euro je m ² nach Größe der Bedarfsgemeinschaft im Dezember 2009	123
Abbildung 7.6: Höhe der durchschnittlich anerkannten (Brutto-) Warmmiete in Euro je m ² nach dem Familientyp der Bedarfsgemeinschaft im Dezember 2009	123
Abbildung 8.1: Ausgewählte Strukturdaten über die Ausländeranteile in % an ... in Heidelberg im Dezember 2009	132
Abbildung 8.2: Ausgewählte Strukturdaten über die Anteile der Alleinerziehenden-Haushalte in Prozent an ... in Heidelberg zum 31.12.2009	135
Abbildung 8.3: Alle Leistungsbezieher/-innen nach dem SGB II und SGB XII außerhalb von Einrichtungen je 1.000 Einwohner im Dezember 2009	139
Abbildung 9.1: Grundsicherungsbezieher/-innen nach SGB II und SGB XII* je 1.000 Einwohner im Dezember 2009 und 2005	143
Abbildung 9.2: Alle Leistungsbezieher/-innen nach dem SGB II und SGB XII außerhalb von Einrichtungen je 1.000 Einwohner im Dezember 2009	145
Abbildung 10.1: Bezieher/-innen von Grundsicherungsleistungen nach SGB II und SGB XII je 1.000 Einwohner	147
Abbildung 10.2: Geschätzte Armutsrisiken in Heidelberg	150

Tabellenverzeichnis

	Seite
Tabelle 1.1: Auswertungsdimensionen für den Bericht zur Sozialen Lage 2010	2
Tabelle 1.2: Methodenvergleich der beiden Erhebungen zur Ermittlung der Armutsgefährdung	5
Tabelle 1.3: Armutsgefährdungsgrenzen nach Haushaltstypen in Baden-Württemberg 2009 gemäß Mikrozensus gemessen am Landesmedian	5
Tabelle 1.4: Armutsgefährdungsquoten nach soziodemografischen Merkmalen in Prozent für Baden-Württemberg und die Bundesrepublik Deutschland 2009	6
Tabelle 2.1: Einwohner in Heidelberg am 31.12.2009 nach Altersklassen und Geschlecht	10
Tabelle 2.2: Einwohner in Heidelberg 2000, 2005 und 2009 nach Altersklassen jeweils zum 31.12.	10
Tabelle 2.3: Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft in Heidelberg am 31.12.2009 und 31.12.2006 nach Rangfolge der zehn häufigsten Nationen innerhalb und außerhalb der EU	16
Tabelle 2.4: Einwohner/-innen in Heidelberg nach Alter und Nationalität zum 31.12.2009 und Veränderung zu 2005	16
Tabelle 2.5: Ausländerinnen und Ausländer in Heidelberg am 31.12.2009 nach Altersklassen und Geschlecht	17
Tabelle 2.6: Entwicklung der schwerbehinderten Menschen mit gültigem Ausweis zwischen 2005 und 2009 (jeweils zum 31.12.) nach Alter und Nationalität	20
Tabelle 2.7: Anzahl der Personen mit einem Grad der Behinderung unter 50 in Heidelberg im August 2010	20
Tabelle 2.8: Schwerbehinderte Menschen mit gültigem Ausweis in den kreisfreien Städten Baden-Württembergs und ihre Veränderung zwischen 2005 und 2009 (jeweils zum 31.12.)	21
Tabelle 2.9: Schwerbehinderte Menschen mit gültigem Ausweis in Heidelberg nach Geschlecht 2005 und 2009 (jeweils zum 31.12.)	21
Tabelle 2.10: Anteile der Schwerbehinderten mit gültigem Ausweis zum 31.12.2009 an der Bevölkerung der jeweiligen Altersklasse in Prozent	21
Tabelle 3.1: MOSAIC-Milieus in Deutschland und in Heidelberg 2009	25
Tabelle 4.1: Einwohner und Erwerbstätige am Wohnort nach Geschlecht und Nationalität in Heidelberg zum 30.06.2009	33
Tabelle 4.2: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort Heidelberg nach ausgewählten Merkmalen 2009 und 2005 (jeweils zum 31.12.)	34
Tabelle 4.3: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort in Heidelberg nach ausgewählten Merkmalen und Stadtteilen zum 31.12.2009	36
Tabelle 4.4: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort in Heidelberg nach Bildungsabschlüssen zum 31.12.2009	38
Tabelle 4.5: Geringfügig Beschäftigte am Wohnort zum 30.06.2009 in den Stadtkreisen Baden-Württembergs, dem Rhein-Neckar-Kreis und dem Land	40
Tabelle 4.6: Arbeitslose und Arbeitslosenquote in baden-württembergischen Stadtkreisen 2005 und 2009	42
Tabelle 4.7: Arbeitslose nach Geschlecht, Alter und Nationalität von 2005 bis 2009 in Heidelberg	44

	Seite
Tabelle 4.8: Strukturmerkmale Arbeitsloser in Heidelberg nach Stadtteilen im Dezember 2009	47
Tabelle 4.9: Unterbeschäftigte und Unterbeschäftigtenquote in den baden-württembergischen Stadtkreisen im Dezember 2009	49
Tabelle 5.1: Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage in Heidelberger Telefonumfragen 2000, 2006 und 2009 - Angaben in Prozent (ohne mittlere Kategorie)	52
Tabelle 5.2: Lohn- und Einkommenssteuerepflichtige und Gesamtbetrag der Einkünfte in Heidelberg 2004 nach Größenklassen des Gesamtbetrages der Einkünfte	53
Tabelle 5.3: Lohn- und Einkommenssteuerepflichtige nach Größenklassen des Gesamtbetrages der Einkünfte in Heidelberg und Baden-Württemberg 2004	54
Tabelle 5.4: Arbeitslose in Heidelberg zum Dezember 2009 nach Rechtskreisen	59
Tabelle 5.5: ALG I - Empfänger/-innen in Heidelberg zum 31.12.2009 im Vergleich zu den kreisfreien Städten, dem Rhein-Neckar-Kreis und dem Land Baden-Württemberg	59
Tabelle 5.6: Empfänger/-innen von Arbeitslosengeld I in Heidelberg nach Stadtteilen und Geschlecht zum Dezember 2009 und Veränderung zu 2005	64
Tabelle 5.7: Leistungsbezieher/-innen nach dem SGB II im Vergleich der Stadtkreise Baden-Württembergs, dem Rhein-Neckar-Kreis, Land und Bund im Dezember 2009 und 2005	62
Tabelle 5.8: Erwerbsfähige und nichterwerbsfähige Leistungsbezieher/-innen nach dem SGB II im Dezember 2009 nach Stadtteilen	63
Tabelle 5.9: Nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige nach dem SGB II nach ausgewählten Altersgruppen im Dezember 2009 nach Stadtteilen	64
Tabelle 5.10: Bedarfsgemeinschaften mit Kindern unter 18 Jahren im Dezember 2009 in Heidelberg nach Stadtteilen	69
Tabelle 5.11: Ausländische Bevölkerung und ausländische Hilfebedürftige im Dezember 2009 nach Stadtteilen	71
Tabelle 5.12: Erwerbsfähige Hilfebedürftige nach dem SGB II nach Altersgruppen, Geschlecht und Nationalität im Dezember 2009 in Heidelberg	75
Tabelle 5.13: Erwerbsfähige Hilfebedürftige nach dem SGB II nach Altersgruppen und Stadtteilen im Dezember 2009 in Heidelberg	75
Tabelle 5.14: Erwerbstätige Leistungsbezieher/-innen nach Art der Erwerbstätigkeit und Höhe ihres Bruttoeinkommens im Dezember 2009 nach Stadtteilen	77
Tabelle 5.15: Erwerbsfähige Hilfebedürftige nach bisheriger Verweildauer im Hilfebezug und bestimmten Gruppen im Dezember 2009	79
Tabelle 5.16: Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen nach Altersjahren in Heidelberg am 31.12.2009	84
Tabelle 5.17: Entwicklung der Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen nach Altersjahren in Heidelberg vom 31.12.2005 bis zum 31.12.2009	84
Tabelle 5.18: Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung innerhalb und außerhalb von Einrichtungen in den baden-württembergischen Stadtkreisen, dem Rhein-Neckar-Kreis und Baden-Württemberg 2009	86

	Seite
Tabelle 5.19: Zahl der bewilligten Heidelberg-Pass - Anträge 2010 (Personen)	89
Tabelle 6.1: Übergänge insgesamt von Kindern aus Klassenstufe 4 . . .	96
Tabelle 6.2: Ausländeranteile an Heidelbergs Schulen	97
Tabelle 6.3: Abgänger/-innen aus öffentlichen und privaten allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in Heidelberg nach Abschlussart und Schulart	99
Tabelle 7.1: Wohnungsbestand insgesamt und Wohnungen mit Sozialbindung nach Stadtteilen am 31.12.2009	110
Tabelle 7.2: Mietinteressenten für Wohnungen bei der GGH am 31.12.2009	111
Tabelle 7.3: Wohngeld-Einkommensgrenzen und Höchstbeträge für die zuschussfähige Miete in Gemeinden der Mietenstufe V, zu der Heidelberg zählt	117
Tabelle 7.4: Wohngeldhaushalte je 1.000 Einwohner/-innen am 31.12.2009	117
Tabelle 7.5: Belastungsgrad von Wohngeldhaushalte nach Haushaltsgrößen in Heidelberg zum 31.12.2009	119
Tabelle 7.7: Durchschnittliche monatliche Miete von Wohngeldhaushalten je m ² Wohnfläche in Euro am 31.12.2009 in Heidelberg	120
Tabelle 7.6: Empfängerhaushalte von Allgemeinem Wohngeld am 31.12.2009 in Heidelberg nach Höhe des monatlichen Wohngeldes (Miet- und Lastenzuschuss)	120
Tabelle 9.1: Schätzung der armutsgefährdeten Personen in Heidelberg zum 31.12.2009	141
Tabelle 9.2: Einwohner und geschätzte Armutsgefährdete in Heidelberg und Baden-Württemberg 2009 nach Altersklassen	145
Tabelle 10.1: Geschätzte Armutsrisiken in Heidelberg und Baden-Württemberg 2009 nach Gruppen	151

1. Einführung

1.1. Ausgangssituation

„Die Städte und Stadtregionen in Deutschland sind insbesondere seit den 90er Jahren durch wachsende Ungleichheit und zunehmende Heterogenität gekennzeichnet“, stellt Walter Hanesch in seinem Buch „Die Zukunft der Sozialen Stadt (2010) fest¹. Er identifiziert als Triebkräfte dieses gesellschaftlichen Strukturwandels vor allem einen globalisierten Standortwettbewerb zwischen den Kommunen, eine zunehmend instabile Wirtschaftsentwicklung, gepaart mit einer Veränderung des Beschäftigungssystems (hoher Sockel an Langzeitarbeitslosen, Anstieg prekärer Arbeitsverhältnisse bei gleichzeitigem Bedeutungsverlust der Normalarbeitsverhältnisse), eine zunehmende Ausdifferenzierung des klassischen Familienmodells (Individualisierung und Pluralisierung der Lebensformen), einen Rückgang und eine Umschichtung der Altersstruktur der Bevölkerung (demografischer Wandel) sowie eine regional unterschiedlich ausgeprägte ethnische Pluralisierung der Bevölkerung in den Städten. Hinzu kommt eine fortschreitende Polarisierung der Lebensverhältnisse in Deutschland. Die Kluft zwischen Arm und Reich vergrößert sich.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung spricht von einer starken Zunahme in den obersten und untersten Einkommensklassen bei gleichzeitiger Ausdünnung des mittleren Einkommenssegments. Besonders von Armut bedroht oder betroffen sind Haushalte mit Kindern (Alleinerziehende, Kinderreiche), Menschen mit niedrigem Bildungs- und Berufsabschluss, Langzeitarbeitslose, Migranten, sogenannte „Working Poor“ und in zunehmendem Maße auch Menschen in der Lebensphase 65 plus.

Armutsbekämpfung ist eine zentrale Aufgabe kommunaler Sozialpolitik in Heidelberg. Die Stadt darf nicht nur den Starken und Erfolgreichen etwas bieten. Sie trägt auch Verantwortung für diejenigen, die sich am wirtschaftlichen Leben aus gesundheitlichen oder Altersgründen nicht, nicht mehr oder noch nicht beteiligen können.

Hierfür ist es erforderlich entsprechend dem Auftrag des Gemeinderates² in regelmäßigen Abständen die Teilhabechancen der einzelnen sozialen Gruppen in dieser Stadt näher zu betrachten. Genau dies will der vorliegende zweite Bericht zur Sozialen Lage in Heidelberg.

2007 wurde dem Gemeinderat erstmals ein Bericht dieser Art vorgelegt.³ Er griff auf Daten aus dem Jahr 2005 zurück, den ersten verfügbaren Daten nach der großen Arbeitsmarkt- und Sozialreform von 2004.

Er stellte fest, dass Armut auch in Heidelberg für viele Menschen eine tägliche, bittere Realität ist. Sie liegt zwar auf einem deutlich niedrigerem Niveau als in anderen Städten, dem Land und dem Bund, ist allerdings räumlich konzentriert, so dass die Gefahr besteht, dass sie allzu leicht übersehen wird. Auch sind die verschiedenen sozialen Gruppen unterschiedlich betroffen.

1 Hanesch, Walter: Die Zukunft der Sozialen Stadt, Wiesbaden 2010.

2 DS 0232/2006/BV: Demografischer Wandel in Heidelberg – Handlungskonzept

3 Stadt Heidelberg, Amt für Stadtentwicklung und Statistik (Hrsg.), Bericht zur Sozialen Lage in Heidelberg, Heidelberg 2008

Der Bericht hatte eine große Resonanz und bewirkte eine Verstärkung und Bündelung des Engagements der Stadtverwaltung, der beiden Kirchen sowie zahlreicher sozialer Institutionen und ehrenamtlich Engagierter, vor allem auch im Süden der Stadt.

Die Stadtverwaltung legte im Herbst 2008 ein Handlungsprogramm gegen Armut und soziale Ausgrenzung⁴ vor, das mit rund 120 Maßnahmen auf der operativen Ebene in den drei Handlungsfeldern Wohnen, Bildung, Arbeit die Substanz des sozialen Netzwerkes sichern soll. Darüber hinaus wurde auf strategisch-konzeptioneller Ebene die Familienoffensive und die regionale Bildungslandschaft ins Leben gerufen und mit ersten Maßnahmen umgesetzt, der kommunale Integrationsplan verabschiedet und der Gleichstellungs-Aktionsplan ging in die Umsetzung. Zudem wurden bestehende Maßnahmen effizienter miteinander verknüpft und passgenauer gestaltet. Im Zuge der Haushaltsberatungen 09/10 wurden darüber hinaus neue, ergänzende Maßnahmen beschlossen. Die Broschüre „Wo gibt's Unterstützung, wenn's nicht reicht?“ wurde mittlerweile in der dritten Auflage gedruckt.

1.2. Ziel und Aufbau des Berichtes 2010

Wie stellt sich die soziale Lage in der Stadt vier Jahre später dar? Wie hat sich die Finanzkrise ausgewirkt? Welche Veränderungen gab es? Wem geht es heute besser? Wem schlechter? Diese und andere Fragen will der zweite Bericht zur Sozialen Lage beantworten.

Er möchte allen politischen Entscheidungsträgern und Akteuren vor Ort die für sie notwendige Information zusammenstellen und beitragen, dass das Thema Armut in einer wohlhabenden Stadt wie Heidelberg nicht übersehen wird.

Der Bericht zur Sozialen Lage stellt die Veränderung der unterschiedlichen Verwirklichungs- und Teilhabechancen anhand verschiedener Merkmale und Dimensionen (siehe Abbildung unten) zum Stand 2009 im Vergleich zum Jahr 2005 dar. Er nutzt dabei wie das letzte Mal den Lebenslagenansatz in Kombination mit dem Konzept der „relativen“ Armut, das Armut als relativ zum jeweiligen Durchschnittseinkommen in einer Gesellschaft versteht. Beim Le-

Tabelle 1.1: Auswertungsdimensionen für den Bericht zur Sozialen Lage 2010

Fragestellung	WIE?	WER?	WIE VIELE?	WO?	SEIT WANN? WIE LANGE?	WIE STEHT HEIDELBERG IM VERGLEICH DA?
Dimension	Lebenslage	Soziale Gruppen	Quantitative Dimension	Raum	Zeit	Ranking
Ausprägungen	• Biographische Situation/Milieu-zugehörigkeit • Erwerbssituation • Einkommenslage • Bildung • Wohnsituation	• Deutsche/Ausländer/Migranten • Männer/Frauen • Haushaltsstruktur - Allein Erziehende - HH mit Kindern u.s.w. • Altersstruktur - Kinder und Jugendliche - Alte Menschen u.s.w. • Menschen mit Behinderung	• Absolut • Relativ • Dichtewerte	• Stadt • Stadtteile • Stadtviertel	• Zeitreihe • Dauer	Heidelberg • im Landesvergleich • im Städtevergleich • im Bundesvergleich
Basis	Quantitative Daten					

4 DS 0079/2008/IV: Handlungsprogramm gegen Armut und soziale Ausgrenzung – Sachstand

Lebenslagenansatz werden Armut und Reichtum nicht allein an der Verteilung materieller Ressourcen wie etwa dem Einkommen festgemacht. Sie manifestieren sich auch in individuellen und kollektiven Unterversorgungslagen in zentralen Lebensbereichen wie z. B. Arbeit, Bildung, Wohnen. Armut und Reichtum werden auch als Pole einer Bandbreite von Teilhabe- und Verwirklichungschancen verstanden. Armut ist hiernach gleichbedeutend mit einem Mangel an Teilhabe- und Verwirklichungschancen, Reichtum mit einem hohen Maß an Verwirklichungschancen in den verschiedensten Lebensbereichen.⁵ Das Thema Reichtum kann – wie auch das letzte Mal – nur gestreift werden, da hierzu kaum Daten vorliegen.

Entsprechend dem Lebenslagenansatz finden sich Kapitel zur Erwerbssituation, Einkommenssituation, Wohnsituation und zu Bildung.

Anders als im letzten Bericht wurde auf das Kapitel Gesundheit und Häusliche Sicherheit verzichtet. Hier wird auf die Veröffentlichungen des Gesundheitsamtes⁶ und des Amtes für Chancengleichheit⁷ verwiesen. Dafür wird der Bericht um ein Kapitel zu den Sinusmilieus ergänzt, die die Menschen und seine Lebenswelt ganzheitlich ins Blickfeld rücken und damit den Lebenslagenansatz ergänzen.

Beschrieben werden die Lebenslagen anhand von quantitativen Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Statistischen Landesamtes, verwaltungseigener Geschäftsstatistiken, von Sinus Sociovision und microm Micromarketing-Systeme und Consult, die zum Teil durch eigene Berechnungen ergänzt werden. Erstmals konnten auch pseudonymisierte Daten der Bundesagentur für Arbeit ausgewertet werden, was neue Fragestellungen ermöglichte, diese dann allerdings ohne einen Zeitvergleich zu 2005.

In den Kapiteln 8 und 9 wird eine Bilanz gezogen, die verschiedenen Lebenslagen nach sozialen Gruppen zusammengefasst und die materielle Armutsquote für die einzelnen Gruppen geschätzt.

Stichtag ist - bis auf wenige Ausnahmen - der 31.12.2009, bei Daten der Bundesagentur für Arbeit der Dezember 2009.

Aus Gründen der Vergleichbarkeit der Heidelberger Zahlen mit anderen wurde einheitlich - falls nicht anders angegeben - die amtliche Einwohnerzahl des Statistischen Landesamtes zugrunde gelegt.

Auf die Gruppe der Studierenden wird nicht eingegangen. Viele von ihnen verfügen häufig zwar nur über wenig Geldmittel, empfinden dies aber nicht als einen Mangel, sondern betrachten es als eine für die Dauer des Studiums befristete, materielle Engpasssituation, die mit einer Reihe von Vergünstigungen für diesen Personenkreis erträglich wird. Hier wird auf die Untersuchungen des Studentenwerks⁸ verwiesen.

5 Stadt Heidelberg, Amt für Stadtentwicklung und Statistik (Hrsg.), Bericht zur Sozialen Lage in Heidelberg, S. 7f., Heidelberg 2008

6 Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis, Gesundheitsamt: „Übergewicht und Adipositas bei Kindern und Jugendlichen im Rhein-Neckar-Kreis und in Heidelberg“, Referat für Kinder- und Jugendgesundheit, Referat Gesundheitsförderung und Gesundheitsberichterstattung, Heidelberg, Januar 2006 oder Migrationsbericht 2004

7 Stadt Heidelberg, Amt für Chancengleichheit: Vierter Tätigkeitsbericht zum Heidelberger Interventionsmodell gegen Gewalt in Beziehungen (HIM), Heidelberg 2008 und andere

8 „Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland 2009“, Ausgewählte Ergebnisse, 19. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks durchgeführt durch HIS Hochschul-

Projektorganisation

Die Berichterstellung wurde von einem Arbeitskreis unter der Leitung von Bürgermeister Dr. Gerner begleitet. Dort sind neben den Geschäftsführer/innen der Liga der Freien Wohlfahrtspflege, die örtliche Bundesagentur für Arbeit sowie die GGH, der Ausländerrat / Migrationsrat sowie der Beirat von Menschen mit Behinderungen auch das Amt für Soziales und Senioren, das Kinder- und Jugendamt, das Bürgeramt, das Amt für Schule und Bildung, das Amt für Baurecht und Denkmalschutz, das Amt für Wirtschaftsförderung und Beschäftigung sowie das Amt für Chancengleichheit vertreten. Die Geschäftsführung liegt beim Amt für Stadtentwicklung und Statistik.

1.3. Entwicklung der Armutsgrenze

Bevor auf die Heidelberger Situation eingegangen wird, soll zunächst geklärt werden, ab wann eine Person materiell als arm oder reich gilt. Diese Frage ist nicht leicht zu beantworten. Ohne eine entsprechende normative Festlegung, auf die man sich in der Fachliteratur und in der Anwendung geeinigt hat, wäre der Umgang damit willkürlich und ideologischen Auseinandersetzungen ausgesetzt.

In der Fachliteratur ist der sogenannte Medianwert des Äquivalenzeinkommens⁹ eine wichtige Kenngröße zur Kennzeichnung von Einkommensunterschieden. Es trennt die besser verdienende von der schlechter verdienenden Hälfte der Bevölkerung.

Aber wie wird dieses Einkommen erhoben? Der letzte Bericht zur Sozialen Lage orientierte sich an der europaweit durchgeführten Studie „Leben in Europa (EU-SILC)“¹⁰. Dort wurde das verfügbare Haushaltseinkommen aus Erwerbstätigkeit, Vermögen, Rente, Unterhalt, Transferleistungen herangezogen und die Ergebnisse für Baden-Württemberg heruntergerechnet. Die durch diese Studie ausgelöste Diskussion führte dazu, dass die regelmäßige Mikrozensusbefragung von 1 % der Personen in Privathaushalten in Deutschland um einen entsprechenden Fragenteil ergänzt wurde. Der Mikrozensus bildet nun die Basis für die amtliche Sozialberichterstattung und die Regionalisierung der Ergebnisse für die Bundesländer. Er bietet zudem den Vorteil auf eine größere Datenbasis zurückgreifen zu können.

Die Armutsgefährdungsquote ist gemäß der EU-Definition der Anteil der Personen, die mit weniger als 60 % des mittleren Einkommens der Bevölkerung auskommen müssen. Die 60 %-Grenze wird allgemein als Armutsgefährdungsgrenze (oder Armutsrisikogrenze)¹¹ bezeichnet. Die Festlegung dieser Grenze kann allerdings letztlich nicht empirisch begründet werden, sondern ist eine politische Konvention des Europäischen Rats von 2001.

Die amtliche Sozialberichterstattung weist für 2009 auf Basis des Mikrozensus eine Armutsgefährdungsschwelle eines Einpersonenhaushalts in der Bundesrepublik in Höhe von 801

Informations-System, Berlin 2010; Sondererhebung „beeinträchtigt studieren“, Befragung vom Institut für höhere Studien Wien, im Auftrag des Deutschen Studentenwerks. Erste Ergebnisse im Frühjahr 2012

9 Zur Berechnung der Armutsgefährdungsquote wird das von allen Haushaltsmitgliedern erzielte Haushaltseinkommen ermittelt. Dieses Haushaltseinkommen wird auf die Personen des Haushaltes nach einem Gewichtungsschlüssel (Äquivalenzskala) verteilt, der unterschiedliche Haushaltsstrukturen berücksichtigt sowie den Umstand, dass Personen in einem Haushalt durch das Zusammenleben Einspareffekte bei den laufenden Kosten erzielen. Um das mittlere Einkommen zu ermitteln, wird der Median verwendet. Dabei werden die Personen ihrem Äquivalenzeinkommen nach aufsteigend sortiert. Der Median ist der Einkommenswert derjenigen Person, der die Bevölkerung in genau zwei Hälften teilt. Das heißt, die eine Hälfte hat mehr, die andere weniger Einkommen zur Verfügung. Dieser Wert gilt für einen Ein-Personen Haushalt. (Vgl. Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 31 vom 25.01.2011).

10 Im Jahr 2005 wurde in Deutschland die neue Erhebung „Leben in Europa“ kurz „EU-SILC“ =: European Statistics on Income and Living Conditions“ erstmals durchgeführt.

11 Mehr Informationen dazu im Anhang

Tabelle 1.2: Methodenvergleich der beiden Erhebungen zur Ermittlung der Armutsgefährdung

EU-SILC	Mikrozensus
Deutschlandweite schriftliche Befragung von 13.800 Privathaushalten; rund 1.700 Haushalte in Baden-Württemberg; freiwillig	Befragung von 1 % aller Personen; rund 48.000 Haushalte in Baden-Württemberg; Auskunftspflicht
Europaweit	Bundesweit
Verfügbares Haushaltseinkommen aus Erwerbstätigkeit, Vermögen, Rente, Unterhalt, Transferleistungen	Monatliches und vormonatliches Haushaltsnettoeinkommen in 24 Einkommensklassen
Verknüpft verschiedenste Dimensionen; Grundlage für den europaweiten Vergleich der Armutsquoten	Tiefe fachliche und räumliche Gliederung; Grundlage für die länderbezogene amtliche Sozialberichterstattung

Quellen: Information und Technik Nordrhein-Westfalen Geschäftsbereich Statistik, August 2010: „Mikrozensus“ und April 2009: „Berechnung von Armutsgefährdungsquoten auf Basis des Mikrozensus; Statistisches Bundesamt: Pressemitteilung „Ausgewählte Armutsgefährdungsquoten“ sowie „Leben in Europa 2005 und 2006, WiSta 9/2008; Eurostat 2005: Statistik kurz gefasst 13/2005.

Euro im Monat aus. Für Baden-Württemberg wurde ein deutlich höherer Wert von 871 Euro monatlich ermittelt. Dies spiegelt die unterschiedlichen Einkommensverhältnisse wider. Mit Hamburg gemeinsam ist dies der höchste Wert aller Bundesländer.¹²

Aus diesem Schwellenwert für einen Einpersonenhaushalt lassen sich die Armutsgefährdungsgrenzen für die größeren Haushalte durch Multiplikation mit den Bedarfsgewichten gemäß OECD-Skala ableiten.¹³ Für Baden-Württemberg ergeben sich für 2009 dabei folgende Grenzen:

Tabelle 1.3: Armutsgefährdungsgrenzen nach Haushaltstypen in Baden-Württemberg 2009 gemäß Mikrozensus gemessen am Landesmedian

Haushaltstyp	Armutsgefährdungsschwelle in Euro
Eine Person (14 Jahre und älter)	871
Zwei Personen (14 Jahre und älter)	1.307
Ein/e Alleinerziehende/r mit Kind unter 14 Jahre	1.132
Zwei Personen, ein Kind unter 14 Jahre	1.568
Ein/e Alleinerziehende/r mit 2 Kindern unter 14 Jahre	1.394
Zwei Personen, zwei Kinder unter 14 Jahre	1.830
Zwei Personen, drei Kinder unter 14 Jahre	2.090
Zwei Personen, zwei Kinder unter 14 Jahre, ein Kind 14 Jahre oder älter	2.265

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; eigene Berechnungen

¹² Krentz, Ariane: Armutsgefährdung in Baden-Württemberg in: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 1/2011, S. 13

¹³ Danach wird der ersten erwachsenen Person im Haushalt das Bedarfsgewicht von 1 zugeordnet. Für alle weiteren Personen über 14 Jahre sieht die OECD-Skala ein Bedarfsgewicht von 0,5 und für jede weitere Person unter 14 Jahren von 0,3 vor.

Tabelle 1.4: Armutsgefährdungsquoten¹⁾ nach soziodemografischen Merkmalen in Prozent für Baden-Württemberg und die Bundesrepublik Deutschland 2009

Merkmal	Land *	Bund **
Insgesamt	14,1	14,6
Alter		
Unter 18	17,4	18,7
18 bis unter 25	21,2	22,9
25 bis unter 50	11,9	13,6
50 bis unter 65	10,5	12,4
65 und älter	15,2	11,9
Geschlecht		
Männlich	13,1	14,1
Weiblich	15,0	15,1
Haushaltstyp²⁾		
Einpersonenhaushalt	23,7	24,1
Zwei Erwachsene ohne Kind	9,1	8,5
Sonstiger Haushalt ohne Kind	8,0	8,5
Ein(e) Erwachsene(r) mit Kind(ern)	41,0	40,1
Zwei Erwachsene und ein Kind	9,0	10,2
Zwei Erwachsene und zwei Kinder	10,5	10,6
Zwei Erwachsene und drei oder mehr Kinder	22,9	24,1
Sonstiger Haushalt mit Kind(ern)	16,5	17,4
Erwerbsstatus³⁾		
Erwerbstätige	7,5	7,5
Selbständige (einschließlich mithelfende Familienangehörige)	8,0	8,7
Abhängig Erwerbstätige	7,4	7,4
Erwerbslose	48,0	53,7
Qualifikationsniveau⁴⁾ der Person mit dem höchsten Einkommen im Haushalt (Haupteinkommensbezieher)		
Niedrig (ISCED 0 bis 2)	33,8	35,1
Mittel (ISCED 3 und 4)	13,8	14,1
Hoch (ISCED 5 und 6)	4,7	4,8
Staatsangehörigkeit		
Ohne deutsche Staatsangehörigkeit	29,6	31,8
Mit deutscher Staatsangehörigkeit	12,0	13,0
Migrationshintergrund		
Mit Migrationshintergrund	24,3	26,6
Ohne Migrationshintergrund	10,2	11,7

* gemessen am Landesmedian

** gemessen am Bundesmedian

1) Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

2) Zu den Kindern zählen Personen im Alter von unter 18 Jahren ohne Lebenspartner/-in und eigene Kinder im Haushalt.

3) Nach dem "Labour-Force-Konzept" der International Labour Organization (ILO).

4) Das Qualifikationsniveau wird entsprechend der nationalen Klassifikation des Bildungswesens (ISCED) bestimmt.

Quelle: Amtliche Sozialberichterstattung unter <http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de>; Ergebnisse des Mikrozensus, IT. NRW

Der dritte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung zählt zu den besonders armutsgefährdeten Gruppen Arbeitslose, Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung, Alleinerziehende und Personen mit Migrationshintergrund.¹⁴ Dabei hängen die Bildungserfolge von Kindern in Deutschland noch stark vom Bildungsniveau der Eltern ab. Soziale Herkunft und Kompetenzniveau korrelieren in Deutschland deutlich höher als in anderen Ländern. Dies gilt insbesondere für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund. Der Bericht der Bundesregierung gibt die Empfehlung, dass der Sozialstaat den benachteiligten und einkommensarmen Gruppen noch sehr viel mehr Zugangschancen zu kulturellen, gesellschaftlichen und politischen Aktivitäten eröffnen muss.¹⁵

Die aktuellen Armutsgefährdungsquoten für die Bundesrepublik und Baden-Württemberg nach soziodemographischen Merkmalen sind nebenstehender Tabelle zu entnehmen.

14 Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode, Unterrichtung der Bundesregierung: Lebenslagen in Deutschland- Dritter Armuts- und Reichtumsbericht“, Drucksache 16/9915 vom 30.6.2008, Bonn, S. 13.

15 Ebenda, S. 28.

2. Einwohner- und Haushaltsstruktur Heidelbergs

2.1. Einwohnerstruktur

Die Universitätsstadt Heidelberg ist die fünftgrößte Stadt in Baden-Württemberg. Ende 2009 hatte sie rund 146.500 Einwohner.¹ Davon waren fast 69.300 Männer und 77.200 Frauen. Der Frauenanteil betrug damit 52,7 %. Rund 25.300 Einwohner (17,3 %) hatten eine ausländische Staatsbürgerschaft.

Heidelberg ist eine vergleichsweise junge Stadt. Das Durchschnittsalter lag 2009 bei 40,8 Jahren und damit auf ähnlichem Niveau wie im Jahr 2005 (40,9 Jahre). Fast jede/r Vierte ist jünger als 25 Jahre. An den Heidelberger Hochschulen studierten im Wintersemester 2009/2010 rund 34.300 junge Menschen, darunter gut 5.600 mit ausländischem Pass (16,4 %). Schätzungsweise wohnten von den Studierenden gut 40 % in Heidelberg, das entspricht mehr als 14.000.

Älter als 64 ist in Heidelberg jede/r Sechste (24.300 Personen). 70 % der Heidelberger Einwohner sind im erwerbsfähigen Alter zwischen 18 und 64 Jahren (102.800 Personen).

Ende 2009 lebten annähernd 3.500 Personen mehr in Heidelberg als im Jahr 2005. Dies entspricht einer Zunahme von 2,4 %. Am größten war der Zuwachs in der Altersklasse der 25 bis 64-Jährigen mit einem Plus von fast 2.000 Personen. Dies entspricht einer Steigerung von 2,3 %. Die Zahl der Hochbetagten ab 80 Jahren und älter ist gegenüber den anderen Altersklassen prozentual am stärksten angestiegen. Der Zuwachs um rund 1.200 Personen in wenigen Jahren entspricht einem Plus von 21,0 %. Bemerkenswert ist ebenso der Zuwachs der unter 10-Jährigen mit einem Plus von 1.100 Kindern (10 %). Die Altersklasse der 10 bis unter 18-Jährigen verliert zu 2005 hingegen 16 %.

Der einwohnerstärkste Stadtteil ist weiterhin Handschuhsheim mit knapp 18.600 Einwohnern (12,7 %). Dort wohnen fünf Mal so viele Menschen wie im einwohnerschwächsten Stadtteil Schlierbach mit nur knapp 3.500 Einwohnern (2,4 %). Absolut und prozentual hat der Stadtteil Rohrbach die meisten Einwohner hinzu gewonnen. Die Zahl der Einwohner in diesem Stadtteil stieg um fast 1.500 oder 10 %. Dies liegt an den vielen neu hinzu gekommenen Wohnungen im „Quartier am Turm“. Absolut und prozentual hat der Stadtteil Altstadt die meisten Einwohner verloren. Ihre Zahl ging in diesem Stadtteil um fast 500 oder 4,1 % zurück.

Auch hinsichtlich der Altersstruktur der Einwohner/-innen unterscheiden sich die einzelnen Stadtteile erheblich. So lebten auf dem Emmertsgrund im gesamtstädtischen Vergleich die meisten Kinder und Jugendlichen. Annähernd jeder fünfte Einwohner war dort Ende 2009 minderjährig. Ebenfalls überdurchschnittliche Anteile an Kindern haben die Stadtteile Schlierbach (16,2 %), Wieblingen (15,1 %) und Kirchheim (15,0 %).

Der Gegenpol zum Emmertsgrund bildet weiterhin die Altstadt. Sie hatte sowohl 2005 als auch 2009 mit 9,4 % den niedrigsten Anteil an Kindern und Jugendlichen unter allen Stadtteilen. Deutlich weniger Kinder und Jugendliche als im Heidelberger Mittel (13,2 %) leben noch in Neuenheim (11,5 %) und Bergheim (10,3 %) (Abbildung 2.1).

Beim Seniorenanteil stechen, wie bereits im Vergleichsjahr 2005, der Boxberg und der Pfaffengrund hervor. Die Weststadt (12,0 %) nimmt in dieser Altersklasse den letzten Rangplatz ein und löst damit die Altstadt (12,1 %) ab.

1 Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Tabelle 2.1: Einwohner in Heidelberg am 31.12.2009 nach Altersklassen und Geschlecht

Altersklassen	Einwohner 2009							
	männlich			weiblich			insgesamt	
		Anteil			Anteil			
		an allen Männern	an Alters-klasse		an allen Frauen	an Alters-klasse		
	absolut	in Prozent	in Prozent	absolut	in Prozent	in Prozent	absolut	in Prozent
unter 10 Jahre	6.096	8,8	51,2	5.808	7,5	48,8	11.904	8,1
10 bis 14Jahre	2.168	3,1	51,2	2.064	2,7	48,8	4.232	2,9
15 bis 17 Jahre	1.655	2,4	50,9	1.598	2,1	49,1	3.253	2,2
18 bis 24 Jahre	7.067	10,2	42,3	9.632	12,5	57,7	16.699	11,4
25 bis 64 Jahre	42.184	60,9	49,0	43.874	56,8	51,0	86.058	58,8
65 bis 79 Jahre	7.911	11,4	45,7	9.412	12,2	54,3	17.323	11,8
80 Jahre und älter	2.177	3,1	31,1	4.820	6,2	68,9	6.997	4,8
Insgesamt	69.258	100,0	47,3	77.208	100,0	52,7	146.466	100,0

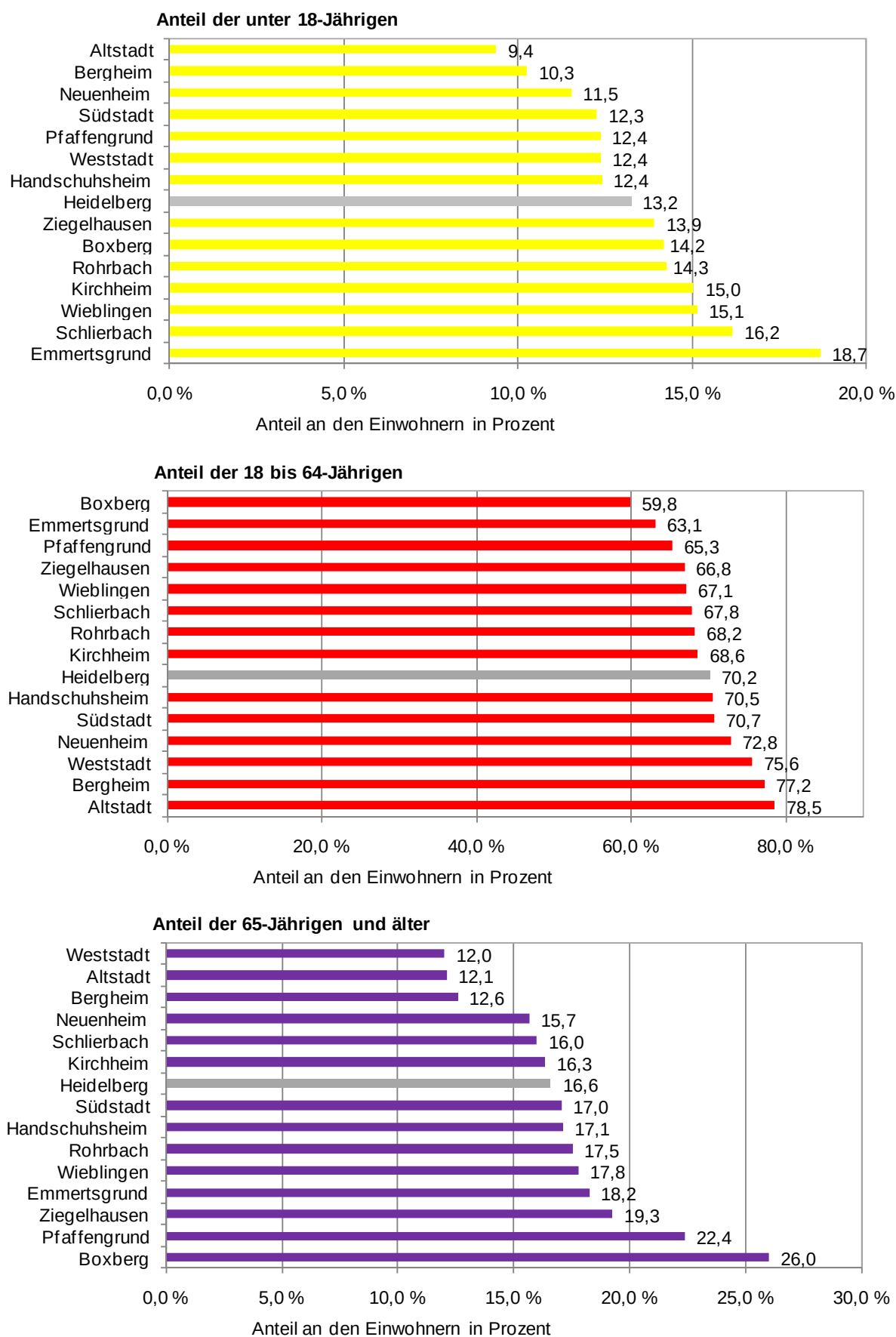
Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Tabelle 2.2: Einwohner in Heidelberg 2000, 2005 und 2009 nach Altersklassen jeweils zum 31.12.

Altersklassen	Einwohner 2000		Einwohner 2005		Einwohner 2009	
	absolut	in Prozent	absolut	in Prozent	absolut	in Prozent
unter 10 Jahre	11.469	8,2	10.828	7,6	11.904	8,1
10 bis 14Jahre	5.725	4,1	5.363	3,8	4.232	2,9
15 bis 17 Jahre	3.190	2,3	3.521	2,5	3.253	2,2
18 bis 24 Jahre	14.932	10,6	16.298	11,4	16.699	11,4
25 bis 64 Jahre	83.753	59,7	84.087	58,8	86.058	58,8
65 bis 79 Jahre	16.136	11,5	17.112	12,0	17.323	11,8
80 Jahre und älter	5.054	3,6	5.784	4,0	6.997	4,8
Insgesamt	140.259	100,0	142.993	100,1	146.466	100,0

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Abbildung 2.1: Einwohner in Heidelberg nach Stadtteilen und Altersklassen am 31.12.2009



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, eigene Berechnungen

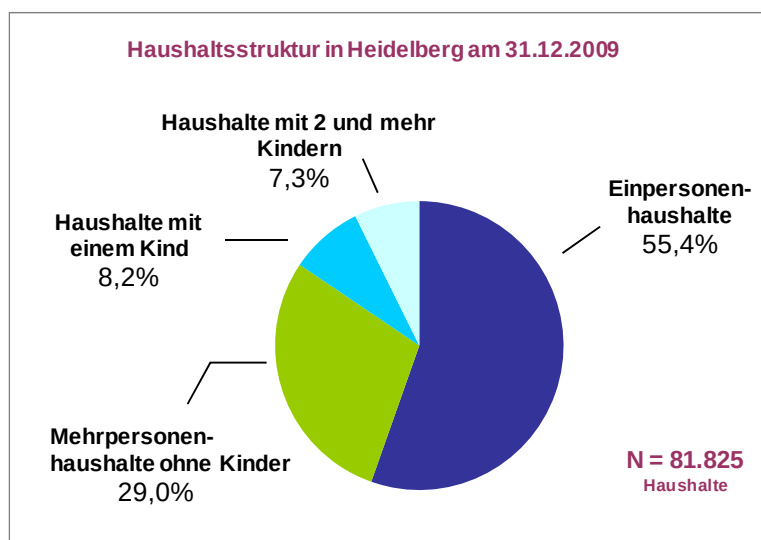
2.2. Haushaltsstruktur

In über der Hälfte (55,4 %) der rund 81.800 Heidelberger Haushalte² lebt nur eine Person. In fast jedem dritten Haushalt (29,0 %) leben zwei oder mehrere erwachsene Personen zusammen und nur in gut jedem sechstem gibt es mindestens ein Kind unter 18 Jahren (15,6 %). Unter ihnen überwiegen jene mit einem Kind (53,0 %).

Die Familien mit Kindern wohnen, wie auch die Einwohner, nicht gleichmäßig über das Stadtgebiet verteilt. Es überrascht daher nicht, dass in den einwohnerstarken Stadtteilen auch mehr Familien wohnen als in den weniger bevölkerungsreichen. So ist Kirchheim der beliebteste Wohnort für Familien in Heidelberg. Am stärksten von Familien mit Kindern geprägt ist jedoch der Emmertsgrund. Dort lebt in jedem vierten Haushalt (24,8 %) mindestens ein Kind. In Schlierbach (20,3 %), in Wieblingen (19,7 %), in Kirchheim (18,3 %) und auf dem Boxberg (18,3 %) trifft dies im Schnitt auf jeden fünften Haushalt zu. In den beiden innerstädtischen Stadtteilen Altstadt (9,9 %) und Bergheim (11,1 %) gilt dies nur für jeden zehnten beziehungsweise neunten Haushalt.

In 4,0 % aller Haushalte lebten Ende 2009 Ein-Eltern-Familien. Unter den Haushalten mit Kindern stellen die Alleinerziehenden gut ein Viertel. Die meisten Paare mit Kindern gibt es in Schlierbach, die wenigsten auf dem Boxberg und in der Altstadt. Bei letztgenanntem Stadtteil liegt es unter anderem daran, dass in diesem Stadtteil Wohnungen für Studierende mit Kind vom Studentenwerk vorgehalten werden.

Abbildung 2.2: Haushaltsstruktur insgesamt am 31.12.2009



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, eigene Berechnungen

² Eigene Berechnung auf Basis der Daten des Statistischen Landesamtes. Die Daten zur Haushaltsstruktur in Heidelberg unterscheiden sich somit von denen der Eigenen Fortschreibung, wie sie zum Beispiel in der Statistischen Kurzmitteilung Nr. 46 „Familien in Heidelberg: Zahlen, Daten, Fakten“, verwendet wurden. In der Summe ergeben sich fast 7.000 Haushalte mehr als in der eigenen Fortschreibung. Allerdings lassen sich keinerlei strukturelle Unterschiede erkennen.

Abbildung 2.3: Anteil der Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren an allen Haushalten in Heidelberg am 31.12.2009

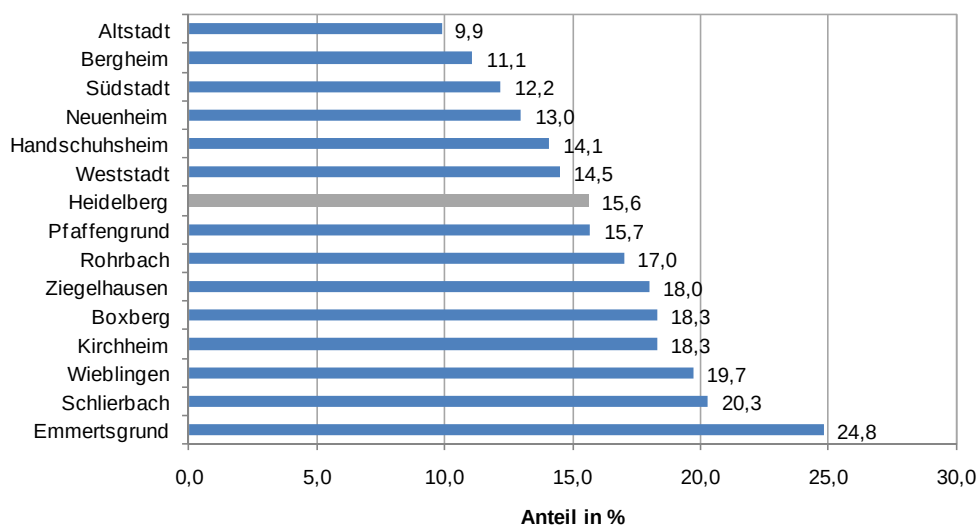


Abbildung 2.4: Anteil der Ein-Eltern-Familien an allen Haushalten in Heidelberg am 31.12.2009

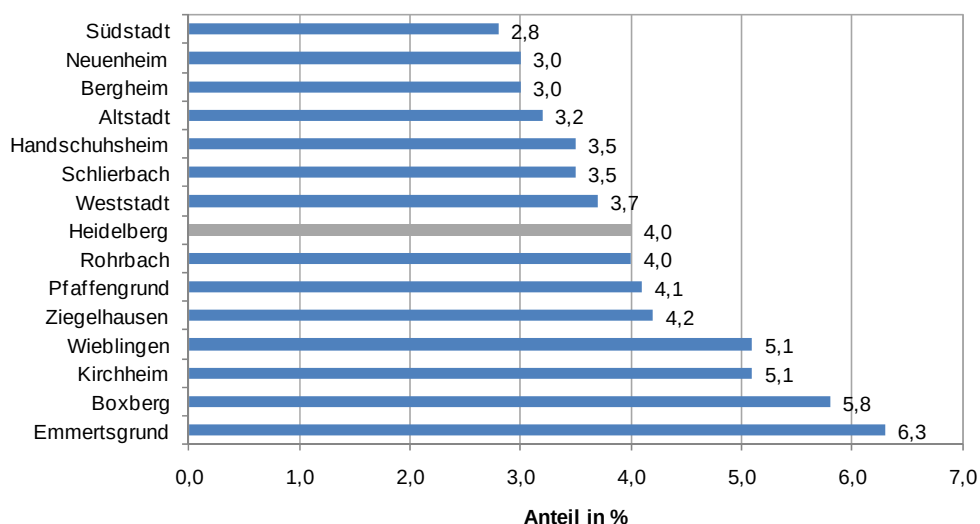
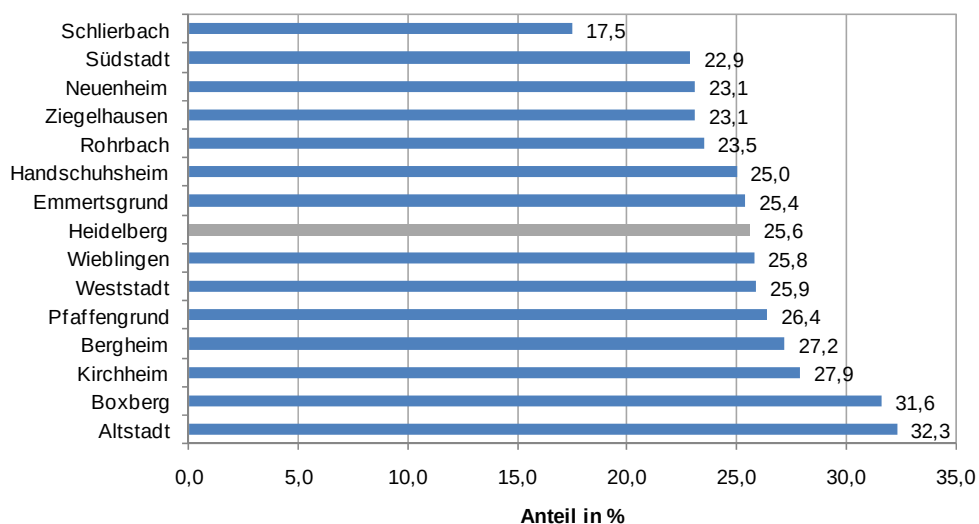


Abbildung 2.5: Anteil der Ein-Eltern-Familien an allen Haushalten mit Kindern unter 18 Jahren in Heidelberg am 31.12.2009



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, eigene Berechnungen

2.3. Migrantinnen und Migranten in Heidelberg

Mehr als jede/r dritte Heidelberger/-in hat einen Migrationshintergrund. Die Personen mit Migrationshintergrund lassen sich³ differenzieren nach Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit (oder „nicht deutsch“), nach eingebürgerten Deutschen und nach (deutschen) Aussiedlern. Die Ausländer bilden unter den Migranten mit knapp der Hälfte die größte Gruppe. Die eingebürgerten Deutschen stellen rund 28 % und die deutschen Aussiedler rund 24 % der Heidelberger/-innen mit Migrationshintergrund. Bei den unter 18-Jährigen hat fast jede/r Zweite einen Migrationshintergrund.

Absolut die meisten Migranten leben in den bevölkerungsreichen Stadtteilen Rohrbach und Kirchheim. Relativ am stärksten von Migrantinnen und Migranten geprägt sind die beiden Bergstadtteile Emmertsgrund (über 60 %) und Boxberg (über 50 %) sowie Bergheim mit über 40 %. Die anteilig wenigsten leben in Ziegelhausen mit rund 25 %.

Dies sind die vorläufigen Ergebnisse der Testläufe eines bundesweit einheitlichen Auswertungsprogramms⁴ zur Ermittlung des Migrationshintergrundes aus dem Einwohnermeldewesen, das in vielen Kommunen jetzt zum Einsatz kommt. Es befindet sich aber noch in der Testphase. Sobald diese abgeschlossen ist, werden die Ergebnisse für Heidelberg in breiter Form veröffentlicht werden.

Da im letzten Bericht zur Sozialen Lage bedauert wurde, wie wenig Informationen für Migranten vorliegen, war 2008 eine Migrantenstudie⁵ in Auftrag gegeben worden, die von Sinus Sociovision in Heidelberg nach dem Milieuansatz durchgeführt wurde. Sie zeigte, dass

- Traditionsverwurzelte und prekäre Milieus, das heißt Milieus, die eher von Armut betroffen sind, in Heidelberg keine so große Rolle wie im übrigen Bundesgebiet spielen. Wirtschaftlich und sozial gehobene Milieus sind dagegen überrepräsentiert.
- zwei Drittel der Heidelberger mit Migrationshintergrund Hochschul-/Fachhochschulreife haben,
- die meisten Heidelberger Migranten keine Integrationsprobleme haben und sich aktiv einfügen wollen,
- sowie einen ausgeprägten Bildungsoptimismus und eine Leistungsbereitschaft erkennen lassen,
- die Defizitperspektive den Migrantinnen und Migranten in Heidelberg nicht gerecht wird.

Auf den ersten Blick scheinen sich die Ergebnisse der Heidelberger Migrantenstudie mit den Ergebnissen des ersten Berichtes zur Sozialen Lage, wo z.B. festgestellt wurde, dass Ausländer/-innen überproportional die Hauptschulen besuchen sowie von Langzeitarbeitslosigkeit und Armut im Alter betroffen sind, zu widersprechen. Doch dieser Widerspruch löst sich auf, wenn man die Herangehensweise näher betrachtet:

Zunächst einmal ist festzustellen, dass es sich um zwei Studien mit verschiedenen Perspektiven und unterschiedlichen Bezugsgrößen handelt.

Der Bericht zur Sozialen Lage wertet Einzelstatistiken aus zu einzelnen Problem- bzw. Lebenslagen wie z. B. über Transferleistungsbezieher. Dabei sind in der Regel nur Ausländer

³ entsprechend der aktuell für die Stadt Heidelberg verfügbaren, statistisch erfassten Datenlage nach MigraPro

⁴ „MigraPro“ mehr dazu siehe Anhang

⁵ Stadt Heidelberg - Bürgeramt, Amt für Stadtentwicklung und Statistik (Hrsg.) Heidelberger Migrantenstudie 2008, Heidelberg 2009

aufgeführt, die – wie bereits erwähnt – gut die Hälfte der Migranten stellen. Dieses Merkmal der Staatsangehörigkeit wird mit einem, maximal zwei weiteren Merkmalen kombiniert.

Bei der Heidelberger Migrantenstudie dagegen, die auf einer Stichprobe aus allen Migranten in Heidelberg basiert, werden Lebensweisen und Einstellungen zusammengefasst in Milieus betrachtet und nicht Problemlagen. Diese sind nicht deckungsgleich. Risiken verteilen sich über alle Milieus. Transferleistungen können in allen Milieus bezogen werden. Das Ausmaß der Betroffenheit ist in den einzelnen Milieus unterschiedlich. Mehrere Merkmale bestimmen ein Milieu.

Betrachtet man die milieuübergreifenden Ergebnisse der Sinusstudie, so werden die Ergebnisse des Sozialen Lage Berichtes unterstützt, wenn zum Beispiel festgestellt wird,

- dass es mehr Familien mit Kindern und Alleinerziehende gibt als im Heidelberger Durchschnitt,
- dass das Einkommensspektrum breiter als im Bundesdurchschnitt ist und
- dass 11 % der Befragten sagen, dass sie kein Geld haben, um gesonderte Deutschkurse für ihre Kinder zu finanzieren.

Der letztgenannte Wert kommt nahe den geschätzten 12 % Armutsgefährdeten unter den Ausländern, die für 2005 geschätzt wurden.

Datenlage für Migranten nach wie vor ungenügend

Trotz besserer Möglichkeiten, Migranten aus dem Einwohnermeldewesen zu ermitteln, bleibt festzustellen, dass alle für diesen Bericht verwendete Datenquellen zu Transferleistungsbezieher/-innen im besten Fall nur die Unterscheidung nach Ausländern und Deutschen kennen, somit die Realität des gesellschaftlichen Wandels nur unzureichend abbilden. Im Folgenden soll deshalb die Gruppe der Ausländer genauer betrachtet werden:

Fast jede/r Sechste in Heidelberg hat einen ausländischen Pass

Insgesamt lebten Ende 2009 gut 25.300 Ausländer/-innen aus 163 Nationen in Heidelberg. Davon kamen rund 40 % aus der EU und 60 % aus Nicht-EU-Staaten. Drei Nationen – die Staatsangehörigen aus der Türkei, Italien und den Vereinigten Staaten von Amerika – stellen alleine rund ein Viertel der Heidelberger Ausländer/-innen.

Will man nach Nationalitäten differenzieren, werden Angaben der eigenen Fortschreibung herangezogen. Diese weichen erheblich von den Werten des Statistischen Landesamt Baden-Württembergs ab.⁶

Tabelle 2.3 zeigt eine Übersicht über die Angehörigen von Ausländer/-innen nach EU- und Nicht-EU-Staaten. Aufgeführt sind die zehn häufigsten Nationalitäten 2006 und 2009. Die Zahl der Türken ist gegenüber 2006 um fast 200 Personen (- 6,9 %) weiter zurückgegangen.

Anteil älterer Ausländer/-innen steigt

Heidelbergs Einwohnerzuwachs in den letzten vier Jahren ist hauptsächlich den Ausländern zu verdanken, sie stellten alleine 43 % der Neubürger/-innen. Während die deutsche Bevölkerung im Berichtszeitraum um 1,6 % wuchs, stieg die Zahl der Ausländer/-innen um 6,3 %, also fast viermal so stark.

Deutliche Unterschiede in der Einwohnerentwicklung zwischen Deutschen und ausländischen Mitbürger/-innen sind erkennbar, wenn man die einzelnen Altersgruppen betrachtet.

⁶ Der Unterschied lag im Jahr 2006 bei rund +3.700 und 2009 bei rund +3.900 Einwohner/-innen, die das Statistische Landesamt mehr als die eigene Fortschreibung auswies.

Die Zahl der unter 25-Jährigen Ausländer nahm ab, die Zahl der ausländischen Personen zwischen 25 und 65 Jahren nahm dagegen um 10 % zu, die der noch Älteren sogar um rund 22 %, mehr als viermal so stark wie bei den Deutschen. Auffällig ist der höhere Männeranteil bei den 65 - 79-Jährigen (54 %, Tabelle 2.5). Die Abnahme bei den Jüngeren ist vor allem auf das im Jahr 2000 geänderte Staatsangehörigkeitsrecht zurück zu führen, das zunächst die doppelte Staatsangehörigkeit zulässt. Bei doppelter Staatsangehörigkeit wird die betreffende Person zu den Deutschen gezählt (Tabelle 2.4). Die Entwicklung bei den Älteren war im Zuge des demografischen Wandel zu erwarten.

Tabelle 2.3: Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft in Heidelberg am 31.12.2009 und 31.12.2006 nach Rangfolge der zehn häufigsten Nationen innerhalb und außerhalb der EU

31.12.2009

EU-Ausländer/-innen	Personen	Nicht-EU-Ausländer/-innen	Personen
Italien	1.336	Türkei	2.649
Polen	1.020	USA	1.293
Frankreich	895	Serbien-Montenegro	739
Großbritannien	727	Russische Föderation	718
Spanien	603	China	603
Griechenland	590	Iran	482
Österreich	473	Indien	447
Rumänien	431	Ukraine	443
Bulgarien	386	Japan	342
Niederlande	251	Kroatien	323

31.12.2006

EU-Ausländer/-innen	Personen	Nicht-EU-Ausländer/-innen	Personen
Italien	1.228	Türkei	2.845
Polen	898	USA	1.231
Frankreich	752	Serbien-Montenegro	1.018
Großbritannien	657	Russische Föderation	662
Griechenland	614	China	584
Spanien	526	Iran	544
Österreich	446	Indien	410
Ukraine	429	Irak	371
Bulgarien	341	Kroatien	307
Rumänien	329	Japan	285

Quelle: Eigene Fortschreibung

Tabelle 2.4: Einwohner/-innen in Heidelberg nach Alter und Nationalität zum 31.12.2009 und Veränderung zu 2005

Altersstruktur	Insgesamt				davon:							
					Deutsche				Ausländer			
	2009		Veränderung zu 2005		2009		Veränderung zu 2005		2009		Veränderung zu 2005	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
unter 10 Jahre	10.868	7,4	40	0,4	9.616	7,9	169	1,8	1.252	4,9	-129	-9,3
10 bis unter 18	8.521	5,8	-363	-4,1	7.327	6,0	-333	-4,3	1.194	4,7	-30	-2,5
18 bis unter 25	16.699	11,4	401	2,5	13.528	11,2	710	5,5	3.171	12,5	-309	-8,9
25 bis unter 65	86.058	58,8	1.971	2,3	68.537	56,6	394	0,6	17.521	69,1	1.577	9,9
65 und älter	24.320	16,6	1.424	6,2	22.118	18,3	1.025	4,9	2.202	8,7	399	22,1
Heidelberg	146.466	100,0	3.473	2,4	121.126	100,0	1.965	1,6	25.340	100,0	1.508	6,3

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

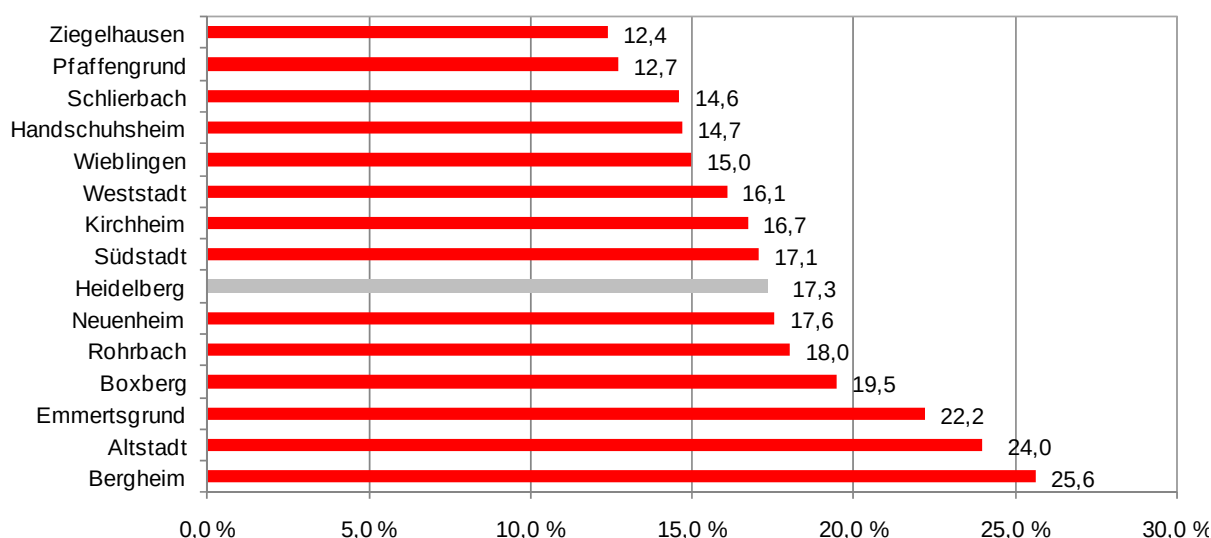
Die Wohnorte der ausländischen Einwohner verteilen sich nicht gleichmäßig auf die einzelnen Stadtteile. Den höchsten Ausländeranteil hat der Stadtteil Bergheim (25,6 %). Auch in der Altstadt (24,0 %) und auf dem Emmertsgrund (22,2 %) ist der Wert überdurchschnittlich. In Ziegelhausen waren hingegen nur 12,4 % aller Einwohner ausländischer Herkunft.

Tabelle 2.5: Ausländerinnen und Ausländer in Heidelberg am 31.12.2009 nach Altersklassen und Geschlecht

Altersklassen	ausländische Einwohner 2009							
	männlich				weiblich		insgesamt	
	absolut	Anteil		absolut	Anteil		absolut	in Prozent
		an allen	an Alters-		an allen	an Alters-		
		Männern	klasse		Frauen	klasse		
	in Prozent	in Prozent		in Prozent	in Prozent			
unter 10 Jahre	643	5,3	51,4	609	4,6	48,6	1.252	4,9
10 bis 14 Jahre	363	3,0	48,9	379	2,9	51,1	742	2,9
15 bis 17 Jahre	236	1,9	52,2	216	1,6	47,8	452	1,8
18 bis 24 Jahre	1.327	11,0	41,8	1.844	13,9	58,2	3.171	12,5
25 bis 64 Jahre	8.420	69,5	48,1	9.101	68,8	51,9	17.521	69,1
65 bis 79 Jahre	898	7,4	54,0	766	5,8	46,0	1.664	6,6
80 Jahre und älter	230	1,9	42,8	308	2,3	57,2	538	2,1
Insgesamt	12.117	100,0	47,8	13.223	100,0	52,2	25.340	100,0

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Abbildung 2.6: Anteil der Ausländer an den Einwohnern in Heidelberg am 31.12.2009 nach Stadtteilen



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, eigene Berechnung

2.4. Menschen mit Behinderung in Heidelberg

Die UN Konvention zu den Rechten von Menschen mit Behinderung ist seit dem 26.03.2009 in Deutschland geltendes Recht und konkretisiert die Menschenrechte und Grundfreiheiten aus der Perspektive von Menschen mit Behinderung. Sie verpflichtet die Vertragsstaaten die individuelle Unabhängigkeit, die Teilhabe an der Gesellschaft, sowie Barrierefreiheit und Chancengleichheit von Menschen mit Behinderung nach und nach voll zu verwirklichen.

Schwerpunkte der bundesweiten Diskussion sind die Themen Kindertagesstätten und Schulen, Barrierefreiheit, Wohnen, Arbeiten, Freizeit und Selbstvertretung. Die bisherige Landesregierung in Baden-Württemberg hat sich in der Diskussion zunächst stark auf die Rolle der Schulen und hier insbesondere der Sonderschulen fokussiert. Aus Sicht der Verwaltung sind alle aufgeführten Handlungsfelder als integrale Bestandteile der Stadtentwicklungsplanung zu bedenken und gemeinsam zu planen. In den oben genannten Handlungsfeldern hat Heidelberg bereits vieles vorzuweisen und entwickelt.⁷

Von einer Behinderung im Sinne des § 2 SGB IX wird gesprochen, wenn Menschen in ihren körperlichen Funktionen, geistigen Fähigkeiten oder seelischer Gesundheit länger als sechs Monate von dem für das Lebensalter typischen Zustand abweichen und dadurch die Partizipation am gesellschaftlichen Leben erschwert wird.

Die Feststellung der Behinderung erfolgt über die örtliche Versorgungsbehörde. Es bedarf dieser Feststellung, da unter anderem Rechte und Hilfen im Arbeitsleben und Leistungen zum Ausgleich behinderungsbedingter Nachteile diese voraussetzen. Die Schwere der Behinderung wird nach dem „Grad der Behinderung“ (GDB) eingestuft. Dies geschieht in Zehnergraden von 10 bis 100. Grundlage für die Einschätzung des Grades sind die „versorgungsmedizinischen Grundsätze“. Seit 1. Januar 2009 gilt diese Verordnung und übernimmt die Maßstäbe der zuvor angewandten „Anhaltspunkte für die ärztliche Gutachtertätigkeit im sozialen Entschädigungsrecht und nach dem Schwerbehindertenrecht Teil 2 SGB IX“⁸. Nur die Funktionsbeeinträchtigung von einem Grad der Behinderung von mindestens 20 wird als Behinderung eingestuft. Ein Mensch ist dann schwerbehindert, wenn der Grad der Behinderung über 50 liegt.

Für Menschen mit Behinderung gibt es in Deutschland keine Meldepflicht und keine Pflicht sich als schwerbehindert einstufen zu lassen. Menschen mit Behinderung haben auch ohne Ausweis die Möglichkeit, gewisse Hilfen in Anspruch zu nehmen. Deshalb ist es nicht möglich, genaue Angaben über Zahl und Struktur von Menschen mit Behinderung zu machen.⁹ Folgend wird auf die Daten des Statistischen Landesamts eingegangen, die einen Überblick über Schwerbehinderte mit gültigem Ausweis geben, die von den Versorgungsämtern ausgestellt werden.

Anteil der Menschen mit Behinderung mit Ausweis in Heidelberg gleich geblieben

In Heidelberg lebten zum 31.12.2009 rund 13.300 Menschen mit schwerer Behinderung, die einen gültigen Ausweis besitzen. Sie haben einen Grad der Behinderung von 50 und mehr. 2009 ist ihre Zahl um rund 240 Personen höher als vor vier Jahren. Bezogen auf die amtliche Einwohnerzahl ist der Anteil von 9,1 % jedoch gleich geblieben.

⁷ Im folgenden Überblick des Regionalen Bildungsbüros zum Thema Inklusion, der unter www.heidelberg.de/inklusion zu finden ist, werden zentrale Heidelberger Ansprechpartner in den einzelnen Handlungsfeldern benannt

⁸ Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2009): Versorgungsmedizinische Grundsätze.

⁹ Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2010): Ratgeber für Menschen mit Behinderung.

Fast die Hälfte der schwerbehinderten Menschen mit gültigem Ausweis in Heidelberg ist mit einem Grad der Behinderung von 50 (ca. 3.800) bzw. 60 (ca. 2.100) eingestuft. Ein gutes Viertel (27 %) hat einen Grad der Behinderung von 100. Das restliche Viertel verteilt sich auf 70, 80 oder 90 Grad (Abbildung 2.7).

Laut Angaben des Versorgungsamtes Heidelberg lag die Zahl der Personen mit einem Grad der Behinderung von weniger als 50 im August 2010 bei 5008 und somit um 174 höher als im September 2005. Betrachtet man beide Gruppen zusammen, die Menschen mit schwerer Behinderung und solche mit einem geringeren Behinderungsgrad, liegt der Anteil der Menschen mit Behinderung weiterhin bei 12,5 %, d.h. jede/r Achte in Heidelberg hat einen entsprechenden Ausweis (Tabelle 2.6).

Wie schon 2005 war auch 2009 ein größerer Anteil der Menschen mit schwerer Behinderung weiblich (53 %, männlich: 47 %), was der Geschlechterverteilung der Gesamtbevölkerung in Heidelberg gleicht. Die Zahl der weiblichen Schwerbehinderten stieg überproportional um 3,1 %, die der männlichen unterproportional um 0,6 % an (Tabelle 2.8).

Von den im Berichtszeitraum zusätzlich registrierten Menschen mit schwerer Behinderung sind 132 deutscher und 120 ausländischer Nationalität. Die prozentuale Zunahme der Schwerbehinderten mit deutscher Staatsbürgerschaft liegt bei 1,1 %, die der ausländischen Einwohner deutlich höher, nämlich bei 10,8 % (Tabelle 2.5).

Den größten prozentualen Anstieg in Heidelberg (6,1 % oder 425 Personen) verzeichnet die Altersklasse „65 Jahre und älter“, die aber fast dem Anstieg der Einwohnerzahl entspricht. Dadurch blieb der Anteil an den über 65-jährigen so gut wie unverändert. Weiterhin zeigt die Entwicklung der Altersstruktur der Schwerbehinderten mit gültigem Ausweis, dass die Zahl der 25 bis unter 65-jährigen um 140 Personen abnahm und die Jahrgänge bis 25 Jahre ein Minus von 33 Personen verzeichnen; das entspricht der demographischen Entwicklung.

Der Anteil der schwerbehinderten Menschen bezogen auf 1.000 Einwohner in Heidelberg blieb im Zeitraum zwischen 2005 und 2009 unverändert. Im Vergleich hierzu hat die Zahl im Landkreis Rhein-Neckar um ca. 8 % zugenommen. Auch 2009 liegen die Städte Heidelberg und Mannheim und insbesondere der Landkreis Rhein-Neckar deutlich über dem Wert des Bundeslandes (Tabelle 2.7). Der hohe Anteil der Menschen mit schwerer Behinderung sowohl in Heidelberg als auch im Landkreis Rhein-Neckar ist unter anderem auf den Standort der größten Rehabilitationseinrichtung in Europa zurückzuführen, die in Heidelberg und Neckargmünd ansässig ist.

In Heidelberg deutlich mehr Ältere schwerbehindert als im Landesdurchschnitt

Fast jeder dritte Heidelberger (30,6 %) über 64 Jahren ist schwerbehindert, im Land Baden-Württemberg hingegen jeder fünfte (19,1 %). Bei den unter 18-Jährigen und den Personen im erwerbsfähigen Alter liegt die Zahl der Schwerbehinderten in Heidelberg deutlich unter dem entsprechenden Landesanteil.

Im Vergleichszeitraum gab es in Heidelberg keine nennenswerte Veränderung hinsichtlich der einzelnen Anteile in den Altersgruppen (Tabelle 2.9).

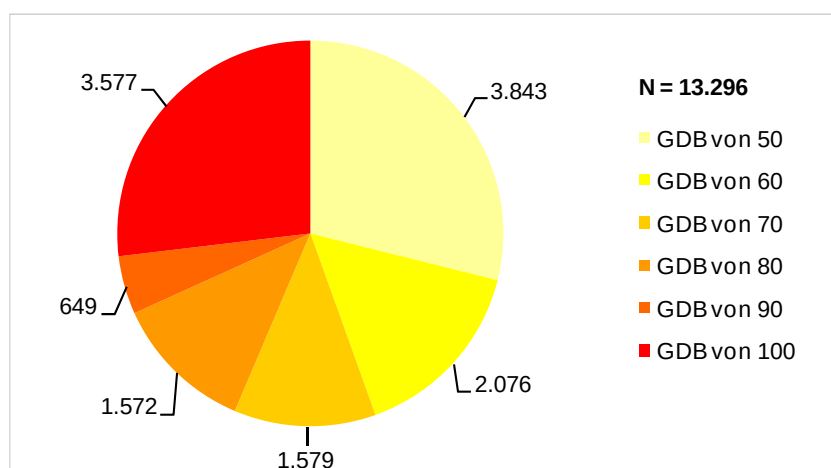
Da es in Deutschland keine Meldepflicht für Menschen mit Behinderung gibt, muss davon ausgegangen werden, dass in Heidelberg mehr als die aufgeführten 18.300 Menschen mit Behinderung leben.

Tabelle 2.6: Entwicklung der schwerbehinderten Menschen mit gültigem Ausweis zwischen 2005 und 2009 (jeweils zum 31.12.) nach Alter und Nationalität

Altersklassen	Deutsche				Ausländer/-innen				Insgesamt			
	2005	2009	Entwicklung 2005/2009		2005	2009	Entwicklung 2005/2009		2005	2009	Entwicklung 2005/2009	
			Absolut	in %			Absolut	in %			Absolut	in %
Unter 6 Jahre	38	38	0	0,0	5	3	-2	-66,7	43	41	-2	-4,7
6 - unter 15 Jahre	95	80	-15	-18,8	16	15	-1	-6,7	111	95	-16	-14,4
15 - unter 18 Jahre	37	38	1	2,6	6	7	1	14,3	43	45	2	4,7
18 - unter 25 Jahre	153	137	-16	-11,7	19	18	-1	-5,6	172	155	-17	-9,9
25 - unter 65 Jahre	5.032	4.863	-169	-3,5	624	653	29	4,4	5.656	5.516	-140	-2,5
65 Jahre und älter	6.703	7.034	331	4,7	316	410	94	22,9	7.019	7.444	425	6,1
Insgesamt	12.058	12.190	132	1,1	986	1.106	120	10,8	13.044	13.296	252	1,9

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Abbildung 2.7: Schwerbehinderte Menschen (GDB ≥ 50) mit gültigem Ausweis in Heidelberg zum 31.12.2009 nach Grad der Behinderung insgesamt



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Tabelle 2.7: Anzahl der Personen mit einem Grad der Behinderung unter 50 in Heidelberg im August 2010

Grad der Behinderung	Anzahl
unter 30	1.116
30	2.370
40	1.522
Summe	5.008

Quelle: Versorgungsamt Heidelberg, August 2010

Tabelle 2.8: Schwerbehinderte Menschen mit gültigem Ausweis in den kreisfreien Städten Baden-Württembergs und ihre Veränderung zwischen 2005 und 2009 (jeweils zum 31.12.)

Kreisfreie Städte	2005	2009	2005-2009
	Je 1.000 Einwohner	Je 1.000 Einwohner	in Prozent
Stuttgart	70	67	-4,3
Heilbronn	75	80	6,7
Baden-Baden	80	84	5,0
Karlsruhe	79	78	-1,3
Heidelberg	91	91	0,0
Mannheim	102	106	3,9
Pforzheim	74	81	9,5
Freiburg	62	69	11,3
Ulm	66	71	7,6
Landkreis Rhein-Neckar	101	109	7,9
Baden-Württemberg	68	74	8,8

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Tabelle 2.9: Schwerbehinderte Menschen mit gültigem Ausweis in Heidelberg nach Geschlecht 2005 und 2009 (jeweils zum 31.12.)

Geschlecht	Menschen mit schwerer Behinderung						Gesamtbevölkerung	
	2005		2009		Entwicklung 2005/2009		Entwicklung 2005/2009	
	Absolut	in Prozent	Absolut	in Prozent	Absolut	in Prozent	Absolut	in Prozent
männlich	6.260	48	6.297	47	37	0,6	1.776	2,6
weiblich	6.784	52	6.999	53	215	3,1	1.697	2,2
Insgesamt	13.044	100	13.296	100	252	1,9	3.473	2,4

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Tabelle 2.10: Anteile der Schwerbehinderten mit gültigem Ausweis zum 31.12.2009 an der Bevölkerung der jeweiligen Altersklasse in Prozent

	Einwohner insgesamt	0 - unter 18 Jahre	18 - unter 65 Jahre	65 und älter
Heidelberg	9,1	0,9	5,5	30,6
Baden-Württemberg	7,4	3,4	7,7	19,1

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

3. Milieus in Heidelberg

Der Heidelberger Bericht zur Sozialen Lage versucht mit dem vielschichtigen Lebenslagenansatz die gesellschaftliche Realität in Heidelberg abzubilden. Die unterschiedliche Verteilung von Teilhabe- und Verwirklichungschancen von Gruppen und Menschen in dieser Stadt wurde im ersten Bericht durch eine breite Darstellung einer Vielzahl unterschiedlicher Merkmale und Dimensionen beschrieben und zu verschiedenen Lebenslagen zusammengefasst. Dieser Ansatz wird auch in diesem Bericht verfolgt. In diesem Kapitel soll er jedoch ergänzt werden um eine inzwischen in drei Jahrzehnten sozialwissenschaftlicher Forschung bewährte Lebensweltanalyse moderner Gesellschaften: den Sinus-Milieuansatz.

Die Sinus-Milieus gruppieren Menschen, die sich in ihrer Lebensauffassung und Lebensweise ähneln. Grundlegende Wertorientierungen gehen dabei ebenso in die Analyse ein wie Alltagseinstellungen zu Arbeit, Familie, Freizeit, Konsum etc. Die Milieus rücken den Menschen und seine Lebenswelt ganzheitlich ins Blickfeld. In diesem Sinne sind die Sinus-Milieus eine wichtige Ergänzung des Lebenslagenansatzes. Die Milieus sind real existierende Teil-Kulturen in der Gesellschaft mit gemeinsamen Sinn- und Kommunikationszusammenhängen in ihrer Alltagswelt. Jedes Milieu hat dabei seine charakteristischen soziodemografischen Schwerpunkte. Diese erklären aber nicht direkt die Hintergründe, was die Menschen bewegt und wie sie bewegt werden können. Erst in Verknüpfung mit Wertvorstellungen und Ansichten ist dies typisierend möglich. Abbildung 3.1 veranschaulicht die Position der Milieus in der Gesellschaft nach „sozialer Lage“ und „Grundorientierung“ und die Überlappungspotenziale. Je höher ein Milieu in der Grafik angesiedelt ist, desto gehobener sind Bildung, Einkommen und Berufsgruppe (soziale Lage). Je weiter rechts es sich erstreckt, desto moderner im soziokulturellen Sinne ist die Grundorientierung. Die nachfolgend dargestellten Daten stammen von der Firma microm Micromarketing-Systeme und Consult GmbH, Neuss, die gemeinsam mit der Firma SINUS Soziovision GmbH, Heidelberg die MOSAIC®-Milieus¹ entwickelt hat und vertreibt.

Derzeit lassen sich die Haushalte in Deutschland in 10 Milieu-Typen einteilen. Jeder dritte deutsche Haushalt gehört demnach einem der gesellschaftlichen Leitmilieus an, zu denen man Etablierte (10 %), die Postmaterielle (10 %) und Moderne Performer (10 %) zählt. Zusammen mit den Konservativen (5 %) repräsentieren diese die obere Mittelschicht und Oberschicht, wobei das Orientierungsspektrum - das heißt die Wertescale von Tradition über Modernisierung bis Neuorientierung reicht (Abbildung 3.2).

Die Zusammensetzung der Haushalte in der Universitätsstadt weicht von der bundesrepublikanischen Struktur deutlich ab. Die modern orientierten Milieus sind in Heidelberg weit überdurchschnittlich häufig. Dies gilt für die sozial gut gestellten Postmateriellen (Heidelberg 14 %, Bund 10 %) mit einer liberalen Grundhaltung bei postmateriellen Werten und intellektuellen Interessen sowie die Modernen Performer (Heidelberg 14 %, Bund 10 %), die als junge, unkonventionelle Leistungselite intensiv lebt - beruflich wie privat - und Multioptionalität, Flexibilität und Multimedia schätzt. Aber auch die Gruppe der spaßorientierten Unterschicht/Mittelschicht, die Konventionen und Verhaltenserwartungen der Leistungsgesellschaft ablehnt (Hedonisten), liegt mit einem Anteil von 14 % in Heidelberg um 3 Prozentpunkte über dem Bundesmittel.

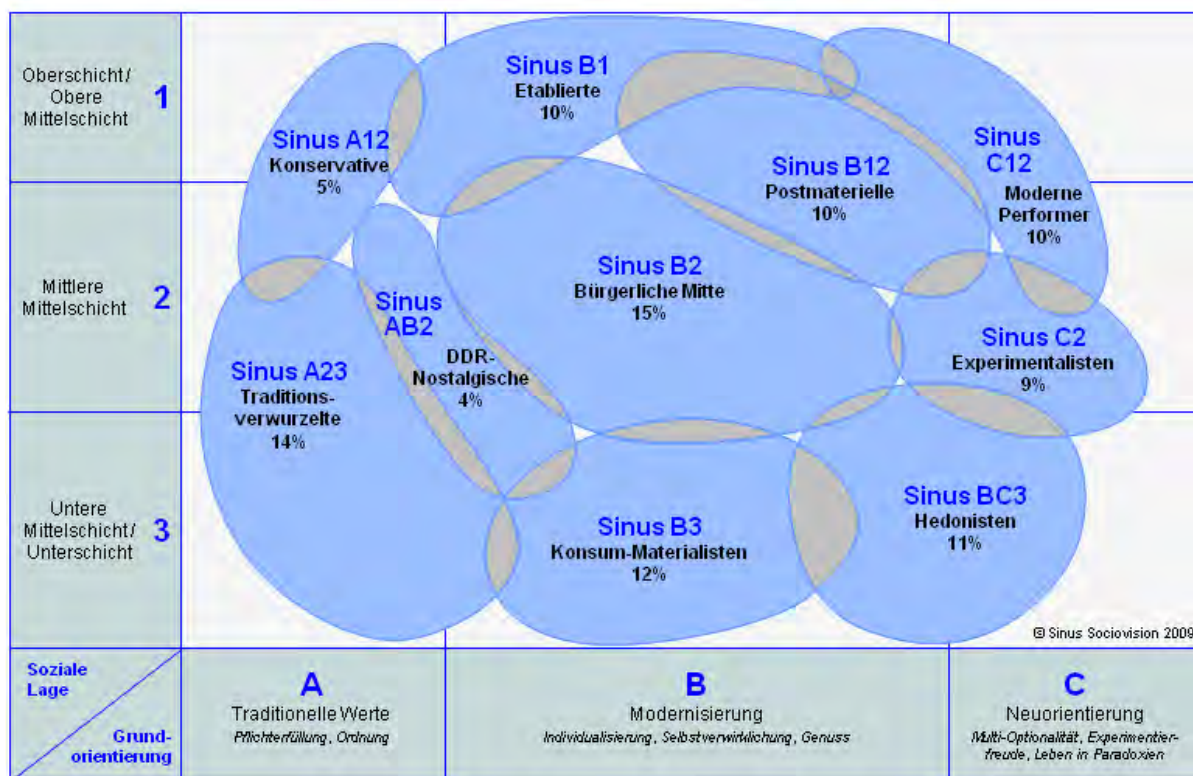
1 MOSAIC Milieus® ist ein eingetragenes Warenzeichen der microm Micromarketing-Systeme und Consult GmbH, Neuss, siehe auch: Huss, Elmar: MOSAIC Milieus® für München, Neue Möglichkeiten für Analyse, Planung und Steuerung in: Münchner Statistik, 4. Quartalsheft, Jahrgang 2006 Seite 3 ff..

Abbildung 3.1: Die MOSAIC-Milieus[®] - Kurzcharakteristik

Gesellschaftliche Leitmilieus		
▪ Etablierte	➤	Das selbstbewusste Establishment: Erfolgs-Ethik, Machbarkeitsdenken und ausgeprägte Exklusivitätsansprüche
▪ Postmaterielle	➤	Das aufgeklärte Nach-68-er-Milieu: Liberale Grundhaltung, postmaterielle Werte und intellektuelle Interessen
▪ Moderne Performer	➤	Die junge, unkonventionelle Leistungselite: intensives Leben – beruflich und privat, Multi-Optionalität, Flexibilität und Multimedia-Begeisterung
Traditionelle Milieus		
▪ Konservative	➤	Das alte deutsche Bildungsbürgertum: konservative Kulturkritik, humanistisch geprägte Pflichtauffassung und gepflegte Umgangsformen
▪ Traditionsverwurzelte	➤	Die Sicherheit und Ordnung liebende Kriegsgeneration: verwurzelt in der kleinbürgerlichen Welt bzw. in der traditionellen Arbeiterkultur
▪ DDR-Nostalgische	➤	Die resignierten Wende-Verlierer: Festhalten an preußischen Tugenden und altsozialistischen Vorstellungen von Gerechtigkeit und Solidarität
Mainstream - Milieus		
▪ Bürgerliche Mitte	➤	Der statusorientierte moderne Mainstream: Streben nach beruflicher und sozialer Etablierung, nach gesicherten und harmonischen Verhältnissen
▪ Konsum-Materialisten	➤	Die stark materialistisch geprägte Unterschicht: Anschluss halten an die Konsum-Standards der breiten Mitte als Kompensationsversuch sozialer Benachteiligungen
Hedonistische Milieus		
▪ Hedonisten	➤	Die Spaß-orientierte moderne Unterschicht / untere Mittelschicht: Verweigerung von Konventionen und Verhaltenserwartungen der Leistungsgesellschaft
▪ Experimentalisten	➤	Die extrem individualistische neue Bohème: Ungehinderte Spontaneität, Leben in Widersprüchen, Selbstverständnis als Lifestyle-Avantgarde

Quelle: Sinus Sociovision 2008

Abbildung 3.2: MOSAIC-Milieus in Deutschland 2009



Quelle: Sinus Sociovision

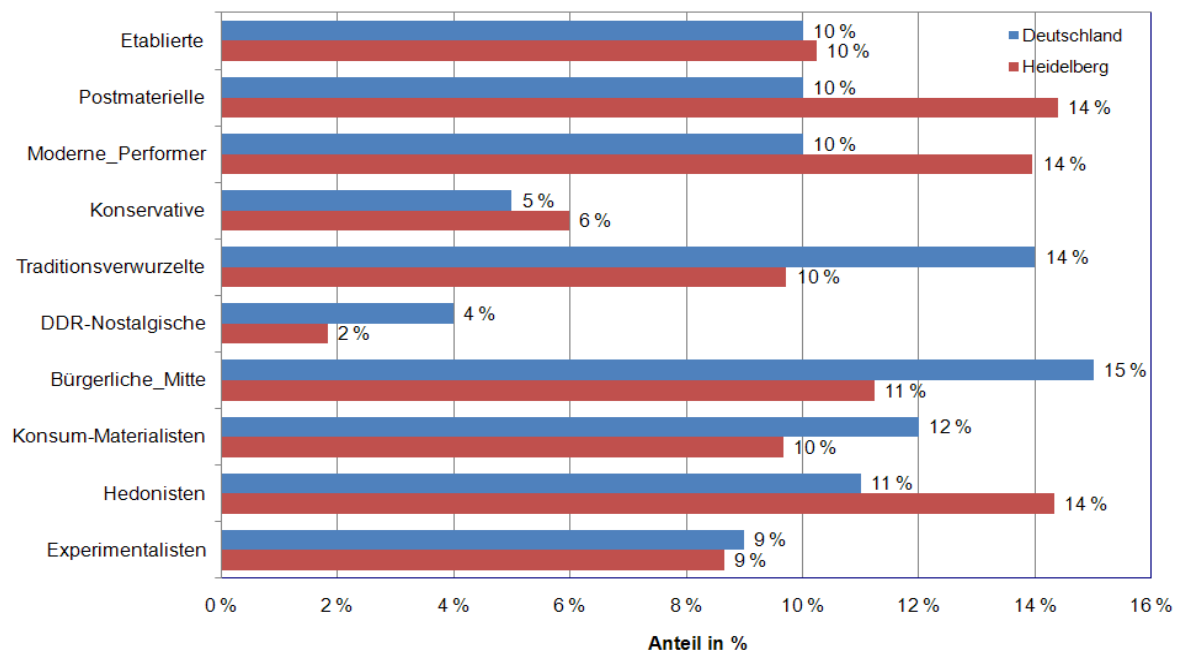
Tabelle 3.1: MOSAIC-Milieus in Deutschland und in Heidelberg 2009

Milieus	Heidelberg	Deutschland	Abweichung Heidelberg von Deutschland
	in Prozent		in Prozentpunkten
Etablierte	10	10	0
Postmaterielle	14	10	4
Moderne Performer	14	10	4
Konservative	6	5	1
Traditionsverwurzelte	10	14	-4
DDR-Nostalgische	2	4	-2
Bürgerliche Mitte	11	15	-4
Konsum-Materialisten	10	12	-2
Hedonisten	14	11	-3
Experimentalisten	9	9	0

Quelle: Sinus Sociovision und microm Micromarketing-Systeme und Consult

Die beiden im Bund größten Milieugruppen sind in Heidelberg hingegen stark unterrepräsentiert. Sowohl bei der Bürgerlichen Mitte (Heidelberg 11 %, Bund 15 %) als auch bei den Traditionsverwurzelten (Heidelberg 10 %, Bund 14 %) ist der Abstand mit – 4 Prozentpunkten zum Bundesdurchschnitt beträchtlich. Die Bürgerliche Mitte zählt zur mittleren Mittelschicht, die nach beruflicher und sozialer Etablierung und nach gesicherten harmonischen Verhältnissen strebt. Hinter den Traditionsverwurzelten ist die Sicherheit und Ordnung liebende Kriegsgeneration zu sehen, die in der kleinbürgerlichen Welt beziehungsweise der traditionellen Arbeiterkultur verwurzelt ist (Tabelle 3.1 und Abbildung 3.3).

Abbildung 3.3: MOSAIC-Milieus in Deutschland und in Heidelberg¹⁾



¹⁾ Prozentwerte gerundet

Quelle: microm Micromarketing-Systeme und Consult

Innerhalb der Stadt sind deutliche räumliche Schwerpunkte einzelner Milieustrukturen feststellbar. Die Postmateriellen sind in den Stadtteilen nördlich des Neckars, in Schlierbach und der Weststadt das Milieu mit den höchsten Haushaltsanteilen. In Neuenheim und in Schlierbach gehört jeder fünfte Haushalt dieser Milieugruppe an. Eine Analyse auf Ebene der rund 1.200 Baublöcke in Heidelberg zeigt weitere Schwerpunkte dieses Milieus in der östlichen Altstadt und in den östlichen Teilen der Südstadt und Rohrbachs (Abbildung 3.4).

In der Altstadt, Bergheim-Ost und im Neuenheimer Feld liegen die experimentierfreudigen Modernen Performer noch vor den Postmaterialisten. Insgesamt bleibt festzuhalten, dass der Norden, der Osten und die Stadtmitte von Heidelberg deutlich von den gesellschaftlichen Leitmilieus geprägt sind.

In den westlichen und südlichen Stadtteilen gehören hingegen weit überdurchschnittlich viele Haushalte der spaßorientierten und der Leistungsgesellschaft ablehnend gegenüberstehenden Milieugruppe der Hedonisten an. Eine Ausnahme bildet der Pfaffengrund. Es ist das einzige Stadtviertel, in dem das Milieu mit der bundesweit höchsten Quote, die Bürgerliche Mitte auf die relativ größten Haushaltsanteile kommt.

Abbildung 3.4: Dominantes Milieu in den Baublöcken in Heidelberg

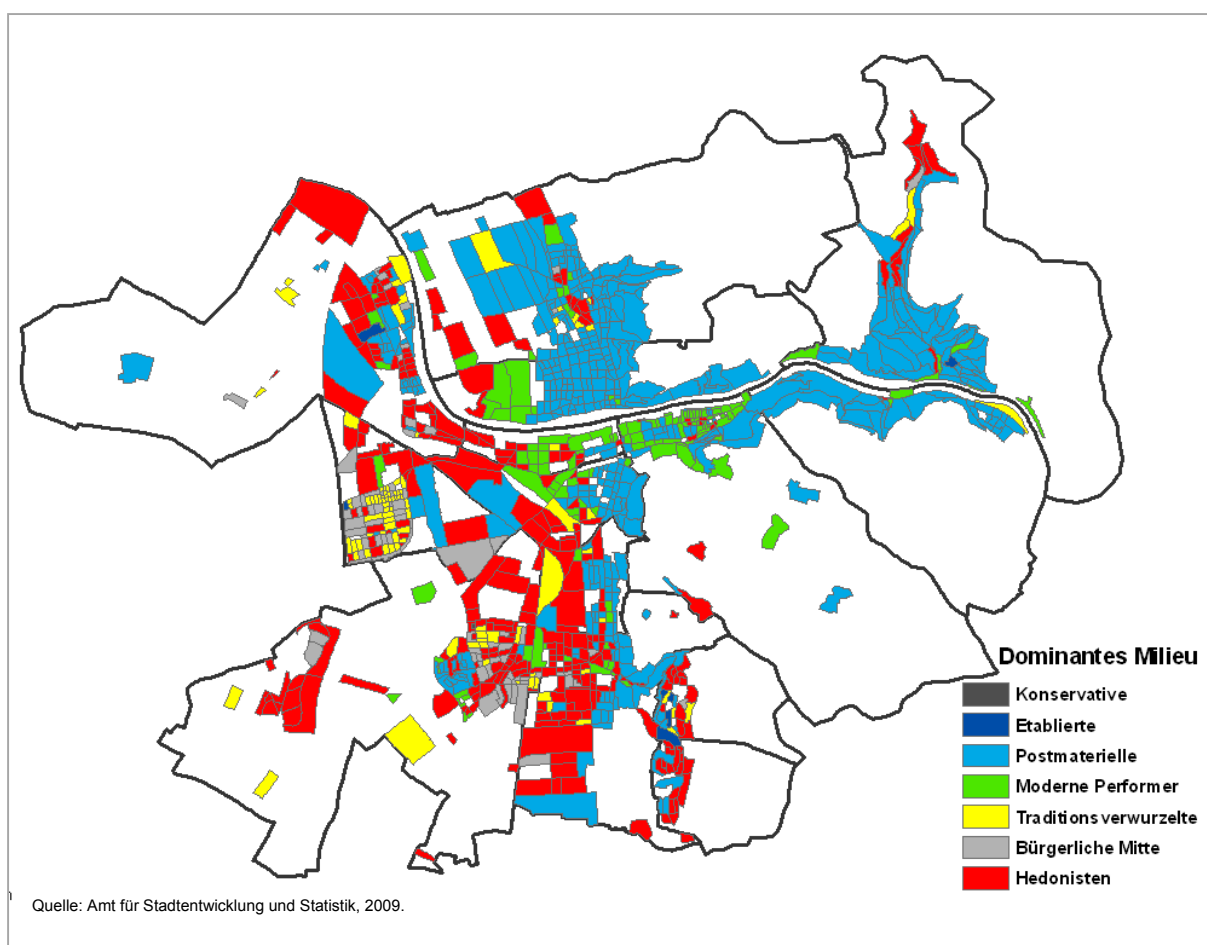


Abbildung 3.5: Anteil des Milieus der **Etablierten** an den Haushalten nach Stadtviertel in Heidelberg

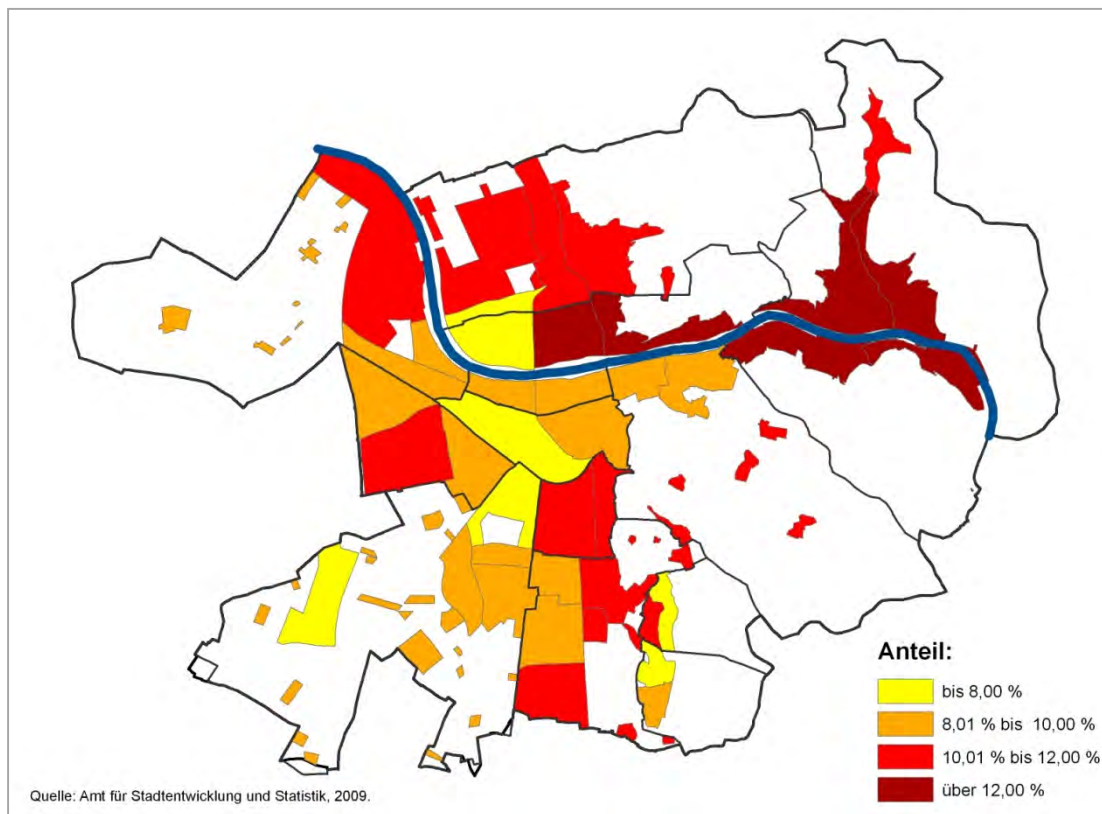


Abbildung 3.6: Anteil des Milieus der **Postmateriellen** an den Haushalten nach Stadtviertel in Heidelberg

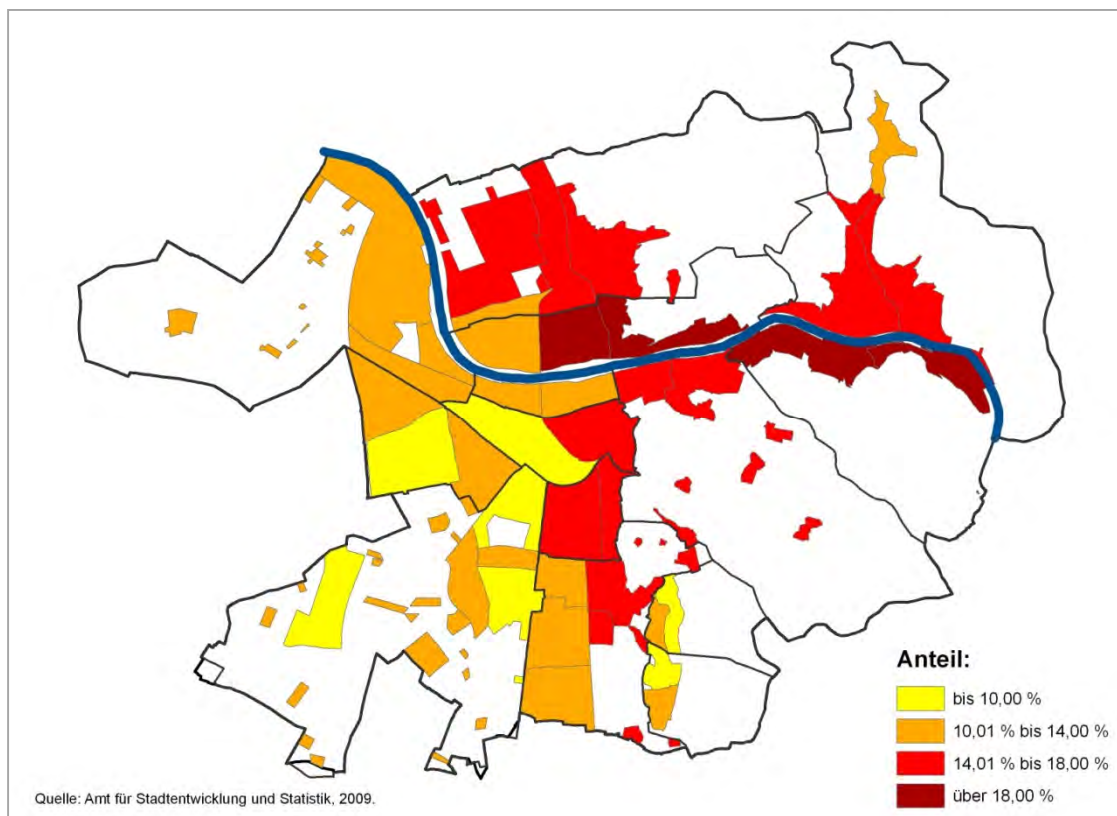


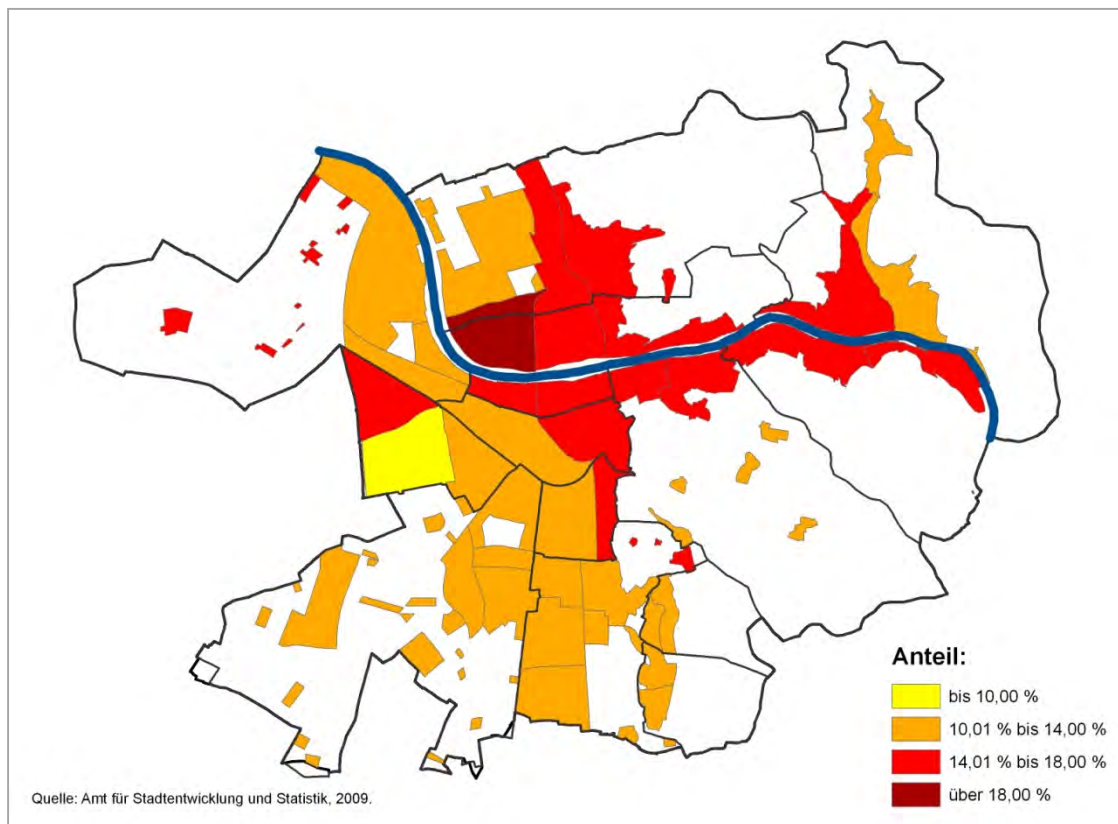
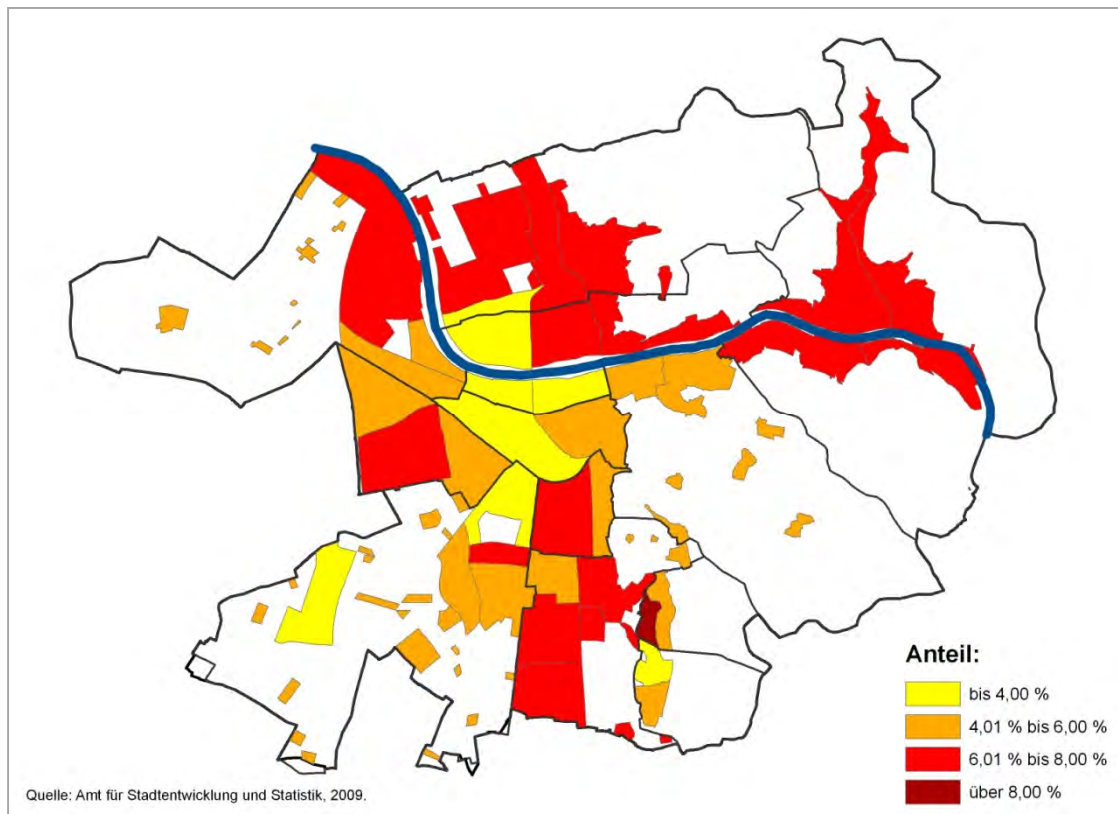
Abbildung 3.7: Anteil des Milieus der **Modernen Performer** an den Haushalten nach Stadtviertel in HeidelbergAbbildung 3.8: Anteil des Milieus der **Konservativen** an den Haushalten nach Stadtviertel in Heidelberg

Abbildung 3.9: Anteil des Milieus der **Traditionsverwurzelten** an den Haushalten nach Stadtviertel in Heidelberg

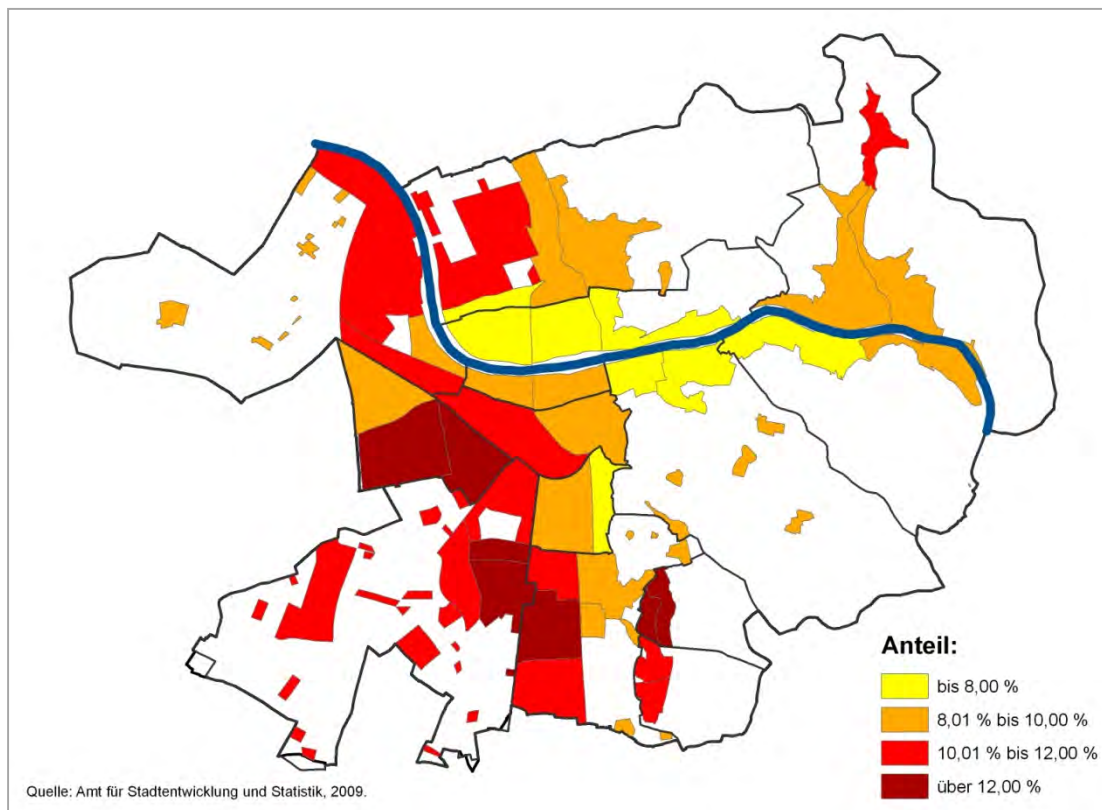


Abbildung 3.10: Anteil des Milieus der **DDR-Nostalgischen** an den Haushalten nach Stadtviertel in Heidelberg

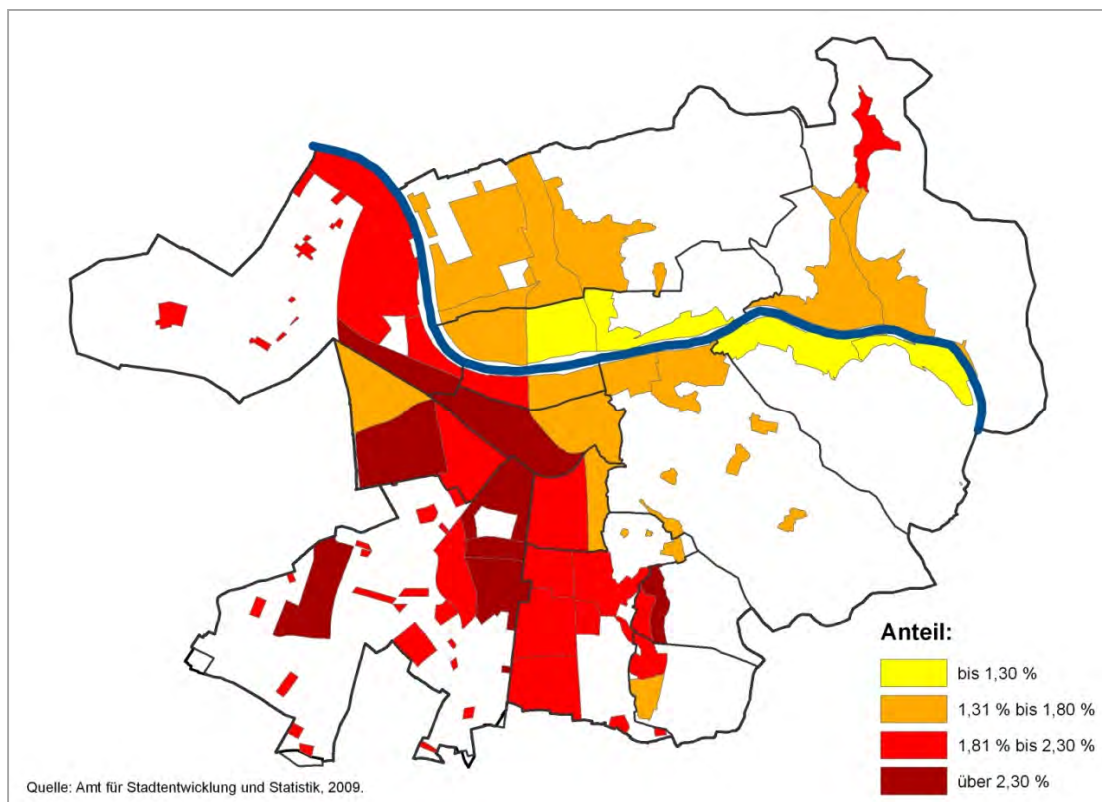


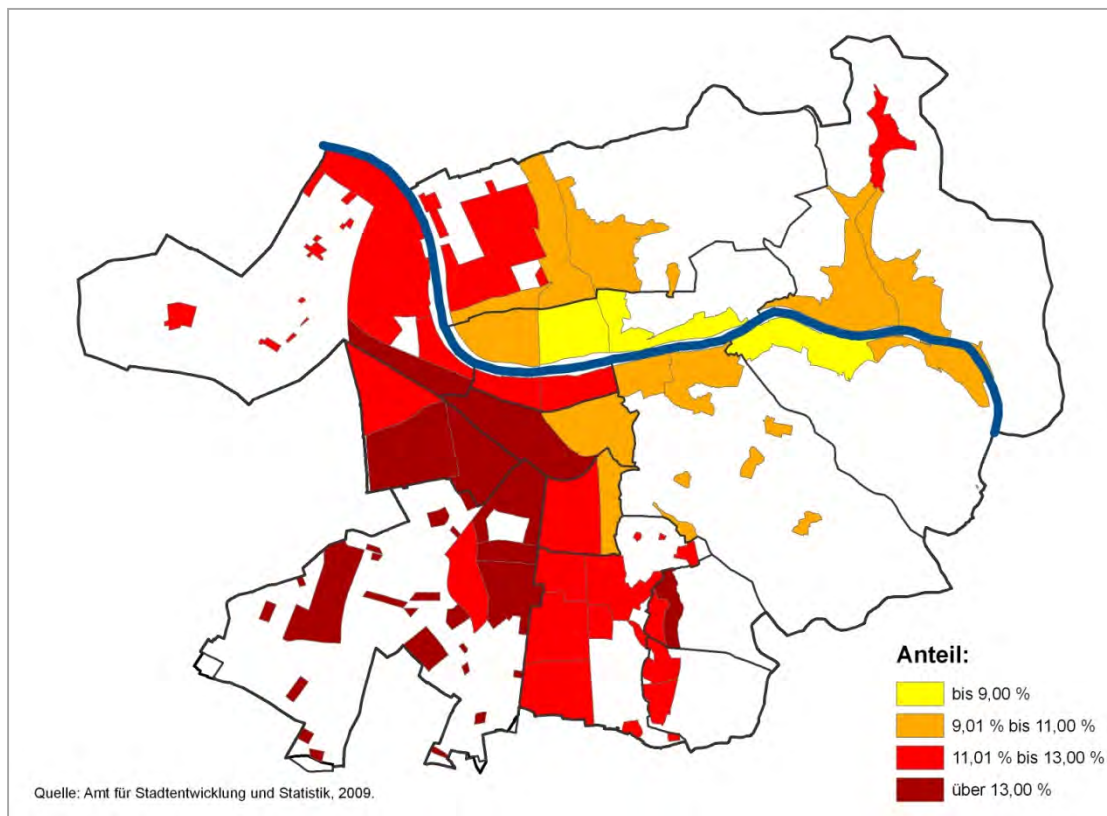
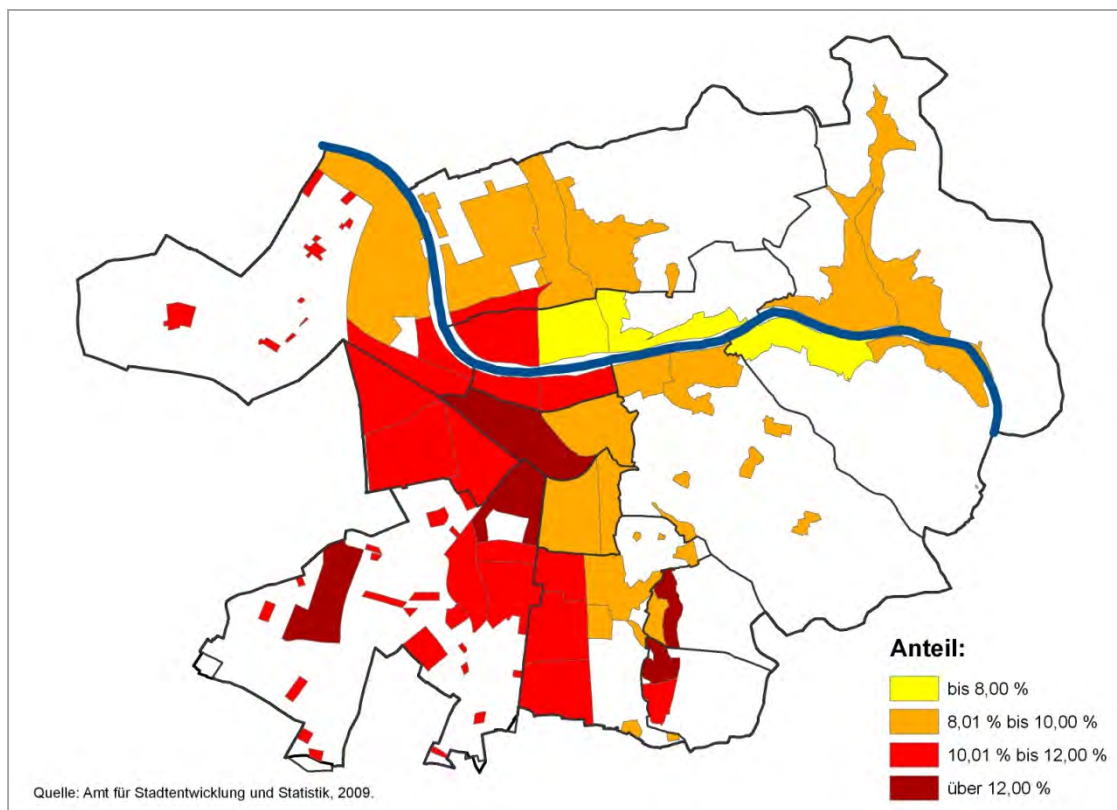
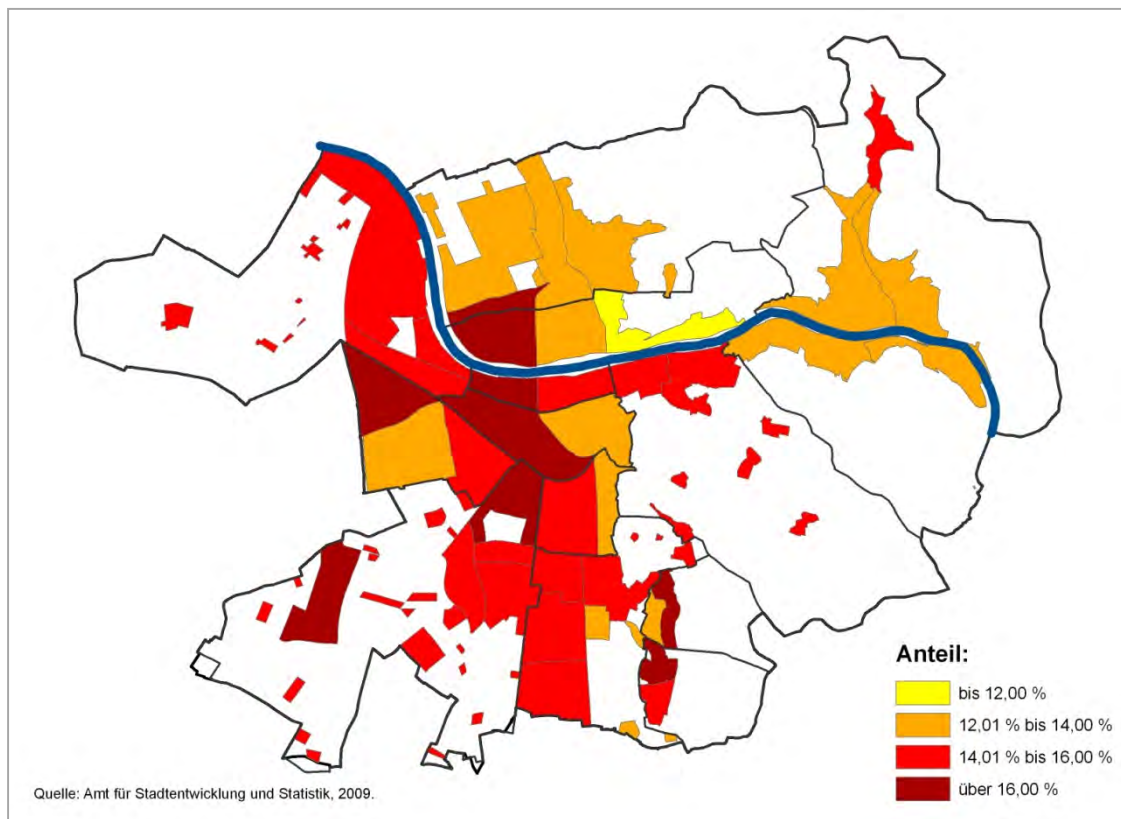
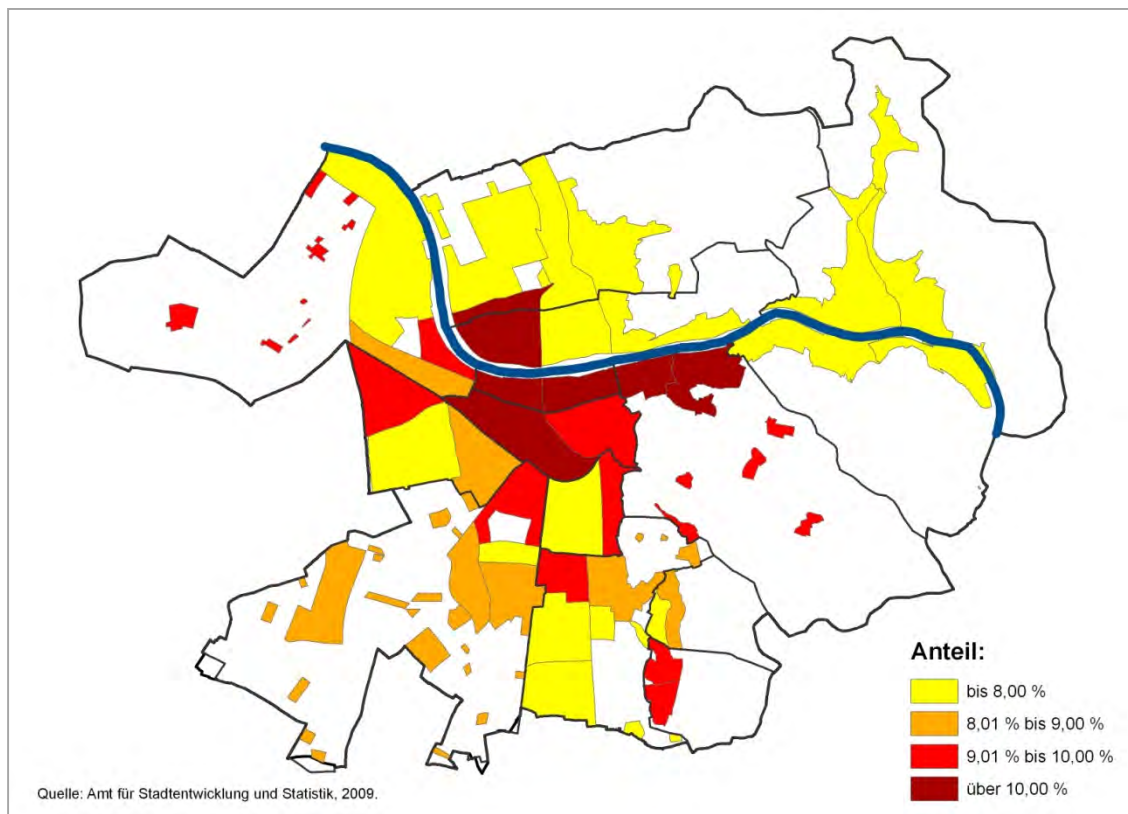
Abbildung 3.11: Anteil des Milieus der **Bürgerlichen Mitte** an den Haushalten nach Stadtviertel in HeidelbergAbbildung 3.12: Anteil des Milieus der **Konsum-Materialisten** an den Haushalten nach Stadtviertel in Heidelberg

Abbildung 3.13: Anteil des Milieus der **Hedonisten** an den Haushalten nach Stadtviertel in HeidelbergAbbildung 3.14: Anteil des Milieus der **Experimentalisten** an den Haushalten nach Stadtviertel in Heidelberg

4. Erwerbssituation - Menschen mit und ohne Arbeit

Die Erwerbstätigkeit ist der zentrale Schlüssel zur materiellen Absicherung und Ansehen in unserer Gesellschaft. Erwerbsleben und –beteiligung unterliegen jedoch einem starken Wandel. Hierzu wurden im ersten Bericht zur sozialen Lage grundsätzliche Ausführungen gemacht, die hier nicht wiederholt werden sollen. In diesem Bericht liegt der Fokus auf der Darstellung der aktuellen Situation und der Veränderung in den letzten vier Jahren.

41 von 100 Einwohnern erwerbstätig

Mitte 2009 waren von den gut 145.600 Einwohnern rund 59.800 erwerbstätig. Ihr Anteil an der Bevölkerung betrug 41 %. Über die Hälfte (50,5 %) der in Heidelberg wohnhaften Erwerbstätigen waren weiblich (30.200). Von der Beschäftigungsquote bei Frauen kann aber nicht auf die gleiche Teilhabe am Erwerbsleben geschlossen werden. Überproportional viele Frauen arbeiten im Vergleich zu Männern nur Teilzeit und haben in höherem Maße diskontinuierliche Berufsverläufe. Hierin liegt nicht nur ein wesentlicher Grund für mangelnde Chancengleichheit sondern auch für das Armutsrisiko im Alter¹ und als Alleinerziehende. 7.500 erwerbstätige Personen hatten einen ausländischen Pass.

Erwerbstätige sind alle Personen zwischen 15 und 64 Jahren, die als Arbeitnehmer (Arbeiter, Angestellte, Beamte, geringfügig Beschäftigte, Soldaten) oder als Selbstständige beziehungsweise als mithelfende Familienangehörige eine auf wirtschaftlichen Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben, unabhängig vom Umfang der Tätigkeit. 2007 wurde die regionale Abschätzung der Zahl der Selbstständigen und der mithelfenden Familienangehörigen auf eine neue Berechnungsbasis umgestellt². Die Zahl der Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen verringerte sich dadurch rechnerisch in Heidelberg um rund 2.600 Personen. Dies führt dazu, dass die Angaben zu Selbstständigen und mithelfenden Familienmitgliedern aber auch zur Gesamtzahl an Erwerbstätigen in Heidelberg nicht mehr mit früheren Jahren vergleichbar sind.³

Von den rund 59.800 erwerbstätigen Heidelberginnen und Heidelbergern waren zwei Drittel sozialversicherungspflichtig beschäftigt (rund 41.000). Rund 9.000 Personen waren ausschließlich geringfügig beschäftigt. Dies entspricht 22 % der versicherungspflichtig Beschäftigten.

Tabelle 4.1: Einwohner und Erwerbstätige am Wohnort nach Geschlecht und Nationalität in Heidelberg zum 30.06.2009

Merkmal	Einwohner		Erwerbstätige		
	absolut	in %	absolut	in %	Anteil an Einwohnern in %
Insgesamt	145.636	100,0	59.800	100,0	41,1
darunter:					
Frauen	76.885	52,8	30.200	50,5	39,3
Männer	68.751	47,2	29.600	49,5	43,1
Ausländer	24.991	17,2	7.500	12,5	30,0

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, eigene Berechnungen

- 1 Bei vielen Frauen mindert das geringere Arbeitsvolumen (meist geschuldet der besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie) die späteren Rentenansprüche und verhindert zudem das private Ansparen für eine gute Altersvorsorge.
- 2 Statistik der Bundesagentur für Arbeit: Dokumentation: Ermittlung der Bezugsgröße zur Berechnung der Arbeitslosenquote 2007, Nürnberg 2007.
- 3 Im Jahr 2005 lag - nach alter Berechnungsmethode - die Zahl der Erwerbstätigen in Heidelberg bei 59.700. Ohne die Berechnungskorrektur hätte ihre Zahl 2009 rund 62.100 betragen.

tigten (SVP-Beschäftigte). Gegenüber 2005 ist ihre Anzahl nur noch leicht um 300 Personen oder 3,4 % angestiegen. 6.100 Selbstständige und mithelfende Familienangehörige sowie rund 3.800 Beamte und Beamtinnen waren Mitte 2009 in Heidelberg wohnhaft.

Gemeinsam mit den rund 4.000 Arbeitslosen bilden die Erwerbstätigen die Gruppe der auf dem Arbeitsmarkt aktiven Erwerbspersonen in Heidelberg (rund 64.000 Personen). Bezogen auf die rund 103.000 Personen in Heidelberg im erwerbsfähigen Alter zwischen 18 und 64 Jahren lag der Erwerbspersonenanteil bei 62 %.

Heidelberg hat herausragende Bedeutung im regionalen Arbeitsmarkt

Ende 2009 hatten rund 110.000 Menschen ihren Arbeitsplatz im von Wissenschaft und Forschung geprägten Heidelberg. Das sind rund 4.000 mehr als noch 2005. Davon pendeln rund zwei Drittel oder 70.000 Personen ein. Gleichzeitig hatten rund 20.000 Heidelberginnen und Heidelberger ihren Arbeitsplatz außerhalb der Stadt. Nur rund 40.000 Personen - 36 von 100 Beschäftigten - wohnen und arbeiten in Heidelberg.

4.1. Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort

Am 31.12.2009 waren knapp 41.000 Personen, die in Heidelberg wohnen, sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Gegenüber 2005 ist ihre Zahl deutlich um rund 2.400 Personen oder 6,2 % angestiegen. Nur sechs von zehn SVP-Beschäftigten mit Wohnsitz in Heidelberg arbeiten auch in der Universitätsstadt. 40 % verdienen ihr Einkommen außerhalb der Stadt.

Im Schnitt gehen vier von zehn Heidelbergerinnen und Heidelbergern im Alter zwischen 18 und 64 Jahren einer versicherungspflichtigen Beschäftigung nach. Die Bandbreite in den Stadtteilen reicht dabei von jedem Dritten in der Altstadt, einem stark studentisch geprägtem Stadtteil, bis zu jedem Zweiten im Pfaffengrund. Während in fast allen Stadtteilen die Zahl der SVP-Beschäftigten seit 2005 angestiegen ist, ist sie im Emmertsgrund sogar um fast 6 % zurückgegangen.

Am Zuwachs an versicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen konnten beide Geschlechter gleichermaßen profitieren (jeweils rund + 1.200 Personen bzw. 6,2%). Somit hat sich das Geschlechterverhältnis nicht geändert, die Männer sind gesamtstädtisch bei den SVP-

Tabelle 4.2: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort Heidelberg nach ausgewählten Merkmalen 2009 und 2005 (jeweils zum 31.12.)

Merkmal	2009		2005		2009 zu 2005	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
SVP-Beschäftigte insgesamt	40.968	100	38.562	100	2.406	6,2
darunter:						
Frauen	20.401	49,8	19.205	49,8	1.196	6,2
Männer	20.567	50,2	19.357	50,2	1.210	6,3
Ausländer	5.304	12,9	4.917	12,8	387	7,9
Deutsche	35.664	87,1	33.645	87,2	2.019	6,0
Land- und Forstwirtschaft	75	0,2	153	0,4	-78	-51,0
Produzierendes Gewerbe	6.464	15,8	7.280	18,9	-816	-11,2
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	6.574	16,0	6.896	17,9	-322	-4,7
Sonstige Dienstleistungen	27.814	67,9	24.212	62,8	3.602	14,9

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Beschäftigten ganz leicht in der Mehrheit (50,2 % Männer und 49,8 % Frauen). Dieser Proportio findet sich aber nicht in allen Stadtteilen. In der Südstadt (Frauenanteil: 54,6 %), Handschuhsheim (52,7 %), Neuenheim (51,7 %) und der Weststadt (51,3 %) stellen die Frauen über die Hälfte der dort wohnenden SVP-Beschäftigten, alle Stadtteile mit einer überdurchschnittlichen Sozialstruktur.

Von den knapp 41.000 SVP-Beschäftigten waren rund 5.300 ausländischer Nationalität. Dies entspricht einem Anteil von 12,9 %. Ihre Zahl hat im Vergleich zu 2005 überproportional um 7,9 % oder knapp 400 Personen zugenommen. Mit Inkrafttreten des Aufenthaltsgesetzes am 01.01.2005 in Verbindung mit den neuen Bleiberechtsregelungen vom November 2006 / Juli 2007 für geduldete Ausländer/-innen haben sich die arbeits- und ausländerrechtlichen Regelungen gelockert. Deshalb konnten auch mehr Personen Teil- bzw. Vollzeit arbeiten.

In den Stadtteilen, in denen die ausländische Bevölkerung einen höheren Anteil an den Einwohnern hat, sind auch die Anteile ausländischer Beschäftigten an den SVP-Beschäftigten höher. Die räumliche Struktur hat sich in den letzten vier Jahren nicht verändert.

Teilzeit nach wie vor Frauendomäne

Ein Viertel der Beschäftigten am Wohnort arbeiten in Teilzeit. Davon sind wiederum knapp 73 %⁴ weiblich. Damit haben über ein Drittel (37 %) der weiblichen SVP-Beschäftigten Heidelbergs nur eine Teilzeitanstellung.

Dienstleistungen sind die Gewinner

Acht von zehn SVP-Beschäftigten mit Wohnsitz in Heidelberg (83,9 % oder rund 34.400 Personen) waren Ende 2009 im Dienstleistungssektor tätig. Bezeichnend ist, dass der Dienstleistungssektor in den vier Jahren seit 2005 die Beschäftigung um über 3.600 Personen ausgeweitet hat (11,5 %). Der Beschäftigungsabbau im Produzierenden Gewerbe hat sich hingegen fortgesetzt. Ende 2009 waren nur noch knapp 7.300 Personen in diesem Sektor tätig, ein Verlust von rund 800 Arbeitsplätzen (- 11,2 %).

Im letzten Bericht zur Sozialen Lage wurde bereits auf das im Landesvergleich sehr hohe Bildungsniveau der in Heidelberg wohnenden SVP-Beschäftigten hingewiesen. In den letzten vier Jahren hat es sich weiter erhöht. Über 12.600 SVP-Beschäftigte oder knapp 31 % haben einen Fachhochschul- oder Hochschulabschluss. Das sind über 2.100 Personen mehr als 2005. Sehr erfreulich ist, dass gleichzeitig die Zahl der Personen mit Volks-, Haupt- oder Realschulabschluss ohne Berufsausbildung zurückgegangen ist. Auch hier gibt es deutliche Unterschiede zwischen den Stadtteilen. Während in Neuenheim jeder zweite SVP-Beschäftigte Akademiker ist, trifft dies auf dem Boxberg oder dem Emmertsgrund nicht mal auf jeden 10ten zu (Tabelle 4.4). Allerdings ist dabei zu beachten, dass die beiden Höhenstadtteile mit den stadtweit schlechtesten Werten sich immer noch nahe dem Landesdurchschnitt bewegen (Baden-Württemberg: 11,2 % mit Fachhochschul-/Hochschulabschluss).

4 Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Daten zum 30.06.2009.

Abbildung 4.1: Entwicklung der SVP- Beschäftigten am Wohnort in Heidelberg jeweils zum 31.12.

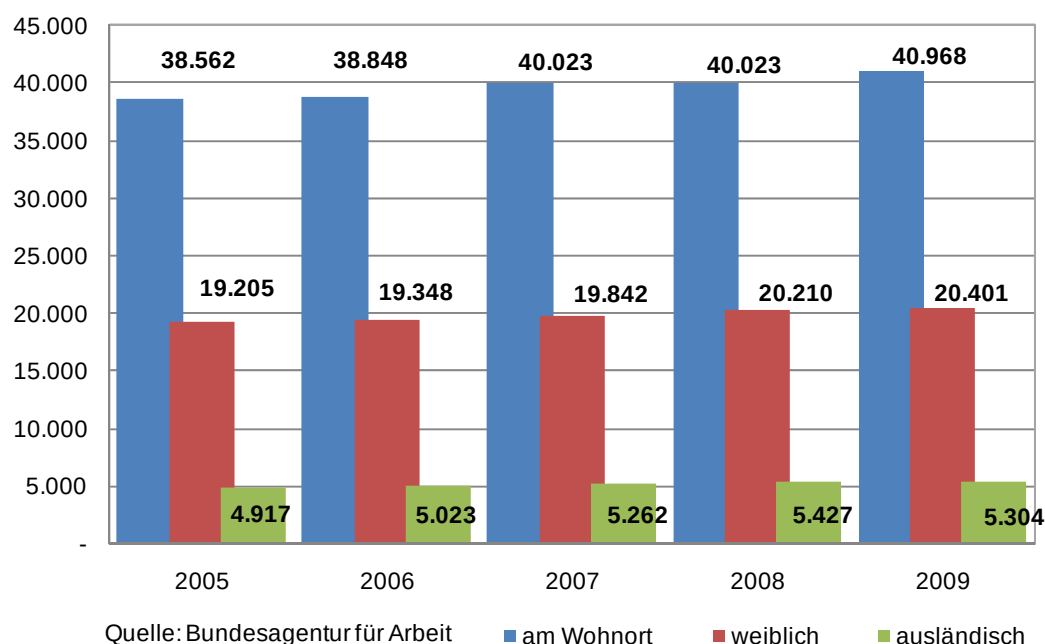


Tabelle 4.3: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort in Heidelberg nach ausgewählten Merkmalen und Stadtteilen zum 31.12.2009

Stadtteil	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort											
	Insgesamt	davon:										je 1.000 Einwohner im Alter von 18 bis 64 Jahren
		Männer		Frauen		Deutsche		Ausländer		< 26 Jahre		
abs.	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	
Schlierbach	786	417	53,1	369	46,9	699	88,9	87	11,1	56	7,1	331
Altstadt	2.650	1.345	50,8	1.305	49,2	2.176	82,1	474	17,9	203	7,7	305
Bergheim	2.264	1.154	51,0	1.110	49,0	1.845	81,5	419	18,5	197	8,7	400
Weststadt	4.152	2.021	48,7	2.131	51,3	3.656	88,1	496	11,9	244	5,9	398
Südstadt	1.229	558	45,4	671	54,6	1.091	88,8	138	11,2	96	7,8	371
Rohrbach	4.683	2.380	50,8	2.303	49,2	4.045	86,4	638	13,6	428	9,1	416
Kirchheim	5.331	2.734	51,3	2.597	48,7	4.680	87,8	651	12,2	596	11,2	446
Pfaffengrund	2.490	1.283	51,5	1.207	48,5	2.246	90,2	244	9,8	291	11,7	471
Wieblingen	2.984	1.545	51,8	1.439	48,2	2.621	87,8	363	12,2	300	10,1	429
Handschuhsheim	4.935	2.333	47,3	2.602	52,7	4.392	89,0	543	11,0	424	8,6	377
Neuenheim	3.553	1.715	48,3	1.838	51,7	3.048	85,8	505	14,2	326	9,2	347
Boxberg	1.191	632	53,1	559	46,9	1.033	86,7	158	13,3	184	15,4	458
Emmertgrund	1.907	1.003	52,6	904	47,4	1.571	82,4	336	17,6	306	16,0	425
Ziegelhausen	2.673	1.377	51,5	1.296	48,5	2.449	91,6	224	8,4	214	8,0	415
keine Zuordnung*	140	70	50,0	70	50,0	112	80,0	28	20,0	18	12,9	*
Heidelberg	40.968	20.567	50,2	20.401	49,8	35.664	87,1	5.304	12,9	3.883	9,5	399

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Abbildung 4.2: Anteil der Ausländer an den SVP-Beschäftigten in Heidelberg am 31.12.2009 nach Stadtteilen

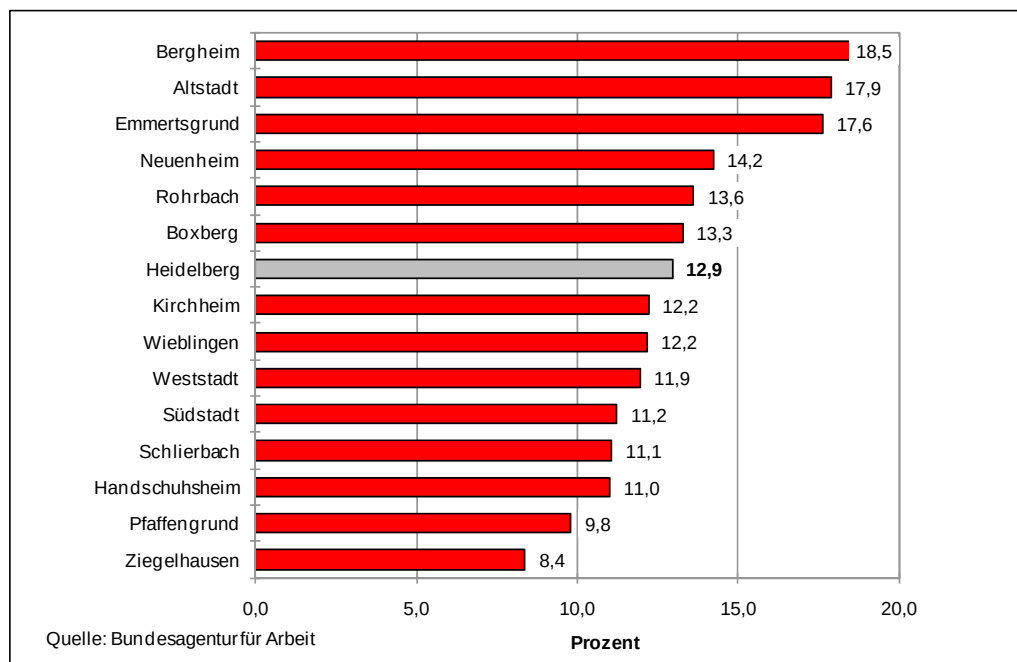


Abbildung 4.3: Anteil der unter 25-Jährigen an den SVP-Beschäftigten in Heidelberg am 31.12.2009 nach Stadtteilen

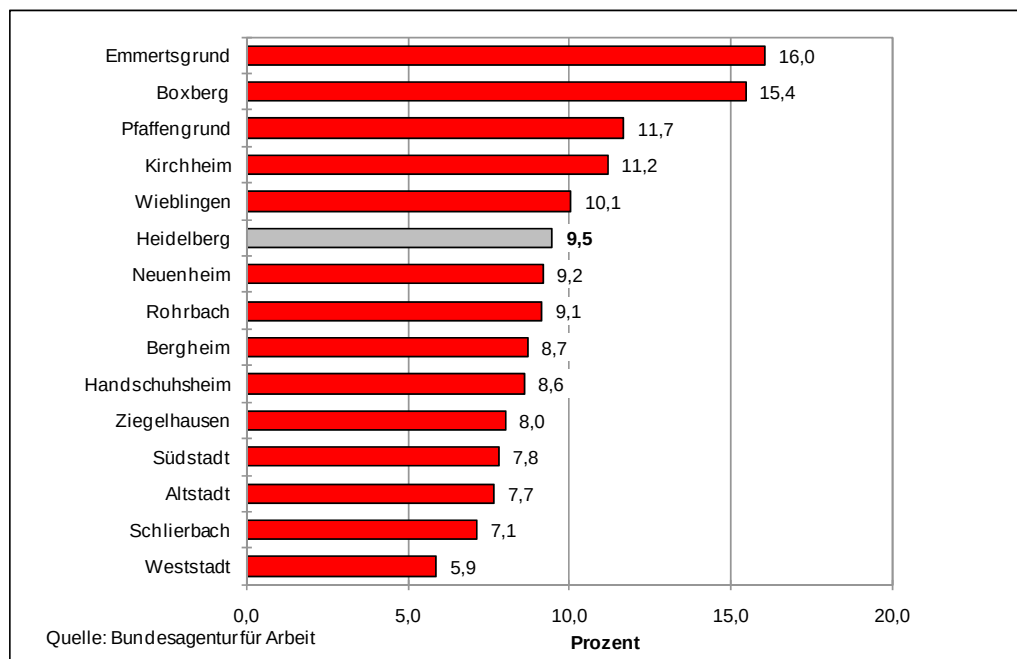


Abbildung 4.4: Entwicklung der SVP-Beschäftigten am Wohnort von 2005 zu 2009 nach Stadtteilen in Prozent

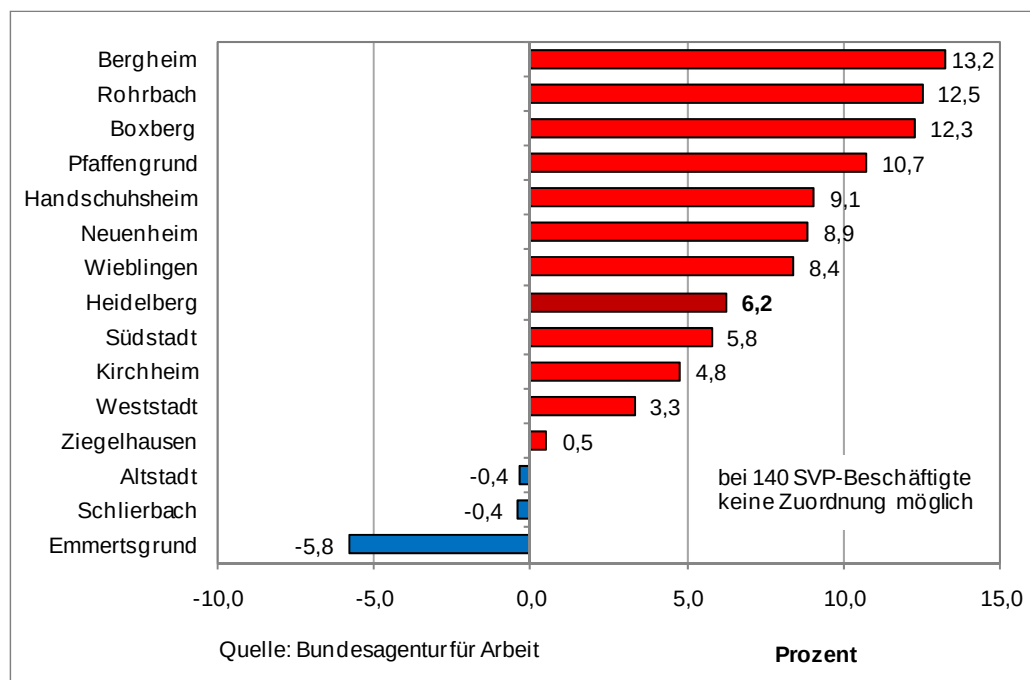


Tabelle 4.4: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort in Heidelberg nach Bildungsabschlüssen zum 31.12.2009

Stadtteil	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort am 31.12.2009												
	Insge- sam	davon											
		Volks-, Haupt-, Realschule ohne Berufsausbildung		Volks-, Haupt-, Realschule mit Berufsausbildung		Abitur ohne Berufsausbildung		Abitur mit Berufsausbildung		Fachhochschul-/ Hochschul- abschluss		Ausbildung unbekannt	
		absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Schlierbach	786	32	4,1	209	26,6	39	5,0	89	11,3	303	38,5	114	14,5
Altstadt	2.650	137	5,2	528	19,9	254	9,6	176	6,6	1.042	39,3	513	19,4
Bergheim	2.264	232	10,2	477	21,1	166	7,3	151	6,7	829	36,6	409	18,1
Weststadt	4.152	236	5,7	921	22,2	282	6,8	344	8,3	1.773	42,7	596	14,4
Südstadt	1.229	81	6,6	352	28,6	85	6,9	90	7,3	463	37,7	158	12,9
Rohrbach	4.683	440	9,4	1.544	33,0	208	4,4	308	6,6	1.338	28,6	845	18,0
Kirchheim	5.331	676	12,7	2.088	39,2	223	4,2	315	5,9	1.117	21,0	912	17,1
Pfaffengrund	2.490	368	14,8	1.247	50,1	93	3,7	111	4,5	306	12,3	365	14,7
Wieblingen	2.984	382	12,8	1.199	40,2	131	4,4	184	6,2	635	21,3	453	15,2
Handschuhsheim	4.935	338	6,8	1.362	27,6	334	6,8	373	7,6	1.851	37,5	677	13,7
Neuenheim	3.553	102	2,9	624	17,6	335	9,4	252	7,1	1.826	51,4	414	11,7
Boxberg	1.191	229	19,2	499	41,9	31	2,6	54	4,5	108	9,1	270	22,7
Emmertsgrund	1.907	440	23,1	764	40,1	61	3,2	48	2,5	160	8,4	434	22,8
Ziegelhausen	2.673	200	7,5	1.032	38,6	119	4,5	200	7,5	731	27,3	391	14,6
keine Zuordnung	140	22	15,7	39	27,9	9	6,4	9	6,4	34	24,3	27	19,3
Heidelberg	40.968	3.915	9,6	12.885	31,5	2.370	5,8	2.704	6,6	12.516	30,6	6.578	16,1

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

4.2. Prekäre Arbeitsverhältnisse

Unter prekären Arbeitsverhältnissen werden im Allgemeinen solche verstanden, deren Lohn die Existenz bzw. den üblichen Lebensstandard nicht sichern kann. Hinzu kommt eine unzureichende soziale Absicherung. So sind meistens die üblichen Arbeitnehmerrechte wie Kündigungsschutz oder Betriebsratswahlrecht eingeschränkt oder nicht vorhanden und es besteht keine Einbindung in die Sozialversicherungssysteme. Prekäre Arbeitsverhältnisse sind zum Beispiel befristete Arbeitsverhältnisse wie Praktika, Volontariate etc., geringfügige Beschäftigung, Minijobs oder Leiharbeit.⁵

Minijobs sind geringfügige Beschäftigungen bis zu einer Bruttoverdienstgrenze von 400 Euro. Bis zu dieser Verdienstgrenze ist der Arbeitnehmer/die Arbeitnehmerin von Beiträgen in die Sozialversicherung befreit. Ebenfalls zu den Minijobs werden kurzfristige Beschäftigungen an bis zu 50 Arbeitstagen bzw. zwei Monaten innerhalb eines Kalenderjahres gezählt. Der Arbeitgeber entrichtet zwar Pauschalbeiträge zur Kranken- und Rentenversicherung, die Mini-Jobber können daraus aber keine Kranken- oder Rentenversicherungsansprüche geltend machen. Wer nur von Minijobs lebt, ist weder renten- noch krankenversichert. Der Krankenversicherungsschutz muss auf anderem Wege erlangt werden, etwa über die Mitversicherung von Angehörigen oder durch freiwillige Versicherung. Rentenansprüche können nur durch eigene Zuzahlungen von 4,9 % des Arbeitsentgelts erworben werden.

2009 übten rund 13.200 Personen, deren Wohnort Heidelberg war, eine geringfügige Beschäftigung aus. Mit 60,2 % war der Frauenanteil deutlich stärker als der Männeranteil. Der Ausländeranteil lag bei 16,3 %. Gut 9.000 der insgesamt 13.200 Personen waren ausschließlich geringfügig beschäftigt. Sie erwerben daraus allein keine Krankenkassen- und Rentenansprüche. Gegenüber 2005 hat sich ihre Zahl um rund 400 Personen erhöht. Der Zuwachs von 4,5 % liegt deutlich unter dem der regulären SVP-Beschäftigungsverhältnisse in diesem Zeitraum von 6,2 %. Das schnelle Wachstum, das diesen Arbeitsmarktsektor noch Mitte des letzten Jahrzehnts gekennzeichnet hat, nimmt offensichtlich ab.

Fast 4.200 Personen übten ihren Minijob neben einem regulären versicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis aus. In der vom Dienstleistungssektor dominierten Universitätsstadt Heidelberg dürften viele Personen und Haushalte auf den Zusatzverdienst aus Minijobs angewiesen sein. Gegenüber 2005 ist eine Steigerung um ein Fünftel zu verzeichnen. Dies könnte ein Hinweis auf zunehmende wirtschaftliche Schwierigkeiten gerade in Mittelstandshaushalten sein.

Im Vergleich zu den anderen acht Stadtkreisen in Baden-Württemberg aber auch zum Bundesland insgesamt weist Heidelberg bei den Minijobs unterdurchschnittliche Zuwächse auf. Das Niveau ist, bezogen auf die SVP-Beschäftigung, jedoch weiterhin überdurchschnittlich hoch. Ein wesentlicher Grund hierfür dürfte darin zu suchen sein, dass die Minijobs auch für viele Studierende eine lukrative Möglichkeit des Zuverdienstes sind.

Handschuhsheim und die Altstadt mit den höchsten Anteilen geringfügiger Beschäftigung

An der räumlichen Verteilung der geringfügigen Beschäftigung hat sich 2009 gegenüber 2005 kaum etwas verändert. Durchschnittlich waren in Heidelberg 2009 8,6 % der Personen

⁵ Demgegenüber gibt es zunehmend auch feste Arbeitsverhältnisse, deren Lohn zum Leben nicht ausreicht, sodass diese Menschen trotz ihrer Arbeit auf staatliche Unterstützung angewiesen sind (SGB II). Diese Menschen nennt man umgangssprachlich „Aufstocker“ (ausführlicher hierzu in Kapitel 5.2, Abbildungen 5.17, 5.18 sowie Tabelle 5.14 „Erwerbstätige Leistungsbezieher/-innen“).

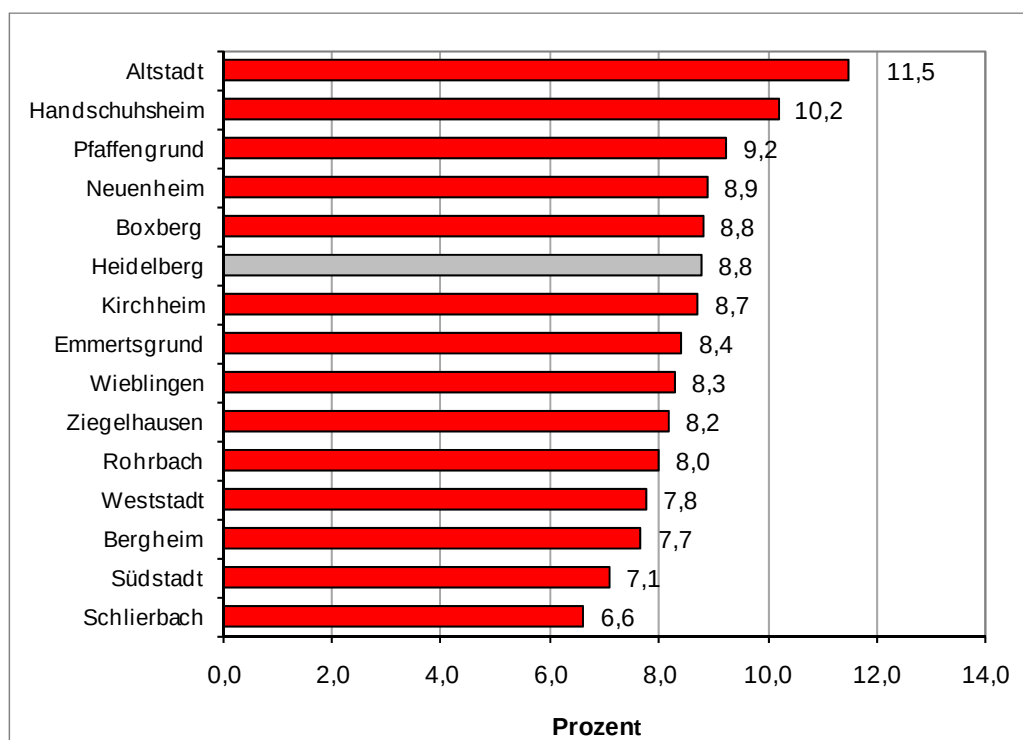
im erwerbsfähigen Alter geringfügig beschäftigt. Nach wie vor am höchsten sind die Anteile in der Altstadt (11,5 %) und in Handschuhsheim (10,2 %).

Tabelle 4.5: Geringfügig Beschäftigte am Wohnort zum 30.06.2009 in den Stadtkreisen Baden-Württembergs, dem Rhein-Neckar-Kreis und dem Land

Kreis	Geringfügig Beschäftigte am 30.06.2009								
	Ins- gesamt	davon:				SVB 30.06.2009 am Wohnort	Auf 1.000 sozialver- sicherungs- pflichtig Beschäftigte am Wohnort kommen	Veränderung 2009 zu 2005	
		Ausschließlich		Im Nebenjob					
absolut	absolut	in %	absolut	in %	absolut	absolut	absolut	in %	
Stuttgart	52.930	31.409	59,3	21.521	40,7	200.061	264,6	4.929	10,3
Heilbronn	12.661	7.961	62,9	4.700	37,1	40.057	316,1	1.343	11,9
Baden-Baden	5.540	3.597	64,9	1.943	35,1	16.877	328,3	571	11,5
Karlsruhe	27.608	17.585	63,7	10.023	36,3	95.756	288,3	2.894	11,7
Heidelberg	13.212	9.019	68,3	4.193	31,7	40.685	324,7	1.094	9,0
Mannheim	27.847	18.151	65,2	9.696	34,8	100.373	277,4	1.750	6,7
Pforzheim	11.349	7.064	62,2	4.285	37,8	38.943	291,4	696	6,5
Freiburg	23.092	15.124	65,5	7.968	34,5	62.575	369,0	2.876	14,2
Ulm	12.829	7.674	59,8	5.155	40,2	41.095	312,2	1.639	14,6
Rhein-Neckar-Kreis	50.647	33.370	65,9	17.277	34,1	186.455	271,6	4.593	10,0
Baden-Württemberg	1.071.437	679.737	63,4	391.700	36,6	3.710.000	288,8	99.305	10,2

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, eigene Berechnungen

Abbildung 4.5: Anteil der ausschließlich geringfügig Beschäftigten an den Personen im erwerbsfähigen Alter in Heidelberg am 30.06.2009 nach Stadtteilen



Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, eigene Berechnungen

4.3. Arbeitslosigkeit

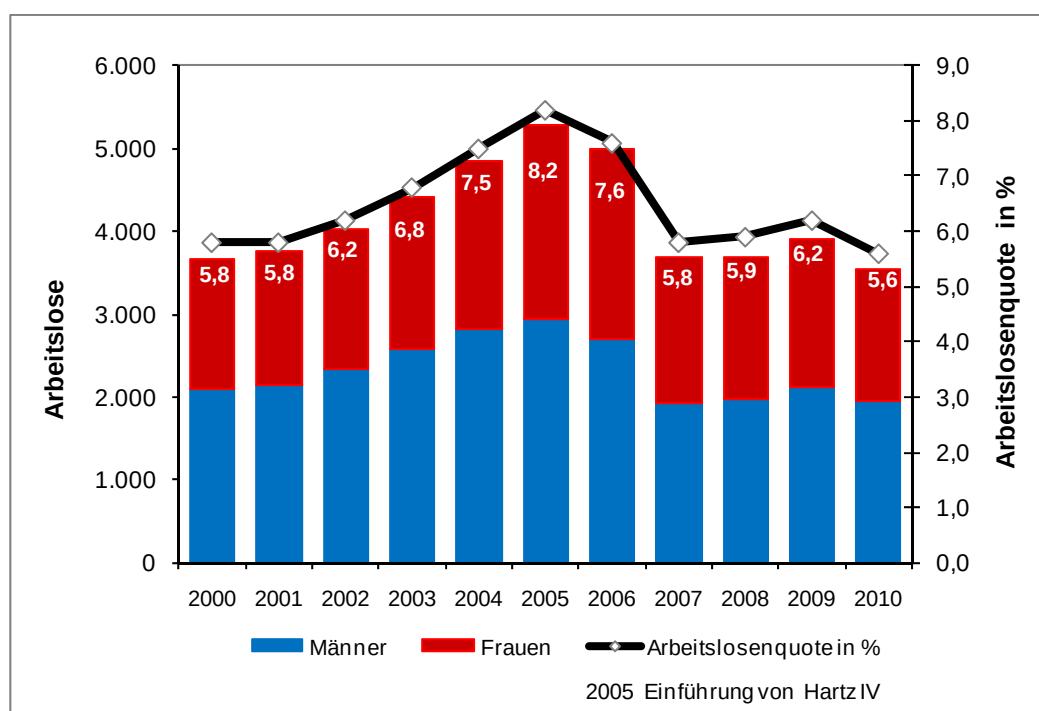
Deutlich weniger Arbeitslose als 2005

Im Dezember 2009 waren in Heidelberg rund 3.900 Personen arbeitslos gemeldet. Das sind knapp 1.400 (oder - 26 %) weniger als 2005 (siehe Abbildung 4.6 und Tabelle 4.6). Die Arbeitslosenquote, bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen, betrug 6,2 % gegenüber 8,2 % im Jahr 2005⁶. Die Entwicklung verlief in den letzten vier Jahren aber nicht einheitlich. Im Zuge der anspringenden Konjunktur nahm die Arbeitslosenzahl bis 2007 um fast ein Drittel auf rund 3.700 Personen ab. Seitdem steigt die Arbeitslosigkeit wieder langsam an. Trotz der größten Wirtschaftskrise seit den Zwanziger Jahren des letzten Jahrhunderts lag die Arbeitslosigkeit Ende 2009 auf dem niedrigen Niveau von 2002. Von Dezember 2009 bis Dezember 2010 sank die Arbeitslosenzahl wieder um knapp 400 auf rund 3.500 Arbeitslose ab. Die Arbeitslosenquote lag somit Ende 2010 bei 5,6 %.

Heidelberg im Stadtkreisvergleich hinter Ulm geringste Arbeitslosenquote

In allen neun Stadtkreisen Baden-Württembergs ist die Arbeitslosenquote deutlich höher als im Landesmittel (5,1 %). Nach Ulm hat Heidelberg unter den Stadtkreisen die niedrigste Arbeitslosenquote. Die Landkreise stehen strukturell besser da, so auch der Rhein-Neckar-Kreis mit einer Arbeitslosenquote von 4,6 %. Bei den jüngeren Arbeitslosen unter 25 Jahren liegt die Quote in Heidelberg mit 3,1 % sogar unter dem Landeswert von 3,8 %.

Abbildung 4.6: Arbeitslose sowie Arbeitslosenquote von 2000 bis 2009 in Heidelberg (jeweils zum Dezember)⁷



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

6 Bis 2008 wurde üblicherweise die Arbeitslosenquote auf Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen ausgewiesen. Seit 2009 werden als Basis alle zivilen Erwerbspersonen verwendet. Durch die Änderung der Bezugsgröße verringerten sich die Quoten. In diesem Bericht sind alle Vergleichswerte aus früheren Jahren auf die neue Bezugsbasis umgerechnet.

Statistik der Bundesagentur für Arbeit: Arbeitslosenstatistik, Erweiterung der Berichterstattung über Arbeitslosenquoten, Methodenbericht S. 11 - 12, Nürnberg, Januar 2009

7 Bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen.

Tabelle 4.6: Arbeitslose und Arbeitslosenquote in baden-württembergischen Stadtkreisen 2005 und 2009

Stadtkreis	Dezember 2005		Dezember 2009				Veränderung 2009 zu 2005		
	Arbeitslose		Arbeitslose		darunter:		Arbeitslose		Arbeitslosenquote
	insgesamt	Quote	insgesamt	Quote	15-24 Jahre	55-64 Jahre			
					in %	in %	abs.	in %	in %-Punkte
Stuttgart	27.195	9,1	18.907	6,5	4,2	7,0	-8.288	-30,5	-2,6
Heilbronn	5.820	9,5	4.849	7,9	5,5	7,8	-971	-16,7	-1,6
Baden-Baden	2.520	9,4	1.825	6,9	5,3	7,7	-695	-27,6	-2,5
Karlsruhe	12.476	8,7	9.514	6,5	4,4	6,8	-2.962	-23,7	-2,2
Heidelberg	5.299	8,2	3.916	6,2	3,1	7,5	-1.383	-26,1	-2,0
Mannheim	17.014	11,2	12.047	8,0	3,8	8,2	-4.967	-29,2	-3,2
Pforzheim	6.767	11,3	5.729	9,7	8,0	9,3	-1.038	-15,3	-1,6
Freiburg	9.677	9,7	6.253	6,1	2,3	6,7	-3.424	-35,4	-3,6
Ulm	5.815	9,6	3.285	5,3	4,4	5,2	-2.530	-43,5	-4,3
Rhein-Neckar-Kreis	18.433	6,8	12.729	4,6	3,2	5,4	-5.704	-30,9	-2,2
Baden-Württemberg	367.566	6,7	283.092	5,1	3,8	5,9	-84.474	-23,0	-1,6

Arbeitslosenquote bezieht sich auf alle zivilen Erwerbspersonen

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Arbeitslosigkeit im Süden und im Westen von Heidelberg überdurchschnittlich

Die Einwohner der Heidelberger Stadtteile sind weiterhin sehr unterschiedlich stark von Arbeitslosigkeit betroffen. Die Arbeitslosen wohnen nicht gleichmäßig über die Stadt verteilt. Sie konzentrieren sich vorwiegend auf jene Stadtteile mit einem hohen Sozialwohnungsanteil. Beliebte Stadtviertel mit einem hohen Beschäftigtenanteil gut Qualifizierter sind nur wenig von Arbeitslosigkeit betroffen.

Die höchsten Arbeitslosenquoten haben unverändert der Emmertsgrund und der Boxberg. Aber auch in Kirchheim, Wieblingen, Rohrbach und Bergheim lagen sie Ende 2009 über dem städtischen Durchschnitt. Im Gegensatz dazu lag die Arbeitslosenquote in Neuenheim sogar unter 2 %. Insgesamt ist die Arbeitslosigkeit im Norden und im Osten von Heidelberg deutlich geringer als im Stadtmittel. Vier von zehn Arbeitslosen, aber nur drei von zehn erwerbsfähigen Einwohnern zwischen 18 und 64 Jahren leben Ende 2009 in den vier südlichen Stadtteilen⁸ Heidelbergs. Auf der Ebene der 44 Stadtviertel in Heidelberg sind die Unterschiede noch ausgeprägter. Während etwa im Pfaffengrund-Nord fast jede fünfte Erwerbsperson arbeitslos war, war dies in Neuenheim-Ost nur jede 40.

Zwischen 2005 und 2009 ist die Arbeitslosigkeit bis auf zwei Stadtviertel überall zum Teil deutlich zurückgegangen. Erfreulich ist, dass sie in den Stadtteilen und Stadtvierteln mit überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit stärker zurückgegangen ist. Von der wirtschaftlichen Erholung und der trotz Finanzkrise dynamischen Entwicklung Heidelbergs haben also auch Einwohner in benachteiligten Wohngebieten profitieren können. Insgesamt ist die Spreizung bei der Arbeitslosigkeit geringer als noch 2006. Nichts desto trotz ist das räumliche Verteilungsmuster mit überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit im Süden und Westen weiterhin deutlich sichtbar.

8 Rohrbach, Kirchheim, Boxberg und Emmertsgrund

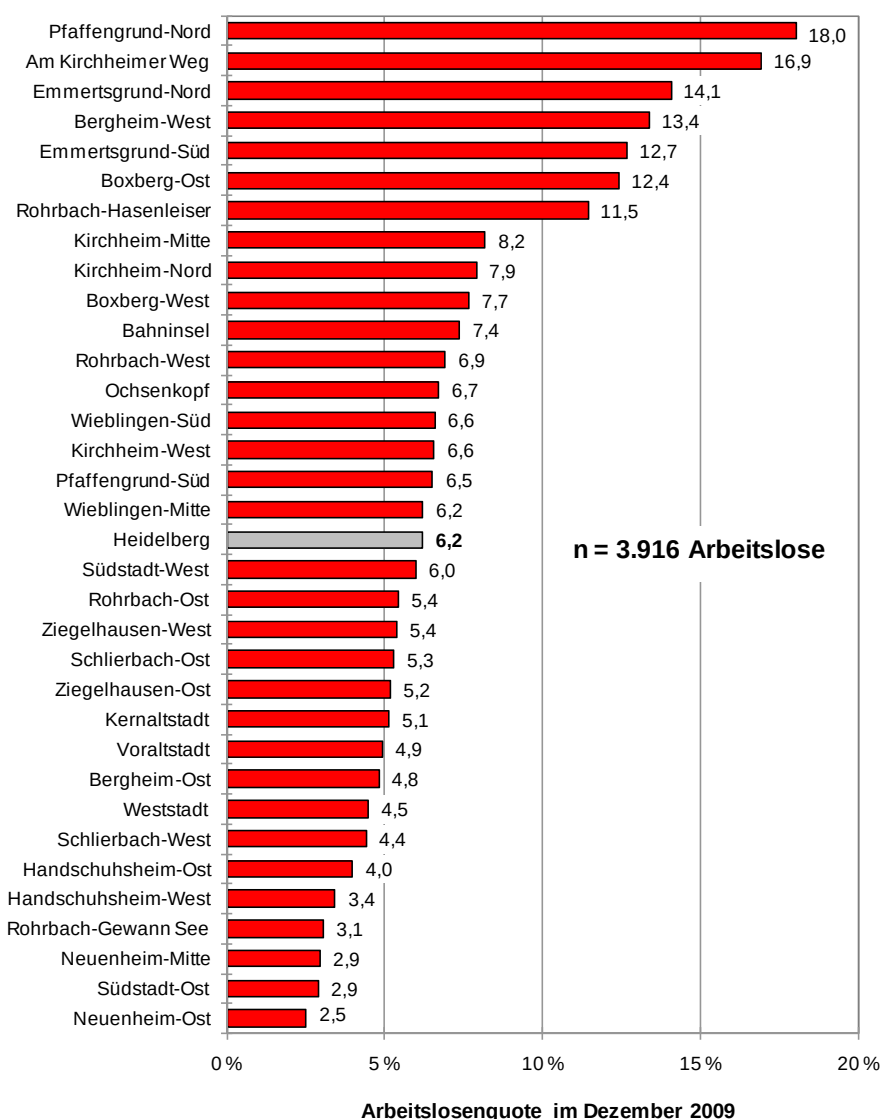
Weniger Frauen als Männer arbeitslos gemeldet

Die Mehrheit der rund 3.900 Arbeitslosen Ende 2009 waren Männer (2.100 Personen oder 54,1 %). Mit einer Arbeitslosenquote von 7,2 % sind die Männer auch stärker von Arbeitslosigkeit betroffen. Die Arbeitslosenquote der Frauen lag bei 5,9 %. Im Zeitvergleich zu 2005 hat sich die Zahl der männlichen Arbeitslosen (- 28 %) etwas stärker verringert als die der weiblichen (- 24 %). Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, dass Frauen teilweise am Arbeitsmarkt zum einen flexibler sind und zum anderen in die sogenannte „Stille Reserve“ gedrängt sind, die statistisch nicht erfasst wird.

Jugendarbeitslosigkeit deutlich gesunken - Wirtschaftskrise trifft besonders ältere Arbeitnehmer

Ende 2009 waren rund 230 Jugendliche und junge Erwachsene unter 25 Jahren arbeitslos registriert. Ihr Anteil an den Arbeitslosen betrug 5,9 %. Die Arbeitslosenquote der unter 25-Jährigen lag mit 3,1 % deutlich unter der Gesamtarbeitslosenquote von 6,2 %. Sehr erfreulich ist, dass sich die Zahl der jungen Arbeitslosen seit 2005 fast halbiert hat. Zwei Drittel der Arbeitslosen unter 25-Jahren sind männlich (144 Personen bzw. 62,1 %).

Abbildung 4.7: Variationsbreite der Arbeitslosenquote in Heidelberg zum Dezember 2009 nach Stadtvierteln (sortiert nach Stadtvierteln mit 15 und mehr Arbeitslosen)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Die Zahl der älteren Arbeitslosen über 54 Jahre hat hingegen in den letzten vier Jahren sogar leicht zugenommen (3,7 %). Die Finanzkrise hat in den letzten beiden Jahren besonders die Beschäftigungsmöglichkeiten für diese Altersgruppe verschlechtert. Die Zunahme der Gesamtzahl an Arbeitslosen von 2007 bis 2009 um rund 200 Personen entfiel rechnerisch fast ausschließlich auf diese Altersgruppe (mit + 192 oder + 48,7 %). Ende 2009 waren fast 600 Personen arbeitslos gemeldet, die 55 Jahre und älter waren. Die Arbeitslosenquote dieser Personengruppe lag bei 7,5 %. Ihr Anteil an allen Arbeitslosen hat sich von 10,7 % auf 15 % erhöht. Ende 2009 waren etwas mehr Männer (52,9 %) in dieser Arbeitslosengruppe als Frauen (47,1 %).

Ein Fünftel der Arbeitslosen hat keinen deutschen Pass

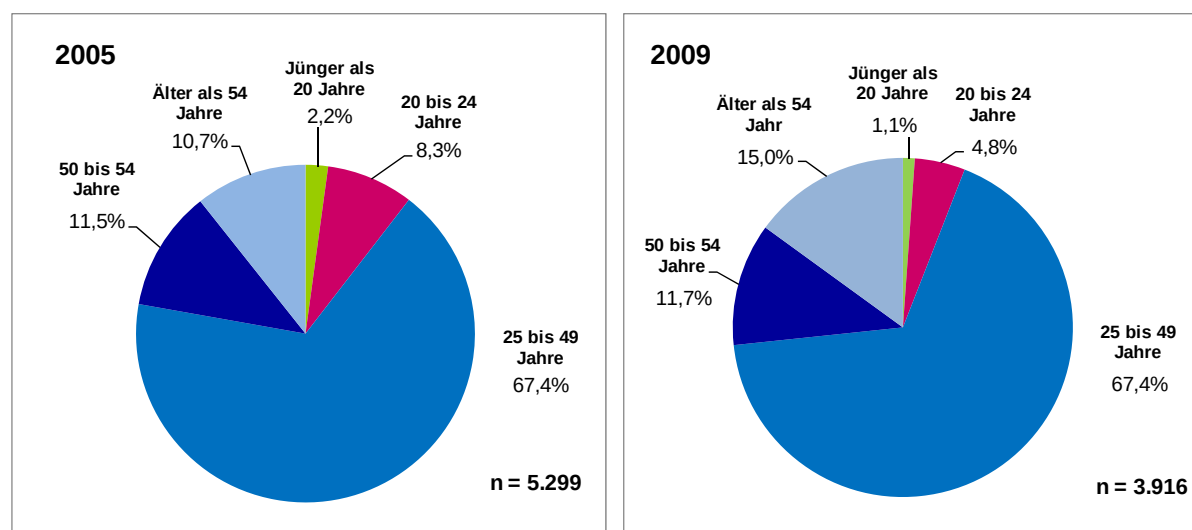
Ende 2009 hatten über 850 Arbeitslose in Heidelberg eine ausländische Staatsbürgerschaft (Tabelle 4.8). Dies entspricht einer Arbeitslosenquote von 10,3 %, die damit deutlich über der Arbeitslosenquote von 6,9 % insgesamt liegt. Ihr Anteil an den Arbeitslosen lag bei 21,8 % und ist damit nur leicht höher als der Ausländeranteil an den Einwohnern im erwerbsfähigen Alter von 18 bis 64 Jahren (20,1 %) ⁹. Von 2005 bis Ende 2009 ging ihre Zahl um fast 300 Personen oder 24,7 % zurück (alle Arbeitslose - 26,1 %).

Tabelle 4.7: Arbeitslose nach Geschlecht, Alter und Nationalität von 2005 bis 2009 in Heidelberg

Jahr	Arbeitslose	männlich								weiblich							
				darunter:								darunter:					
	insgesamt	insgesamt		unter 25 Jahre		über 54 Jahre		Ausländer		insgesamt		unter 25 Jahre		über 54 Jahre		Ausländer	
			in % von insg.		in % von männl. insg.		in % von männl. insg.		in % von männl. insg.		in % von		in % von weibl. insg.		in % von weibl. insg.		in % von weibl. insg.
		abs.		abs.	insg.	abs.	insg.	abs.	insg.	abs.	insg.	abs.	insg.	abs.	insg.	abs.	insg.
2005	5.299	2.948	55,6	340	11,5	316	10,7	645	21,9	2.351	44,4	214	9,1	249	10,6	490	20,8
2006	4.989	2.701	54,1	262	9,7	292	10,8	567	21,0	2.288	45,9	180	7,9	228	10,0	520	22,7
2007	3.684	1.942	52,7	132	6,8	214	11,0	411	21,2	1.742	47,3	83	4,8	180	10,3	413	23,7
2008	3.697	1.980	53,6	149	7,5	269	13,6	421	21,3	1.717	46,4	110	6,4	242	14,1	385	22,4
2009	3.916	2.120	54,1	144	6,8	310	14,6	434	20,5	1.796	45,9	88	4,9	276	15,4	421	23,4

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Abbildung 4.8: Arbeitslose nach Altersgruppen in Heidelberg



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

⁹ Am 31.12.2009 gab es in Heidelberg rund 20.700 ausländische Personen im Alter zwischen 18 und 64 Jahren.

Vor allem männliche Ausländer konnten von der guten wirtschaftlichen Entwicklung überproportional profitieren; ihre Zahl ging im Zeitvergleich um fast ein Drittel zurück. Im Gegensatz zu den deutschen Arbeitslosen, die in der Mehrheit männlich sind, halten sich bei den Ausländern - absolut betrachtet - beide Geschlechter die Waage.

Die Wohnorte der arbeitslosen Ausländer konzentrieren sich räumlich noch stärker als bei den Arbeitslosen insgesamt. Wie bereits 2005 lebt mehr als die Hälfte (57 %) der Ende 2009 insgesamt rund 850 arbeitslos gemeldeten Ausländer in den Stadtteilen Kirchheim, Rohrbach, Emmertsgrund und Bergheim. In diesen vier Stadtteilen ist auch der Ausländeranteil an der Wohnbevölkerung überdurchschnittlich hoch. Auf dem Emmertsgrund und in Bergheim ist schon jeder dritte Arbeitslose ohne deutschen Pass (2005 war es noch jeder vierte).

Schwerbehinderte Arbeitslose

Ende 2009 waren rund 350 schwerbehinderte Personen arbeitslos gemeldet. Ihr Anteil an allen Arbeitslosen in Heidelberg lag bei 8,9 %. Gegenüber 2005 ist ihre Zahl nur unterdurchschnittlich zurückgegangen, um 15,4 % oder rund 60 Personen. Die Schwerbehinderten konnten demnach weniger gut als andere Personengruppen von der dynamischen Wirtschaftsentwicklung profitieren. Nach wie vor ist der Anteil der Schwerbehinderten an den Arbeitslosen höher als ihr Anteil an den Personen im erwerbsfähigen Alter, der Ende 2009 bei 5,5 % lag¹⁰. Im Land sind diese Relationen enger beieinander. Dort ist der Anteil der Schwerbehinderten an den Arbeitslosen mit 5,7 % nur leicht höher als der Anteil der Schwerbehinderten an den Personen im erwerbsfähigen Alter (5,5 %).

Überdurchschnittlich viele Arbeitslose mit Behinderung leben dort, wo die Wohn- und Infrastrukturangebote für sie besonders günstig sind, wie im Pfaffengrund¹¹ (19 %), in Wieblingen¹² (10,3 %) und im zentral gelegenen Bergheim (10,6 %).

Langzeitarbeitslosigkeit gesunken

Ende 2009 waren ein knappes Drittel der Arbeitslosen (ca. 1.200 Personen bzw. 30,4 %) in Heidelberg bereits länger als ein Jahr arbeitslos gemeldet. Gegenüber 2005 hat ihre Zahl um knapp 700 Personen abgenommen. Der Rückgang um 36,6 % war erfreulicherweise stärker als der aller Arbeitslosen in diesem Zeitraum (- 26 %). Die Langzeitarbeitslosen sind in der Mehrheit männlich (53,1 %). Im Vergleich zu 2005 hat der Männeranteil (2005: noch 60 %) überproportional abgenommen. Die Geschlechterdifferenz ist somit deutlich kleiner geworden.

Bis auf den Boxberg ist der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen in allen Stadtteilen seit 2005 gesunken. In Stadtteilen mit überdurchschnittlicher Arbeitslosenquote ist auch der Anteil der Langzeitarbeitslosen überdurchschnittlich hoch; in Stadtteilen, deren Einwohner unterdurchschnittlich häufig arbeitslos gemeldet sind, sind auch weniger länger als ein Jahr arbeitslos.

Die meisten Langzeitarbeitslosen gibt es 2009 in Boxberg (39,8 %), die wenigsten in der Südstadt (24,7 %) und in Neuenheim (25 %), siehe Abbildung 4.13.

Nur jeder siebte Arbeitslose sucht eine Teilzeitbeschäftigung

Die überwiegende Mehrheit der Ende 2009 arbeitslos gemeldeten Personen suchte einen Vollzeitjob. Nur rund 570 oder 14,6 % (2005: 700 oder 13 %) waren an einer Teilzeitbeschäftigung mit mehr als 15 Wochenstunden interessiert.¹³

10 Ende 2009 gab es in Heidelberg knapp 5.700 schwerbehinderte Personen zwischen 18 und 64 Jahren.

11 Etwa das Adolf-Stöcker-Haus

12 Etwa die Ausbildungs-, Umschulungs- und Wohnungsangebote des Berufsförderungswerk Heidelberg Wieblingen oder das Kurt-Lindemann-Haus in Schlierbach, beides Einrichtungen mit Angeboten zur beruflichen Rehabilitation für Menschen auch von außerhalb Heidelbergs.

13 Von den in Heidelberg versicherungspflichtig Beschäftigten waren 2005 knapp 30 % teilzeitbeschäftigt.

Abbildung 4.9: Arbeitslosenquote in Heidelberg im Dezember 2009

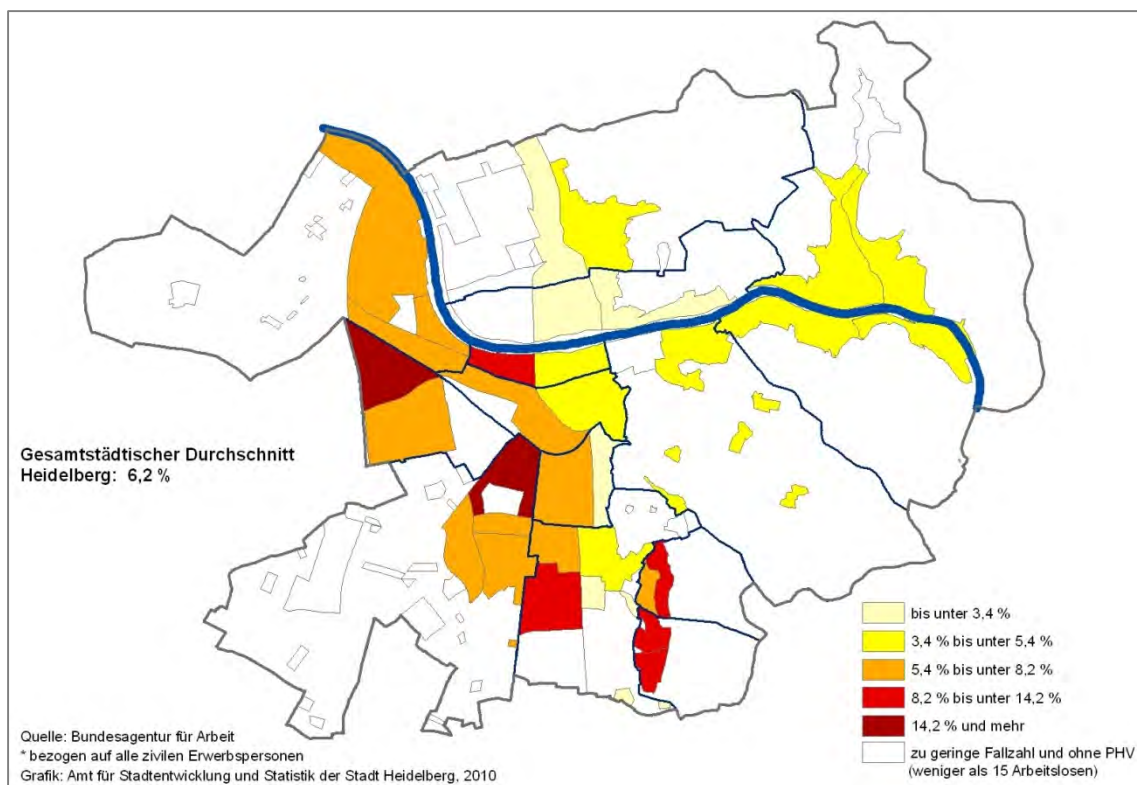


Abbildung 4.10: Entwicklung der Arbeitslosenquote in Heidelberg im Dezember 2009 zu Dezember 2005

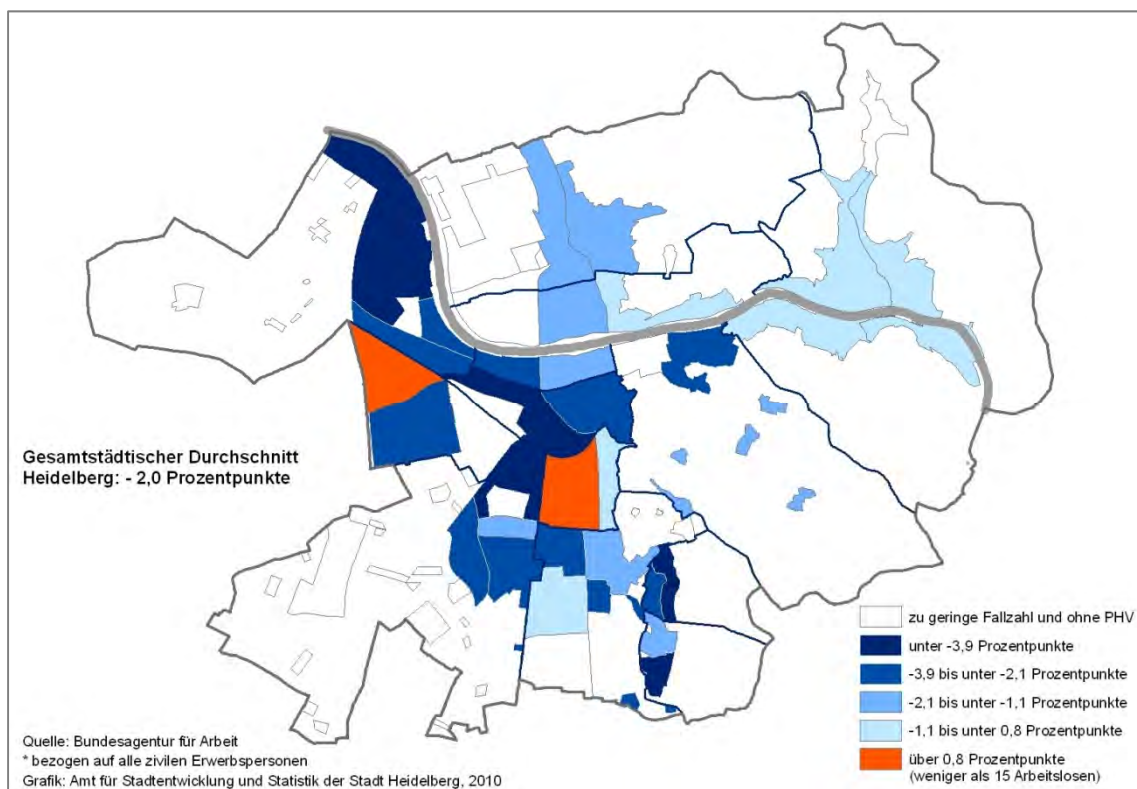


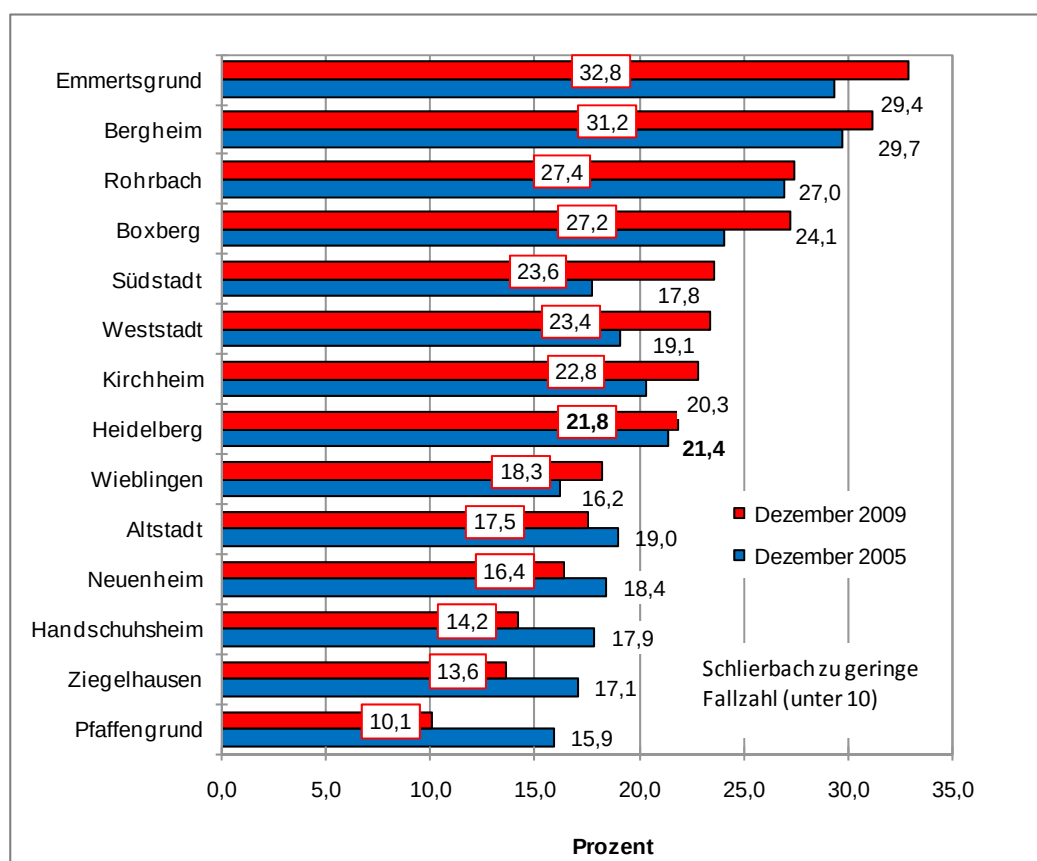
Tabelle 4.8: Strukturmerkmale Arbeitsloser in Heidelberg nach Stadtteilen im Dezember 2009

Stadtteile	Arbeits- lose	darunter																	
		Frauen		Männer		Ausländer		unter 25 Jahre		über 54 Jahre		Langzeit- arbeitslose		Schwerbe- hinderte		Vollzeit		Teilzeit	
		abs.	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	
Schlierbach	62	24	38,7	38	61,3	8	12,9	.	1,6	14	22,6	20	32,3	3	4,8	52	83,9	7	11,3
Altstadt	228	102	44,7	126	55,3	40	17,5	9	3,9	23	10,1	61	26,8	14	6,1	181	79,4	27	11,8
Bergheim	263	114	43,3	149	56,7	82	31,2	11	4,2	24	9,1	86	32,7	28	10,6	207	78,7	41	15,6
Weststadt	286	122	42,7	164	57,3	67	23,4	10	3,5	42	14,7	88	30,8	21	7,3	220	76,9	38	13,3
Südstadt	89	41	46,1	48	53,9	21	23,6	.	1,1	20	22,5	22	24,7	9	10,1	75	84,3	7	7,9
Rohrbach	481	222	46,2	259	53,8	132	27,4	21	4,4	80	16,6	160	33,3	45	9,4	378	78,6	59	12,3
Kirchheim	604	283	46,9	321	53,1	138	22,8	36	6,0	94	15,6	198	32,8	55	9,1	454	75,2	94	15,6
Pfaffengrund	237	111	46,8	126	53,2	24	10,1	15	6,3	43	18,1	82	34,6	45	19,0	184	77,6	41	17,3
Wieblingen	263	118	44,9	145	55,1	48	18,3	13	4,9	43	16,3	84	31,9	27	10,3	208	79,1	39	14,8
Handschuhs- heim	246	120	48,8	126	51,2	35	14,2	12	4,9	39	15,9	70	28,5	23	9,3	188	76,4	44	17,9
Neuenheim	140	62	44,3	78	55,7	23	16,4	.	2,9	28	20,0	35	25,0	13	9,3	109	77,9	20	14,3
Boxberg	191	98	51,3	93	48,7	52	27,2	9	4,7	22	11,5	76	39,8	8	4,2	152	79,6	29	15,2
Emmertgrund	402	179	44,5	223	55,5	132	32,8	29	7,2	60	14,9	136	33,8	34	8,5	308	76,6	62	15,4
Ziegelhausen	198	101	51,0	97	49,0	27	13,6	12	6,1	35	17,7	61	30,8	17	8,6	148	74,7	34	17,2
keine Zuord- nung/Angabe	226	99	43,8	127	56,2	26	11,5	49	21,7	19	8,4	12	5,3	5	2,2	153	67,7	31	13,7
Heidelberg	3.916	1.796	45,9	2.120	54,1	855	21,8	232	5,9	586	15,0	1.191	30,4	347	8,9	3.017	77,0	573	14,6

. Daten kleiner 3 anonymisiert

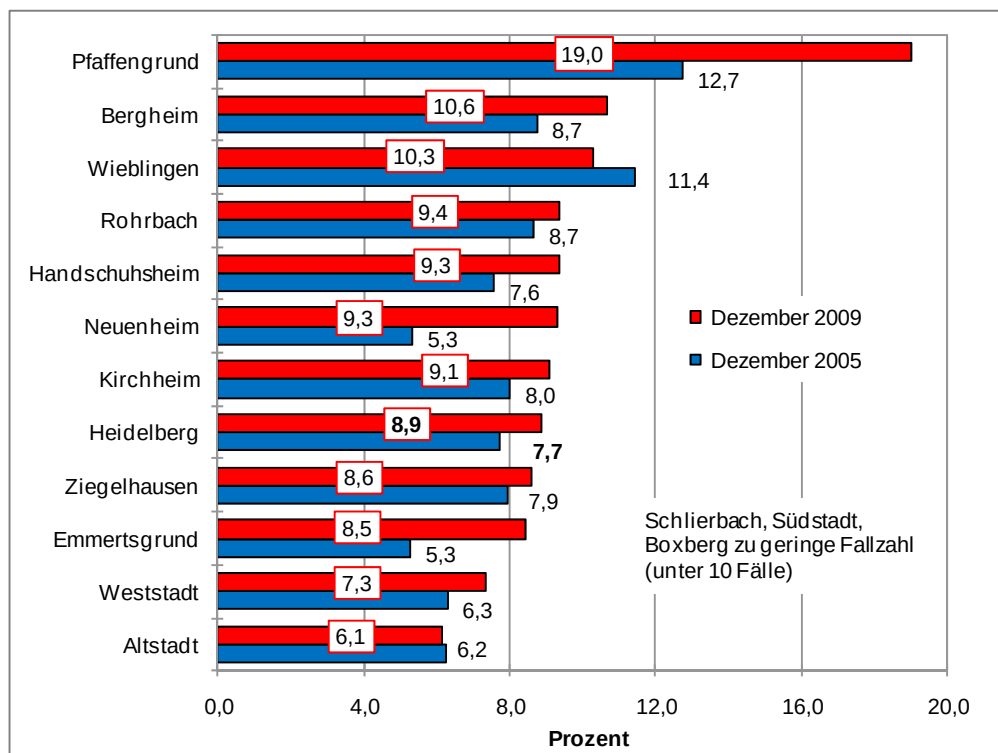
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Abbildung 4.11 Ausländeranteil an den Arbeitslosen in Heidelberg nach Stadtteilen 2005 und 2009 (sortiert nach Anteil 2009)



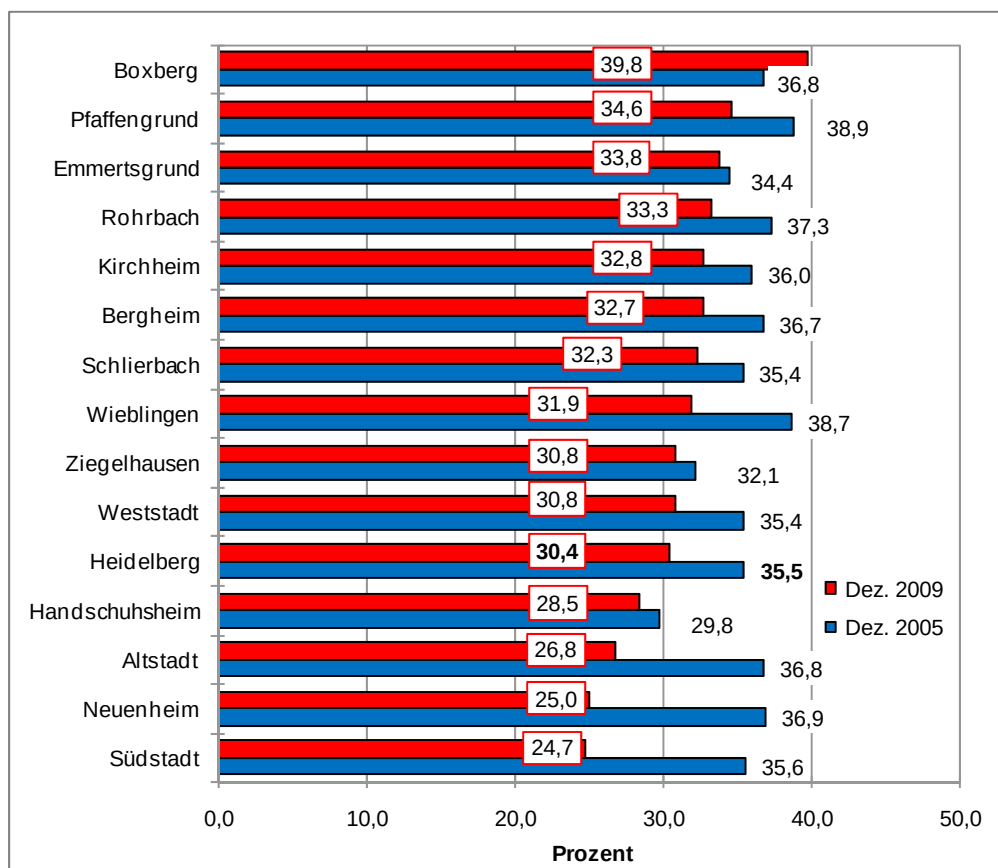
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Abbildung 4.12 Schwerbehindertenanteil an den Arbeitslosen in Heidelberg nach Stadtteilen 2005 und 2009 (sortiert nach Anteil 2009)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Abbildung 4.13 Langzeitarbeitslosenanteil an den Arbeitslosen in Heidelberg nach Stadtteilen 2005 und 2009 (sortiert nach Anteil 2009)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

4.4. Unterbeschäftigung

Seit Januar 2009 macht die Bundesagentur für Arbeit Angaben zu „Unterbeschäftigung“ und erweitert damit die Arbeitsmarktbeobachtung um eine wichtige Komponente. Die Bundesagentur für Arbeit weist hierbei zusätzlich zu den Arbeitslosen auch Personen aus, die keine reguläre Beschäftigung haben, aber nicht als arbeitslos im Sinne des § 16 SGB II gelten, weil sie an einer Maßnahme der Arbeitsmarktpolitik teilnehmen oder einen arbeitsmarktbedingten Sonderstatus besitzen. Es wird unterstellt, dass ohne den Einsatz dieser Maßnahmen die Arbeitslosigkeit entsprechend höher ausfallen würde. Mit diesem erweiterten Konzept können die - insbesondere konjunkturell bedingten - realwirtschaftlichen Einflüsse besser erkannt werden als mit den Arbeitslosenzahlen alleine.¹⁴

Dazu zählen zum Beispiel:

- Teilnehmer an Eignungs- und Trainingsmaßnahmen
- Teilnehmer an beruflicher Weiterbildung
- Teilnehmer an Aktivierungs- und beruflichen Eingliederungsmaßnahmen
- Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Arbeitsgelegenheiten
- Personen in Altersteilzeit
- Kurzarbeiter¹⁵

Unterbeschäftigung in Heidelberg im Stadtkreisvergleich unterdurchschnittlich

In Heidelberg waren Ende 2009 rund 1.250 Personen in einer der oben genannten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen. Einschließlich der Arbeitslosen waren zu diesem Zeitpunkt knapp 5.200 Personen statistisch unterbeschäftigt. Bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen in Heidelberg ergibt sich eine Unterbeschäftigungsquote von 8,1 %, eine im Vergleich zu den Stadtkreisen in Baden-Württemberg niedrige Quote.

Tabelle 4.9: Unterbeschäftigte und Unterbeschäftigtenquote in den baden-württembergischen Stadtkreisen im Dezember 2009

Stadtkreis/ Land	Unter- beschäftigte ¹⁾	davon				Arbeitslosen- quote ²⁾	Unter- beschäftigten- quote ³⁾
		Arbeitslose		Personen in arbeitsmarktpoli- tischen Maßnahmen oder mit arbeitsmarktbedingtem Sonderstatus			
	absolut	absolut	in %	absolut	in %	in %	in %
Stuttgart	26.059	18.907	72,6	7.152	27,4	6,5	8,9
Heilbronn	6.346	4.849	76,4	1.497	23,6	7,9	10,3
Baden-Baden	2.187	1.825	83,4	362	16,6	6,9	8,2
Karlsruhe	13.246	9.514	71,8	3.732	28,2	6,5	9,0
Heidelberg	5.168	3.916	75,8	1.252	24,2	6,2	8,1
Mannheim	17.041	12.047	70,7	4.994	29,3	8,0	11,2
Pforzheim	7.541	5.729	76,0	1.812	24,0	9,7	12,6
Freiburg	8.899	6.253	70,3	2.646	29,7	6,1	8,6
Ulm	4.582	3.285	71,7	1.297	28,3	5,3	7,4
Baden-Württemberg	390.521	283.092	72,5	107.429	27,5	5,1	6,9

1) ohne Kurzarbeit, da auf Kreisebene keine Daten zur Kurzarbeit vorliegen

2) bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen

3) bezogen auf erweiterte Bezugsgröße alle zivilen Erwerbspersonen, d.h. alle Erwerbstätigen zuzüglich Unterbeschäftigte

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

14 Statistik der Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt in Zahlen, Thema Unterbeschäftigung, Report für Kreise und kreisfreie Städte Heidelberg, Heidelberg Stadt, März 2010.

15 Auf Kreisebene nicht darstellbar.

5. Einkommenslage

Das Einkommen entscheidet maßgeblich über die materiellen Lebensbedingungen und Teilhabechancen jedes Einzelnen. Über das Einkommen nach Höhe und Größe der Haushalte in Heidelberg liegen keine Informationen vor, schon gar nicht auf kleinräumiger Ebene. Die Einkommenslage der Heidelbergerinnen und Heidelberger kann deshalb nur näherungsweise beschrieben werden. In diesem Bericht werden zunächst die Befragungsergebnisse aus den Heidelberg Studien herangezogen und zum anderen die Auswertungsergebnisse der Steuerstatistik (Kapitel 5.1).

In Kapitel 5.2 soll auf die Personengruppen eingegangen werden, die derzeit kein (genügendes) Einkommen haben und auf staatliche Transferleistungen, sogenannte Grundsicherungsleistungen angewiesen sind, die entweder bei Erwerbslosigkeit, ungenügendem eigenen Einkommen, Erwerbsunfähigkeit oder im Alter gezahlt werden. Auch die Personen, die Versicherungsleistungen aus der Arbeitslosenversicherung im ersten Jahr ihrer Arbeitslosigkeit erhalten, werden betrachtet. Das kommunale Engagement, um einkommensschwache Haushalte zu unterstützen, rundet das Kapitel ab.

Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage

In den Heidelberg Studien wird regelmäßig nach der Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage gefragt. Sie kann mit „gut“, „schlecht“ oder „teils/teils“ bewertet werden. Insgesamt schätzen 2009 rund 57 % der Befragten ihre wirtschaftliche Lage als gut, 9,5 % hingegen als schlecht ein. Das Urteil fiel somit positiver als noch 2006 aus.

Am zufriedensten mit ihrer wirtschaftlichen Situation waren auch 2009 vor allem die über 45-Jährigen und Älteren sowie die Zwei-Personen-Haushalte. Bei den über 60-Jährigen waren dies 2009 zwei von drei Befragten. Bei den Drei-Personen-Haushalten gab es zu 2006 eine deutliche Steigerung der Zufriedenheit von knapp 15 Prozentpunkten. In der Altersgruppe der 18-24-Jährigen zeichnet sich eine klare Erhöhung der Unzufriedenheit ab. Fast dreimal so viele junge Erwachsene wie 2006 nannten ihre wirtschaftliche Situation schlecht. Hier macht sich die Einführung der Studiengebühren ab dem Sommersemester 2007 bemerkbar.

Männer sind auch weiterhin zufriedener als Frauen. Diese liegen trotz Steigerung ihrer Zufriedenheit auf 55,6 % immer noch unter dem Durchschnitt.

Bei den Ausländern hat sich sowohl die positive als auch die negative Einschätzung erhöht, zu Lasten der mittelmäßigen Bewertung. Da die positive überwiegt, kann in der Bilanz von einer Verbesserung ausgegangen werden. (Tabellen 5.1) Im Vergleich zu den anderen Gruppen ist sie aber immer noch überdurchschnittlich schlecht.

Aus der Migrantenstudie aus dem Jahr 2008 ist bekannt, dass das Einkommensspektrum bei den Migranten breiter ist als bei den Deutschen: Es gibt einen höheren Anteil niedriger Haushaltsnettoeinkommen (unter 2.000 Euro), aber auch einen etwas höheren Anteil an Besserverdienenden (Einkommen über 4.000 Euro) als bei den deutschen Heidelberger/-innen.¹

1 Stadt Heidelberg, Bürgeramt, Amt für Stadtentwicklung und Statistik (Hrsg.), Heidelberg Migrantenstudie 2008, Heidelberg 2009, S. 11

Tabelle 5.1: Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage in Heidelberger Telefonumfragen 2000, 2006 und 2009 - Angaben in Prozent (ohne mittlere Kategorie)

	gut			Differenz 2006/2009	schlecht			Differenz 2006/2009
	2000	2006	2009	in % Pt.	2000	2006	2009	in % Pt.
Insgesamt	62,8	54,7	57,3	2,6	5,8	9,7	9,5	-0,2

nach Geschlecht und Nationalität	gut			Differenz 2006/2009	schlecht			Differenz 2006/2009
	2000	2006	2009	in % Pt.	2000	2006	2009	in % Pt.
Männlich	64,0	58,7	59,4	0,7	6,6	9,6	8,9	-0,7
Weiblich	61,7	51,2	55,6	4,4	5,0	9,9	10,0	0,1
Deutsche	64,7	55,8	57,9	2,1	5,0	9,2	9,0	-0,2
Ausländer	46,2	43,1	50,6	7,5	12,1	12,3	16,9	4,6

nach Alter	gut			Differenz 2006/2009	schlecht			Differenz 2006/2009
	2000	2006	2009	in % Pt.	2000	2006	2009	in % Pt.
18-24 Jahre	57,5	47,6	44,9	-2,7	4,0	5,6	14,3	8,7
25-29 Jahre	45,3	33,5	44,0	10,5	10,7	19,0	15,6	-3,4
30-34 Jahre	57,9	57,0	50,0	-7,0	5,5	10,2	9,2	-1,0
35-39 Jahre	62,5	59,3	59,0	-0,3	5,2	8,6	4,6	-4,0
40-44 Jahre	63,1	55,4	52,2	-3,2	9,1	12,8	10,3	-2,5
45-59 Jahre	64,2	60,0	65,6	5,6	5,3	8,5	9,4	0,9
60 und älter	75,4	61,8	66,2	4,4	3,8	8,6	5,7	-2,9

nach Haushaltsgröße	gut			Differenz 2006/2009	schlecht			Differenz 2006/2009
	2000	2006	2009	in % Pt.	2000	2006	2009	in % Pt.
1 Person	59,2	52,6	53,1	0,5	8,9	13,8	11,7	-2,1
2 Personen	67,7	60,5	61,4	0,9	5,9	6,5	7,5	1,0
3 Personen	64,8	40,1	55,4	15,3	4,6	13,9	10,6	-3,3
4 und mehr Personen	58,6	58,7	57,2	-1,5	3,8	7,7	9,4	1,7

Haushaltstypen	gut			Differenz 2006/2009	schlecht			Differenz 2006/2009
	2000	2006	2009	in % Pt.	2000	2006	2009	in % Pt.
Haushalte ohne Kinder	66,8	54,2	57,9	3,7	3,6	9,9	9,6	-0,3
Haushalte mit Kindern insgesamt *	58,1	58,3	60,0	1,7	7,5	8,2	7,2	-1,0
darunter Paare mit Kindern	63,7	59,0	62,9	3,9	5,1	6,9	5,9	-1,0

* Alleinerziehende werden aufgrund der geringen Fallzahl nicht dargestellt.

(2000: N= 1.212, 2006: N= 1.189 und 2009: N= 1.743) N=Zahl der Befragten, die diese Fragen beantworteten.

Quellen: Heidelberg Studie 2000 und 2009 sowie Umfrage zum Demografischen Wandel in Heidelberg 2006

5.1 Lohn- und Einkommensteuerstatistik

Die Lohn- und Einkommensteuerstatistik wird in dreijährigem Turnus erstellt. Wegen der langen Steuererklärungsfristen stehen die Ergebnisse erst mehrere Jahre später der amtlichen Statistik zur Verfügung. Die derzeit aktuellste Auswertung liegt für das Jahr 2004 vor. Mit Einführung der elektronischen Steuererklärung (ELSTER) verbesserte sich die Datensituation insbesondere im Hinblick auf die Steuerpflichtigen mit geringen Einkommen. Damit wurden in der Lohn- und Einkommenssteuerstatistik 2004 knapp 12.600 Steuerpflichtige mehr dargestellt als noch 2001. Dies ist eine Zunahme um über ein Viertel (26,5 %). Davon entfallen fast die Hälfte in die Einkommensklasse 5.000 Euro und weniger. Aufgrund dieser Methodenänderung ist ein direkter Zeitvergleich allerdings nicht möglich.

Auch 2004 sehr ungleiche Einkommensverteilung

2004 hatten knapp 60.100 unbeschränkt Lohn- und Einkommenssteuerpflichtige ihren Wohnsitz in Heidelberg. Der Gesamtbetrag ihrer positiven Einkünfte belief sich auf über 2,1 Milliarden Euro. Es bestehen jedoch erhebliche Unterschiede bei der Einkommensverteilung. Über ein Viertel (26,7 %) hatte im Jahr 2004 nur einen Gesamtbetrag an Einkünften von 7.500 Euro oder weniger erzielt (Tabellen 5.2 und 5.3). In der Summe kamen die knapp 16.100 Steuerpflichtigen dieser Größenklasse auf einen Gesamtbetrag an Einkünften von 39 Millionen Euro. Dies entspricht nur 1,8 % der Einkünfte aller Steuerpflichtigen in Heidelberg im Jahr 2004.

Weitere 20.000 Steuerpflichtige konnten im Jahr 2004 Einkünfte zwischen 7.500 und 30.000 Euro erwirtschaften. Mit insgesamt rund 365 Millionen Euro war ihr Anteil am Gesamtbetrag der Einkünfte mit 17,3 % fast halb so hoch wie ihr Anteil an den Steuerpflichtigen (33,3 %). Die rund 1.800 Einkommensteuerpflichtigen, die jeweils Einkünfte von 125.000 Euro und

Tabelle 5.2: Lohn- und Einkommenssteuerpflichtige und Gesamtbetrag der Einkünfte in Heidelberg 2004 nach Größenklassen des Gesamtbetrages der Einkünfte

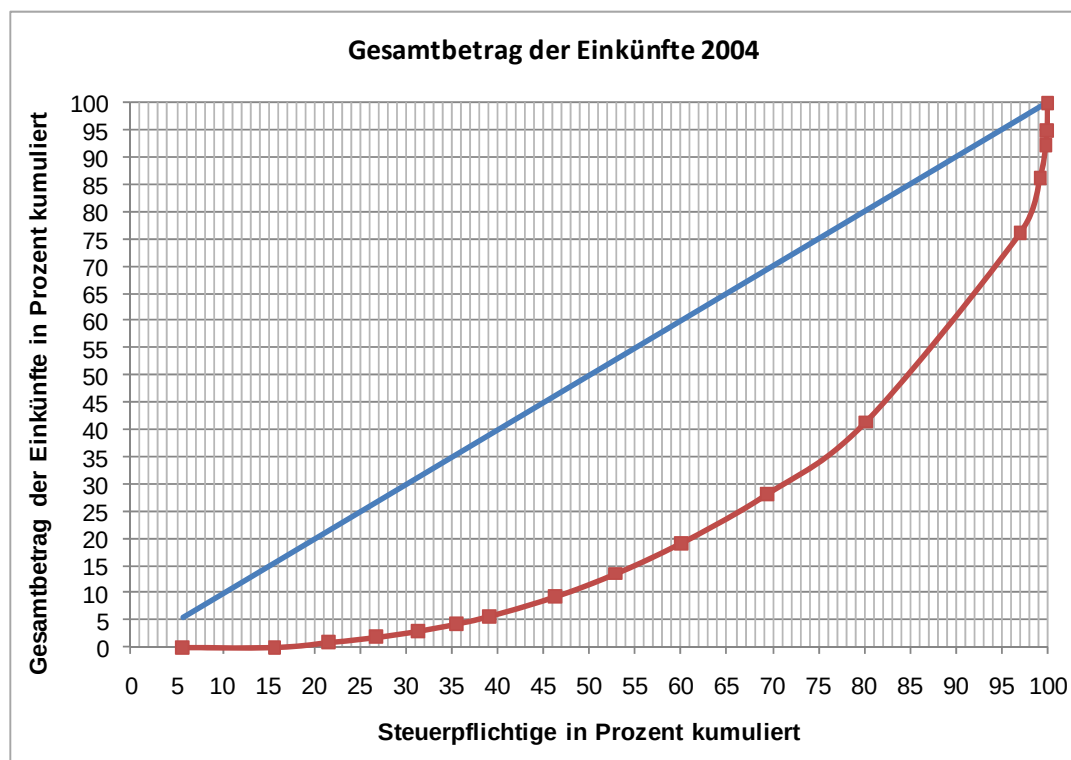
Gesamtbetrag der Einkünfte von...bis unter ... Euro	Steuerpflichtige				Gesamtbetrag der Einkünfte			
	absolut	in Prozent	Kumulierte Anzahl	Kumulierter Anteil in Prozent*	In 1.000 Euro	in Prozent	Kumulierter Betrag	Kumulierter Anteil in Prozent*
0	3.388	5,6	3.388	5,6	0	0	0	0
1 - 2.500	6.006	10,0	9.394	15,6	6.584	0,3	6.584	0,3
2.500 - 5.000	3.571	5,9	12.965	21,6	12.943	0,6	19.527	0,9
5.000 - 7.500	3.100	5,2	16.065	26,7	19.359	0,9	38.886	1,8
7.500 - 10.000	2.739	4,6	18.804	31,3	23.908	1,1	62.794	3,0
10.000 - 12.500	2.514	4,2	21.318	35,5	28.170	1,3	90.964	4,3
12.500 - 15.000	2.180	3,6	23.498	39,1	29.897	1,4	120.861	5,7
15.000 - 20.000	4.275	7,1	27.773	46,2	74.950	3,6	195.811	9,3
20.000 - 25.000	3.999	6,7	31.772	52,9	90.050	4,3	285.861	13,6
25.000 - 30.000	4.293	7,1	36.065	60,0	118.196	5,6	404.057	19,2
30.000 - 37.500	5.615	9,3	41.680	69,4	188.514	8,9	592.571	28,1
37.500 - 50.000	6.496	10,8	48.176	80,2	281.015	13,3	873.586	41,4
50.000 - 125.000	10.122	16,8	58.298	97,0	731.081	34,7	1.604.667	76,1
125.000 - 250.000	1.288	2,1	59.586	99,2	211.924	10,0	1.816.591	86,1
250.000 - 500.000	381	0,6	59.967	99,8	127.538	6,0	1.944.129	92,2
500.000 - 1.000.000	86	0,1	60.053	99,9	57.032	2,7	2.001.161	94,9
1.000.000 und mehr	35	0,1	60.088	100,0	108.427	5,1	2.109.588	100,0
Insgesamt	60.088	100,0			2.109.588	100,0		

*Rundungsbedingte Summenabweichungen

Ohne beschränkt Steuerpflichtige und ohne Verlustfälle

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Abbildung 5.1: Verteilung der kumulierten Gesamtbeträge der Einkünfte auf die Steuerpflichtigen in Prozent in Heidelberg am 31.12.2004 (Lorenzkurve)



Ohne beschränkt Steuerpflichtige und ohne Verlustfälle

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Tabelle 5.3: Lohn- und Einkommenssteuerpflichtige nach Größenklassen des Gesamtbetrages der Einkünfte in Heidelberg und Baden-Württemberg 2004

Gesamtbetrag der Einkünfte von...bis unter ... Euro	Heidelberg	Baden-Württemberg	Abweichung in Prozentpunkten*
	Anteil in Prozent	Anteil in Prozent	
0	5,64	6,22	-0,58
1 - 2.500	10,00	8,48	1,52
2.500 - 5.000	5,94	4,57	1,38
5.000 - 7.500	5,16	4,31	0,85
7.500 - 10.000	4,56	4,50	0,06
10.000 - 12.500	4,18	3,63	0,55
12.500 - 15.000	3,63	3,26	0,37
15.000 - 20.000	7,11	6,66	0,45
20.000 - 25.000	6,66	7,80	-1,15
25.000 - 30.000	7,14	8,62	-1,47
30.000 - 37.500	9,34	11,06	-1,71
37.500 - 50.000	10,81	12,42	-1,61
50.000 - 125.000	16,85	16,76	0,08
125.000 - 250.000	2,14	1,34	0,81
250.000 - 500.000	0,63	0,28	0,35
500.000 - 1.000.000	0,14	0,07	0,07
1.000.000 und mehr	0,06	0,03	0,03
Summe	100,00	100,00	-

* Summenabweichungen rundungsbedingt

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

mehr erwirtschafteten, erzielten mit knapp 505 Millionen Euro circa 24 % des Gesamtbetrages der Einkünfte. Dabei stellten sie nur knapp 3 % der Steuerpflichtigen.

Diese Ungleichheit der Einkünfte wird auch an der Lorenzkurve deutlich (Abbildung 5.1), welche die Verteilung der kumulierten Gesamtbeträge der Einkünfte auf die Steuerpflichtigen insgesamt in Prozent angibt. Danach erwirtschafteten im Jahr 2004 46,2 % aller Steuerpflichtigen zusammen nur 9,3 % aller Einkünfte, 97% drei Viertel aller Einkünfte. Ein Viertel aller Einkünfte wird von lediglich 3% aller Steuerpflichtigen erreicht. Diese Ungleichverteilung ist 2004 auf einem ähnlichen Niveau wie in Baden-Württemberg.²

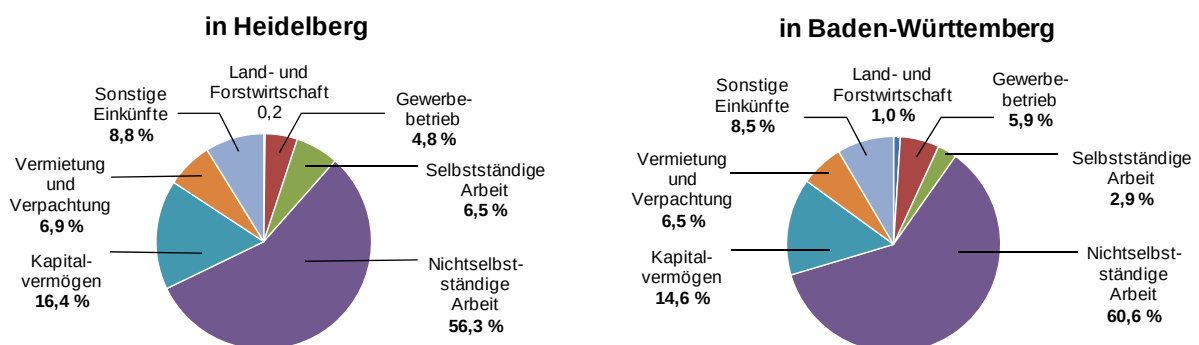
Mittlere Einkommen unterrepräsentiert, höhere überrepräsentiert

Im Vergleich zum Land Baden-Württemberg ist bemerkenswert, dass der Anteil von Steuerpflichtigen mit einem mittleren Gesamtbetrag an Einkünften von 20.000 Euro bis 50.000 Euro unterdurchschnittlich war. So stellten sie in Heidelberg 34 %, im Land aber fast 40 % der Steuerpflichtigen. Im Gegensatz dazu war der Anteil der Steuerpflichtigen mit geringen Einkünften von 1 bis zu 20.000 Euro in Heidelberg um mehr als 5 Prozentpunkte höher als im Landesdurchschnitt. Dies könnte unter anderem darauf zurückzuführen sein, dass viele junge Menschen während Ihrer Ausbildung oder ihres Studiums zusätzlich ein steuerpflichtiges Einkommen erwirtschaften. Der Anteil mit höheren Einkommen ab 125.000 Euro liegt mit 2,9 % ebenfalls deutlich über dem Landesschnitt von 1,7 %.

Überdurchschnittlich hohe Einkünfte aus selbstständiger Arbeit und Kapitalvermögen

Mehr als 56 % der positiven Einkünfte in Heidelberg kamen im Jahr 2004 aus nichtselbstständiger Arbeit (Abbildung 5.2). Im baden-württembergischen Durchschnitt erzielten die Steuerpflichtigen des Landes mit dieser Einkommensart über 60 % der Einkünfte. Sowohl im Land als auch in Heidelberg bildet die zweitwichtigste Einkommensart das Kapitalvermögen. In Heidelberg ist dieser Anteil mit 16,4 %, im Vergleich zum Land mit 14,6 %, leicht überdurchschnittlich vertreten. Bei der Einkommensart „selbstständige Arbeit“ ist dieser Unterschied noch deutlicher. In Heidelberg erwirtschaften 6,5 % der Steuerpflichtigen ihr Einkommen auf diese Weise. Im Land sind dies lediglich 2,9 %.

Abbildung 5.2: Einkunftsarten der Lohn- und Einkommenssteuerpflichtigen in Prozent in Heidelberg und Baden-Württemberg 2004



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

² Als statistisches Maß zur Darstellung von Ungleichverteilungen wird hier der Gini-Koeffizient verwendet. Er kann beliebige Werte zwischen 0 und 1 annehmen. Je näher der Gini-Koeffizient dem Wert 0 kommt, desto kleiner ist die Ungleichheit und umgekehrt. Heidelberg hat 2004 einen Gini-Koeffizienten von 0,59. In Baden-Württemberg liegt dieser bei 0,58.

Millionäre im Städtevergleich

Im Jahr 2004 erzielten 35 Steuerpflichtige in Heidelberg Einkünfte von 1 Million Euro oder mehr. Ihr Anteil an allen Steuerpflichtigen liegt mit 0,03 % leicht unter dem Landesdurchschnitt von 0,04 %. Unter allen Stadtkreisen im Land ist die Einkommensmillionärsdichte in Baden-Baden am höchsten (0,05 %). Von 2001 bis 2004 ging die Zahl der Einkommenssteuerpflichtigen mit einem Gesamtbetrag der Einkünfte über einer Million in Baden-Württemberg um fast 600 oder 37,8 % zurück. In Heidelberg ging sie im Vergleichszeitraum um 13 Personen zurück. Die steuerpflichtigen Einkommensmillionäre beziehen Ihr Einkommen aus anderen Einkommensquellen als der „normale Steuerpflichtige“. Fast 55 % der Einkünfte Heidelberger Millionäre stammen aus Gewerbebetrieben. Einkünfte aus selbstständiger Arbeit (14,8 %), nichtselbstständiger Arbeit (15,4 %) oder aus Kapitalvermögen (12,8 %) sind in Ihrer Bedeutung für diese Einkommensgruppe nahezu gleichrangig. Die anderen Einkommensarten spielen nur eine untergeordnete Rolle. Im Vergleich zum Landesdurchschnitt haben Einkünfte aus Gewerbebetrieben im Land eine weitaus größere Bedeutung (71,2 %) für Millionäre. Einkünfte aus selbstständiger Arbeit (5,0 %) oder aus Kapitalvermögen (7,5 %) hingegen eine weitaus geringere.

Überschuldungsrisiko in Heidelberg gering

Im Stadtkreisvergleich gab es auch 2009 in Heidelberg die mit Abstand wenigsten Insolvenzen von Privatpersonen je 10.000 Einwohner. Auch liegt Heidelberg noch unter dem Landeswert und dem Rhein-Neckar-Kreis-Wert. Zudem zeigte sich im Zeitverlauf seit 2005 für Heidelberg eine durchweg günstigere Entwicklung als anderswo. Während hier der Wert nur unwesentlich anstieg, kam es in Stuttgart, Heilbronn, Mannheim und Pforzheim zu erheblichen Anstiegen der Zahl der Insolvenzen je 10.000 Einwohner.

Auffällig ist, dass unter den Beratungsfällen der Schuldnerberatungsstelle des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes - eine der drei Beratungsstellen Heidelbergs - immer weniger ein reguläres Arbeitseinkommen erzielen. Während im Jahr 2003 nur 27 % von Transferleistungen leben mussten, waren es im Jahr 2010 bereits 57 %.

Überschuldete werden zusätzlich benachteiligt

Die zunehmende Bedeutung und Inanspruchnahme von "Rating-Agenturen" wie Schufa, InfoScore u.a. führen zum Ausschluss überschuldeter Menschen von bestimmten Leistungen bzw. müssen ohnehin Benachteiligte höhere Preise bezahlen. Beispielsweise vergibt die RNV die günstigeren Jahreskarten (Rhein-Neckar-Ticket, Karte ab 60) erst nach Prüfung durch InfoScore. Das für verschuldete Menschen oft notwendige "P-Konto" (Pfändungsschutzkonto) wird von einigen Banken mit höheren Gebühren belegt. Die Satzungen aller Wohnungsbaugenossenschaften in Heidelberg sehen vor, dass Mitglieder bei Antrag auf Eröffnung der Insolvenz von der Genossenschaft ausgeschlossen werden können. Auch auf dem Mietwohnungsmarkt gehen immer mehr Vermieter dazu über, nur noch gegen eine Schufaselbstauskunft zu vermieten. Ist diese negativ, kommt kein Mietverhältnis zustande.

5.2 Transferleistungen

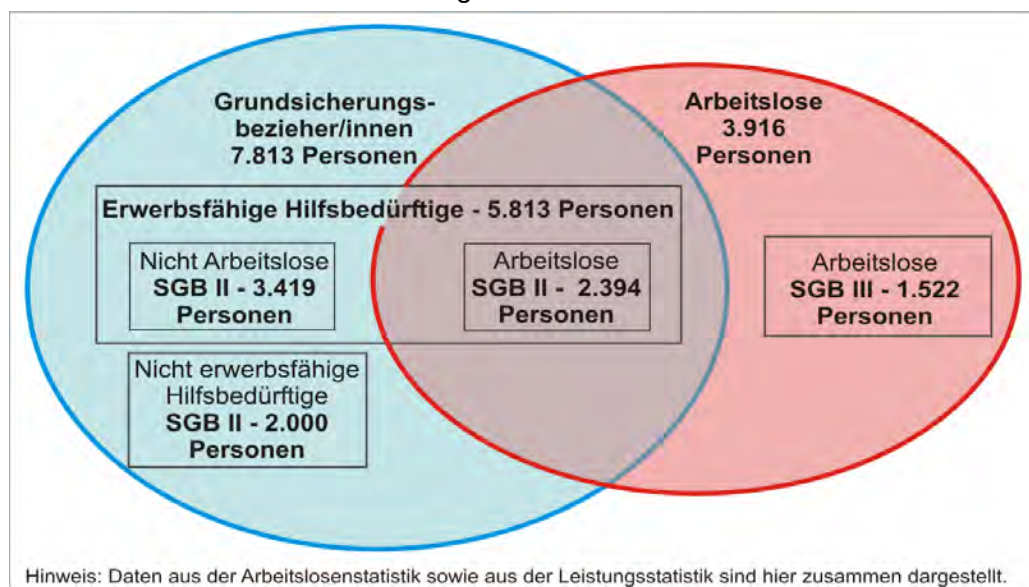
5.2.1 Arbeitslosigkeit nach Rechtskreis SGB III und SGB II

Mit der Einführung von Hartz IV im Jahre 2005 werden Arbeitslose heute in zwei verschiedenen Rechtskreisen erfasst (Abbildung 5.3): im Rechtskreis des Sozialgesetzbuches III (kurz SGB III, der Arbeitslosenversicherung) und dem Rechtskreis des Sozialgesetzbuches II (kurz SGB II, der Grundsicherung für Arbeitssuchende). Die Zuordnung folgt prinzipiell etwaigen Leistungsansprüchen nach SGB III oder SGB II - je nach Dauer der Arbeitslosigkeit und ihr vorausgehenden sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungszeiten - und der damit verbundenen Vermittlungs- und Betreuungszuständigkeit. Die Zuordnung zum Rechtskreis SGB II ist von einem tatsächlichen Leistungsanspruch abhängig. Da die Arbeitslosenstatistik und die Statistik der Grundsicherungsbezieher/-innen unterschiedlich ermittelt werden, ergeben sich in den Summen geringfügige Abweichungen (Zähltags- und Realkonzept³). Um einen Überblick zu erhalten, sollen die Zahlen dennoch dargestellt werden.

Von den insgesamt rund 3.900 Arbeitslosen in Heidelberg (am 31.12.2009) befanden sich knapp 40 % im Rechtskreis des SGB III (gut 1.500 Personen) und gut 60 % (knapp 2.400 Personen) im Rechtskreis des SGB II. Im Rechtskreis des SGB II werden weitere rund 3.400 nicht arbeitslose erwerbsfähige Hilfsbedürftige und rund 2.000 nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige Leistungsbezieher/-innen⁴ geführt. Insgesamt sind in Heidelberg rund 7.800 Personen Grundsicherungsempfänger/-innen.

Auffällig ist, dass in Stadtteilen mit unterdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit überproportional viele davon Arbeitslosengeld I erhalten, (z.B. Neuenheim, Handschuhsheim) wohingegen in Stadtteilen mit hoher Arbeitslosigkeit überwiegend Arbeitslosengeld II-Empfänger wohnen (z.B. Emmertsgrund, Boxberg).

Abbildung 5.3: Arbeitslose nach Rechtskreisen sowie Hilfsbedürftige nach Erwerbsstatus in Heidelberg im Dezember 2009



³ Siehe Anhang

⁴ Die nicht als Arbeitslose geführte rund 3.400 erwerbsfähigen Hilfebedürftigen unterteilen sich in zwei Gruppen. Die eine steht aufgrund gesetzlicher Vorgaben und fachlicher Gründe dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung (z.B. Jugendliche/junge Erwachsene in Vollzeitschulpflicht, Erziehende (§ 10 SGB II, §65 IV SGB II)) Die andere erfüllt aufgrund der Teilnahme an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen oder einer Erwerbstätigkeit mit mehr als 15 Wochenstunden nicht die Voraussetzung der Arbeitslosigkeit in Sinne des SGB III, ist aber dennoch arbeitssuchend.

5.2.2 Leistungsberechtigte in der Arbeitslosenversicherung nach SGB III

Von den 1.522 Arbeitslosen im Rechtskreis SGB III (Abbildung 5.3) erhielten im Dezember 2009 rund 1.200 Personen Arbeitslosengeld I (ALG I). Das sind rund 450 Personen oder 27% weniger als 2005. Damit bezieht nur knapp ein Drittel aller Arbeitslosen diese Versicherungsleistung. Gut 300 Personen bzw. ein Fünftel aus diesem Rechtskreis erhalten keine Leistungen. Ihre Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I ist abgelaufen, Ansprüche auf Arbeitslosengeld II haben sie nicht, da sie im Regelfall mit einer Person zusammenleben, die den Lebensunterhalt sichern kann oder über andere Quellen verfügen.

Vergleicht man die Leistungsdichte mit der von 2005, so zeigt sich eine positive Entwicklung: Im Jahr 2005 waren in Heidelberg knapp 16 von 1.000 Personen im erwerbsfähigen Alter Empfänger/innen von ALG I, im Jahr 2009 nur noch 12 von 1.000.

Geringste Arbeitslosengelddichte im Stadtkreisvergleich

Mit diesem Wert hat Heidelberg mit Abstand die geringste ALG I - Dichte im Vergleich zu den anderen Städten Baden-Württembergs, dem Rhein-Neckar-Kreis und dem Land. Pforzheims Dichtewert liegt hingegen bei 32, Heilbronn bei 27. Am nächsten an Heidelberg ist die Universitätsstadt Freiburg, mit 14 ALG I-Empfänger/-innen auf 1.000 Personen im erwerbsfähigen Alter. In allen Städten, dem Rhein-Neckar-Kreis und dem Land hat die Zahl der Arbeitslosengeld I Bezieher/-innen deutlich abgenommen. Einzige Ausnahme bildet Pforzheim. Heidelberg hat dabei den stärksten Rückgang zu verzeichnen, dicht gefolgt von Freiburg.

Rückgang vor allem der männlichen Arbeitslosengeld I - Empfänger

Wenn auch die Zahl der Arbeitslosengeld I -Empfänger/-innen insgesamt im Berichtszeitraum abgenommen hat, so zeigen sich kleinräumig und nach Geschlecht große Unterschiede. Die Abnahme bei den Männern betrug fast 30%, bei den Frauen dagegen nur 23 %. Dennoch beziehen nach wie vor mehr Männer (53,5 %) als Frauen ALG I, die Differenz zwischen den Geschlechtern ist jedoch kleiner geworden. Auf Stadtteilebene wird dies in Schlierbach und Boxberg am deutlichsten. Den höchsten Anteil männlicher ALG I Empfänger gab es Ende 2009 im Emmertsgrund (65,2 %), den niedrigsten in Ziegelhausen (44,9 %).

Unter den Arbeitslosengeld I Bezieher/-innen gibt es 105 Personen (8,7%), die aufstocken müssen, das heißt sie müssen ergänzend noch Grundsicherungsleistungen nach dem SGB II beziehen, da die Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung für sie zu gering sind, um ihren Lebensunterhalt zu sichern.

Tabelle 5.4: Arbeitslose in Heidelberg zum Dezember 2009 nach Rechtskreisen

Stadtteil	Arbeitslose	Arbeitslosenquote	Arbeitslose nach Rechtskreis SGB III		Arbeitslose nach Rechtskreis SGB II	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Schlierbach	62	4,8	30	48,4	32	51,6
Altstadt	228	4,9	75	32,9	153	67,1
Bergheim	263	8,6	78	29,7	185	70,3
Weststadt	286	4,8	112	39,2	174	60,8
Südstadt	89	5,0	47	52,8	42	47,2
Rohrbach	481	7,4	154	32,0	327	68,0
Kirchheim	604	8,0	217	35,9	387	64,1
Pfaffengrund	237	7,3	77	32,5	160	67,5
Wieblingen	263	6,3	93	35,4	170	64,6
Handschuhsheim	246	3,4	121	49,2	125	50,8
Neuenheim	140	2,5	81	57,9	59	42,1
Boxberg	191	11,5	48	25,1	143	74,9
Emmertgrund	402	13,6	86	21,4	316	78,6
Ziegelhausen	198	4,9	88	44,4	110	55,6
Keine Zuordnung	226	-	215	-	11	-
Heidelberg	3.916	6,2	1.522	38,9	2.394	61,1

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Landesamt Baden Württemberg

Tabelle 5.5: ALG I - Empfänger/-innen in Heidelberg zum Dezember 2009 im Vergleich zu den kreisfreien Städten, dem Rhein-Neckar-Kreis und dem Land Baden-Württemberg

Stadt / Kreis	Arbeitslose	Personen im erwerbsfähigen Alter*	ALG I - Empfänger/-innen	... an den Arbeitslosen	... je 1.000 Personen im erwerbsfähigen Alter
				in %	absolut
Stuttgart	18.907	398.632	7.123	38	18
Heilbronn	4.849	76.692	2.055	42	27
Baden-Baden	1.825	32.128	642	35	20
Karlsruhe	9.514	192.407	3.407	36	18
Heidelberg	3.916	102.757	1.212	31	12
Mannheim	12.047	204.622	4.148	34	20
Pforzheim	5.729	74.153	2.392	42	32
Freiburg	6.253	152.435	2.070	33	14
Ulm	3.285	79.915	1.646	50	21
Rhein-Neckar-Kreis	12.729	336.640	6.410	50	19
Baden-Württemberg	283.092	6.745.296	145.278	51	22

* 18 bis unter 65 Jährige

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Tabelle 5.6: Empfänger/-innen von Arbeitslosengeld I in Heidelberg nach Stadtteilen und Geschlecht zum Dezember 2009 und Veränderung zu 2005

Stadtteil	Arbeitslosengeldempfänger/-innen 2009					ALG I Bezieher 2005	Veränderung 2009 zu 2005	
	Insgesamt	Männer		Frauen				
	absolut	absolut	in %	absolut	in %			
Schlierbach	27	15	55,6	12	44,4	34	-7	-20,6
Altstadt	62	30	48,4	32	51,6	84	-22	-26,2
Bergheim	72	39	54,2	33	45,8	94	-22	-23,4
Weststadt	89	50	56,2	39	43,8	138	-49	-35,5
Südstadt	35	19	54,3	16	45,7	42	-7	-16,7
Rohrbach	142	75	52,8	67	47,2	189	-47	-24,9
Kirchheim	214	111	51,9	103	48,1	274	-60	-21,9
Pfaffengrund	84	45	53,6	39	46,4	117	-33	-28,2
Wieblingen	89	46	51,7	43	48,3	141	-52	-36,9
Handschuhsheim	98	55	56,1	43	43,9	162	-64	-39,5
Neuenheim	57	27	47,4	30	52,6	76	-19	-25,0
Boxberg	41	20	48,8	21	51,2	82	-41	-50,0
Emmertsgrund	89	58	65,2	31	34,8	118	-29	-24,6
Ziegelhausen	78	35	44,9	43	55,1	94	-16	-17,0
keine Zuordnung	35	23	65,7	12	34,3	10	25	250,0
Heidelberg	1.212	648	53,5	564	46,5	1.655	-443	-26,8

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Stärkster Rückgang bei den älteren ALG I - Bezieher/-innen

Der Rückgang der Zahl der ALG I - Empfänger/-innen um insgesamt 27 % verlief im Berichtszeitraum in den einzelnen Altersgruppen (ohne wenige Fälle, die nicht zuzuordnen sind) sehr unterschiedlich:

- Deutlich überproportional, nämlich um 45 %, sank die Zahl der älteren Bezieher/-innen ab 50 Jahren. (603 Personen 2005; 333 Personen 2009).
- Überproportional, nämlich um 38 %, sank die Zahl der unter 25-Jährigen (144 Personen im Jahr 2005; 89 Personen im Jahr 2009).
- In der größten Gruppe der Erwerbstätigen (zwischen 25 und 49 Jahren) sank die Zahl der ALG I-Empfänger/-innen hingegen unterproportional um 14 % (897 Personen im Jahr 2005; 768 Personen im Jahr 2009).

Ausländeranteil an den ALG I - Empfänger/-innen angestiegen

Die Zahl der Ausländer/-innen, die ALG I bezogen, sank ebenfalls im Berichtszeitraum, um – 47 oder um – 16,8 %. Das ist weniger als im gesamtstädtischen Durchschnitt (- 27 %). Entsprechend stieg ihr Anteil an den ALG I - Bezieher/-innen an, nämlich von 16,9 % im Jahr 2005 auf 19,5 % im Jahr 2009 (Abbildung 8.1 in Kapitel 8).

5.2.3 Grundsicherung für Arbeitsuchende nach SGB II

Seit der Zusammenführung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe in der Grundsicherung für Arbeitsuchende im Sozialgesetzbuch II (SGB II) zum 01.01.2005 sind mittlerweile über 5 Jahre vergangen. Hier soll nun der gegenwärtige Stand und die bisherige Entwicklung dieser sozialen Sicherung der erwerbsfähigen Bevölkerung in Heidelberg betrachtet werden⁵.

Im Dezember 2009 lebten in Heidelberg rund 7.800 Personen in knapp 4.500 Bedarfsgemeinschaften⁶ von Leistungen nach dem SGB II, d.h. 5,3 % der Heidelberger Wohnbevölkerung stellte ihren Lebensunterhalt ganz oder teilweise mit Hilfe dieser staatlichen Transferleistung sicher. Das entspricht – wie auch 2005 – jedem/jeder 19. Heidelberger/-in.

Die Leistungsbezieher unterteilen sich zu drei Vierteln (74,4 %) in erwerbsfähige Hilfebedürftige⁷ mit Bezug von Arbeitslosengeld II und zu einem Viertel (25,6 %) in nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige, deren Anspruch auf das sogenannte Sozialgeld des SGB II darauf beruht, dass sie mit einem erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in einer Bedarfsgemeinschaft leben. Hierbei handelt es sich zu knapp 97 % um Kinder unter 15 Jahren; nur 67 der 2.000 nicht erwerbsfähigen Hilfebedürftigen waren im Dezember 2009 älter als 14 Jahre. An diesem Verhältnis erwerbsfähige zu nicht erwerbsfähigen Hilfebedürftigen hat sich im Vergleich zu 2005 – damals 74,8 % zu 25,2 % – nahezu ebenfalls nichts geändert.

SGB II-Hilfequote der unter 15-jährigen Wohnbevölkerung bei 12,0 %

Für die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter errechnet sich für Dezember 2009 gesamtstädtisch eine Hilfequote von 5,5 %⁸; für die Bevölkerung unter 15 Jahren hingegen eine mehr als doppelt so hohe Hilfequote von 12,0 %⁹.

Die Konzentration der Leistungsempfänger im Stadtgebiet auf wenige Stadtteile ist – wie schon 2005 festgestellt – markant. Gut 60 % aller Leistungsempfänger wohnen in den fünf Stadtteilen Bergheim, Kirchheim, Rohrbach, Boxberg und Emmertsgrund, die ihrerseits aber nur rund 35 % der Wohnbevölkerung Heidelbergs stellen. Während in den Bergstadtteilen Boxberg und Emmertsgrund jede/r achte bzw. jede/r fünfte Bewohner/in auf die Unterstützungsleistung angewiesen ist, sind das in Schlierbach und Handschuhsheim nur jede/r 42. bzw. 43., in Neuenheim sogar nur jede/r 107. Bewohner/-in.

5 vgl. § 9 SGB II zur Hilfebedürftigkeit

6 Begriffserläuterungen s. Anhang im Anhang (Bedarfsgemeinschaft = BG)

7 Begriffserläuterungen s. Anhang im Anhang (erwerbsfähiger Hilfebedürftiger=eHb; nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige=neHb)

8 erwerbsfähige Hilfebedürftige bezogen auf Bevölkerung von 15 bis 64 Jahre

9 nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige unter 15 bezogen auf Bevölkerung unter 15 Jahre

In Heidelberg unverändert geringste Bedarfsdichte im Stadtkreisvergleich

Heidelberg weist mit 53 Leistungsbeziehern je 1.000 Einwohner - wie bereits 2005 - die geringste SGB II - Bedarfsdichte im Stadtkreisvergleich Baden-Württembergs auf. Die Nachbarstadt Mannheim, im Jahr 2005 hinsichtlich ihrer Bedarfsdichte noch führend, hat aufgrund einer Abnahme der Leistungsbezieher je 1.000 Einwohner um 10 Personen die bedenkliche Spitzenposition nunmehr an Pforzheim übergeben, das mit einer Zunahme um 12 auf 97 Leistungsbezieher je 1.000 Einwohnern im Vergleich zu 2005 jetzt auf eine knapp doppelt so hohe Bedarfsdichte wie Heidelberg blickt. Im Landesdurchschnitt sind nunmehr 46 von 1.000 Einwohnern auf Leistungen nach dem SGB II angewiesen; der Rhein-Neckar-Kreis steht mit 43 Leistungsbeziehern je 1.000 Einwohnern als Landkreis nicht viel besser da als Heidelberg. Mit einer durchschnittlichen Personenzahl je Bedarfsgemeinschaft von 1,74 hat Heidelberg die im Stadtkreisvergleich neben Karlsruhe kleinsten Bedarfsgemeinschaften unter den SGB II-Leistungsempfängern.

Tabelle 5.7: Leistungsbezieher/-innen nach dem SGB II im Vergleich der Stadtkreise Baden-Württembergs, dem Rhein-Neckar-Kreis, Land und Bund im Dezember 2009 und 2005

Region	2009					2005	
	Wohnbevölkerung	Personen in BG's	Bedarfgemeinschaften	Leistungsbezieher je 1.000 EW	Personen pro Bedarfsgemeinschaft	Leistungsbezieher je 1.000 EW	Veränderung 2009 im Vgl. zu 2005
Stuttgart	601.646	42.098	22.588	70	1,86	67	3
Heilbronn	122.415	9.109	4.566	74	1,99	84	-10
Baden-Baden	54.494	3.230	1.812	59	1,78	64	-5
Karlsruhe	291.959	20.339	11.516	70	1,77	70	0
Heidelberg	146.466	7.813	4.482	53	1,74	53	0
Mannheim	311.969	29.112	15.141	93	1,92	103	-10
Pforzheim	119.788	11.604	5.824	97	1,99	85	12
Freiburg	221.924	17.166	9.249	77	1,86	75	2
Ulm	122.087	6.592	3.448	54	1,91	61	-7
Rhein-Neckar-Kreis	536.281	22.853	11.707	43	1,95	44	-1
Baden-Württemberg	10.744.921	489.652	253.061	46	1,93	47	-1
Bund	81.802.000	6.735.669	3.577.789	82	1,88	86	-4

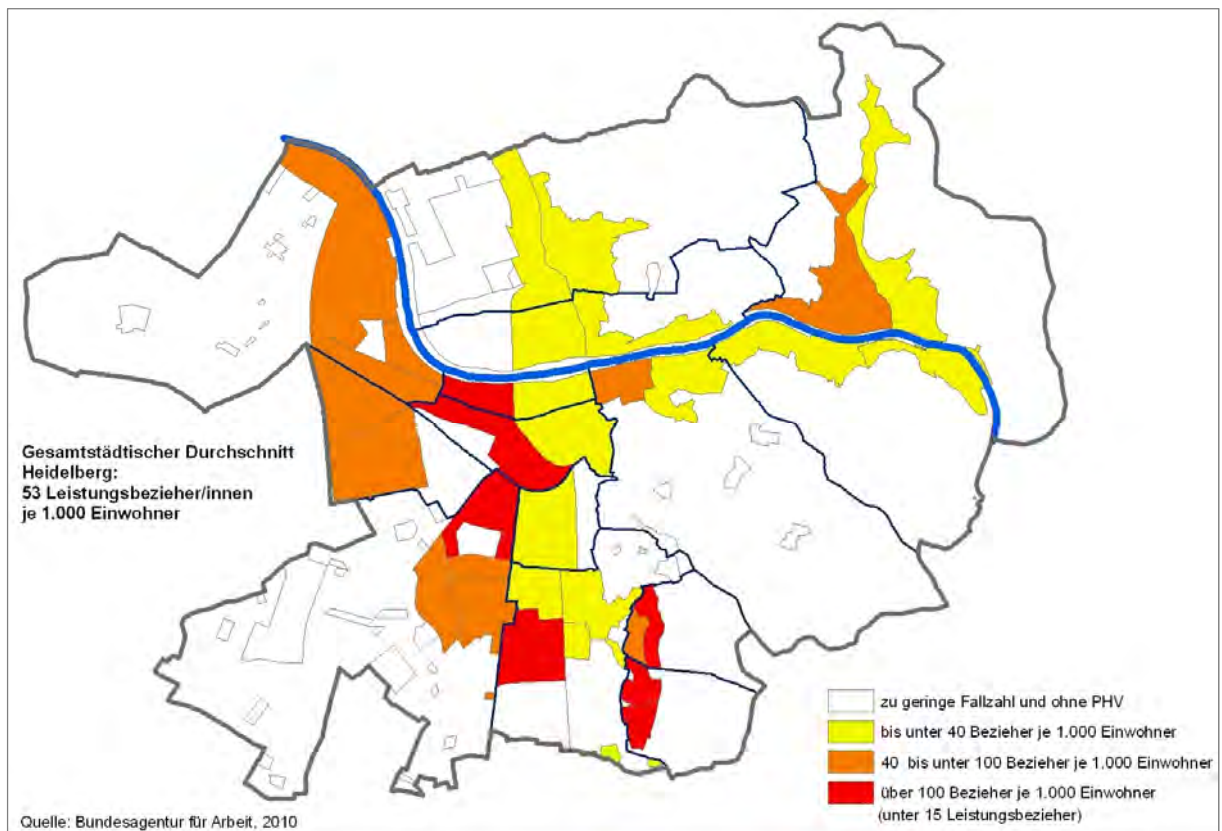
Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Tabelle 5.8: Erwerbsfähige und nichterwerbsfähige Leistungsbezieher/-innen nach dem SGB II im Dezember 2009 nach Stadtteilen

Stadtteil	Wohnbevölkerung	Personen in BG's	davon				Leistungsbezieher je 1000 EW	
			Erwerbsfähige Hilfebedürftige		Nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige		2009	Veränderung 2009 im Vgl. zu 2005
			absolut	in % der Leistungsbezieher	absolut	in % der Leistungsbezieher		
Schlierbach	3.496	83	72	86,7	11	13,3	24	2
Altstadt	11.055	400	322	80,5	78	19,5	36	-2
Bergheim	7.328	556	418	75,2	138	24,8	76	-10
Weststadt	13.805	520	419	80,6	101	19,4	38	-4
Südstadt	4.688	114	97	85,1	17	14,9	24	3
Rohrbach	16.502	1.075	796	74,0	279	26,0	65	3
Kirchheim	17.415	1.214	901	74,2	313	25,8	70	-6
Pfaffengrund	8.106	463	375	81,0	88	19,0	57	9
Wieblingen	10.376	559	419	75,0	140	25,0	54	-4
Handschuhsheim	18.551	426	321	75,4	105	24,6	23	1
Neuenheim	14.043	131	115	87,8	16	12,2	9	-2
Boxberg	4.344	557	398	71,5	159	28,5	128	-7
Emmertgrund	7.116	1.345	892	66,3	453	33,7	189	31
Ziegelhausen	9.641	348	255	73,3	93	26,7	36	7
keine Zuordnung mgl.	-	22	13	-	9	-	-	-
Heidelberg	146.466	7.813	5.813	74,4	2.000	25,6	53	0

Quelle: Statistisches Landesamt, Bundesagentur für Arbeit

Abbildung 5.4: Leistungsbezieher/-innen nach dem SGB II je 1.000 Einwohner im Dezember 2009



Kinder unter 15 Jahren deutlich überrepräsentiert

Unter den 2.000 nichterwerbsfähigen Hilfebedürftigen im Dezember 2009 in Heidelberg befanden sich 1.933 Kinder unter 15 Jahren, die damit ein Viertel (24,7 %) aller SGB II-Leistungsempfänger in Heidelberg stellen. Demgegenüber war dieselbe Altersgruppe unter der gesamten Wohnbevölkerung Heidelbergs bis 64 Jahre am 31.12.2009 nur mit 13,2 % vertreten. Der Kinderanteil unter den SGB II-Beziehern ist seit 4 Jahren unverändert.

Die höchsten Anteile der Kinder bis 14 Jahre insgesamt an allen Leistungsempfängern finden sich im Emmertsgrund (32,8 %) und Boxberg (28,2 %), wobei sich diese Rangfolge je nach Altersgruppe - Kleinkinder, Kindergarten- oder Schulkinder – in den Stadtteilen nochmals neu bildet. (Tabelle 5.9) Hier spiegeln sich natürlich auch die höchsten Anteile der Kinder unter 15 Jahren an der Wohnbevölkerung in diesen Stadtteilen. Auffällig ist, dass die knapp 600 Kinder aus den zwei Bergstadtteilen rund 31 % aller 1.933 hilfebedürftigen Kinder unter 15 Jahren in Heidelberg ausmachen, Emmertsgrund und Boxberg allerdings nur rund 10 % der Wohnbevölkerung Heidelbergs in dieser Altersgruppe stellen¹⁰.

Die Anteile der unter 7-Jährigen (Kleinkind- und Kindergartenalter) und der Schulkinder von 7 bis 14 Jahren an allen Leistungsempfängern halten sich gesamtstädtisch mit 12,9 % zu 11,9 % fast die Waage (Tabelle 5.9). In den Stadtteilen gibt es hier jedoch deutliche Verschiebungen. So überwiegen in Schlierbach, im Pfaffengrund und auf dem Boxberg klar die jüngeren Kinder, wohingegen in der Südstadt oder in Bergheim die Schulkinder dominieren.

Tabelle 5.9: Nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige nach dem SGB II nach ausgewählten Altersgruppen im Dezember 2009 nach Stadtteilen

Stadtteil	Personen in BG's	darunter nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige unter 15 Jahre		davon im Alter von					
		absolut	in %	unter 3 Jahre		3 bis unter 7 Jahre		7 bis unter 15 Jahre	
				absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Schlierbach	83	11	13,3	6	7,2	5 (6%) ¹⁾			
Altstadt	400	76	19,0	20	5,0	23	5,8	33	8,3
Bergheim	556	133	23,9	19	3,4	36	6,5	78	14,0
Weststadt	520	98	18,8	24	4,6	27	5,2	47	9,0
Südstadt	114	17	14,9	6 (5,3%) ¹⁾				11	9,6
Rohrbach	1.075	265	24,7	71	6,6	76	7,1	118	11,0
Kirchheim	1.214	297	24,5	72	5,9	88	7,2	137	11,3
Pfaffengrund	463	86	18,6	26	5,6	31	6,7	29	6,3
Wieblingen	559	136	24,3	23	4,1	43	7,7	70	12,5
Handschuhsheim	426	101	23,7	24	5,6	28	6,6	49	11,5
Neuenheim	131	15	11,5	7 (5,3%) ¹⁾				8	6,1
Boxberg	557	157	28,2	49	8,8	43	7,7	65	11,7
Emmertsgrund	1.345	441	32,8	91	6,8	124	9,2	226	16,8
Ziegelhausen	348	91	26,1	24	6,9	16	4,6	51	14,7
keine Zuordnung mgl.	22	9	40,9	4	-	. 1)	-	. 1)	-
Heidelberg	7.813	1.933	24,7	460	5,9	546	7,0	927	11,9

Anmerkungen: 1) Werte kleiner 3 zusammengefasst bzw. anonymisiert

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

¹⁰ 1.570 von 16.136 Kindern unter 14 Jahren in Heidelberg (9,8 %)

Die sogenannte nichterwerbsfähigen SGB II-Quote unter 15 Jahren, d.h. der Anteil der unter 15-jährigen nichterwerbsfähigen Hilfebedürftigen an der Wohnbevölkerung von 0 bis 14 Jahre beträgt gesamtstädtisch 12,0 %, erreicht in den Bergstadtteilen dann aber deutlich höhere Werte, so im Emmertsgrund 41,7 % und auf dem Boxberg 30,6 %, mit einigem Abstand gefolgt von Bergheim mit 20,7 %. (Abbildung 5.5)

50 % der ausländischen Kinder im Emmertsgrund hilfebedürftig

Eine noch größere Hilfebedürftigkeit zeigt sich bei der ausländischen Bevölkerung unter 15 Jahren. Bei einer gesamtstädtischen SGB II-Quote in dieser Gruppe von 15,5 %, lebt somit bald jedes sechste ausländische Kind unter 15 Jahren in einer Bedarfsgemeinschaft nach dem SGB II; auf dem Emmertsgrund ist das allerdings jedes zweite, in Bergheim knapp jedes vierte und auf dem Boxberg jedes fünfte ausländische Kind (Abbildung 5.6).

Abbildung 5.5: Anteil der nichterwerbsfähigen Hilfebedürftigen (neHb) unter 15 Jahren an der Wohnbevölkerung unter 15 Jahren nach Stadtteilen in Heidelberg im Dezember 2009

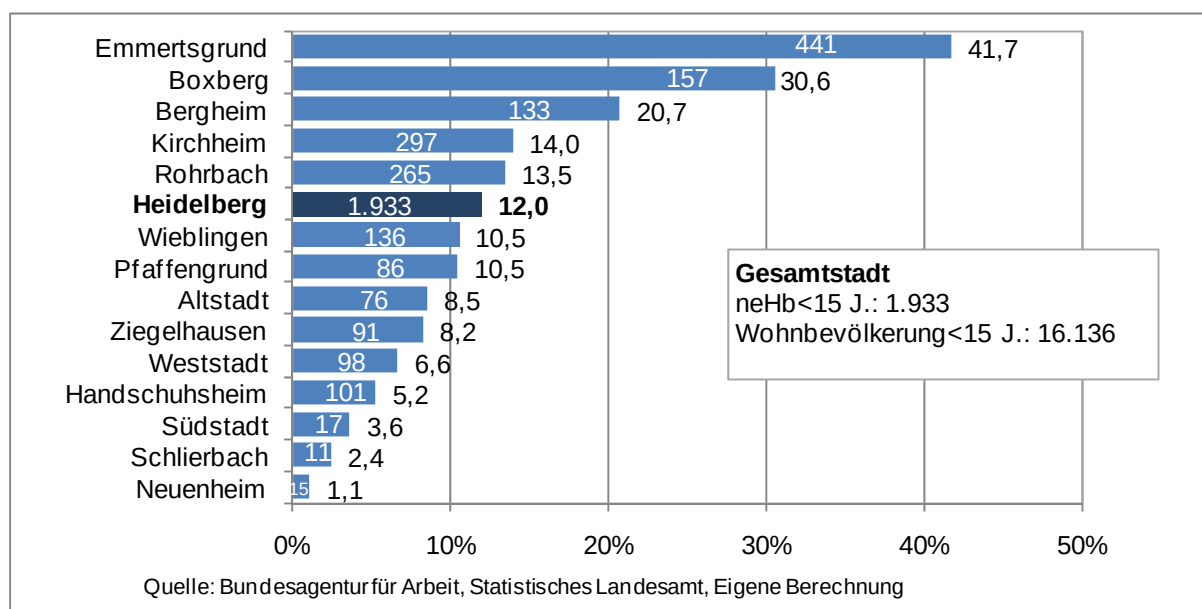
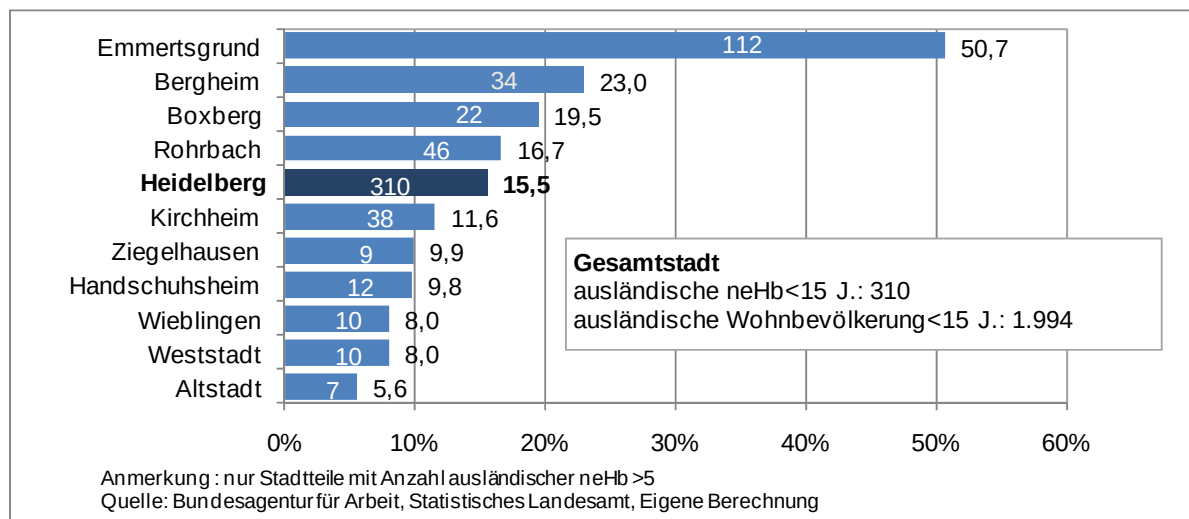


Abbildung 5.6: Anteil der ausländischen nichterwerbsfähigen Hilfebedürftigen (neHb) unter 15 Jahren an der ausländischen Wohnbevölkerung unter 15 Jahren nach Stadtteilen in Heidelberg im Dezember 2009



Jeder 18. Haushalt in Heidelberg auf SGB II-Leistungen angewiesen

Die 4.482 Bedarfsgemeinschaften, in denen die rund 7.800 Hilfebedürftigen nach dem SGB II im Dezember 2009 lebten, entsprechen rund 5,5 % der 81.825 Haushalte.

Mit dem Ziel, die Lebensumstände der Leistungsbezieher abzubilden, lassen sich die Bedarfsgemeinschaften fünf verschiedenen Typen zuordnen.¹¹ Singles stellen mit einem Anteil von 59,9 % unter den Bedarfsgemeinschaften die Mehrheit. Mit diesem Wert ist Heidelberg auch im Stadtkreisvergleich Baden-Württembergs vor Karlsruhe (55,8 %) mit Abstand führend und nimmt selbst bundesweit unter allen Stadt- und Landkreisen einen der ersten Plätze ein.¹² Auch in der Gesamtbevölkerung Heidelbergs sind Single-Haushalte mit 55,4 % in der Mehrheit. Alleinerziehende und Partnerschaften mit Kindern hielten im Dezember 2009 in Heidelberg mit 15,4 % bzw. 14,1 % einen nahezu gleichen Anteil. Beide Haushaltsgruppen sind im Vergleich zur Gesamtbevölkerung stark überrepräsentiert. Die Partnerschaften ohne Kinder bilden mit 8,9 % die kleinste Gruppe und sind vergleichsweise selten hilfebedürftig. Unter den „Sonstigen“ werden Restgrößen erfasst, die nicht unter die ersten vier genannten Typen fallen.¹³ Mit einem Wert von 1,74 Personen je Bedarfsgemeinschaft ist die mittlere Haushaltsgröße gering (Abbildung 5.8).

Single-Bedarfsgemeinschaften überwiegen in Stadtteilen mit geringsten Bedarfsdichten

Den höchsten Anteil an Singlehaushalten an allen Bedarfsgemeinschaften wiesen Neuenheim mit 81,3 % und Schlierbach mit 78,5 % auf. Dies korrespondiert nicht bzw. nur zum Teil mit den allgemeinen Haushaltsstrukturen. Mit 58,6 % bzw. 45,0 % haben sie keineswegs die höchsten Anteile der Einpersonenhaushalte in der Wohnbevölkerung. In diesen Stadtteilen sind die Single-Bedarfsgemeinschaften unter den SGB II-Beziehern damit weit aus stärker als im gesamtstädtischen Durchschnitt überrepräsentiert.

Den höchsten Alleinerziehendenanteil an allen Bedarfsgemeinschaften zeigt mit 20,4 % (59) der Boxberg, gefolgt von Ziegelhausen mit 19,9 % (43). Unter Berücksichtigung der Haushaltsstruktur der Gesamtbevölkerung in diesen Stadtteilen (Alleinerziehendenhaushalte 5,8 % bzw. 4,2 %) ist diese Haushaltsform unter den Leistungsbeziehern deutlich häufiger. Den mit Abstand höchsten Anteil vollständiger Familien (mit Kindern) an den Bedarfsgemeinschaften weist mit 30,8 % der Emmertsgrund auf. Bei der Wohnbevölkerung ist dieser Haushaltstyp fast nur halb so häufig (18,5 %) vertreten.

Auffällig ist, dass in den meisten Stadtteilen der Anteil der Alleinerziehenden an allen Bedarfsgemeinschaften den der Partnerschaften mit Kindern übersteigt. Nur in den Stadtteilen Emmertsgrund, Rohrbach, Bergheim und Südstadt ist dieses Verhältnis umgekehrt.

Haushalte mit Kindern überproportional hilfebedürftig

In 29 von 100 Bedarfsgemeinschaften¹⁴ lebten im Dezember 2009 Kinder unter 18 Jahren. Diese 1.317 Bedarfsgemeinschaften mit Kindern stellen einen fast doppelt so hohen Anteil wie Haushalte mit Kindern in der Wohnbevölkerung (16 %). Gegenüber 2005 ist ihr Anteil sogar noch leicht angestiegen.

11 Hier wird hilfsweise der Begriff der Bedarfsgemeinschaft mit den Wohnbevölkerungshaushalten gleichgesetzt.

12 Jena: 63,8 %; Bodenseekreis: 62,6 %, Kreis St. Wendel: 59,9 %.

13 Als typisches Beispiel werden von der Bundesagentur Alleinerziehende mit einem Kind im Alter von 18 bis unter 25 Jahre genannt.

14 Drei Ein-Personen-Bedarfsgemeinschaften, bestehend aus jeweils 1 Person im Alter von 15 bis 18 Jahren, sind hier unberücksichtigt.

Abbildung 5.7 Typen der Bedarfsgemeinschaften im Dezember 2009 in Heidelberg nach Stadtteilen

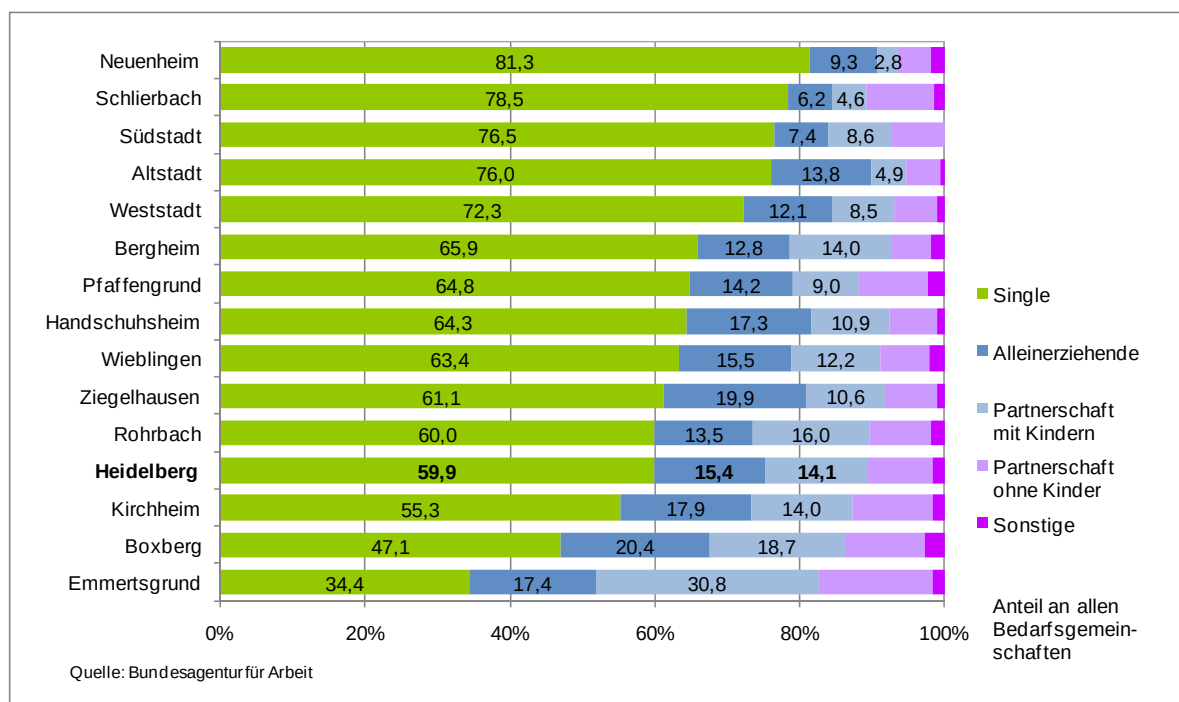


Abbildung: 5.8: Bedarfsgemeinschaften nach Typen im Dezember 2009 in Heidelberg

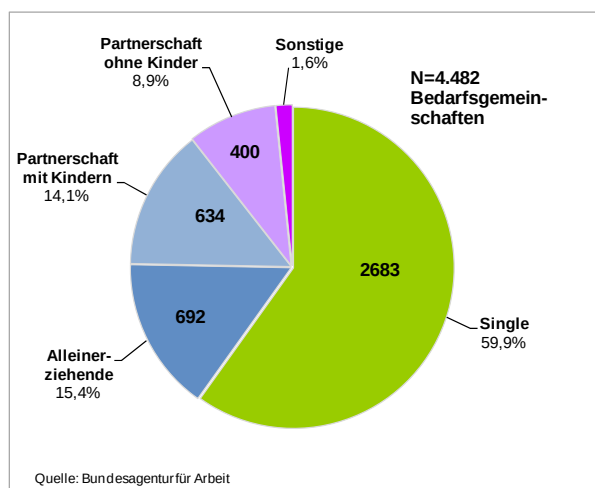
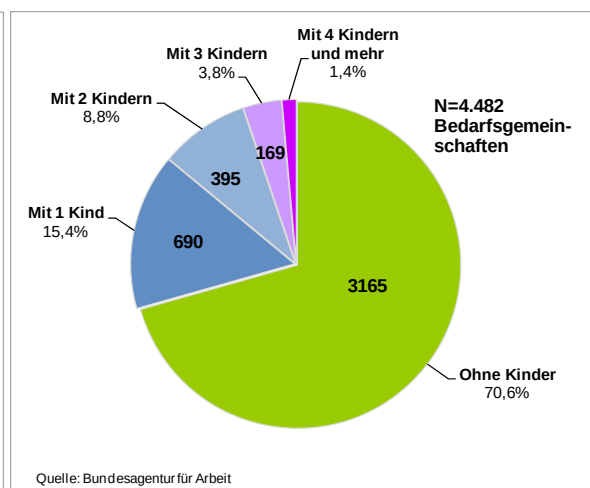


Abbildung: 5.9: Bedarfsgemeinschaften nach Anzahl der Kinder unter 18 Jahren im Dezember 2009



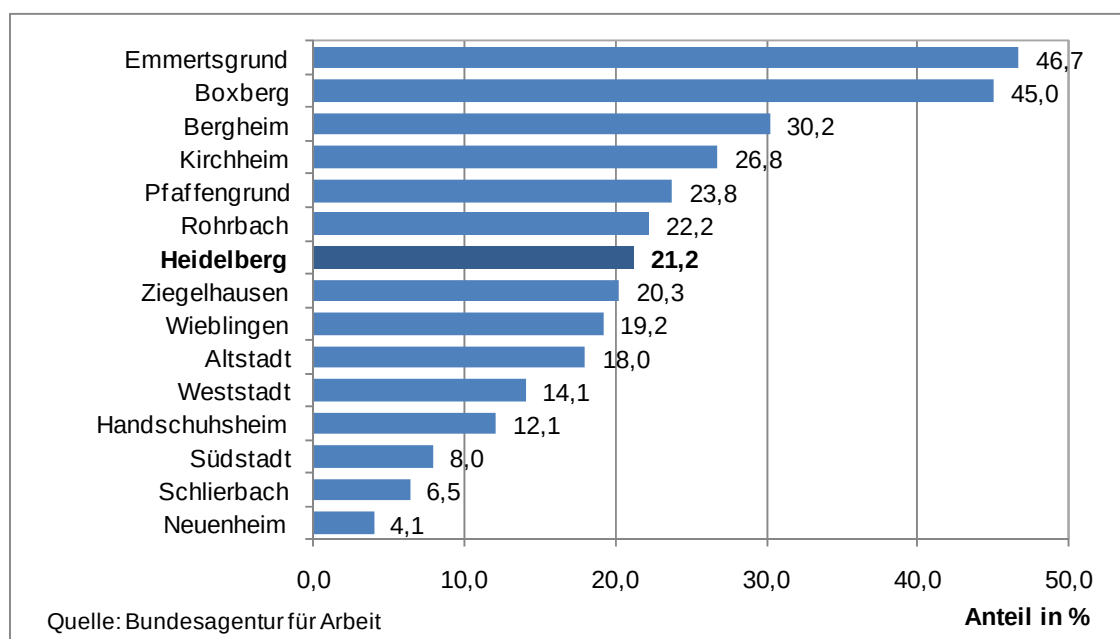
An allen Bedarfsgemeinschaften mit Kindern stellen die 1-Kind Bedarfsgemeinschaften - ebenfalls wie bei der Gesamtbevölkerung – eine Mehrheit von etwas über 50 %; Bedarfsgemeinschaften mit 2 Kindern sind mit 30 % etwas unterrepräsentiert (Wohnbevölkerung 35,4 %), Haushalte mit 3 und mehr Kindern hingegen mit 17,6 % innerhalb der Bedarfsgemeinschaften mit Kindern im Vergleich zu den Wohnbevölkerungshaushalten (11,6 %) überproportional vertreten.

Den höchsten Anteil (48 %) der Bedarfsgemeinschaften mit Kindern unter 18 Jahren an allen Bedarfsgemeinschaften im Stadtteil hat der Emmertsgrund, wobei diese rund 250 Bedarfsgemeinschaften 20 % aller Bedarfsgemeinschaften mit Kindern in Heidelberg stellen (Tabelle 5.10). Die knapp 800 Haushalte mit Kindern im Emmertsgrund insgesamt machen nur einen Anteil von 6,1 % an allen Haushalten mit Kindern in Heidelberg aus. Auf dem Emmertsgrund ist jeder dritte Haushalt mit Kindern auf SGB II-Unterstützungsleistungen angewiesen, auf dem Boxberg gut jeder vierte, wohingegen dies in Neuenheim nur rund einer von 80 Haushalten mit Kindern ist.

Insgesamt ist festzustellen, dass dort, wo überdurchschnittlich viele SGB II- Bezieher/-innen wohnen, überdurchschnittlich viele Bedarfsgemeinschaften mit Kindern sind.

Betrachtet man die SGB II-Bedürftigkeit der Alleinerziehendenhaushalte nach Stadtteilen, so sind es ebenfalls der Emmertsgrund und Boxberg, in dem fast jeder zweite Ein-Eltern-Haushalt auf SGB II-Leistungen angewiesen ist (Abbildung 5.10).

Abbildung 5.10: Anteil der Alleinerziehendenbedarfsgemeinschaften an allen Einelternhaushalten im Dezember 2009 nach Stadtteilen



Quelle Einwohner: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, eigene Berechnung

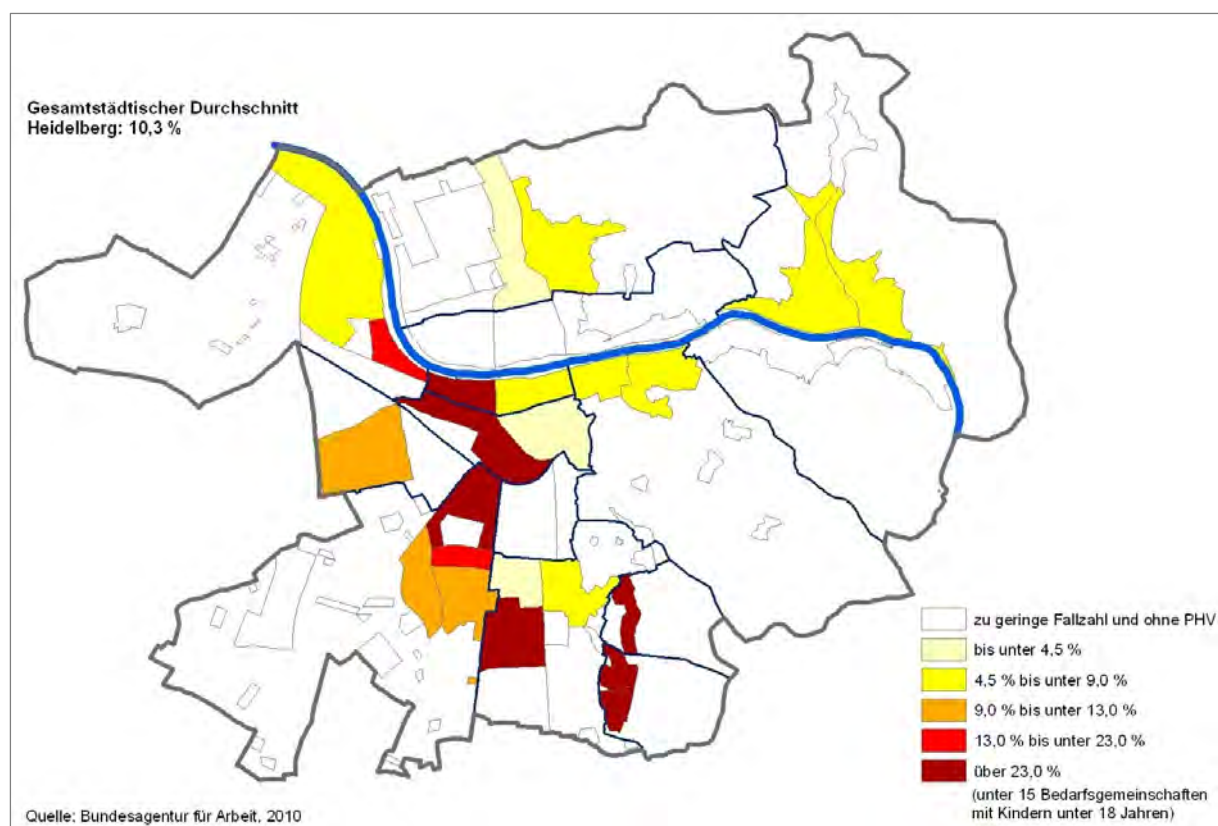
Tabelle 5.10: Bedarfsgemeinschaften mit Kindern unter 18 Jahren im Dezember 2009 in Heidelberg nach Stadtteilen

Stadtteil	Bedarfs- gemein- schaften insgesamt	darunter mit Kindern unter 18 Jahren						Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren	Anteil BG's mit Kindern an allen Haushalten mit Kindern in %
		insgesamt		davon					
				mit 1 Kind		mit 2 und mehr Kindern			
		absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %		
Schlierbach	65	7	10,8	4	57,1	3	42,9	355	2,0
Altstadt	304	57	18,8	37	64,9	20	35,1	721	7,9
Bergheim	328	87	26,5	44	50,6	43	49,4	511	17,0
Weststadt	354	72	20,3	35	48,6	37	51,4	1.182	6,1
Südstadt	81	13	16,0	8	61,5	5	38,5	328	4,0
Rohrbach	593	174	29,3	71	40,8	103	59,2	1.532	11,4
Kirchheim	691	218	31,5	119	54,6	99	45,4	1.659	13,1
Pfaffengrund	310	71	22,9	55	77,5	16	22,5	702	10,1
Wieblingen	336	93	27,7	56	60,2	37	39,8	1.051	8,8
Handschuhsheim	266	74	27,8	47	63,5	27	36,5	1.517	4,9
Neuenheim	107	13	12,1	8	61,5	5	38,5	1.067	1,2
Boxberg	289	113	39,1	62	54,9	51	45,1	414	27,3
Emmertsgrund	529	254	48,0	102	40,2	152	59,8	775	32,8
Ziegelhausen	216	66	30,6	40	60,6	26	39,4	917	7,2
keine Zuordnung mgl.	13	5	-	2	-	3	-	-	-
Heidelberg	4.482	1.317	29,4	690	52,4	627	47,6	12.731	10,3

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Quelle Haushalte: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, eigene Berechnung

Abbildung 5.11: Anteil der Bedarfsgemeinschaften mit Kindern unter 18 Jahren an allen Haushalten mit Kindern unter 18 Jahren in Heidelberg im Dezember 2009



Quelle Haushalte: Statistisches Landesamt Baden Württemberg, eigene Berechnung

Geschlechterverhältnis ausgeglichener als 2005

Das Geschlechterverhältnis unter den rund 7.800 Leistungsbezieher/innen nach dem SGB II im Dezember 2009 ist nahezu ausgeglichen (50,7 % männlich, 49,3 % weiblich). In der Wohnbevölkerung Heidelbergs sind die Frauen bei den unter 65-Jährigen mit 51,6 % in der Mehrheit.

Bei den erwerbsfähigen Hilfeempfängern sind die Männer mit 51 % gegenüber den Frauen geringfügig in der Überzahl. 2005 waren die Unterschiede noch größer (53 % Männer, 47 % Frauen). In der vergleichbaren Altersgruppe der 15 bis 64-Jährigen stehen 52 % weiblichen 48 % männliche Einwohner/n gegenüber. Somit ergibt sich eine SGB II-Hilfequote¹⁵ von 5,2 % für die weibliche Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Für die Männer liegt sie mit 5,8 % etwas höher. Während die deutschen erwerbsfähigen Hilfeempfänger ebenfalls mehrheitlich männlich sind (53,3 %), sind bei den ausländischen erwerbsfähigen Hilfebedürftigen die Frauen deutlich in der Überzahl (54,9 %). Damit weichen diese deutlich von der Struktur in der ausländischen Bevölkerung ab (Männer 47,2 %, Frauen 52,8 %).

Jeder vierte Leistungsbezieher nach wie vor ohne deutschen Pass

Unter allen Leistungsempfängern nach dem SGB II befanden sich im Dezember 2009 fast 1.900 Personen mit ausländischer Nationalität, was einem Anteil von 24,2 % entspricht. Der Ausländeranteil bei der Heidelberger Wohnbevölkerung unter 65 Jahren lag mit 18,9 % um immerhin 5,3 Prozentpunkte niedriger. Für die ausländische Bevölkerung ergab sich mit 8,2 % eine entsprechend höhere SGB II-Hilfequote¹⁶, deutlich höher als die Hilfequote der unter 64-jährigen Bevölkerung von 6,4 % (Tabelle 5.11 bzw. Abbildung 5.12). 2005 waren die Unterschiede noch größer. 2005 betrug die Hilfequote unter den Ausländern noch 8,4 %, bei einer entsprechenden Quote in der Gesamtbevölkerung von 6,3 %.

Differenziert nach Altersklassen findet sich der größte Unterschied in der Hilfequote bei den unter 15 - Jährigen. 15,5 Prozent der ausländischen Kinder leben in einer Bedarfsgemeinschaft im Gegensatz zu 11,3 % der deutschen.

Der Anteil der Ausländer an den Leistungsempfängern nimmt mit dem Ausländeranteil an der Wohnbevölkerung zu. Ausnahmen sind die Altstadt und Neuenheim, deren Bevölkerungsstruktur stark von der Universität geprägt ist.

15 SGB II - Hilfequote: Weibliche erwerbsfähige Hilfebedürftige bezogen auf die weibliche Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren bzw. männliche erwerbsfähige Hilfebedürftige bezogen auf die männliche Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren.

16 Ausländische Leistungsbezieher bezogen auf die ausländische Wohnbevölkerung bis 64 Jahre in %

Abbildung 5.12: Geschlechterverhältnis der SGB II-Leistungsbezieher/-innen nach Personengruppen im Vergleich zu entsprechenden Wohnbevölkerungsgruppen im Dezember 2009

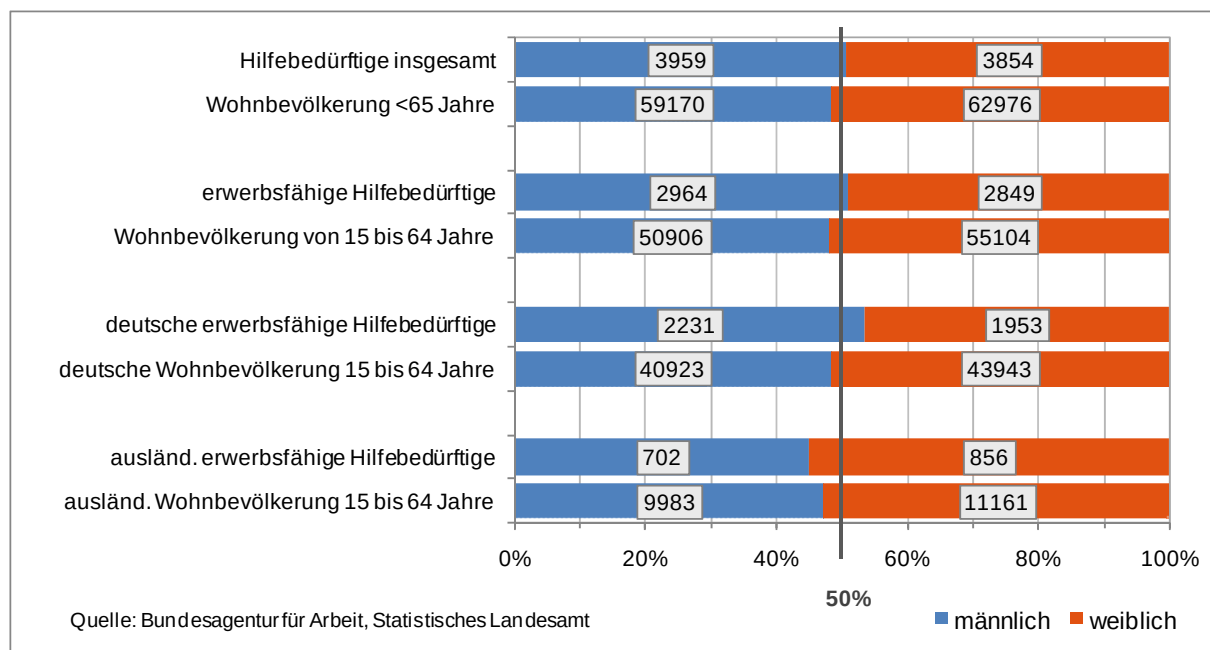


Tabelle 5.11: Ausländische Bevölkerung und ausländische Hilfebedürftige im Dezember 2009 nach Stadtteilen

Stadtteil	Wohnbevölkerung unter 65 Jahren	darunter Ausländer		Leistungsempfänger nach dem SGBII	darunter Ausländer		Hilfequote ausländische Bevölkerung ¹⁾
		absolut	in %		absolut	in %	
Schlierbach	2.937	481	16,4	83	9	10,8	1,9
Altstadt	9.718	2.474	25,5	400	64	16,0	2,6
Bergheim	6.407	1.673	26,1	556	194	34,9	11,6
Weststadt	12.147	2.050	16,9	520	119	22,9	5,8
Südstadt	3.889	752	19,3	114	27	23,7	3,6
Rohrbach	13.612	2.691	19,8	1.075	288	26,8	10,7
Kirchheim	14.570	2.647	18,2	1.214	277	22,8	10,5
Pfaffengrund	6.294	938	14,9	463	60	13,0	6,4
Wieblingen	8.532	1.401	16,4	559	87	15,6	6,2
Handschuhsheim	15.377	2.540	16,5	426	87	20,4	3,4
Neuenheim	11.845	2.301	19,4	131	16	12,2	0,7
Boxberg	3.215	736	22,9	557	140	25,1	19,0
Emmertsgrund	5.818	1.375	23,6	1.345	452	33,6	32,9
Ziegelhausen	7.785	1.079	13,9	348	60	17,2	5,6
keine Zuordnung mgl.	-	-	-	22	8	-	-
Heidelberg	122.146	23.138	18,9	7.813	1.888	24,2	8,2

Anmerkung: 1) Ausländische Leistungsbezieher bezogen auf die ausländische Bevölkerung bis 64 Jahre in %

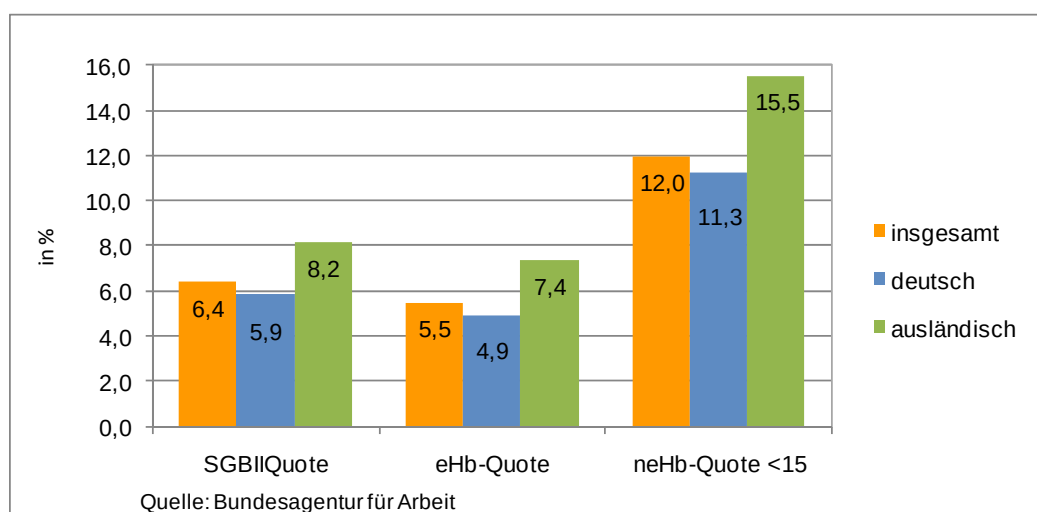
Quelle: Statistisches Landesamt, Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen

Türkische, iranische und irakische Nationalität überproportional vertreten

Mit 22,1 % stellen die rund 440 Personen mit türkischer Nationalität den größten Teil unter den ausländischen Leistungsempfängern, dicht gefolgt von den knapp 400 Menschen iranischer oder irakischer Nationalität mit einem Anteil von 19,8 %. Rund 200 Personen oder 10,8 % kommen aus einem GUS-Land (Russische Föderation, Weißrussland, Ukraine oder Moldawien). Die 14 klassischen Mitgliedsstaaten der EU¹⁷ halten mit knapp 170 Personen einen Anteil von 8,4 % an allen nichtdeutschen Leistungsempfängern, genauso wie die Nachfolgestaaten Jugoslawiens mit Albanien. Die 12 weiteren, ab 2004 in die EU aufgenommenen Länder¹⁸ sind mit rund 120 Personen und damit 6,1 % vertreten.

Betrachtet man demgegenüber die Herkunftsländer der ausländischen Wohnbevölkerung in Heidelberg, so stellen alle EU-Nationen zusammen einen Anteil von knapp 40 % an allen Ausländern; ein Achtel hat einen türkischen Pass und gerade mal knapp 4 % der Ausländer sind iranischer oder irakischer Nationalität. Mit anderen Worten, bzw. bei Bezug der SGB II-Bezieher dieser ausgesuchten Nationalitäten auf alle Heidelberger Einwohner der entsprechenden Nationalität, heißt das; 3 % aller EU-Ausländer, 14 % der Ausländer türkischer Nationalität und 43 % aller Iraner/Iraker sind auf unterstützende SGB II-Leistungen angewiesen.

Abbildung 5.13: Anteil der Leistungsempfänger verschiedener Gruppen an den entsprechenden Wohnbevölkerungsgruppen im Dezember 2009



17 EU-Staaten bis 2004: Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande, Dänemark, Irland, Großbritannien, Griechenland, Portugal, Spanien, Finnland, Österreich, Schweden (ohne Deutschland)

18 Ab 1.5.2004: Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Zypern, ab 1.1.2007: Bulgarien, Rumänien

Abbildung 5.14: Anteil der ausländischen erwerbsfähigen Hilfebedürftigen an allen erwerbsfähigen Hilfebedürftigen im Dezember 2009

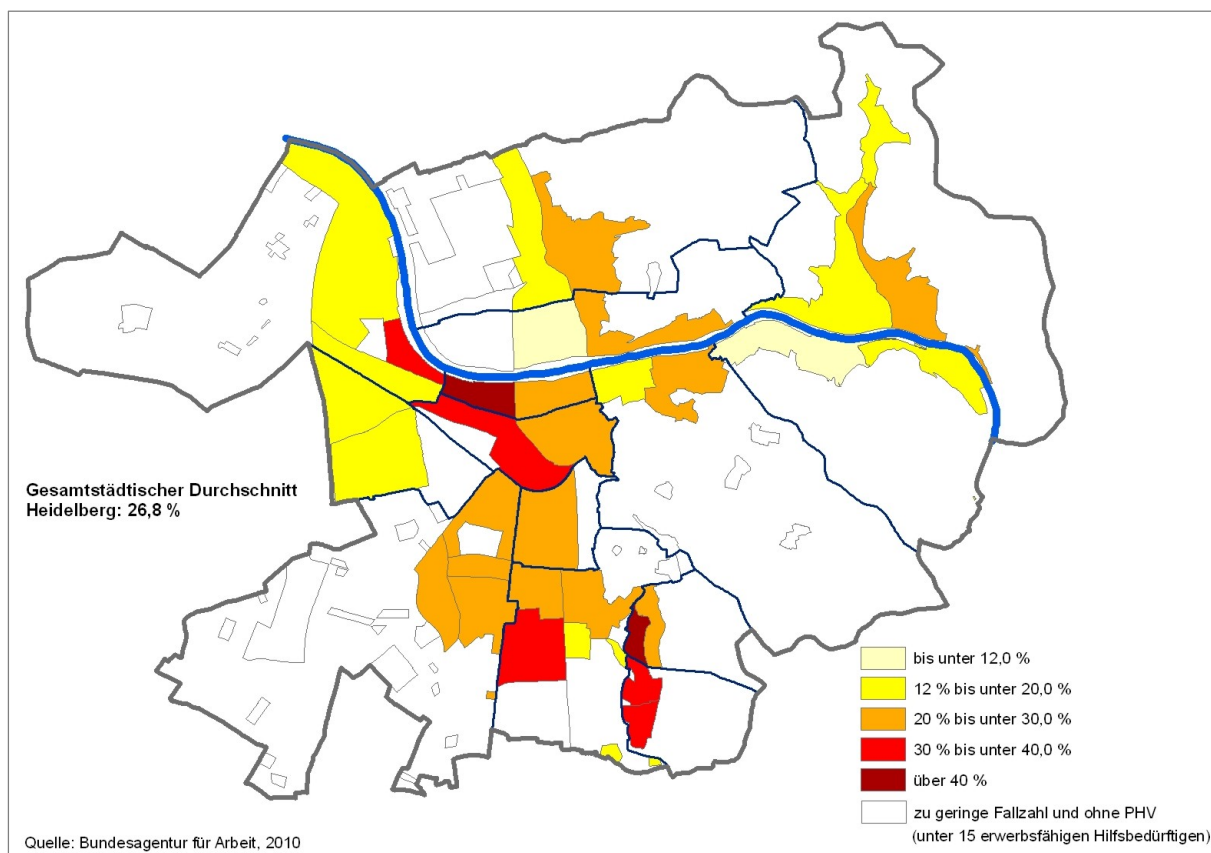
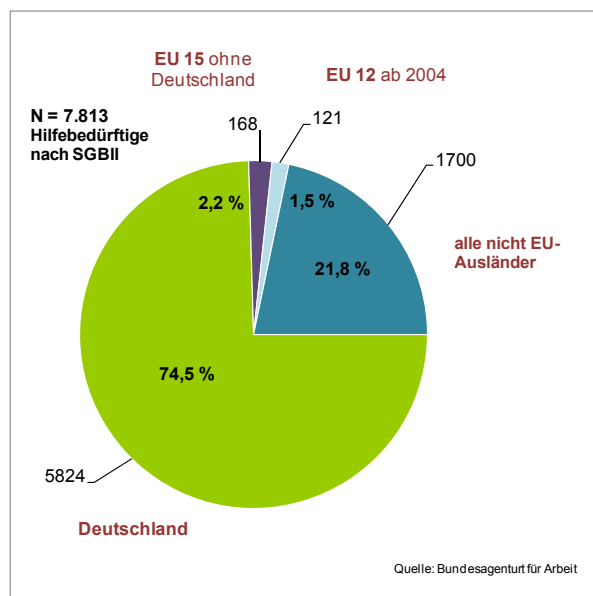
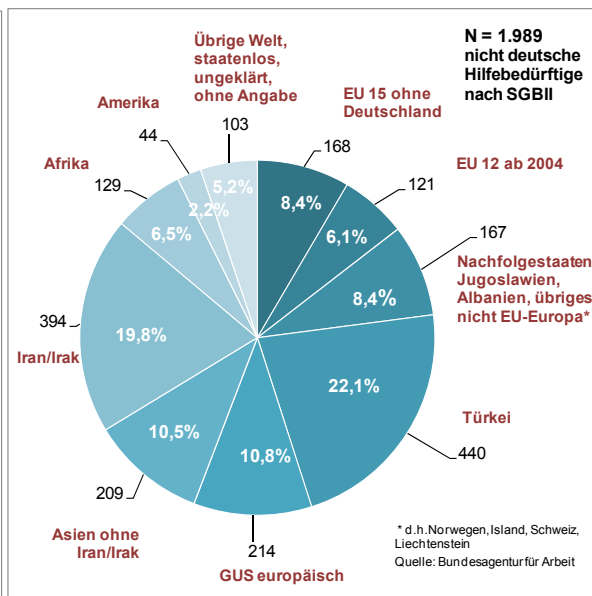


Abbildung 5.15: SGB II-Leistungsempfänger nach Nationalitäten im Dezember 2009

Alle Nationalitäten:



Alle nichtdeutschen Nationalitäten:



Anteil der älteren erwerbsfähigen Hilfebedürftigen steigend

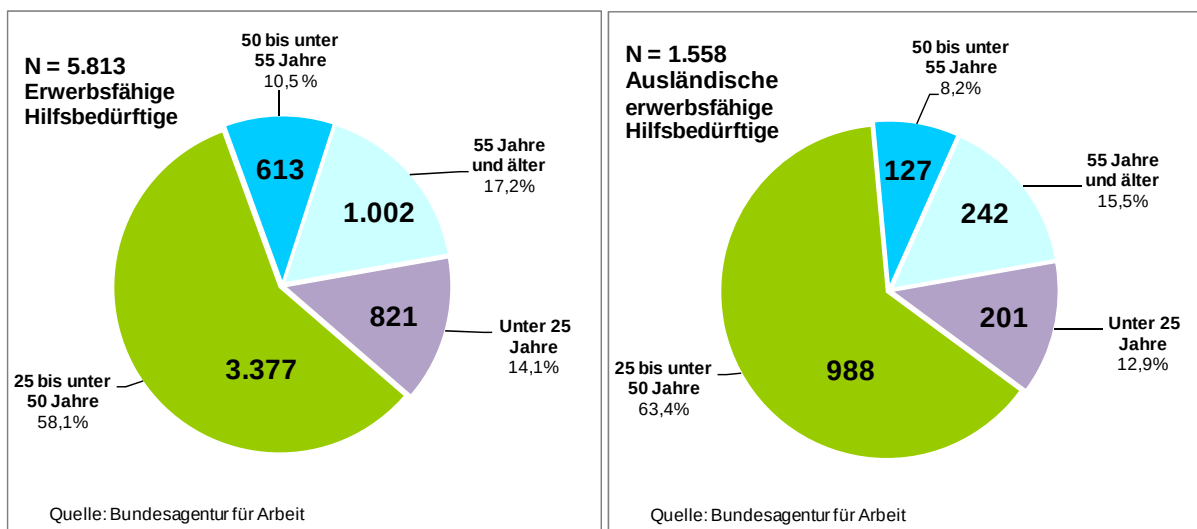
Die mittlere Altersgruppe der 25 bis unter 50-Jährigen stellt mit knapp 3.400 Personen das Gros der insgesamt rund 5.800 erwerbsfähigen Hilfebedürftigen (58,1 % mit geringer Geschlechterdifferenz). Rund 1.000 erwerbsfähige Hilfebedürftige sind 55 Jahre und älter, davon 45,3 % Frauen und 54,7 % Männer. Das sind über 250 Personen mehr als 2005. Ihr Anteil an allen erwerbsfähigen Hilfebedürftigen ist damit auf 17,2 % angestiegen (2005: 13,4 %). Erfreulich ist im Gegenzug die leichte Abnahme bei den jungen Menschen unter 25 Jahren. Die gut 800 Personen dieser Altersklasse (Frauen 50,3 %, Männer 49,7 %) stellen noch 14,1 % der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen (2005: 16,1 %).

Auch die SGB II-Hilfequoten¹⁹ der erwerbsfähigen Personen belegen die besonderen Arbeitsmarktschwierigkeiten von Älteren, vor allem die der Männer. Die Hilfequote beträgt bei den Gruppen:

- der unter 25-Jährigen 4,1 %
- der 25 bis unter 50-Jährigen 5,5 %
- der 50 bis unter 55-Jährigen 6,3 % und
- der 55-Jährigen und älter 6,8 % (6,0 % Frauen, 7,7 % Männer).

Bei den Ausländern ist die Altersgruppe der 25 bis unter 50-Jährigen mit einem Anteil von 63,4 % überdurchschnittlich vertreten. Innerhalb dieser Gruppe überwiegen hier die Frauen deutlich (57,5 % Frauen und 42,5 % Männer).

Abbildung 5.16: Erwerbsfähige Hilfebedürftige insgesamt und ausländische nach Alter in Heidelberg im Dezember 2009



¹⁹ Erwerbsfähige Hilfebedürftige einer Altersgruppe bezogen auf die Wohnbevölkerung dieser Altersgruppe in Prozent.

Tabelle 5.12: Erwerbsfähige Hilfebedürftige nach dem SGB II nach Altersgruppen, Geschlecht und Nationalität im Dezember 2009 in Heidelberg (Spaltenprozent)

Erwerbsfähige Hilfebedürftige	insgesamt	davon		darunter 1)					
		Männer	Frauen	Deutsche			Ausländer		
				insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen
insgesamt	5.813	2.964	2.849	4.184	2.231	1.953	1.558	702	856
nach Altersgruppen	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
15 bis unter 18 Jahre	275	155	120	200	112	88	65	36	29
in %	4,7	5,2	4,2	4,8	5,0	4,5	4,2	5,1	3,4
18 bis unter 25 Jahre	546	253	293	393	183	210	136	63	73
in %	9,4	8,5	10,3	9,4	8,2	10,8	8,7	9,0	8,5
25 bis unter 50 Jahre	3.377	1.654	1.723	2.353	1.222	1.131	988	420	568
in %	58,1	55,8	60,5	56,2	54,8	57,9	63,4	59,8	66,4
50 bis unter 55 Jahre	613	354	259	482	285	197	127	66	61
in %	10,5	11,9	9,1	11,5	12,8	10,1	8,2	9,4	7,1
55 bis unter 65 Jahre	1.002	548	454	756	429	327	242	117	125
in %	17,2	18,5	15,9	18,1	19,2	16,7	15,5	16,7	14,6
darunter 58 Jahre und älter	655	362	293	481	281	200	170	79	91
in %	11,3	12,2	10,3	11,5	12,6	10,2	10,9	11,3	10,6

Anmerkung: 1) 71 erwerbsfähige Hilfeempfänger mit ungeklärter Nationalität hier nicht enthalten

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Tabelle 5.13: Erwerbsfähige Hilfebedürftige nach dem SGB II nach Altersgruppen und Stadtteilen im Dezember 2009 in Heidelberg (Zeilenprozent)

Stadtteil	erwerbs- fähige Hilfe- bedürftige	darunter im Alter von ...							
		15 bis unter 25		25 bis unter 50		50 bis unter 55		55 bis unter 65	
		absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Schlierbach	72	8	11,1	38	52,8	10	13,9	16	22,2
Altstadt	322	18	5,6	203	63,0	40	12,4	61	18,9
Bergheim	418	46	11,0	249	59,6	61	14,6	62	14,8
Weststadt	419	57	13,6	242	57,8	39	9,3	81	19,3
Südstadt	97	10	10,3	56	57,7	10	10,3	21	21,6
Rohrbach	796	122	15,3	466	58,5	66	8,3	142	17,8
Kirchheim	901	118	13,1	513	56,9	97	10,8	173	19,2
Pfaffengrund	375	46	12,3	196	52,3	49	13,1	84	22,4
Wieblingen	419	48	11,5	271	64,7	40	9,5	60	14,3
Handschuhsheim	321	41	12,8	182	56,7	40	12,5	58	18,1
Neuenheim	115	6	5,2	69	60,0	11	9,6	29	25,2
Boxberg	398	63	15,8	240	60,3	38	9,5	57	14,3
Emmertersgrund	892	206	23,1	474	53,1	87	9,8	125	14,0
Ziegelhausen	255	30	11,8	171	67,1	23	9,0	31	12,2
keine Zuordnung mgl.	13	2	-	7	-	2	-	2	-
Heidelberg	5.813	821	14,1	3.377	58,1	613	10,5	1.002	17,2

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Über ein Viertel aller erwerbsfähigen Hilfebedürftigen erwerbstätig

Mehr als 1.600 Personen unter den erwerbsfähigen Leistungsbeziehern gehen einer Arbeit nach, sie zählen zu den erwerbstätigen Leistungsbezieher, die über ein zu berücksichtigendes Einkommen²⁰ aus abhängiger oder selbstständiger Beschäftigung verfügen. Mit 28,1 % ist dies mehr als jeder vierte erwerbsfähige Leistungsbezieher. Trotz eigenem Einkommen sind diese Personen bzw. Haushalte auf die Unterstützung durch Grundsicherungsleistungen nach SGB II angewiesen. (Abbildung 5.17).

Unter den Frauen ist mit 30 % ihr Anteil höher als bei den Männern mit 26,2 %. Auch die ausländischen erwerbsfähigen Hilfebedürftigen sind leicht überdurchschnittlich mit 31,6 % erwerbstätig.

Die Hälfte der erwerbstätigen Leistungsbezieher ist ausschließlich geringfügig beschäftigt, rund 350 Personen gehen einer versicherungspflichtigen Teilzeitbeschäftigung nach, etwas weniger sind sogar versicherungspflichtig vollzeitbeschäftigt und trotzdem auf ergänzende Leistungen durch SGB II angewiesen. Rund 150 SGB II-Leistungsempfänger sind selbstständig. Bei deutlich über der Hälfte (57,2%) liegt das monatlich zu berücksichtigende Einkommen unter 400 Euro, bei rund 300 Personen (18,4 %) zwischen 400 und 800 Euro im Monat und bei 400 Personen (24,5 %) über 800 Euro monatlich.

Der Anteil der ausschließlich geringfügig Beschäftigten an den erwerbstätigen Leistungsbeziehern schwankt zwischen den Stadtteilen erheblich. Die Spanne reicht von 44,7 % auf dem Boxberg bis zu 80 % in Neuenheim.

Abbildung 5.17:
Anteil der erwerbstätigen Leistungsbezieher/-innen an allen erwerbsfähigen Hilfebedürftigen nach sozialen Gruppen

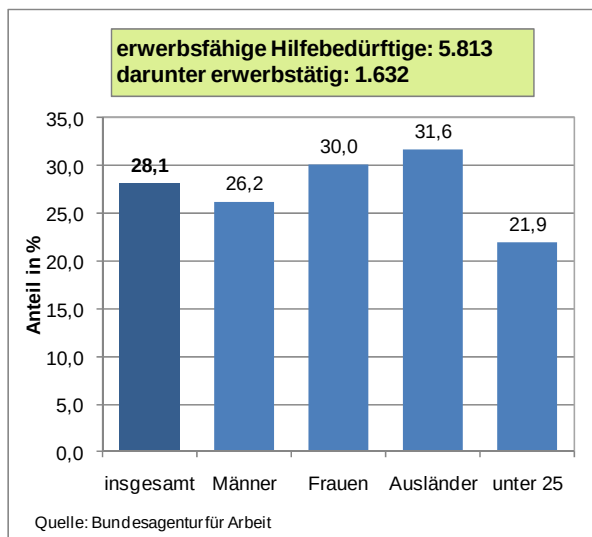
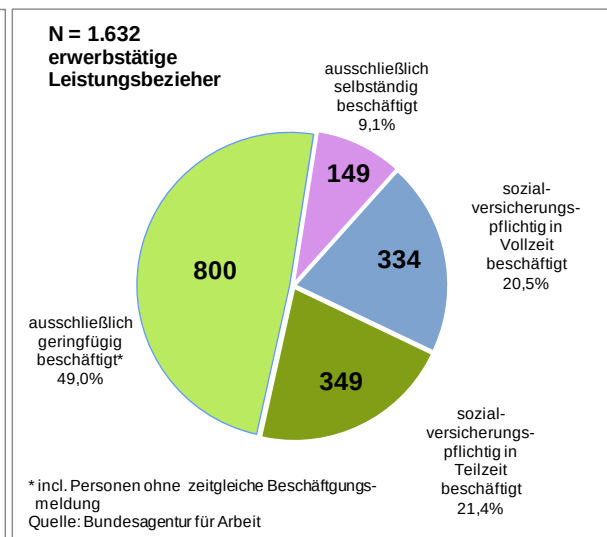


Abbildung 5.18:
Erwerbstätige Leistungsbezieher/-innen nach Beschäftigungsart



20 Einkommen vor Abzug von Steuern und SV-abgaben bzw. Betriebskosten sowie der Absetzungs- und Freibeträge nach §§ 11,30 SGB II („Bruttoeinkommen“)

Tabelle 5.14: Erwerbstätige Leistungsbezieher/-innen nach Art der Erwerbstätigkeit und Höhe ihres Bruttoeinkommens im Dezember 2009 nach Stadtteilen

Stadtteil	Erwerbsfähige Hilfebedürftige	mit Bruttoeinkommen aus Erwerbstätigkeit 1)		darunter 2)		davon			
		absolut	in % d. eHb	aus abhängiger Erwerbstätigkeit	aus selbstständiger Erwerbstätigkeit	bis 400 €		mehr als 400 bis 800 €	mehr als 800 €
						absolut	in % der erwerbsfähigen eHb		
Schlierbach	72	13	18,1	.	.	6	46,2	.	.
Altstadt	322	66	20,5	60	8	43	65,2	11	12
Bergheim	418	142	34,0	136	8	80	56,3	32	30
Weststadt	419	119	28,4	108	11	71	59,7	25	23
Südstadt	97	26	26,8	.	.	14	53,8	3	9
Rohrbach	796	205	25,8	194	11	121	59,0	31	53
Kirchheim	901	257	28,5	232	27	140	54,5	50	67
Pfaffengrund	375	94	25,1	85	11	58	61,7	16	20
Wieblingen	419	117	27,9	107	11	55	47,0	28	34
Handschuhsheim	321	89	27,7	79	10	54	60,7	16	19
Neuenheim	115	30	26,1	24	8	24	80,0	.	.
Boxberg	398	114	28,6	108	6	51	44,7	18	45
Emmertersgrund	892	278	31,2	244	34	169	60,8	48	61
Ziegelhausen	255	82	32,2	70	12	47	57,3	17	18
keine Zuordnung mgl.	13	-	-	-	-	-	-	-	-
Heidelberg	5.813	1.632	28,1	1.483	160	933	57,2	299	400

Anmerkungen:

1) erwerbstätige ALG-II-Empfänger unabhängig vom Status ihrer Arbeitsvermittlung

2) es gibt erwerbsfähige Hilfebedürftige die gleichzeitig Einkommen aus abhängiger und selbstständiger Tätigkeit beziehen, daher Summe beider Kategorien größer die Gesamtzahl der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen mit Bruttoeinkommen aus Erwerbstätigkeit

· Daten kleiner 3 anonymisiert

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Über die Hälfte der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen erhalten bereits 2 Jahre und länger Arbeitslosengeld II

Betrachtet man die Gruppe der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen nach der Dauer des Leistungsbezuges²¹, so stellen diejenigen, die sich bis unter 6 Monate im Hilfebezug befinden rund ein Fünftel aller erwerbsfähigen Hilfebedürftigen. Ein weiteres gutes Viertel (27,3 %) ist bereits über einen Zeitraum zwischen 6 Monaten und 2 Jahren auf Grundsicherungsleistungen angewiesen. Nochmals knapp 18 % oder rund 1.000 erwerbsfähige Hilfebedürftige beziehen zwischen 2 und 4 Jahren Hilfe und 35,4 %, d.h. über 2.000 Personen sind bereits 4 Jahre und länger ununterbrochen hilfebedürftig (Abbildung 5.19).

Frauen länger hilfebedürftig

Frauen weisen eine längere Verweildauer als Männer auf, Leistungen von 2 bis 4 Jahre beziehen 18,4 % der Frauen gegenüber 17,2 % der Männern. Vier Jahre und länger sind es 37,3 % der Frauen gegenüber 33,6 % der Männer. Das bedeutet, dass Frauen ihre Bedürftigkeit nicht so schnell überwinden wie letztere, sobald sie einmal auf SGB II-Leistungen angewiesen sind. Eine Ursache hierfür könnten Kindererziehungszeiten sein.

Kaum Unterschiede bei der Verweildauer nach Nationalität

Die Verweildauern der ausländischen Hilfebedürftigen unterscheiden sich in den Gruppen mit längeren Verweildauern nur unerheblich von der der deutschen. Die Gruppe der Kurzbezieher bis 6 Monate macht bei ihnen allerdings mit 18,5 % einen geringeren Anteil aus als bei den deutschen erwerbsfähigen Hilfebedürftigen (Kurzbezieher 19,7 %), wohingegen die Verweildauer von 6 Monaten bis 2 Jahren bei 28,7 % aller ausländischen erwerbsfähigen Hilfebedürftigen im Dezember 2009 registriert wurde; die Deutschen lagen hier bei nur 26,8 %.

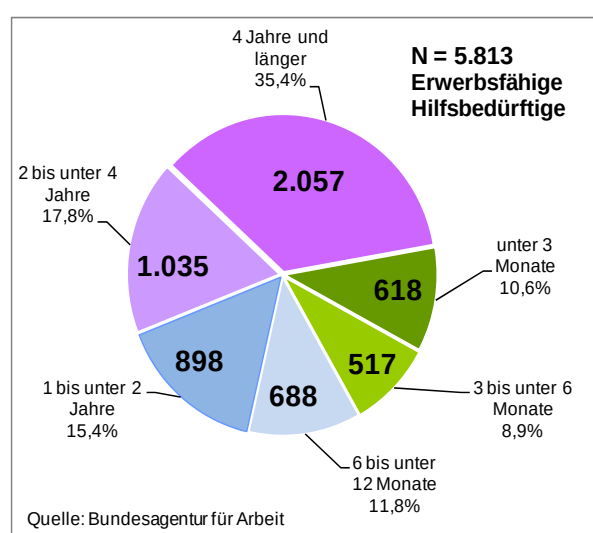
21 Bezugsdauer ist die Zeitspanne vom Beginn der Hilfebedürftigkeit bis zum Zähltag, Unterbrechungen von bis zu 7 Tagen begründen keinen neuen Beginn.

Geringere Verweildauern bei höherem Erwerbseinkommen

Die Höhe des Bruttoerwerbseinkommens aus abhängiger oder selbstständiger Tätigkeit beeinflusst die Verweildauer der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen. In der Gruppe der erwerbstätigen Hilfebedürftigen mit einem Einkommen von mehr als 800 Euro beziehen fast 30 % die Leistungen weniger als 6 Monate, wohingegen nur 26,8 % sie länger als 4 Jahre erhalten. Einschränkend ist hier allerdings zu berücksichtigen, dass das Erwerbseinkommen nur für den Stichtag Dezember 2009 und nicht durchgängig für die gesamte Verweildauer festgestellt wird.

In Bezug auf das Alter der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen gibt es ebenfalls starke Auffälligkeiten. Eine Verweildauer von weniger als 6 Monate kommt in der Altersgruppe der 15 bis 24 -Jährigen mit 24,8 % und auch noch in der Gruppe der 25 bis 49-Jährigen mit 22,0 % überproportional häufig vor. Die längeren Bezugsdauern sind dann in der Altersgruppe 50 bis 64 Jahre besonders stark vertreten.

Abbildung 5.19: Erwerbsfähige Hilfebedürftige nach bisheriger Verweildauer im Hilfebezug im Dezember 2009



Lange Verweildauern bei hoher Bedarfsdichte im Stadtteil

Untersucht man die räumliche Verteilung der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen, die im Dezember 2009 schon länger als 4 Jahre im Hilfebezug stehen, sind es die Stadtteile Emmertsgrund, Boxberg und Bergheim, die hier die höchsten Anteile aufweisen. Bei einer Differenzierung nach Stadtvierteln übersteigen die Bahninsel²² (48,2 %) und Emmertsgrund-Süd (48,0 %) am stärksten den städtischen Durchschnitt von 35,4 %. Auch in Bergheim-Ost, Am Kirchheimer Weg, Boxberg-Ost und -West sowie in Emmertsgrund-Nord wird der 40 %-Anteil leicht überschritten.

Die Kurzeitbezieher unter 6 Monate stellen hingegen in den Stadtteilen Handschuhsheim und Schlierbach die höchsten Anteile, gefolgt von Ziegelhausen und Altstadt.

²² Gebietsstand 31.12.2009

Tabelle 5.15 Erwerbsfähige Hilfebedürftige nach bisheriger Verweildauer im Hilfebezug und bestimmten Gruppen im Dezember 2009

Erwerbsfähige Hilfebedürftige	Insgesamt	davon nach Geschlecht		davon 1) nach Nationalität	
		Männer	Frauen	Deutsche	Ausländer
insgesamt	5.813	2.964	2.849	4.184	1.558
nach Verweildauer 2)	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
unter 6 Monate	1.135	607	528	825	288
in %	19,5	20,5	18,5	19,7	18,5
6 Monate bis unter 1 Jahr	688	394	294	488	194
in %	11,8	13,3	10,3	11,7	12,5
1 Jahr bis unter 2 Jahre	898	457	441	630	253
in %	15,4	15,4	15,5	15,1	16,2
2 Jahre bis unter 4 Jahre	1.035	511	524	746	273
in %	17,8	17,2	18,4	17,8	17,5
4 Jahre und länger	2.057	995	1.062	1.495	550
in %	35,4	33,6	37,3	35,7	35,3

... Fortsetzung

Erwerbsfähige Hilfebedürftige	davon nach Altersgruppen			darunter erwerbstätige Leistungs- bezieher	darunter mit Bruttoeinkom- men von mehr als 800 €
	15 bis 24	25 bis 49	50 bis 64		
insgesamt	821	3.377	1.615	1.632	400
nach Verweildauer 2)	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
unter 6 Monate	204	744	187	329	117
in %	24,8	22,0	11,6	20,2	29,3
6 Monate bis unter 1 Jahr	95	448	145	186	54
in %	11,6	13,3	9,0	11,4	13,5
1 Jahr bis unter 2 Jahre	144	561	193	259	61
in %	17,5	16,6	12,0	15,9	15,3
2 Jahre bis unter 4 Jahre	127	606	302	319	61
in %	15,5	17,9	18,7	19,5	15,3
4 Jahre und länger	251	1.018	788	539	107
in %	30,6	30,1	48,8	33,0	26,8

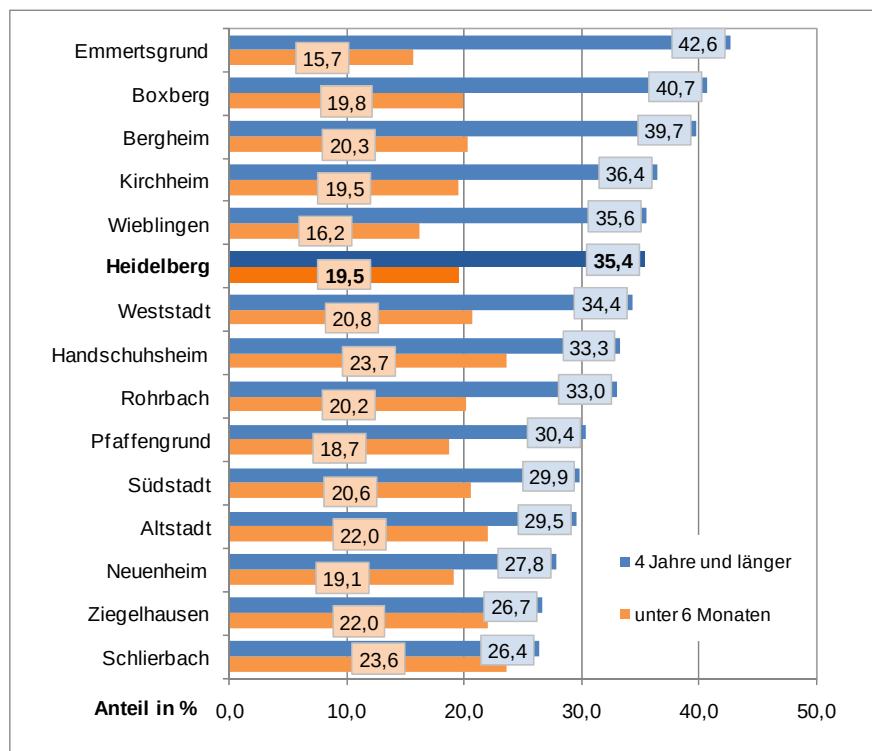
Anmerkungen:

1) 71 erwerbsfähige Hilfeempfänger mit ungeklärter Nationalität hier nicht nichthalten

2) Dauer mit unschädlicher Unterbrechung von bis zu 7 Tagen; Unterbrechungszeiten werden nicht zur Dauer hinzugerechnet

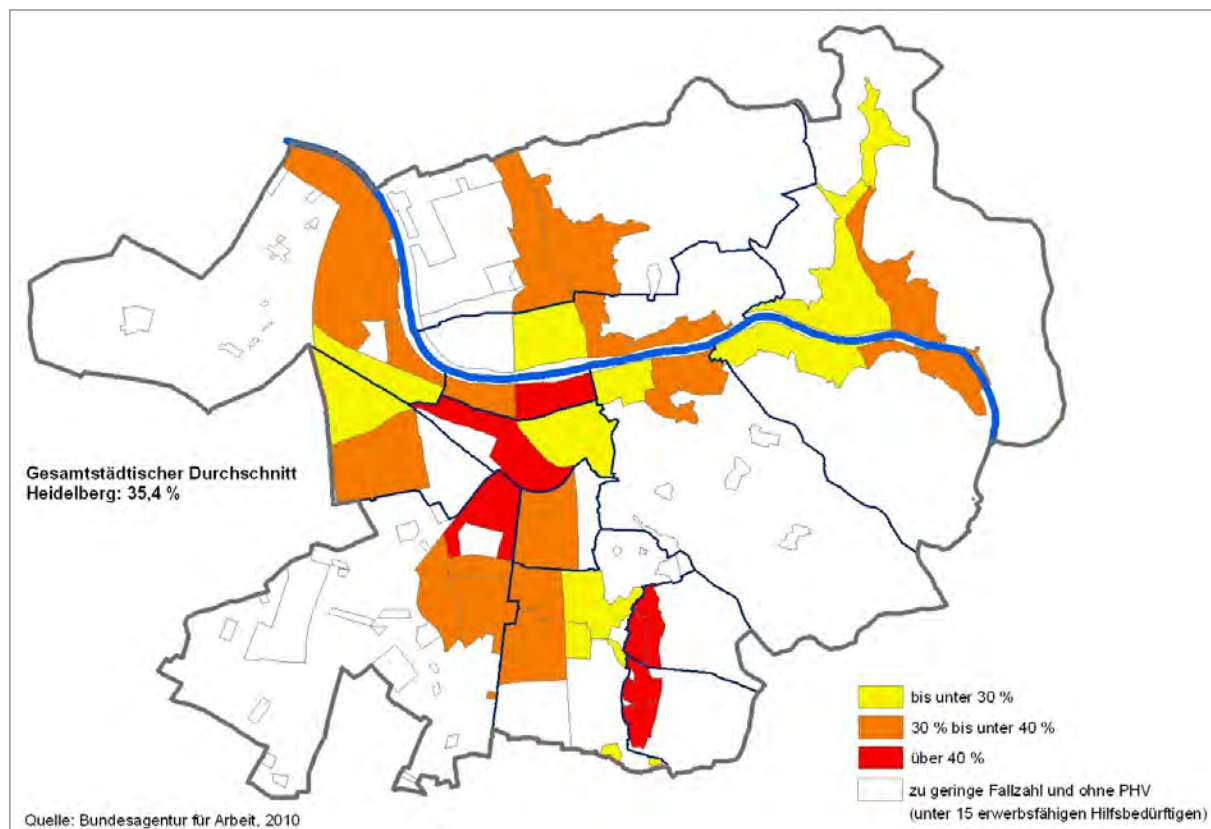
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Abbildung 5.20: Anteil der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen mit einer bisherigen Verweildauer von unter 6 Monaten sowie von 4 Jahren und mehr an allen erwerbsfähigen Hilfebedürftigen im Dezember 2009 nach Stadtteilen



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Abbildung 5.21: Anteil der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen mit einer bisherigen Verweildauer von 4 Jahren und mehr an allen erwerbsfähigen Hilfebedürftigen im Dezember 2009



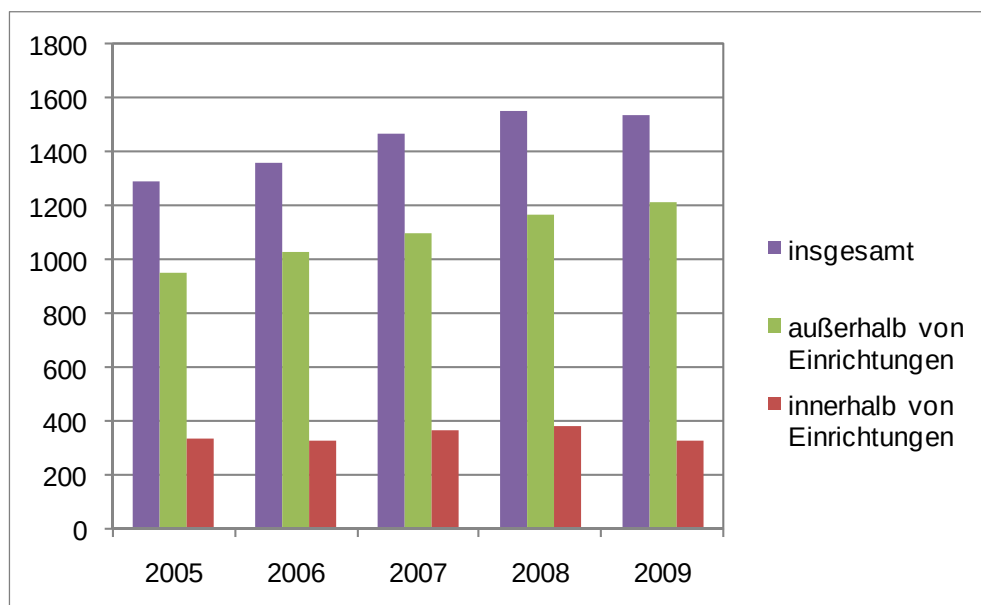
5.2.4 Transferleistungen für nicht Erwerbsfähige - Sozialhilfe (SGB XII und AsylBLG)

Seit dem 1. Januar 2005 und der damit verbundenen Einführung des vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Hartz IV)²³ werden vom Sozialhilferecht grundsätzlich nur noch nicht erwerbsfähige Personen erfasst²⁴. Die heutige Sozialhilfe (SGB XII)²⁵ umfasst sieben Bereiche unterschiedlicher Lebenslagen, in denen finanzielle und Beratungsleistungen gegeben werden. Im Folgenden werden nach dem 12. Sozialgesetzbuch (SGB XII) ausschließlich die Empfänger/-innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie die Asylbewerber nach dem Asylbewerberleistungsgesetz betrachtet, da diese am ehesten zu den Armutsgefährdeten gezählt werden können. Datengrundlage dabei ist die Geschäftsstatistik des Amtes für Soziales und Senioren der Stadt Heidelberg.

Grundsicherung im Alter und bei dauerhafter Erwerbsminderung

Ende 2009 gab es in Heidelberg mehr als 1.500 Empfänger/-innen von Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Damit erhielten knapp 1,2 % der Bevölkerung ab 18 Jahren in Heidelberg diese Sozialleistung. Rund ein Fünftel (326 oder 21,2 %) lebten in stationären Einrichtungen, wie in Alten- oder Pflegeheimen. Knapp 79 % oder mehr als 1.200 Personen lebten außerhalb von Einrichtungen. Die Zahl der Grundsicherungsempfänger insgesamt stieg von 2005 bis 2009 um 245 Personen oder knapp 18 % an. Der Anstieg ist dabei ausschließlich auf die Empfänger außerhalb von Einrichtungen zurückzuführen (Tabellen 5.16, 5.17 und Abbildung 5.22).

Abbildung 5.22: Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung innerhalb und außerhalb von Einrichtungen vom 31.12.2005 bis zum 31.12.2009



Quelle: Stadt Heidelberg, Amt für Soziales und Senioren

23 Die Leistungen des SGB II für erwerbsfähige Hilfebedürftige und nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige, die mit in der Bedarfsgemeinschaft leben, heißen Arbeitslosengeld II sowie Sozialgeld. Zusammen waren das in Heidelberg im Jahr 2009 rund 7.800 Personen. Siehe ausführlich hierzu in Kapitel 5.2.3 „Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II“.

24 Aufgrund von zu hohem Alter, körperlichen oder geistigen Einschränkungen nicht oder nicht mehr arbeitsfähig.

25 Siehe Anhang

Leistungen für Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung innerhalb und außerhalb von Einrichtungen summierten sich in Heidelberg im Jahr 2009 auf 8,76 Millionen Euro. Mit der Zahl der Empfänger stiegen auch die Ausgaben der Stadt Heidelberg für diese Leistung seit 2005 um 14 % oder knapp 1,1 Millionen Euro.

Empfänger/-innen außerhalb von Einrichtungen

Mehr als 9 von 1.000 Heidelbergerinnen und Heidelberger über 18 Jahren erhielten Leistungen nach dem SGB XII außerhalb von Einrichtungen. Da das Instrument der Grundsicherung im Alter und bei dauerhafter Erwerbsminderung auf ältere Menschen zielt, ist der größte Teil der Leistungsempfänger erwartungsgemäß 65 Jahre und älter (70 %). Die restlichen 30 % teilen sich die jüngere Altersklasse von 18 bis 49 Jahren (15,1 %) und die mittlere Altersklasse von 49 bis 64 Jahren (14,5 %) zu annähernd gleichen Teilen (Tabelle 5.16). Frauen (54,4 %) sind insgesamt häufiger auf Leistungen nach dem SGB XII angewiesen als Männer (45,6 %). Gemessen an ihrem Anteil an den Einwohnern über 18 Jahren, ist ihr Anteil jedoch nur leicht überproportional, denn dort sind 53,3% über 18 Jahre, bei den Männern 46,7 %. Absolut beziehen rund 100 Frauen mehr als Männer diese Leistung.

Noch geringe Geschlechterunterschiede bei der Altersarmut

Nach Altersgruppen betrachtet differenziert sich das Bild: In der bei den Leistungsempfänger/-innen von SGB XII dominanten Altersgruppe der über 64-Jährigen ist der Frauenanteil zwar deutlich erhöht (57,4 % Frauen und 42,6 % Männer, Tabelle 5.16), da aber der Frauenanteil dieser Altersgruppe an den Einwohnern mit 58,5 % noch höher ist, sind die über 64-jährigen Frauen nicht überproportional häufig von Altersarmut betroffen. Männer hingegen beziehen – bezogen auf ihren unterdurchschnittlichen Anteil an der Bevölkerung in dieser Alterskohorte von 41,5 % – leicht überproportional häufiger diese Leistung. Anders verhält es sich, wenn man die Personen in Einrichtungen betrachtet. Hier überwiegen erwartungsgemäß Frauen, da sie aufgrund ihrer höheren Lebenserwartungen mit größerer Wahrscheinlichkeit in einem Heim leben als Männer. Diese Personen werden allerdings nicht mehr zu den Armutsgefährdeten gezählt, da ihr Heimplatz von der öffentlichen Hand finanziert wird und sie die gleiche Versorgung wie die Selbstzahler/-innen erhalten.

Bei den 50 bis 64-Jährigen ist der Geschlechterproporz ausgeglichen. In der jüngeren Altersklasse der 18 bis 49 - Jährigen hingegen dominiert der Anteil der Männer (54,4 %).²⁶ Sie stellen in dieser Altersklasse knapp 48 % der Bevölkerung. Männer im jüngeren berufsfähigen Alter haben demnach ein leicht erhöhtes Armutsrisiko durch Erwerbsminderung.

Knapp jeder/r vierte Leistungsbezieher/in hat eine ausländische Staatsbürgerschaft

Ausländische Grundsicherungsempfänger/-innen stellen – fast wie 2005 – weiterhin ein knappes Viertel der Hilfeempfänger (280 Personen, 23,2%, 2005 24,4%) außerhalb von Einrichtungen. Von 2005 bis 2009 stieg diese Zahl um gut 40 Personen oder knapp 18 %. Die Einwohnerzahl der Menschen mit ausländischem Pass ab 18 Jahren stieg im gleichen Zeitraum um knapp 1.700 oder gut 8 % an. Daher ist der Anteil der ausländischen Mitbürger ab 18 Jahren, die auf Grundsicherung angewiesen sind, nur leicht, von 1,1 % auf 1,2 %, angestiegen. Davon kamen mehr als zwei Drittel aus vier Staaten: Russland, Ukraine, Türkei und dem Iran (Abbildung 5.23).

Mit dem Alter steigt auch bei den Grundsicherungsempfängern der Anteil an Ausländern. Liegt ihr Anteil insgesamt bei 23 %, so beträgt er bei den über 64-Jährigen 29 % (Abbildung 5.24). Zunehmend gibt es in Heidelberg ältere ausländische Mitbürger/-innen, die auf

²⁶ In die beiden jüngeren Altersgruppen fallen jedoch nur 30 % der Leistungsempfänger/-innen

Tabelle 5.16: Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen nach Altersjahren in Heidelberg am 31.12.2009

Altersklassen	Empfänger 2009 insgesamt		davon							
			Frauen		Männer		Deutsche		Ausländer	
	absolut	in Prozent	absolut	in Prozent	absolut	in Prozent	absolut	in Prozent	absolut	in Prozent
18 - 49 Jahre	182	15,1	83	45,6	99	54,4	167	91,8	15	8,2
50 - 64 Jahre	175	14,5	86	49,1	89	50,9	155	88,6	20	11,4
65 Jahre und älter	850	70,4	488	57,4	362	42,6	605	71,2	245	28,8
Insgesamt	1.207	100,0	657	54,4	550	45,6	927	76,8	280	23,2

Quelle: Amt für Soziales und Senioren

Tabelle 5.17: Entwicklung der Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen nach Altersjahren in Heidelberg vom 31.12.2005 bis zum 31.12.2009

Altersklassen	Empfänger		davon							
			Frauen		Männer		Deutsche		Ausländer	
	absolut	in Prozent	absolut	in Prozent	absolut	in Prozent	absolut	in Prozent	absolut	in Prozent
18 - 49 Jahre	56	44,4	25	43,1	31	45,6	49	41,5	7	87,5
50 - 64 Jahre	49	38,9	20	30,3	29	48,3	42	37,2	7	53,8
65 Jahre und älter	128	17,7	57	13,2	71	24,4	100	19,8	28	12,9
Insgesamt	233	23,9	102	18,4	131	31,3	191	26,0	42	17,6

Quelle: Amt für Soziales und Senioren

Abbildung 5.23: Grundsicherungs-Empfänger/-innen außerhalb von Einrichtungen nach Nationalität am 31.12.2009

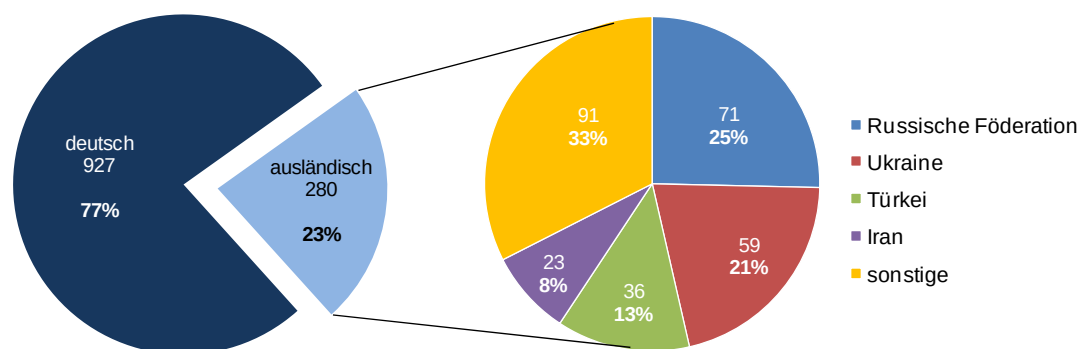
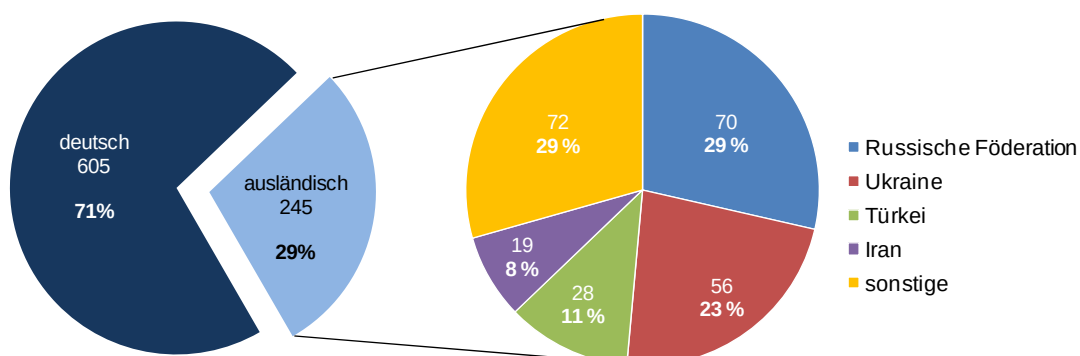


Abbildung 5.24: Grundsicherungs-Empfänger/-innen über 64 Jahre außerhalb von Einrichtungen nach Nationalität am 31.12.2009



Quelle: Stadt Heidelberg, Amt für Soziales und Senioren

Hilfeleistungen nach dem SGB XII angewiesen sind. Hier macht sich der demographische Wandel eindeutig bemerkbar. Fast jede achte ausländische Frau, die 65 Jahre oder älter ist, bezieht diese Leistung, bei den deutschen Frauen ist es etwa jede 37.²⁷

Verteilung nach Stadtteilen lässt starke Polarisierung erkennen

Wie Abbildung 5.25 zeigt, gibt es zwischen den Stadtteilen erhebliche Unterschiede beim Leistungsbezug der Grundsicherung im Alter bezogen auf 1.000 Einwohner über 64 Jahren. In Bergheim (94) und auf dem Emmertsgrund (93) sind fast dreimal so viele ältere Menschen auf die Unterstützung durch Grundsicherung angewiesen als im Durchschnitt in Heidelberg (35 Personen je 1.000 Einwohner über 64 Jahren). Das bedeutet für die Bergstadtteile, dass die bisher auf Familien und das Erwerbstätigenalter fokussierte Hilfebedürftigkeit zunehmend auch bei Seniorinnen und Senioren anzutreffen ist und somit neue Instrumente der Unterstützung und präventiven Sozialarbeit erforderlich werden. Insgesamt variiert die Dichte der Unterstützungsempfänger im Stadtgebiet um den Faktor 13.²⁸ Damit stieg diese Ziffer seit 2005 um 2 Punkte an. Die sozialräumliche Polarisierung im Stadtgebiet ist somit weiter vorangeschritten.

Mit Ausnahme des Stadtteils Schlierbach stieg im Berichtszeitraum in allen anderen Stadtteilen Heidelbergs die absolute Zahl der SGB XII-Empfänger im Alter über 64 Jahre außerhalb von Einrichtungen an. Dabei nahmen die Unterschiede zwischen den Stadtteilen weiter zu. Am stärksten von der Zunahme betroffen sind die Stadtteile Bergheim (+ 45), Emmertsgrund (+ 43) und Rohrbach (+ 31). Auf diese drei Stadtteile entfiel mehr als die Hälfte (51,1 %) des Anstieges an Empfänger/-innen von Grundsicherung im Alter.

Heidelberg auf Platz drei im Städtevergleich

In den Großstädten des Landes²⁹ leben auch weiterhin relativ mehr Grundsicherungsempfänger als in den Landkreisen, die wenigsten in Ulm (mit nur 9 Grundsicherungsempfänger/-innen je 1.000 Einwohner ab 18 Jahren) und Heilbronn (mit nur 10 je 1.000 Einwohner). Mit 12 von 1.000 Einwohnern belegt Heidelberg hinter Ulm und Heilbronn zusammen mit Freiburg und Pforzheim den dritten Platz (Tabelle 5.18). Während die Städte Freiburg, Ulm und Heilbronn 2005 und 2009 einen ähnlichen Anteil an SGB XII-Empfängern je 1.000 Einwohner hatten, stieg dieser Wert in allen anderen Stadtkreisen an. Am stärksten von einem Anstieg ist die Stadt Karlsruhe betroffen. Bei der Altersstruktur der Empfänger/-innen weicht Heidelberg nur geringfügig vom Mittel aller Stadtkreise in Baden-Württemberg ab.

Auffallend ist der insgesamt hohe Ausländeranteil an der Gesamtzahl der Grundsicherungsempfänger in den Stadtkreisen. Im Durchschnitt aller Kreise liegt er bei knapp 26 % und damit um gut 8 Prozentpunkte höher als im Land Baden-Württemberg. Heidelberg hat hier, nach Ulm und Heilbronn, mit knapp 20 % den drittniedrigsten Wert.

Mit weiterem Anstieg muss gerechnet werden

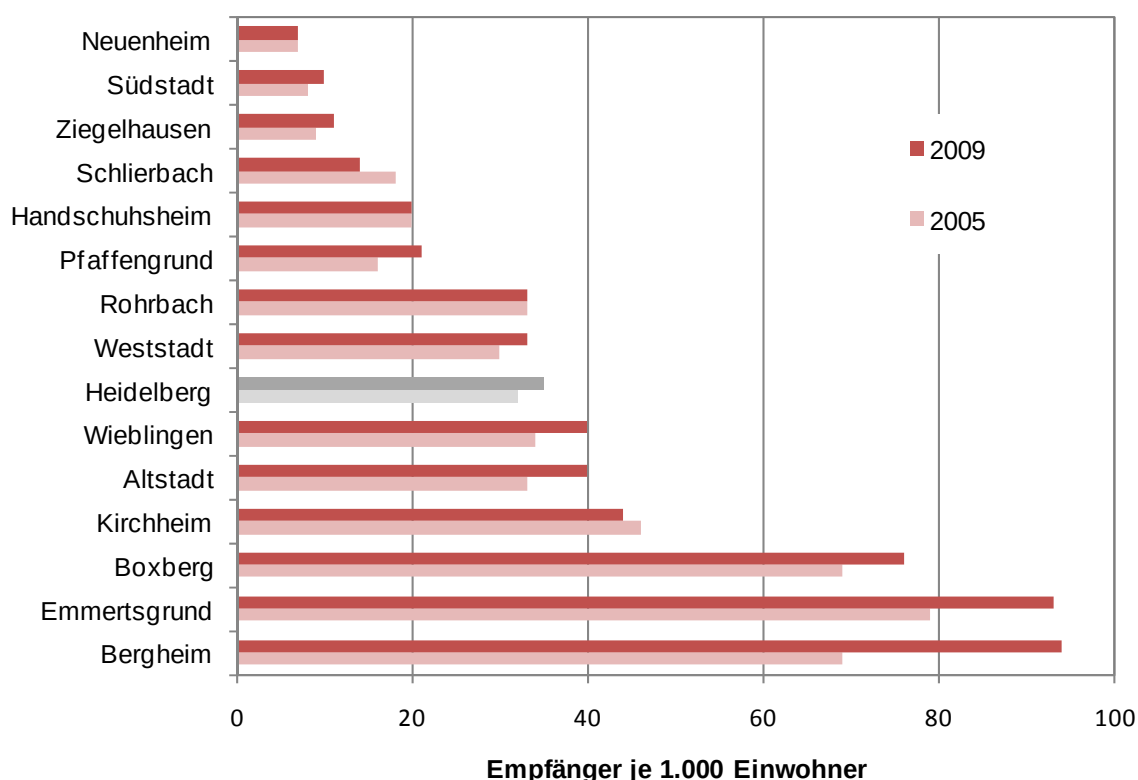
Langfristig ist weiterhin mit einem Anstieg der Grundsicherungsleistungsempfänger/-innen zu rechnen, dies nicht nur aus demografischen Gründen, sondern auch infolge der Erwerbsbiographien, die immer mehr Lücken und/oder schlecht bezahlte Beschäftigungsverhältnisse aufweisen.

27 Vgl. Tabelle im Anhang

28 Im Emmertsgrund und in Bergheim gibt es jeweils 13-mal so viele SGB XII-Empfänger je 1.000 Einwohner über 64 Jahren als in Neuenheim.

29 Für den Städtevergleich werden Daten des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg verwendet und auch die Bezieher/-innen in Einrichtungen einbezogen. Die Werte weichen erfassungstechnisch bedingt geringfügig von den städtischen Werten ab.

Abbildung 5.25: Empfänger von Grundsicherung im Alter über 64 Jahre außerhalb von Einrichtungen je 1.000 Einwohner über 64 Jahre zum 31.12. in Heidelberg



Quelle: Stadt Heidelberg, Amt für Soziales und Senioren

Tabelle 5.18: Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung innerhalb und außerhalb von Einrichtungen in den baden-württembergischen Stadtkreisen, dem Rhein-Neckar-Kreis und Baden-Württemberg 2009

Kreise/ Baden-Württemberg	Empfänger je 1.000 Einwohner ab 18 Jahren	Davon			
		unter 65 Jahre	65 Jahre und älter	Deutsche	Ausländer
	absolut	in %	in %	in %	in %
Stuttgart	13	39,4	60,6	69,9	30,1
Heilbronn	10	39,7	60,3	76,1	23,9
Baden-Baden	14	20,2	79,8	60,5	39,5
Karlsruhe	13	36,3	63,7	76,1	23,9
Heidelberg	12	38,1	61,9	80,1	19,9
Mannheim	13	32,4	67,6	75,1	24,9
Pforzheim	12	40,7	59,3	80,6	19,4
Freiburg	12	43,3	56,7	81,4	18,6
Ulm	9	37,3	62,7	67,8	32,2
Stadtkreise insg.	12	36,0	64,0	74,0	26,0
Rhein-Neckar-Kreis	7	49,9	50,1	86,6	13,4
Baden-Württemberg	8	47,2	52,8	82,5	17,5

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Um nach heutigen Werten als alleinstehender Beschäftigter ohne Kinder nach 45 Berufsjahren auf ein Rentenniveau zu kommen, das über der Grundsicherung im Alter liegt, müsste ein Beschäftigter mindestens einen Bruttolohn von 9,47 Euro pro Stunde verdienen.³⁰

Hilfe zum Lebensunterhalt

Durch Einführung von Hartz IV – und damit der Herausnahme der großen Gruppe aller, die grundsätzlich „erwerbsfähig“ sind – ist diese Leistung seit 2005 faktisch auf eine kleine „Restgröße“ geschrumpft. Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt erhalten nur noch Erwerbsunfähige auf Zeit und längerfristig Erkrankte (das heißt, Personen, die wegen Krankheit oder Behinderung auf absehbare Zeit außerstande sind, mindestens drei Stunden täglich zu arbeiten). Zum 31.12.2009 erhielten in Heidelberg 107 Personen³¹ Hilfe zum Lebensunterhalt. Das sind 39 (- 26,7 %) weniger als Ende 2005.

Leistungsempfänger nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)

Am 31.12.2009 gab es in Heidelberg 171 Leistungsempfänger/-innen nach dem AsylbLG. Davon waren 92 männlich und 79 weiblich. Knapp die Hälfte der Asylbewerberleistungsempfänger/-innen (47 %) war zwischen 25 und 54 Jahre alt. Die zweitgrößte Gruppe stellten die unter 15-Jährigen, mit 22 %. Gut die Hälfte dieser Personen lebt in Gemeinschaftsunterkünften wie zum Beispiel im Gewerbegebiet Pfaffengrund-Nord.

Gegenüber 2005 nahm die Zahl der Leistungsempfänger nach dem AsylbLG um mehr als die Hälfte ab (- 189 oder - 52 %). Im Jahr 2010 ist sie allerdings wieder auf 257 Personen angestiegen. Der Städtetag Baden-Württemberg rechnet mit einem weiteren Ansteigen durch den Wegfall der Visumspflicht in Serbien und Mazedonien.³² Zudem sind auch die Länder Albanien und Bosnien-Herzegowina seit 5.12.2010 von der Visumspflicht für Kurzaufenthalte befreit. Auch die instabile Lage in den arabischen Ländern wird Auswirkungen haben.

Asylsuchende zählen zu den ärmsten unter den Transferleistungsbezieher/-innen. Die finanziellen Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz für erwachsene Asylsuchende (225 Euro pro Monat) sind 38% niedriger als die Hartz IV-Regelsätze, diejenigen für Kinder liegen um bis zu 54% (133 bis 199 Euro pro Monat, je nach Alter) darunter. Von diesen Beträgen wird allerdings pro Erwachsenen nur 17,8 % (40 Euro) pro Monat bar ausgezahlt, der Rest sind Geldgutscheine (à 1, 5, 10, 20 Euro), die nur in bestimmten Geschäften eingelöst werden können. Pro Kind wird nur zwischen 10 und 15 % der Geldsumme (je nach Alter des Kindes) bar an die Eltern ausgezahlt (20 Euro pro Monat). Seit Einführung des Gesetzes 1993 wurden Leistungen des AsylbLG kein einziges Mal an die Preisentwicklung angepasst.³³

Beim Bundesverfassungsgericht sind inzwischen Verfahren zur Verfassungsmäßigkeit des AsylbLG anhängig. Auch neun Heidelberger Flüchtlinge klagen zur Zeit vor dem Mannheimer Sozialgericht.³⁴

30 Schulten, Thorsten: Guter Lohn für gute Rente, S. 9, aus: WSI Diskussionspapier Nr. 164, Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf, 2009.

31 Quelle: Stadt Heidelberg, Amt für Soziales und Senioren.

32 AZ 10.12.2010, Schreiben an Herrn Kauder vom baden-württembergischen Städtetag

33 RNZ vom 3.3.2011: Hintergrund Asylbewerberleistungsgesetz

34 Bereits im Juli 2010 urteilte das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen „Die Leistungen nach dem AsylbLG reichen offensichtlich nicht aus, um eine menschenwürdige Existenz zu gewährleisten.“ Siehe Rhein-Neckar-Zeitung vom 3.3.2011, S. 3 „700 Euro für eine sechsköpfige Familie“.

5.2.5 Kommunale Leistungen

Heidelberg-Pass+

Der bereits vor 10 Jahren eingeführte Heidelberg-Pass hat das Ziel, für Familien, Alleinerziehende und Senior/innen mit geringem Einkommen die Teilhabe am öffentlichen Leben sowie eine ausreichende Bildungsbeteiligung zu garantieren. Der Antrag gilt jeweils für ein Jahr.

Mit dem Pass werden ALG II-Bezieher, Paare und Alleinerziehende mit kindergeldberechtigten Kindern sowie Ältere finanziell entlastet, indem sie zahlreiche Vergünstigungen und Vorteile erhalten, wie zum Beispiel Ermäßigungen bei den Heidelberger Bädern, dem Kurpfälzischen Museum, der Stadtbücherei, bei Theater- und Konzertaufführungen, der Volkshochschule, beim RNV, der Musik- und Singschule, der Akademie für Ältere und den Sportvereinen. Zoo, Ferienpass und Mittagessen in allen Kitas sind kostenfrei.

2009 überwog unter den Passinhabern mit einem Anteil von 56,8 % (3.496 Personen) die Gruppe, die von Arbeitslosengeld II lebte (Abbildung 5.26). Gegenüber dem Jahr 2005 nahm diese Gruppe um 135 % zu. Bezieht eine Familie Arbeitslosengeld II, wird sie in der Antragsstatistik unter der Rubrik ALG II und nicht unter dem entsprechenden Familientyp statistisch erfasst. Der stärkste Rückgang ist bei der Gruppe, die Leistungen nach SGB XII oder Kriegsopferversorgung beziehen, zu verzeichnen, mit - 59 %.

Heidelberg-Pass+ bringt wesentliche Verbesserungen

Zum 1. Januar 2010 wurde der Heidelberg-Pass + mit fünf maßgeblichen Neuerungen³⁵ eingeführt.

- Bei dem zu begünstigenden Personenkreis gab es eine Ausweitung auf 1-Kind-Familien.
- Vereinsmitgliedschaften bei Kindern und Jugendlichen bis 18 Jahren werden mit bis zu 50 Euro pro Jahr und Kind gefördert.
- Beitragsfreiheit im letzten Kindergartenjahr vor Schuleintritt in allen Kindertagesstätten
- Kostenloses Mittagessen in allen Kindertagesstätten³⁶ (monatlich ca. 840 Kinder)
- 1-Euro-Mittagessen für Kinder an Grund-, Haupt- und Sonderschulen

Die Einkommensgrenzen blieben gleich. (siehe Anhang).

Zur Einführung des neuen Heidelberg-Pass+ Ausweises wurde ein Flyer zur Information an alle Haushalte geschickt. Entsprechend stieg die Anzahl der Nachfrager/innen deutlich an (Abbildung 5.26 und Tabelle 5.19), insbesondere bei Ein-Kind-Familien (einschließlich Alleinerziehende mit einem Kind). Im Jahr 2010 wurden rund 8.100 Heidelberg-Pässe+ ausgestellt. Das bedeutet einen Zuwachs von + 131 % gegenüber dem Jahr 2009. Der neue Mittelbedarf beläuft sich jährlich auf rund 700.000 Euro (ohne die Leistungen der Ämter für Schule und Bildung und des Kinder- und Jugendamtes).

Innerhalb nur kurzer Zeit wurde insbesondere das Angebot zur Beitragsfreistellung im letzten Kindergartenjahr für einkommensschwache Familien und Alleinerziehende durch Nutzung des Heidelberg-Pass + äußerst positiv angenommen. Von Januar 2010 bis Juli 2010 wurde es dadurch bereits 245 Heidelberger Kindern ermöglicht, kostenlos eine Kindertageseinrichtung zu besuchen³⁷. Bis Jahresende 2010 sind damit Kosten von insgesamt ca. 250.000 Eu-

35 DS 0212/2009/BV: „Heidelberg-Pass, Neukonzeption und Bereitstellung überplanmäßiger Mittel“; am 29.07.2009 vom Gemeinderat beschlossen.

36 DS 0324/2010/BV: „Förderung von Kindern durch Angebot von kostenlosem Mittagessen in Kindertagesstätten im Rahmen des Heidelberg-Pass +“; am 2.12.2010 vom Gemeinderat beschlossen.

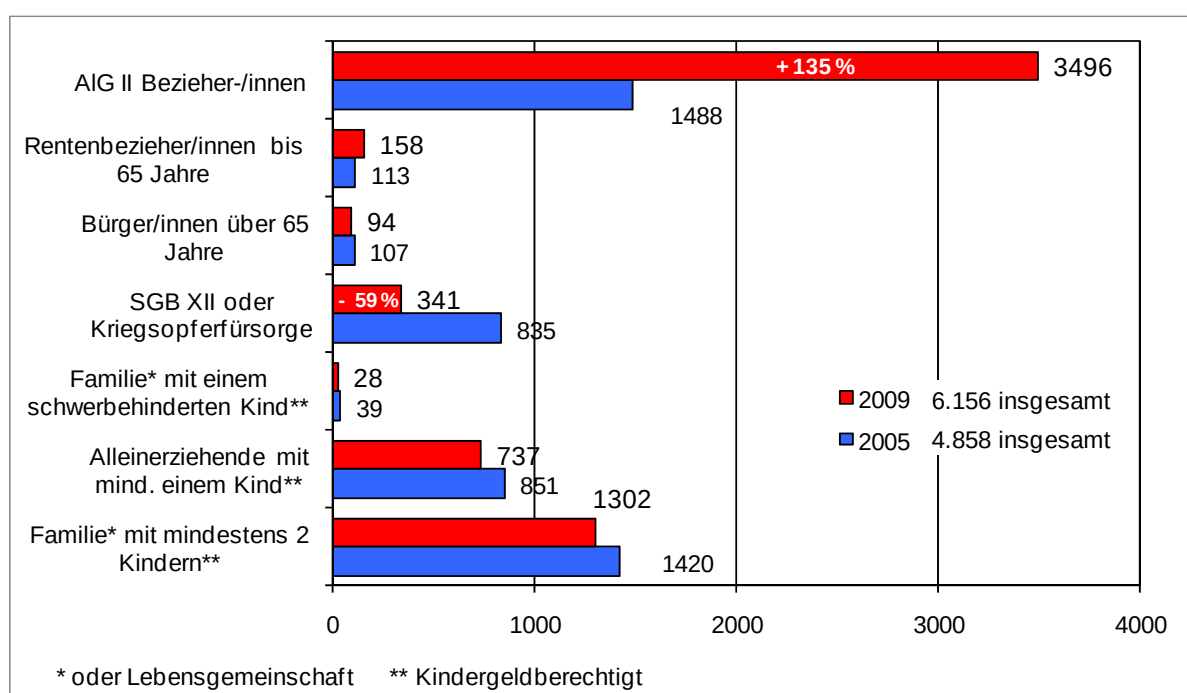
37 Zahlung erfolgt monatlich.

ro verbunden, die das Kinder- und Jugendamt der Stadt Heidelberg übernimmt.³⁸ Ab September 2011 sind für Heidelberg-Pass+ -Inhaber sogar die letzten zwei Kindergartenjahre gebührenfrei. Die Mittel für den Haushalt 2011/12 wurden entsprechend erhöht.³⁹

Kinderbetreuungskostenübernahme

Nach wie vor übernimmt die Stadt Heidelberg Kinderbetreuungskosten für einkommensschwache Haushalte, auch wenn sie keinen Heidelberg-Pass+ beantragt haben, insbesondere Leistungsbezieher/-innen nach SGB II. Im Jahr 2009 wurden so die Betreuungskosten für 1.217 Kinder unter 14 Jahren übernommen. Gegenüber 2005 ist das eine Zunahme um 77 Fälle oder + 6,8 %. Aktuell ging die Zahl jedoch wieder zurück: 2010 waren es 1.102 Fälle, was dem Niveau von 2005 entspricht.

Abbildung 5.26: Zahl der bewilligten Heidelberg-Pass - Anträge 2005 und 2009 (Personen)



Quelle: Bürgeramt der Stadt Heidelberg

Tabelle 5.19: Zahl der bewilligten Heidelberg-Pass - Anträge 2010 (Personen)

Anspruchsberechtigte	Insgesamt	darunter:	
		Erwachsene	Kinder
Familien mit mindestens 1 Kind	2.364	1.161	1.203
Alleinerziehende mit mindestens 1 Kind	1.128	473	655
Familien mit einem schwerbehinderten Kind	41	24	17
SGB XII Empfänger oder Kriegsopferfürsorge	348	275	73
Bürger/-innen über 65 Jahre	51	51	
Rentenbezieher/-innen bis 65 Jahren	228	228	
ALG II Bezieher/-innen	3.939	2.570	1.369
HD-Pass+ Bezieher/-innen insgesamt	8.099	4.782	3.317

Quelle: Bürgeramt der Stadt Heidelberg

38 DS 0152/2010/IV: „Erfahrungen mit der Beitragsfreiheit im letzten Kindergartenjahr“, Dezernat III, Kinder- und Jugendamt.

39 DS 0002/2011/IV: „Anträge zum Haushaltsplan 2011/2012“ (TOP 8.1), Gemeinderatssitzung vom 17.03.2011, Änderungsantrag A06 Nr. 216, Seite 27.

5.3 Zusammenfassung

Die Heidelbergerinnen und Heidelberger schätzen ihre eigene wirtschaftliche Lage 2009 im Schnitt deutlich besser ein als noch 2006. Am besten wird sie von Senioren eingeschätzt.

Die Ungleichverteilung der Einkommen gilt in Heidelberg nach wie vor. Im Vergleich zum Land sind die mittleren Einkommensbezieher in Heidelberg unterrepräsentiert, die geringen und höheren Einkommensbezieher überrepräsentiert.

Nicht von ihrem eigenen Einkommen leben kann die überwiegende Mehrheit der (rund 3.900) Arbeitslosen und ihrer Familienangehörigen. Rund 1.400 Personen oder 2 %-Punkte weniger als vier Jahre zuvor, waren Ende 2009 arbeitslos gemeldet. Ein Drittel von ihnen bezog Arbeitslosengeld als Versicherungsleistung, wie auch schon 2005. Auf Leistungen nach SGB II waren insgesamt rund 7.800 Personen angewiesen, das ist ein moderater Anstieg um 4 % im Berichtszeitraum. Trotz Weltfinanzkrise hat die Kerngruppe der Armen und Armutsgefährdeten somit nur geringfügig zugenommen, während die Zahl der Asylbewerber und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt abgenommen hat. Bezogen auf 1.000 Einwohner ist die Zahl der Hilfeempfänger nach SGB II im Vergleich zu 2005 gleich geblieben. Dies ist auch der Grund, dass Heidelberg im Städtevergleich beim SGB II-Bezug nach wie vor seine beste Position behaupten konnte.

Kleinräumig verlief die Entwicklung unterschiedlich: Zunahmen zwischen 22 und 25 % in Emmertsgrund, Südstadt, Pfaffengrund und Ziegelhausen einerseits, Abnahmen zwischen 9 und 15 % in Neuenheim, Weststadt und Altstadt andererseits. Die höchsten Dichten mit über 100 SGB II-Leistungsbezieher/-innen je 1.000 Einwohner gab es 2009 im Emmertsgrund, in Boxberg-Ost, in Rohrbach-Hasenleiser, Am Kirchheimer Weg, auf der Bahninsel und in Bergheim-West. Auch wenn vereinzelt in den Stadtteilen positive Entwicklungen zu verzeichnen sind, hat sich die Polarisierung in der Stadt insgesamt vergrößert⁴⁰, das heißt der Abstand zwischen dem Stadtteil mit dem geringsten Anteil Armutsgefährdeter und demjenigen mit dem höchsten hat sich vergrößert.

Auch bei den einzelnen Altersgruppen zeigen sich Unterschiede: So wuchs die Gruppe der 50 - 55-jährigen Hilfeempfänger viermal so stark, die der über 54-Jährigen sogar über achtmal so stark an wie der Durchschnitt.

Dass insgesamt mehr als 1900 Kinder und Jugendliche unter 15 Jahren in einer Stadt wie Heidelberg auf Sozialgeld angewiesen sind, bleibt Hauptherausforderung im Rahmen der Familienoffensive. Ihr Anteil von 12 % an der Altersgruppe ist gegenüber 2005 jedoch kaum angestiegen und seit drei Jahren stabil. Bei den hilfebedürftigen Kindern sind die kleinräumigen Disparitäten in Heidelberg besonders groß. In drei von zehn Bedarfsgemeinschaften leben Kinder unter 18 Jahren. Jeder 10. Haushalt mit Kindern unter 18 Jahren bildet eine Bedarfsgemeinschaft. Kleinräumig konzentrieren sie sich im Süden und Westen.

Ein Indikator für die Verfestigung von Armut ist die Verweildauer im Leistungsbezug: gut jeder zweite der insgesamt rund 5.800 erwerbsfähigen Hilfebedürftigen ist bereits 2 Jahre und länger Hilfeempfänger, gut jeder dritte ist sogar schon 4 Jahre und länger im Bezug. Kurze

40 In einem Pilotprojekt des Deutschen Instituts für Urbanistik in Zusammenarbeit mit res urbana zum „Kleinräumigen Städtevergleich zur sozialen Stadtentwicklung und sein Beitrag zur Evaluierung“ wurde dieser Befund bestätigt. Dort wird u.a. festgestellt, dass die Kinderarmut in Heidelberg im Vergleich zu den anderen Städten zwar im unteren Bereich liegt, sie aber ausgesprochen räumlich konzentriert ist, Berlin 2010, S. 21

Verweildauern von weniger als einem halben Jahr hat jedoch nur jeder Fünfte. Unter den Langzeitbeziehern von vier und mehr Jahren sind Frauen und Ältere stärker vertreten.

Über ein Viertel der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen sind arm trotz Arbeit: Diese mehr als 1.600 erwerbstätigen Leistungsbezieher arbeiten entweder ausschließlich geringfügig beschäftigt (49 %) oder verdienen in ihrem sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis nicht genügend, sei es weil sie in Teilzeit arbeiten (21 %) oder das Gehalt trotz Vollzeitarbeit zu niedrig ist (21 %). Unter den erwerbstätigen Leistungsempfänger/-innen ist der Anteil der Frauen und der Ausländer überdurchschnittlich.

Der Ausländeranteil an allen SGB II-Hilfebedürftigen liegt nach wie vor bei über einem Viertel und damit weiterhin um Einiges über dem Ausländeranteil an der Wohnbevölkerung (17 %). Dabei ist eine Konzentration auf wenige Nationalitäten festzustellen.

Eine deutliche Zunahme von knapp 24 % ist bei den Empfänger/innen von Grundsicherungsleistungen im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen seit 2005 zu verzeichnen. Dieser Wert und auch andere Befunde zeigen, dass hauptsächlich die Zahl der älteren Menschen unter den Armutsgefährdeten steigt und auch noch weiter ansteigen wird. Auch hier sind ausländische Leistungsbezieher/-innen überrepräsentiert, wenn auch ihr Anteil geringfügig gesunken ist.

Der Heidelberg-Pass +, ein wichtiges kommunalpolitisches Instrument, um die Teilhabe von einkommensarmen Haushalten zu verbessern, erfreut sich wachsender Beliebtheit. Dies gilt vor allem seit der Ausweitung des Berechtigtenkreises auf Ein-Kind-Familien und der Verbesserung des Leistungsangebots.

6. Bildung

6.1 Bildungsvielfalt in Heidelberg

Frühkindliche Bildung in Krippen und Kindergärten

Bereits in den ersten Lebensjahren eines Kindes kommt den Bildungsprozessen eine erhebliche Bedeutung zu. Optimale Bildungsvoraussetzungen sind so früh wie möglich zu etablieren, damit die Kinder lernen, sich ihre Welt anzueignen. Sie sind dabei zu unterstützen, ihre Potentiale zu entfalten, denn eine gute Bildung eröffnet Lebenschancen für das einzelne Kind als auch für die Gesellschaft.

Das Land Baden-Württemberg hat Anfang 2006 den Orientierungsplan für Bildung und Erziehung für die Kindergärten des Landes auf den Weg gebracht. In ihm wird das „Bildungs- und Erziehungsverständnis für Kindergärten entfaltet und der Bildungsauftrag konkretisiert“.

Heidelberg ist es gelungen, durch das Projekt QUASI¹ Heidelberg die Implementierungsphase zu unterstützen und gemeinsam mit allen Trägern der Kindertagesstätten unter anderem den Einsatz von Verfahren und Instrumenten für die Diagnostik und Beobachtung von Entwicklungs- und Bildungsprozessen sowie die Evaluation der Arbeit in den einzelnen Einrichtungen abzustimmen und zu vereinbaren. Alle Erzieher und Erzieherinnen in den Heidelberger Einrichtungen erhielten, orientiert an einem gemeinsamen Curriculum, über drei Jahre regelmäßig Fortbildungen. Entgegen dem Orientierungsplan, der nur für Kindergärten gilt, wurden im Projekt QUASI Heidelberg auch alle Erzieher und Erzieherinnen von Kleinkindeinrichtungen mitgenommen.

In der Fortführung von QUASI-Heidelberg geht es darum, die Weiterentwicklung der Qualität in den Kindertageseinrichtungen weiterzuentwickeln sowie die erreichte Qualität nachhaltig zu sichern.

Die Weiterführung des Projektes beinhaltet folgende Schwerpunkte:

- Den erreichten Qualitätsstandard in der Aus- und Fortbildung der Erzieherinnen und Erzieher zu halten.
- Eine Begleitung der Kindertagesstätten bei der Fortführung der Qualitätsentwicklung sicherzustellen.

Die Kinder erhalten allgemeine und spezielle Angebote, damit sie ihre Welt begreifen können und Lernprozesse in Gang gesetzt werden.

Kinder mit einem speziellen Förderbedarf erhalten eine gezielte Förderung. Beispielfhaft sei hier genannt

- die Sprachförderung bei Kindern mit Migrationshintergrund², bei Kindern aus sozial benachteiligten Familien und/oder aus sogenannten bildungsfernen Familien und
- die heilpädagogische Förderung bei Kindern mit Entwicklungsverzögerungen sowie Verhaltensauffälligkeiten und / oder Behinderungen bzw. bei Kindern, die von einer Behinderung bedroht sind.

1 Projekt QUASI Heidelberg zur Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung in Heidelberger Kindertageseinrichtungen. Informationen im Internet unter <http://www.ph-heidelberg.de/projekt-quasi>.

2 Siehe auch „Mit allen für alle - Kommunalen Integrationsplan der Stadt Heidelberg“, S.21 ff., Anlage 1 zur DS 0017/2010/BV_AMR.

Ziel der frühkindlichen Bildung ist u.a., dass allen Kindern ein guter Übergang in die nächste Bildungseinrichtung, die Grundschule, gelingt und die Bildungsbiographie des einzelnen Kindes keine Brüche aufzeigt.

Quantitativ betrachtet führt Heidelberg bei der Platzzahl für Unter-Drei-Jährigen bei den westdeutschen Städten. In mehr als 50 Kinderkrippen fanden Ende 2009 30 % aller Kleinkinder einen Betreuungsplatz. Zählt man noch die 232 Tagespflegeplätze hinzu, können 36 % betreut werden. Damit erfüllt Heidelberg bereits jetzt das von der Bundesregierung im Tagesbetreuungsausbaugesetz gesteckte Ziel für 2013.³ Seit 1996 wird der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz in Heidelberg erfüllt. Haushalte, die Arbeitslosengeld II beziehen oder die die Kriterien des Heidelberg Passes erfüllen, müssen keine Gebühren bezahlen. Mit dieser Maßnahme ist sichergestellt, dass kein Kind in Heidelberg aus finanziellen Gründen auf die vorschulische Bildung verzichten muss.

Bildung in Schulen und Übergänge

Unter anderem haben die Erkenntnisse aus dem ersten Bericht zur Sozialen Lage dazu geführt, verstärkte Anstrengungen im Bildungsbereich zu unternehmen. Bildung ist das wichtigste Instrument sozialer Integration. Die „Bildungsoffensive“, die sich die Stadt Heidelberg im Rahmen der Familienoffensive als Schwerpunkt gesetzt hat, greift dies auf und stellt mit ihren Aktivitäten Weichen für die Zukunft.

Durch die Neuorganisation des Amtes für Schule und Bildung wurde die inhaltliche Arbeit weiterentwickelt. Das im August 2008 dem Gemeinderat vorgestellte Konzept zur „Kommunalen Bildungslandschaft“ wurde durch die Schaffung des Regionalen Bildungsbüros Heidelberg fortgeführt.

In den letzten Jahren wurde verstärkt in die Schulen investiert und ein vielfältiges, engmaschiges Netz mit Unterstützungssystemen und Angeboten aufgebaut. Diese bewährten Systeme in den Schulen wurden im vergangenen Jahr weiter ausgebaut und begonnene Prozesse der Schulentwicklung fortgesetzt. Als Wichtigste seien genannt:

Sprachförderung

Die Chancen für erfolgreiches Lernen und das Gelingen der Integration in unsere Gesellschaft hängen grundlegend von der Sicherheit im Umgang mit der deutschen Sprache ab. Zunehmend mehr Kinder, nicht nur Kinder mit anderer Muttersprache, haben in diesem Bereich einen Förderbedarf. Damit alle Kinder aktiv am Lernprozess in der Schule teilhaben können und gute Lernchancen erhalten, hat die Stadt Heidelberg mit Unterstützung des Rotary Club Heidelberg-Alte Brücke bereits im Jahr 2007 an Heidelberger Grundschulen, die einen besonders hohen Förderbedarf hatten, in Zusammenarbeit mit Industrie, Wirtschaft und Stiftungen Deutsch-Intensivkurse für sprachlich benachteiligte Kinder eingerichtet. Auf Grund des Berichtes zur Sozialen Lage hat der Gemeinderat im Jahr 2009 beschlossen, dass die Sprachförderung an Heidelberger Grundschulen intensiv ausgebaut wird. Dazu stellt der Gemeinderat pro Haushaltsjahr Finanzmittel in Höhe von 260.000 Euro für die Sprachförderung bereit. Das Sprachförderprogramm wurde vom Institut für Fremdsprachenphilologie der Universität entwickelt, erprobt und modifiziert.

Heidelberger Unterstützungssystem Schule (HÜS)

Ebenso wurde im Jahr 2009 vom Gemeinderat beschlossen, dass Kinder und Jugendliche mit Bildungsrisiken Begleitung und Unterstützung durch die Kommune erfahren. Dazu stellt

³ Stadt Heidelberg - Amt für Stadtentwicklung und Statistik (Hrsg.): Statistische Kurzmitteilung Nr. 46, Familien in Heidelberg - Zahlen, Daten, Fakten, Mai 2010.

der Gemeinderat inzwischen pro Haushaltsjahr Finanzmittel in Höhe von 150.000 Euro für das sogenannte Heidelberger Unterstützungssystem Schule bereit.

Die konkreten Fördermaßnahmen des Heidelberger Unterstützungssystems Schule dienen den vom Gemeinderat festgelegten Zielsetzungen. Die Fördermaßnahmen werden während der Schulzeit kontinuierlich oder als zeitlich befristetes Projekt (z.B. zur Prüfungsvorbereitung oder als kulturelles Projekt) umgesetzt. Die Förderung kann ebenfalls als Intensivangebot in den Schulferien stattfinden. Die konkreten Fördermaßnahmen sind mit der Stadt Heidelberg für jedes Schuljahr abzusprechen.

Ausstattung der Schulen

- 2009 wurden 15 Mio. Euro für Schulsanierung zur Verfügung gestellt.
- Schulbetriebsmittel wurden um 262.000 Euro aufgestockt, für größere Anschaffungen 2009 und 2010 wurden zusätzlich 325.000 Euro sowie für technische Ausstattung jährlich rund 3,6 Mio. Euro im Haushalt hinterlegt.
- Für den Betrieb der Schulen werden jährlich zwischen 30 und 40 Mio. Euro investiert.
- Sicherung und Ausweitung der umfassenden Betreuung an Grundschulen mit flexibler Nachmittagsbetreuung sowie der Betreuung in allen Ferien.
- Weiterentwicklung der Ganztagschulen im Bereich der Grundschule, Hauptschule und des Bunsen-Gymnasiums.
- Ausbau der Essensversorgung auch an Gymnasien mit der Möglichkeit der Kostenübernahme durch Essensfonds und Heidelberg Pass plus

Alle diese Maßnahmen dienen dazu die Rahmenbedingungen für gelingende Bildung zu verbessern.

Schulsozialarbeit

Die bestehende Schulsozialarbeit an allen Grund-, Haupt- und Förderschulen wurde auf die Realschulen ausgeweitet. Träger der Schulsozialarbeit sind die AGFJ–Familienhilfestiftung, die AWO Heidelberg, das Friedrichstift, das Institut für Heilpädagogik und Erziehungshilfe, das Luise-Scheppler-Heim, die Sozialpädagogischen Wohn-gruppen und päd-aktiv e. V.. Bei ihnen sind 2010 die zwanzig sozialpädagogischen Fachkräfte angestellt, die an den vier Grund- und Hauptschulen, zwei Förderschulen, dreizehn Grundschulen, drei Realschulen und der IGH arbeiten. Die förderlichen Effekte der Schulsozialarbeit konnten im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung durch die Kinder- und Jugendpsychiatrie des Universitätsklinikums Heidelberg belegt werden. Es gibt weniger unentschuldigte Fehlzeiten. Das Schulklima hat sich spürbar verbessert. Der Unterricht wurde weniger gestört und die Gewaltbereitschaft hat deutlich abgenommen. Ab 2010 wird unter dem Projektnamen „Weichensteller“ angestrebt, den Einsatz der Schulsozialarbeit noch stärker am individuellen Bedarf auszurichten und damit das tatsächliche Potential der Kinder besser auszuschöpfen. Dazu werden in den nächsten vier Jahren Heidelberger Eltern, Lehrkräfte sowie Schüler/innen ab Klasse 5 befragt.

Hochbegabtenförderung Kinderakademie Heidelberg

Eine umfassende Gestaltung der Bildungschancen von Kindern entsprechend ihren jeweiligen individuellen Begabungen beinhaltet neben der Förderung lernschwacher Schüler auch die Förderung der besonders Begabten. Über die Meldung der Schulen und eine Testung werden Kinder aus allen Bevölkerungsschichten gefördert. Im Bereich der Hochbegabtenförderung ist nach Erkenntnissen der Experten ein früher Einstieg besonders wichtig. Der Gemeinderat hat am 20. Dezember 2007 die Gründung einer Kinderakademie Heidelberg als

öffentliche Einrichtung sowie die „Satzung über die Benutzung der Kinderakademie Heidelberg“ beschlossen.

Ziel der Kinderakademie Heidelberg ist es, hochbegabten Grundschulkindern außerhalb des normalen Schulunterrichts ein qualifiziertes Kurs- und Lernprogramm anzubieten, das sie in ihrer fachlichen und persönlichen Entwicklung unterstützt. Die Angebote sollen den besonderen Fähigkeiten und dem Wissensdrang dieser Kinder gerecht werden. Gleichzeitig sollen die Kurse eine besondere Anstrengung und Herausforderung für die Kinder darstellen, die sie im normalen Schulalltag nicht erleben. Das Angebot erhalten hochbegabte Schülerinnen und Schüler der zweiten bis vierten Klasse aus Grundschulen im Stadtbereich Heidelberg.

Inklusion

Am 24.03.09 ist die UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen in Deutschland in Kraft getreten.

Menschen mit Behinderungen und chronisch Kranke sollen demnach gleichberechtigt mit anderen in der Gemeinschaft, in der sie leben, Zugang zu einem integrativen, hochwertigen und unentgeltlichen Unterricht an Grundschulen und weiterführenden Schulen haben. Damit dieses gewährleistet ist, wird den Bildungsverantwortlichen aufgegeben, innerhalb des allgemeinen Bildungssystems die notwendige Unterstützung zu leisten, um Menschen mit Behinderungen Bildungserfolge zu erleichtern. Dieses Ziel soll mit individuell angepassten Unterstützungsmaßnahmen in einem Umfeld, das die bestmögliche schulische und soziale Entwicklung gestattet, erreicht werden.

Bislang schreibt das Schulgesetz noch die Sonderschulpflicht für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf fest. Das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg hat aber am 5. Mai 2009 angekündigt, die Sonderschulpflicht aufzuheben. Durch das Kultusministerium wurde eine Expertenkommission eingesetzt, die zwischenzeitlich ihre Empfehlungen vorgelegt hat. In Baden-Württemberg wurden fünf Modellregionen zur Erprobung neuer Formen gemeinsamen Unterrichts eingerichtet. Eine dieser Regionen ist das Gebiet des auch für die Stadt Heidelberg zuständigen Staatlichen Schulamtes Mannheim. Auch der Stadt Heidelberg ist es wichtig, sich frühzeitig dieser Thematik zu stellen, denn die Stadt möchte die erforderlichen Rahmenbedingungen für die Umsetzung der UN-Konvention vor Ort schaffen.

Das erklärte Ziel der Bildungsregion Heidelberg ist es, dass jedes Heidelberger Kind den bestmöglichen Bildungserfolg erlangen soll.

Die Abschaffung der Sonderschulpflicht kann erhebliche Konsequenzen für die städtische Schullandschaft haben: Rechtliche, bauliche und finanzielle Fragestellungen müssen geklärt werden.

Die Stadt Heidelberg verfügt aber bereits über hervorragende Voraussetzungen, um angemessene Antworten zu finden: Sie ist bereits heute eine Stadt, die offen ist für Menschen mit Handicap.

Mit der Graf von Galen-Schule beheimatet sie eine Schule für Geistigbehinderte, die innerhalb Baden-Württembergs über die längsten und umfangreichsten Erfahrungen auf dem Gebiet der Integration (z.B. durch die Außenklassen) verfügt. Weitere erfahrene und erfolgreich arbeitende sonderpädagogische Einrichtungen, wie z.B. die Robert-Koch-Schule mit ihrer bundesweit beachteten Ausbildungsinitiative, befinden sich in der Stadt sowie in den Nachbargemeinden.

Viele allgemeinbildende Schulen verfügen über umfangreiche Erfahrungen mit der Einzelintegration und verschiedenen Kooperationsformen zwischen allgemeinbildender und Sonderschule.

Die Planungen für eine komplett neue Schule und eine vorschulische Einrichtung (Inklusion betrifft auch den vorschulischen Bereich) auf gleichem Campus in der Bahnstadt bietet die einmalige Chance, alle vorhandenen Erfahrungen auf dem Gebiet der Integration/Inklusion und die Erkenntnis über künftige Erfordernisse in die Planungen mit einfließen zu lassen und hier ein bedürfnisgerechtes und zeitgemäßes Angebot für Familien mit behinderten Kindern zu eröffnen.

Mit der PH Heidelberg und ihrer Fakultät für Sonderpädagogik verfügt sie über eine äußerst kompetente und fortschrittliche Forschungs- und Lehranstalt vor Ort.

Forschung, Ausbildung und Praxis können sich hier gegenseitig befruchten. Weitere Forschungseinrichtungen und Institutionen vor Ort können zusätzlich wertvolle Beiträge leisten.

Das Amt für Schule und Bildung ist beauftragt, eine Konzeption zum Themenbereich „Inklusion“ für Heidelberg zu entwickeln. Deshalb hat das Amt eine Arbeitsgruppe unter Beteiligung der PH Heidelberg, des Staatlichen Schulamtes Mannheim und Heidelberger Schulleitungen einberufen, die eine entsprechende Konzeption entwickelt.

Übergänge auf weiterführende Schulen

Nach der Grundschulzeit erfolgt gemäß der Grundschulempfehlung der Übertritt auf eine weiterführende Schule. Im Landesdurchschnitt kletterte der Anteil jener, die auf das Gymnasium wechselten im Jahr 2009 erstmals auf über 40 %. In Heidelberg liegt dieser Wert 2009 bei 59,3 % und ist damit einer der höchsten im Land. Dafür liegen die Anteile für Hauptschulen mit 11,2 % und für die Realschulen mit 18,3 % weiterhin weit unter dem Landesdurchschnitt.⁴ Landesweit wechselt jedes vierte Kind auf eine Hauptschule und jedes dritte auf eine Realschule. In kaum einer Stadt Baden-Württembergs dürften damit die Bildungschancen für Kinder besser sein. Projekte wie die „Bildungsregion Heidelberg“ mit der Installation eines Bildungsbüros werden die bestmöglichen Bildungschancen und -erfolge der Heidelberger Kinder weiter unterstützen und fördern. Mehr Informationen hierzu sind dem Schulbericht zu entnehmen.⁵

Der Anteil der ausländischen Kinder, die aufs Gymnasium wechseln, nimmt zu

In den letzten fünf Jahren verloren in Heidelberg - wie allgemein bekannt - vor allem die Hauptschulen an Nachfrage zugunsten der Gymnasien und sonstiger Schulen, in Heidelberg ist das die IGH. Auffällig ist, dass bei den ausländischen Kindern mittlerweile der Anteil der Übertritte auf ein Gymnasium seit 2005/2006 um rund ein Fünftel gestiegen ist. Mit 31 % liegt er ein Drittel über dem Landeswert für ausländische Schüler/-innen, bei den Hauptschulen um rund ein Drittel niedriger. Aber dennoch ist der Anteil der deutschen Schüler/-innen bei den Übergängen auf das Gymnasium doppelt so hoch. Das zeigt, dass es im Hinblick auf Chancengleichheit und Integration der jungen Ausländerinnen und Ausländer im Bildungssystem weiterhin noch großen Handlungsbedarf gibt.⁶

4 Die geringfügige Abweichung zu den Angaben im Schulbericht sind dadurch bedingt, dass hier die wenigen Schüler ohne Grundschulempfehlung nicht einbezogen sind.

5 Stadt Heidelberg - Amt für Schule und Bildung (Hrsg.): Schulbericht 2009/2010, S. 1, Heidelberg 2010

6 DS 0017/2010/BV_AMR: „Mit allen für alle - Kommunalen Integrationsplan der Stadt Heidelberg“, Anlage 1, S.21 ff..

Tabelle 6.1:

Übergänge* insgesamt von Kindern aus Klassenstufe 4 in Heidelberg

Viertklässler mit Grundschulempfehlung		Davon Übergänge auf...							
		Hauptschulen		Realschulen		Gymnasien		Sonstige ¹⁾	
Schuljahr	Anzahl	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
05/06	979	174	17,8	166	17,0	553	56,5	86	8,8
06/07	1058	148	14,0	196	18,5	611	57,8	103	9,7
07/08	1041	146	14,0	197	18,9	608	58,4	90	8,6
08/09	978	102	10,4	178	18,2	610	62,4	88	9,0
09/10	1004	112	11,2	184	18,3	595	59,3	113	11,3

Übergänge* ausländischer Kinder aus Klassenstufe 4 an Grundschulen in Heidelberg

Viertklässler mit Grundschulempfehlung		Davon Übergänge auf...							
		Hauptschulen		Realschulen		Gymnasien		Sonstige ¹⁾	
Schuljahr	Anzahl	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
05/06	136	63	46,3	35	25,7	35	25,7	3	2,2
06/07	146	43	29,5	40	27,4	42	28,8	21	14,4
07/08	142	54	38,0	32	22,5	43	30,3	13	9,2
08/09	121	38	31,4	37	30,6	33	27,3	13	10,7
09/10	125	43	34,4	24	19,2	39	31,2	19	15,2

Übergänge* deutscher Kinder aus Klassenstufe 4 an Grundschulen in Heidelberg

Viertklässler mit Grundschulempfehlung		Davon Übergänge auf...							
		Hauptschulen		Realschulen		Gymnasien		Sonstige ¹⁾	
Schuljahr	Anzahl	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
05/06	843	111	13,2	131	15,5	518	61,4	83	9,8
06/07	912	105	11,5	156	17,1	569	62,4	82	9,0
07/08	899	92	10,2	165	18,4	565	62,8	77	8,6
08/09	857	64	7,5	141	16,5	577	67,3	75	8,8
09/10	879	69	7,8	160	18,2	556	63,3	94	10,7

* ohne Schüler, die keine Grundschulempfehlung erhalten haben

1) Wiederholer und Übergänger auf andere Schularten

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Sonderabfrage

Ausländeranteile an Heidelbergs Schulen variieren stark

Wie sich das Übertrittsverhalten und die nachfolgenden Schulwahlentscheidungen auf die Zusammensetzung der Schülerschaft nach Nationalität auswirkt, zeigt nachfolgende Tabelle. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, dass der Einpendleranteil an Heidelbergs Schulen stark variiert. Von den nachfolgenden Angaben kann nicht direkt auf die Chancen der Heidelberger Kinder geschlossen werden.

Grundsätzlich fällt auf, dass der Anteil ausländischer Kinder in allen Schularten abgenommen hat. Die einzige Ausnahme bilden die Gewerbe- bzw. Berufsschulen. Das deckt sich mit Beobachtung des Statistischen Landesamtes, die diese Entwicklung auch landesweit feststellt, allerdings eine Zunahme bei den Realschulen und Gymnasien verzeichnet.⁷ Dies hängt damit zusammen, dass immer mehr Jugendliche eine doppelte Staatsbürgerschaft besitzen und damit zu den Deutschen gezählt werden. Nimmt man den Anteil ausländischer Kinder von 11,2 % insgesamt an Heidelbergs Schulen als Orientierung, fallen vor allem folgende extreme Abweichung von diesem Durchschnittswert auf: In den Hauptschulen liegt der Anteil fast dreimal so hoch. Obwohl sich der Anteilswert in den Sonder- und Förderschulen im Berichtszeitraum deutlich verringert hat, liegt der Ausländeranteil auch in diesem Schultyp immer noch mehr als doppelt so hoch, bei den Gymnasien dagegen halb so hoch.

Tabelle 6.2: Ausländeranteile an Heidelbergs Schulen

Schuljahr	2005/2006		2008/2009	
	Schülerzahl insgesamt	Anteil der ausländischen Schüler/-innen	Schülerzahl insgesamt	Anteil der ausländischen Schüler/-innen
Grundschulen	4.129	15,5 %	3.668	11,0 %
Hauptschulen	902	30,6 %	664	30,3 %
Realschulen	1.156	13,8 %	1.282	13,1 %
Gymnasien ^{*)}	3.390	5,9 %	3.665	5,6 %
Internationale Gesamtschule (ohne Primarstufe) - Schule besonderer Art und integrierte Orientierungsstufe	1.520	15,8 %	1.464	13,2 %
Sonder- und Förderschulen	453	30,5 %	433	25,6 %
Handelslehranstalten – kaufmännische Schulen ^{**)}	3.110	12,0 %	3.326	11,8 %
Gewerbeschulen - gewerbliche Schulen und Haus- und Landwirtschaftliche Schulen ^{***)}	3.145	8,6 %	3.215	10,0 %
Hotelfachschule kaufmännische Schulen	372	4,3 %	380	3,7 %
Hauswirtschaftsschule Haus- und Landwirtschaftliche Schulen ^{****)}	597	15,6 %	596	13,4 %
Summe	18.774	12,8 %	18.693	11,2 %

Quelle: Stadt Heidelberg - Schulverwaltungsamt (Hrsg.): Schulbericht 2005/2006 und 2008/2009

^{*)} ohne Wirtschaftsgymnasium, Technisches Gymnasium und Biotechnologisches Gymnasium

^{**)} mit Wirtschaftsgymnasium

^{***)} mit Technischem Gymnasium

^{****)} mit Biotechnologischem Gymnasium

7 Statistisches Landesamt: Statistische Berichte Baden-Württemberg, Unterricht und Bildung, BI1-j/08, S. 3.

6.2 Bildungsabschlüsse in Heidelberg

In den letzten Jahren hat die Bildungslandschaft deutliche Veränderungen erfahren. So verzeichnet das Statistische Landesamt eine Zunahme der Abschlüsse mit Fachhochschulreife, die überwiegend an beruflichen Schulen erworben werden. Neben berufsqualifizierenden Abschlüssen bietet das berufliche Schulwesen Baden-Württembergs in zahlreichen Schularten zunehmend auch die Möglichkeit, einen allgemeinbildenden Abschluss zu erwerben bzw. zu verbessern. Das berufliche Gymnasium gilt inzwischen als attraktive Alternative für den Weg zum Abitur. Vor allem Realschüler und Wechsler aus allgemeinbildenden Gymnasien machen hiervon Gebrauch.⁸ Auch in Heidelberg wurden im Berichtszeitraum berufliche Gymnasien eingerichtet. Bei den Sonder- und Förderschulen zeichnet sich ebenfalls ein Wandel durch die Aufhebung der Sonderschulpflicht ab. Wie vielfältig die Bildungslandschaft in Heidelberg ist und dass gleichwertige Bildungsabschlüsse an verschiedenen Schularten abgelegt werden können, zeigt nebenstehende Übersicht.

Anders als im letzten Bericht zur Sozialen Lage sollen deshalb nicht nur die privaten und öffentlichen allgemeinbildenden Schulen berücksichtigt werden, sondern alle Schulen, das heißt auch die beruflichen. Dabei ist zu bedenken, dass viele weiterführende Schulen von Jugendlichen aus den Nachbargemeinden besucht werden. Bei den Gymnasien in Heidelberg liegt der Einpendleranteil der Schüler/-innen bei rund 30 %, bei den privaten Gymnasien bei 40-60 %⁹ und vermutlich noch höher bei den beruflichen Schulen. Lediglich bei den Hauptschulen kann man davon ausgehen, dass sie fast ausschließlich von Heidelberger Jugendlichen besucht werden. Die einzige Ausnahme bildet die IGH, die auch stark von den südlichen Nachbargemeinden nachgefragt wird.

Da die Bildungsstatistik (noch) nicht Auskunft über den Wohnort der Kinder gibt, können die Ergebnisse deshalb nur eine Annäherung darstellen. Die Bildungsabschlüsse eines Jahres stellen immer nur eine Momentaufnahme dar: Abgänger/-innen von heute können schon morgen in einer anderen Schule den nächsten Bildungsabschluss anstreben. Bei den über 18-Jährigen ergeben sich Unschärfen durch die Möglichkeit, die Staatsbürgerschaft zu wechseln.¹⁰

Pro Jahr verlassen etwa 2.300 Schülerinnen und Schüler mit einem Abschluss eine der zahlreichen Heidelberger Schulen, rund 10 % unter ihnen haben keinen deutschen Pass. Lag dieser Anteil zu Anfang dieses Jahrzehnts noch bei 10,7 %, sank er 2008/2009 auf 9,5 %.

8 Demel, Jutta: Allgemeinbildende Schulabschlüsse an beruflichen Schulen gewinnen immer größere Bedeutung, in: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 7/2008, S. 20.

9 Stadt Heidelberg – Amt für Schule und Bildung (Hrsg.): Schulbericht 2009/2010, S. 39 und S. 78

10 Seit 2008 gibt es die ersten Jugendlichen, die unter die Übergangsregelung der neu eingeführten „Optionspflicht“ fallen. (§4 Abs.3 Staatsangehörigkeitsgesetz von 1999). Danach müssen Jugendliche mit doppelter Staatsbürgerschaft mit Vollendung des 18. Lebensjahres und nach Aufforderung durch die Behörden eine schriftliche Erklärung darüber abgeben, ob sie die deutsche oder die ausländische Staatsangehörigkeit anstreben. Fällt die Wahl des Heranwachsenden auf die ausländische Staatsangehörigkeit, so geht die deutsche verloren. Umgekehrt muss die Aufgabe der ausländischen Staatsbürgerschaft nachgewiesen werden. Wird dieser Nachweis nicht bis spätestens zur Vollendung des 23. Lebensjahres erbracht, so geht die deutsche Staatsbürgerschaft automatisch verloren. Nur wenn dieser Meldevorgang auch korrekt bei den Schulsekretariaten erfasst wird, stimmt die Statistik über die Staatsangehörigkeit bei den über 18-Jährigen.

Tabelle 6.3: Abgänger/-innen aus öffentlichen und privaten allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in Heidelberg nach Abschlussart und Schulart

Abschlussart	2005/2006					2008/2009				
	ins- gesamt	darunter				ins- gesamt	darunter			
		weiblich	Ausländer				weiblich	Ausländer		
	absolut	absolut	in %	absolut	in %	absolut	absolut	in %	absolut	in %
Ohne Hauptschulabschluss	71	33	46,5	27	38,0	43	18	41,9	17	39,5
davon an										
Hauptschulen	10	5	50,0	5	50,0	7	2	28,6	4	57,1
Sonderschulen ¹⁾	20	11	55,0	7	35,0	13	8	61,5	7	53,8
Realschulen	25	9	36,0	12	48,0	19	7	36,8	4	21,1
Gymnasien	1					4	1	25,0	2	50,0
Schulen besonderer Art ²⁾	2	1	50,0	2	100,0			0		0
Freien Waldorfschulen	13	7	53,8	1	7,7			0		0
Mit Hauptschulabschluss	384	171	44,5	82	21,4	251	96	38,2	64	25,5
davon an										
Allgemeinbildenden Schulen	325	148	45,5	70	21,5	238	89	37,4	59	24,8
davon an										
Hauptschulen	214	93	43,5	47	22,0	164	55	33,5	39	23,8
Sonderschulen	15	6	40,0	2	13,3	13	5	38,5	11	84,6
Realschulen	6	3	50,0	1	16,7	13	11	84,6	2	15,4
Gymnasien	3	2	66,7			3	1	33,3		
Schulen besonderer Art ²⁾	76	36	47,4	20	26,3	44	17	38,6	7	15,9
Freien Waldorfschulen	11	8	72,7			1				
Berufliche Schulen ³⁾	59	23	39,0	12	20,3	13	7	53,8	5	38,5
Mittlerer Abschluss	628	323	51,4	61	9,7	665	349	52,5	81	12,2
davon an										
Allgemeinbildenden Schulen	437	233	53,3	28	6,4	445	254	57,1	48	10,8
davon an										
Realschulen	266	152	57,1	16	6,0	288	167	58,0	27	9,4
Gymnasien	45	25	55,6	1	2,2	24	13	54,2		
Sonderschulen			0		0			0		0
Hauptschulen	39	16	41,0	8	20,5	23	9	39,1	8	34,8
Schulen besonderer Art ²⁾	76	32	42,1	3	3,9	95	59	62,1	10	10,5
Freie Waldorfschulen			0		0			0		0
Abendrealschulen	11	8	72,7	●		15	6	40,0	3	20,0
<u>Berufliche Schulen Zusammen ⁴⁾</u>	<u>191</u>	<u>90</u>	<u>47,1</u>	<u>33</u>	<u>17,3</u>	<u>220</u>	<u>95</u>	<u>43,2</u>	<u>33</u>	<u>15,0</u>
davon an										
Wirtschaftsaufbaugymnasien			0		0			0		0
Fach- und Technikerschulen ⁴⁾			0		0			0		0
Berufsaufbauschulen ⁴⁾	27	4	14,8	1	3,7	22	5	22,7	3	13,6
Berufsfachschulen ⁴⁾	161	86	53,4	32	19,9	169	78	46,2	28	16,6
Berufsschulen ⁴⁾	3					29	12	41,4	2	6,9
Fachhochschulreife ⁵⁾	409	143	35,0	36	8,8	366	167	45,6	24	6,6
davon an										
Freie Waldorfschulen	10	5	50,0			7				
Beruflichen Schulen	399	138	34,6	36	9,0	359	167	46,5	24	6,7
Hochschulreife	907	479	52,8	43	4,7	955	532	55,7	33	3,5
davon an										
Allgemeinbildenden Schulen	679	363	53,5	33	4,9	721	410	56,9	16	2,2
davon an										
Gymnasien	584	307	52,6	21	3,6	587	332	56,6	12	2,0
Sonderschulen			0		0			0		0
Abendgymnasien	46	20	0	●		36	19	52,8	4	11,1
Kollegs			0		0			0		0
Schulen besonderer Art ²⁾	75	45	60,0	12	16,0	76	48	63,2	0	0
Freie Waldorfschulen	20	11	55,0			22	11	50,0	0	0
Beruflichen Schulen	228	116	50,9	10	4,4	234	122	52,1	17	7,3
Abgänger insgesamt	2.399	1.149	47,9	249	10,4	2.280	1.162	51,0	219	9,6

1) Einschließlich Schüler mit Abschluss der Geistigbehinderten-Schule und mit Abschlusszeugnis der Lernbehinderten-Schule.

2) Bis 1988 Integrierte Gesamtschulen.

3) Mit Bestätigung der Schule.

4) Bei den Abgängern der beruflichen Schulen kann es sich auch um ehemalige Absolventen anderer allgemeinbildenden Schulen handeln.

5) Ohne Vorbereitungskurse an Fachhochschulen.

Anmerkungen

Zelle mit einem " ● " wurden nicht erhoben

Nachfolgend werden die Abschlüsse insgesamt und nach Nationalität und Geschlecht seit dem Schuljahr 2000/2001 ausgewertet¹¹

Drei von fünf Abgänger/-innen haben einen hochschulqualifizierenden Abschluss

Wertet man alle Abschlüsse aus, zeigt sich, dass in Heidelberg weit mehr als die Hälfte aller Abgänger/-innen eines Jahres einen hochschulqualifizierenden Abschluss in der Tasche haben, sei es das Abitur oder eine Fachhochschulreife. Seit drei Jahren liegt dieser Wert stabil um 58 %, landesweit dagegen rund 20 Prozentpunkte niedriger.

Die absolute Zahl der Abschlüsse mit Hochschulreife nahm seit 2000/2001 zu und liegt mittlerweile bei über 900 pro Jahr. Rekordjahr war 2007/2008 mit 1012 Abiturienten. Relativ schwankt der Anteil an allen Schulabgänger/-innen um 40 %, Fachhochschulabschlüsse gewannen seit 2004 ebenfalls an Bedeutung und stellen seit vier Jahren einen Anteilswert von rund 16 % aller Abschlüsse. Die Tendenz zu immer höherwertigen Abschlüssen ist auch landesweit zu beobachten.¹²

Die Zahl der Abgänger/-innen mit mittlerem Abschluss stieg absolut an, relativ schwankt der Anteilswert jedoch zwischen 25 % und 29,2 %, landesweit liegt er 2009 bei 37 %.

Seit dem Schuljahr 2002/2003 sank die Zahl der Jugendlichen mit Hauptschulabschluss. Lag sie zum damaligen Zeitpunkt bei 406, waren es 2009 gerade einmal 251, statt 18,5 %, waren es 2009 nur noch 11 % aller Abgänger/-innen, die diesen Abschluss machten. Das entspricht der Hälfte des Landeswertes.

Da Heidelberg als Oberzentrum Standort zahlreicher weiterführenden Schulen und Universitätsstadt ist, überraschen diese Werte nicht. Wichtig bei den nachfolgenden Ausführungen sind deshalb die Auswertungen nach Geschlecht und Nationalität, um etwaige Chancendefizite aufzudecken.

Mädchen bei den Abiturienten deutlich in der Überzahl

Mädchen überwiegen bei den Abgängern mit Hochschulreife, Jungen bei denjenigen mit Fachhochschulreife, eine Beobachtung, die auch landesweit feststellbar ist¹³. Bei der Fachhochschulreife sind die Geschlechterunterschiede am größten. Die Anteile der männlichen Jugendlichen sind zum Teil mehr als doppelt so hoch wie die der Mädchen. 2008/2009 ist das erste Schuljahr mit einem nur geringen Unterschied von rund 9 Prozentpunkten.

Am ausgeglichensten ist das Geschlechterverhältnis bei den Mittleren Abschlüssen.

Jungen überwiegen beim Hauptschulabschluss. Nur im Jahr 2007/2008 gab es keine geschlechtsspezifischen Unterschiede, dafür waren diese 2009 mit 23,6 Prozentpunkten am größten. Hier kamen auf 96 Mädchen mit Hauptschulabschluss 155 Jungen. Mit 38 % liegt ihr Anteil damit auf dem niedrigsten Niveau seit 2000/01. Nur jedes 12. Mädchen schloss 2009 mit einem Hauptschulabschluss ab. Auch auf Landesebene überwiegen Jungen beim Hauptschulabschluss.

11 Die dazugehörigen Tabellen sind im Anhang abgedruckt

12 Ehrhardt, Christine; Zähle, Tanja: 5 Jahre Kinderland Baden-Württemberg, eine Zwischenbilanz, in Statistisches Monatsheft 11/2010, S. 33.

13 Demel, Jutta: Allgemeinbildende Schulabschlüsse an beruflichen Schulen gewinnen immer größere Bedeutung, in: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 7/2008, S. 22

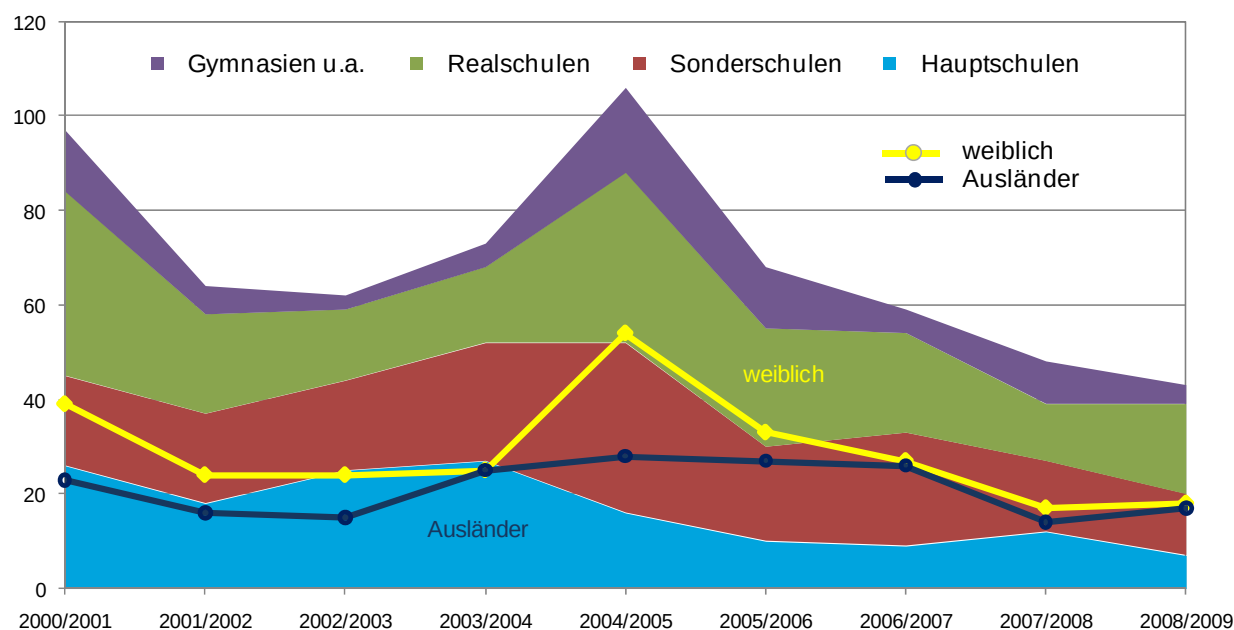
Zahl der Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss nimmt kontinuierlich ab

Die Zahl der Abgänger ohne Hauptschulabschluss verminderte sich seit Beginn dieses Jahrzehnts – sieht man von den Jahren 2003 bis 2005 ab – kontinuierlich. Heute verlassen nur noch halb so viele Jugendliche ohne Hauptschulabschluss Heidelbergs Schulen. Sie kommen dabei nicht nur aus der Hauptschule, sondern – und das zum Teil überwiegend – aus den Sonderschulen, aber auch den Realschulen. Auch gibt es vereinzelt Abgänger/-innen ohne Hauptschulabschluss aus Gymnasien, der IGH oder der Freien Waldorfschule. Waren es zum Schuljahr 2000/2001 4,7 % (97 Jugendliche), die keinen Abschluss hatten, betrug dieser Wert 2008/2009 nur noch 1,9 % (43 Jugendliche), halb so viele wie im Landesschnitt.

Bei den ausländischen Kindern ist eine solche Abnahme noch nicht feststellbar. 2001 gab es 23 ausländische Abgänger/-innen ohne Abschluss, 2009 17. In den Jahren dazwischen schwankten die Werte von 28 bis 14 Fällen. Es darf demzufolge auch nicht überraschen, dass der Ausländeranteil unter den Abgänger/-innen ohne Abschluss angestiegen ist. Lag er 2001 noch bei rund 24 %, liegt er mittlerweile bei knapp 40 %.

Bei den Abgängern ohne Hauptschulabschluss überwiegen die Jungen, mit Ausnahme des Jahres 2004/2005. Teilweise gibt es sogar Jahre, in denen Mädchen nur ein gutes Drittel der Abgänger/-innen ohne Abschluss ausmachen. 2009 waren es 18 Mädchen von 1.162, die keinen Abschluss hatten (1,5 % aller Schulabgängerinnen).

Abbildung 6.1: Abgänger/-innen ohne Hauptschulabschluss aus öffentlichen und privaten allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in Heidelberg seit 2000 nach Schulart



Quelle: Statistisches Landesamt, Sonderabfrage, 21.10.2010

Mittlere Abschlüsse bei Ausländer/-innen am häufigsten

Die Auswertung nach Nationalität¹⁴ zeigt, dass der Ausländeranteil bei den Hauptschulabgänger/-innen mit wenigen Ausnahmefahren bei rund 25 % und damit überproportional hoch liegt. Jede/r vierte Hauptschulabgänger/-in hat somit keinen deutschen Pass. Bis zum Schuljahr 2005/2006 verließen ausländische Abgänger/-innen in der Regel am häufigsten mit einem Hauptschulabschluss Heidelbergs Schulen, zuletzt waren es jedoch nur noch 30,2 %, ein deutlich niedriger Wert als noch vor neun Jahren, allerdings fast dreimal so hoch wie unter den Abgängern insgesamt.

Seit drei Jahren ist der Mittlere Abschluss der häufigste. 2009 wurde er von 36,8 % aller ausländischen Abgänger/-innen erreicht, auf Landesebene waren es 29 %¹⁵ ebenso bei den Abgängern in Heidelberg insgesamt. Bis auf zwei Abschlussjahre waren Ausländer/-innen in Heidelberg bei den mittleren Abschlüssen immer überproportional vertreten.

Bei der Fachhochschulreife sind Ausländer wiederum unterrepräsentiert. Absolut betrachtet sind es – mit einem Ausnahmefahr - regelmäßig etwa 24 ausländische Jugendliche, die diesen Abschluss in Heidelberg erzielen, 2009 war es jede/r Neunte (11,3 %) unter den ausländischen Abgänger/-innen, unter den Abgängern insgesamt etwa jede/r Sechste (16,4 %).

Auch unter den Abiturienten ist der Ausländeranteil gering. Es sind etwa 29 bis 44 ausländische Jugendliche, die in Heidelberg pro Jahr die allgemeine Hochschulreife erlangen, 2009 hatte gut jede/r siebte ausländische Abgehende (13,7 %) diesen Abschluss in der Tasche, unter den Abgänger/-innen insgesamt waren es dreimal so viele (41,2 %).

Zählt man Fachhochschulreife und allgemeine Hochschulreife zusammen, so erreicht diesen qualifizierten Abschluss jede/r vierte ausländische Schulabgänger/-in an Heidelbergs Schulen, das ist ein doppelt so hoher Wert wie im Land (13 % bezogen auf das Jahr 2008)¹⁶. Er liegt aber noch weit hinter den 58 %, die in Heidelberg von allen Schüler/-innen erreicht werden.

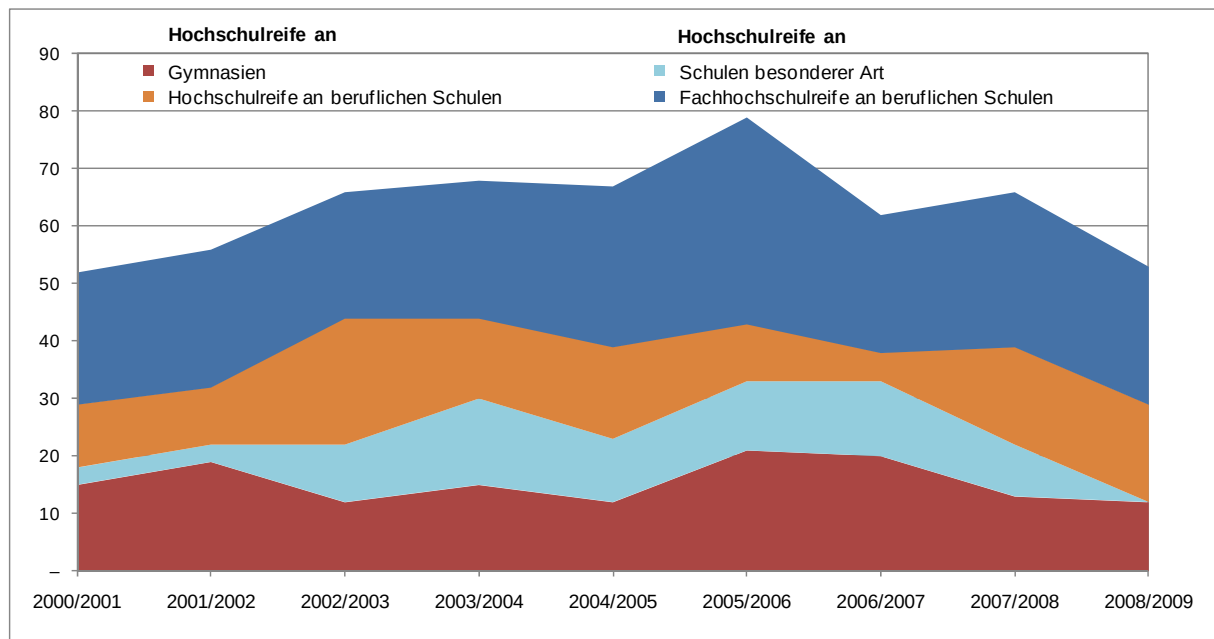
Betrachtet man die Abschlüsse nach Schulart, fällt auf, dass ausländische Jugendliche die (Fach)Hochschulreife viel eher an beruflichen Schulen erreichen als an den allgemeinbildenden Schulen (vgl. Abbildung 6.2).

14 Hierbei muss das Abendgymnasium und die Abendrealschule unberücksichtigt bleiben, weil bei diesen Abschlüssen erst seit dem Schuljahr 2007/2008 Ausländer/-innen ausgewiesen werden.

15 Diese Angabe bezieht sich auf das Jahr 2008, vgl. Kinderland Baden-Württemberg, a.a.O. S. 33.

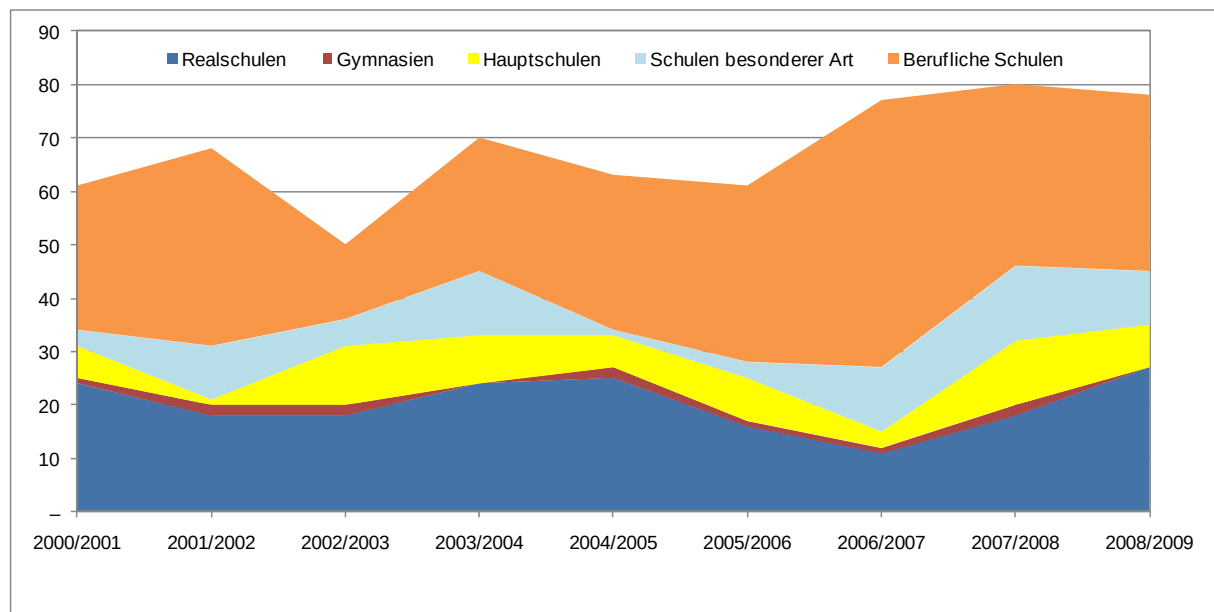
16 Ebd. S. 33.

Abbildung 6.2: Ausländische Abgänger/-innen mit (Fach-) Hochschulreife seit 2000 nach Schulart*



Quelle: Statistisches Landesamt, Sonderabfrage, 21.10.2010 * ohne Abendgymnasium

Abbildung 6.3: Mittlere Bildungsabschlüsse* von Ausländern in Heidelberg seit 2000



Quelle: Statistisches Landesamt, Sonderabfrage, 21.10.2010 * ohne Abendrealschule

6.3 Zugang zur Berufsausbildung im Dualen System

Für viele Haupt- und Realschulabsolventen führt der Weg zur Erlangung des Sekundarstufe II-Abschlusses über die duale Ausbildung. Nach wie vor ist diese der zentrale Bereich der Berufsausbildung in Deutschland. 60 % der Jugendlichen mit einem Haupt- oder Realschulabschluss beginnen mit einer dualen Ausbildung.¹⁷

In Heidelberg waren zum 30.06.2009 4.125 sozialversicherungspflichtige Ausbildungsverträge abgeschlossen, das sind knapp 50 mehr als 2005 und – trotz Krise – über 150 mehr als 2008. Drei von fünf Plätzen sind von Mädchen besetzt. Ihr Anteil ist in den letzten Jahren kontinuierlich von 60 auf 56 % gesunken. Von den rund 4.100 betrieblichen Ausbildungsplätzen in Heidelberg sind rund 1.800 (44 %) von Heidelberger Jugendlichen besetzt. Hier überwiegen ebenfalls die Mädchen, die Geschlechterdifferenz ist allerdings nur gering.

Eine Studie des Instituts für Mittelstandsforschung, das für Heidelberg eine geschlechterdifferenzierte Arbeitsmarktanalyse vorgenommen hat, kritisiert das Berufswahlverhalten von Mädchen und Jungen. „In Bezug auf die Geschlechterunterschiede bei der Berufswahl und –ausübung hat sich in Heidelberg von Bewerberinnen und Bewerbern sowie weiblichen und männlichen Auszubildenden nichts Wesentliches geändert. Das Berufsspektrum der jugendlichen Frauen ist eingeschränkter als das der Männer, die aber ebenfalls wie die Frauen geschlechtstypische Präferenzen haben.“¹⁸ (...) Die Bewerberinteressen von Männern sind weiter gefächert als die der Frauen. Auch zeigt diese Studie, dass die „Ausübung eines Berufes letztlich nicht immer aus der individuellen Entscheidung persönlicher Bedürfnisse und Wünsche heraus gewählt wird, sondern eben auch an den Anforderungen und Gegebenheiten des Arbeitsmarktes Berufe erlernt und ausgeübt werden. Dies zeigt sich in Heidelberg zum Beispiel am Einfluss des Gesundheitswesens, was sich auch an der im Landesvergleich relativ hohen Zahl von Schülerinnen und Schülern in Schulen für Berufe des Gesundheitswesens abbilden lässt.“ Die Konzentration auf Frauenberufe minimiert in der Regel die Chancen, zu einem späteren Zeitpunkt ein höheres Einkommen zu erzielen oder einen beruflichen Aufstieg zu erlangen.¹⁹

Ob auch alle Interessenten für eine betriebliche Ausbildung versorgt werden konnten, ist den Statistiken der Bundesagentur für Arbeit zu entnehmen. Sie sind die einzigen Informationen über Angebot und Nachfrage am Ausbildungsmarkt, und zwar für beide Seiten des Marktes. Die Inanspruchnahme der Dienste der Berufsberatung und der Ausbildungsvermittlung durch Arbeitgeber und Jugendliche ist allerdings freiwillig, so dass keine vollständige Marktübersicht gegeben ist.²⁰

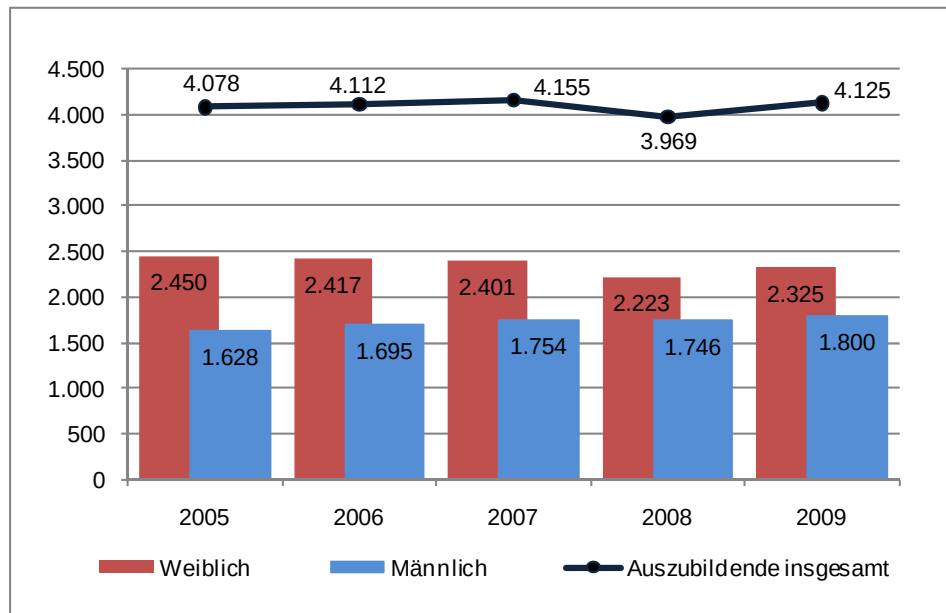
17 Bundesministerium für Bildung und Forschung 2010

18 Lauxen-Ulbrich, Maria; Berwing, Stefan: Exemplarische Auswertung und Interpretation der Daten für den Stadtkreis Heidelberg aus dem Projekt „Geschlechterdifferenzierende Arbeitsmarktanalyse“, herausgegeben vom Institut für Mittelstandsforschung, Universität Mannheim, Februar 2010, S. 7 ff..

19 Ebd. S. 8. Für 2007 konnte das Institut für Mittelstandsforschung für Heidelberg feststellen, dass „Frauen (selbst bei gleicher Arbeitszeit) nur rund 74 % (Vollzeit-Beschäftigte) bzw. 87 % (Teilzeit-Beschäftigte) der von Männern erzielten Einkommen erhalten.“ Diese Benachteiligung von Frauen ist in Heidelberger allerdings im Vergleich zum Land relativ moderat.

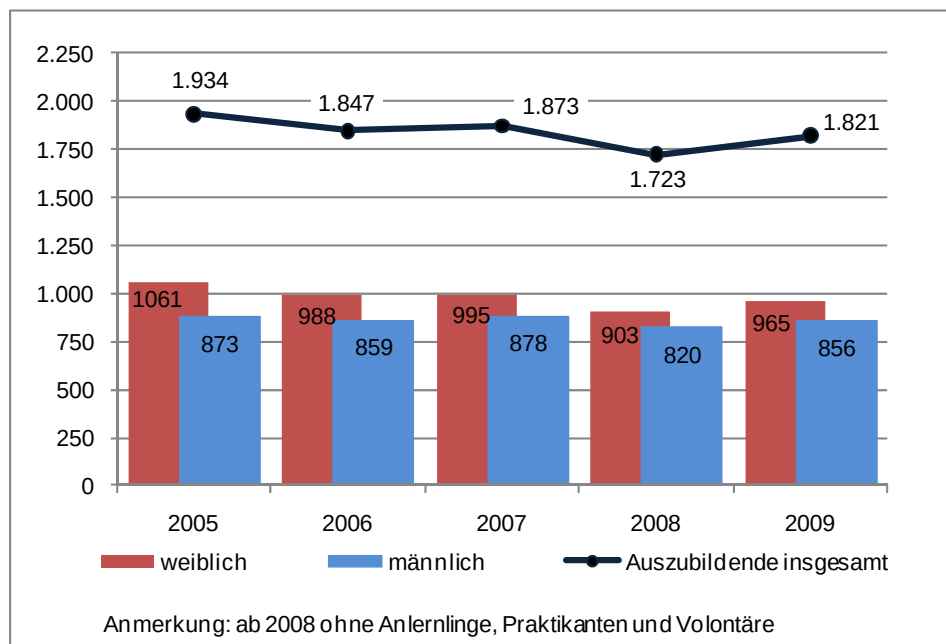
20 Bundesagentur für Arbeit 2009, Ausbildungsstellenmarkt: „Die Erfahrungen aus der Vergangenheit zeigen, dass der Einschaltungsgrad (gemeldete Ausbildungsstellen und gemeldete Bewerber) gemessen an Gesamtangebot und Gesamtnachfrage zwar sehr hoch ist, den Ausbildungsmarkt aber dennoch nicht vollständig abbildet. Denn ein nicht quantifizierbarer Teil der freiwilligen Inanspruchnahme durch Arbeitgeber und Jugendliche richtet sich nach den jeweiligen Verhältnissen auf dem Ausbildungsstellenmarkt. Bei wachsendem Nachfrageüberhang nutzen Ausbildungsbetriebe die Ausbildungsvermittlung seltener und später, die Jugendlichen jedoch häufiger und früher. Bei einem Angebotsüberhang verhält es sich umgekehrt.“

Abbildung 6.4: Auszubildende unter den Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort Heidelberg (jeweils zum 30.06.)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Abbildung 6.5: Auszubildende unter den Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort (jeweils zum 30.06.)



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Waren es 2006 noch 110 unversorgte Bewerber, die die Arbeitsagentur für die Stadt Heidelberg zu verzeichnen hatte, so sind es 2009 zum Stichtag 30. September lediglich 9 Personen, die noch keinerlei Ausbildungsperspektive haben, darunter drei Mädchen. Drei dieser Gruppe haben keinen deutschen Pass. Zu diesen Neun hinzu zu zählen sind auch jene Bewerber, die (noch) keinen Ausbildungsplatz gefunden haben, aber über eine alternative Ausbildungsmöglichkeit verfügen. Dies sind deutlich mehr, nämlich 65, darunter 11 Auslän-

Daher sind direkte Rückschlüsse auf die absoluten Zahlen von Gesamtangebot und Gesamtnachfrage nicht möglich.“ S. 4

der/innen bzw. 29 Mädchen. Die meisten haben einen Realschul- (31) oder Hauptschulabschluss (23), nur drei haben keinen Abschluss.

Knapp die Hälfte von diesen Bewerbern wird eine Schulbildung aufnehmen, ein Drittel wird weiter gefördert durch berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen, sechs beabsichtigen erwerbstätig zu werden.

Aus diesen Zahlen lässt sich eine deutliche Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt ablesen. Auch scheinen die zahlreichen Programme am Übergang von Schule zu Beruf ihre Wirkung zu zeigen.

Inzwischen zeigt diese Entspannung auf der Nachfrageseite nachteilige Folgen für die Nachwuchsrekrutierung für die Betriebe der Region, die einen eklatanten Fachkräftemangel in absehbarer Zukunft befürchten. Der Kampf um geeignete Auszubildende wird sich nach Auffassung der IHK Rhein-Neckar angesichts weiter sinkender Schülerzahlen in der Region und verbesserter wirtschaftlicher Rahmendaten verschärfen²¹. Sie hat deshalb auch der Verlängerung des Ausbildungspaktes zugestimmt, der neben der Schaffung von Ausbildungsplätzen und Einwerben von Ausbildungsbetrieben jetzt auch den Ausbau qualifizierter Schulpartnerschaften zur besseren Berufsorientierung, das verstärkte Werben für die Ausbildung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund und Altbewerbern sowie die Einführung von Einstiegsqualifizierungen speziell für förderungsbedürftige Jugendliche vorsieht.²²

Für die ausbildungswilligen Jugendlichen bleibt zu hoffen, dass sie damit in Zukunft von Anfang an den richtigen Beruf/ den richtigen Betrieb wählen und es immer weniger zu Ausbildungsabbrüchen kommt, die nach wie vor ein Problem darstellen. 2009 wurden 20 % aller Ausbildungsverträge in Heidelberg vorzeitig gelöst.²³

6.4 Zusammenfassung

Insgesamt haben sich die bereits traditionell besonders guten Bildungschancen für Heidelberger Kinder im Berichtszeitraum verbessert. Bereits für die Kleinsten wird durch gezielte Förderung und Qualitätssicherung in den Krippen und Kindergärten auf Chancengleichheit hingewirkt.

Einen Beitrag zu mehr Chancengerechtigkeit im Bildungssystem bieten die vielfältigen Unterstützungssysteme und -angebote wie die Sprachförderung an Grundschulen, das Heidelberger Unterstützungssystem Schule (HÜS) und die Hochbegabtenförderung.

Das Regionale Bildungsbüro mit seinen Schwerpunktaufgaben bei der Gestaltung von Übergängen in der Bildungsbiografie trägt zur Verbesserung der Chancen der schulischen und beruflichen Bildung bei. Auf dem Weg zur Inklusion gibt es innerhalb der Bildungsregion Heidelberg vielfältige Erfahrungen mit gemeinsamen Lernen von behinderten und nichtbehinderten jungen Menschen im frühkindlichen, schulischen und berufsvorbereitenden Bereich, die Vielfalt als Chance begreifen und dazu beitragen, den bestmöglichen Bildungserfolg für jedes Heidelberger Kind zu sichern. Um dies weiterzuentwickeln wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet.

21 Fachkräfte-Nachwuchs - dringend gesucht! In IHK-Magazin 10/2010, S. 14.

22 Cramer, Ulla: Fachkräfte im Fokus, IHK-Magazin Rhein Neckar 01/2011, S. 4.

23 Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Nicht zuletzt durch erfolgreiche Schulsozialarbeit gibt es immer weniger Abgänger/innen ohne Hauptschulabschluss. Wie auf Landesebene ist eine Tendenz zu immer höherwertigen Abschlüssen feststellbar.

Als Oberzentrum und Universitätsstadt weisen die Schulabgänger/-innen, die Heidelbergs Schulen besuchen, im Schnitt deutlich höhere Bildungsabschlüsse auf als auf Landesebene. Die Übertrittsquoten der Heidelberger Viertklässler auf das Gymnasium sind die höchsten im Land.

Auch bei den ausländischen Schüler/-innen lässt sich im Zeitverlauf der letzten neun Jahre eine klare Tendenz zu besserer schulischer Ausbildung in Form höherer Abschlüsse erkennen, die im Moment am deutlich gestiegenen Anteil Mittlerer Abschlüsse und einem steigenden Anteil an Übergängen aufs Gymnasium unter den Viertklässlern ablesbar ist. Jede/r vierte ausländische Schulabgänger/-in hat einen hochschulqualifizierenden Abschluss in der Tasche, doppelt so viele wie im Landesschnitt. Ausländische Kinder gelangen häufiger über berufliche Schulen zur (Fach) Hochschulreife, seltener an allgemeinbildenden Gymnasien.

Dennoch gilt nach wie vor, dass ausländische Schüler/-innen in Gymnasien und bei den hochschulqualifizierenden Abschlüssen unterrepräsentiert, bei den Abgängern ohne Abschluss und in den Hauptschulen überrepräsentiert sind.

Wie die Auswertung der Abschlüsse nach Schulart zeigen, gibt es ganz unterschiedliche Zugänge zu höher qualifizierender Bildung. Dies ist bei der Entwicklung von Indikatoren für ein Integrationsmonitoring zu berücksichtigen. Es sollte sich auf Daten stützen können, die gleichzeitig nach Geschlecht und Migrationshintergrund unterscheiden können.

Jungen sind unter den Abgängern mit Hauptschulabschluss im Zeitverlauf in der Regel überproportional vertreten, ähnlich verhält es sich bei den Abgängern ohne Abschluss, hier sank allerdings die Fallzahl deutlich. Jungen über die Schulsozialarbeit gezielt zu erreichen, bleibt weiterhin eine wichtige Aufgabe.

Mädchen weisen in der Regel in allgemeinbildenden Schulen höhere Bildungsabschlüsse auf, Jungen überwiegen beim Fachhochschulabschluss.

Auch wenn sich der Lehrstellenmarkt für die Auszubildenden entspannter als noch 2006 zeigt, sind die Bemühungen beim Übergang von Schule zu Beruf weiter zu verfolgen. Dies ist umso wichtiger als mit der Abschaffung der Wehrpflicht und dem doppelten Abiturjahrgang 2011/2012 wieder mit einer verstärkten Nachfrage gerechnet werden muss. Das Institut für Mittelstandsforschung empfiehlt dabei folgende Schwerpunkte:

- Trotz hohem schulischen Qualifikationsniveau der Heidelberger Schulabgänger/-innen, sollte auch an die 18- bis 24-Jährigen gedacht werden, die höchstens einen Mittlere-Reife-Abschluss haben, aber keine berufliche Ausbildung besitzen.
- In Bezug auf die Förderung von potenziellen Schulabgänger/-innen mit und ohne Hauptschulabschluss sollte der hohe Ausländer/-innenanteil in dieser Gruppe berücksichtigt werden, um die Qualifikationsdefizite (auch sprachliche) aufzufangen.
- Durch die Erweiterung des Berufswahlspektrums in (geschlechtsuntypischen) Branchen und Berufen mit längerfristigen Beschäftigungsperspektiven, dazu gehören auch Ausbildungs- und Studiengänge ohne geschlechtstypischen Merkmale, sollten Frauen überproportional zur Höhe ihres Anteils an den jeweiligen Zielgruppen gefördert werden.²⁴

24 A.a.O. S.20.

7. Wohnsituation

In diesem Kapitel soll zunächst das Angebot an Wohnungen für einkommensschwache Haushalte und dann die Nachfrage nach entsprechendem Wohnraum beleuchtet werden, die sich in den sozialen Sicherungssystemen widerspiegelt.

7.1. Geförderte und vertraglich gebundene Wohnungen

Innerhalb des Heidelberger Wohnungsmarktes gibt es Teilmärkte, die nur bestimmten Gruppen vorbehalten sind. Der Zugang zu diesen Wohnungen oder Wohnmöglichkeiten ist an die Einkommenssituation gekoppelt. Hierzu gehören die geförderten Wohnungen, die einer Sozialbindung unterliegen und die nur unter bestimmten Einkommensvoraussetzungen¹ bezogen werden können oder sonstige durch Vereinbarung gebundene Wohnungen, auf die im folgenden eingegangen wird.

Jede 11. Wohnung in Heidelberg (8,7 % des Bestandes) unterliegt einer solchen Bindung, insgesamt rund 6.200. Das sind rund 1.000 Wohnungen weniger als noch vor drei Jahren.² Ihre Verteilung im Stadtgebiet ist sehr unterschiedlich. Weit über die Hälfte (60,5 %) der Wohnungen befindet sich in den vier Stadtteilen Emmertsgrund, Kirchheim, Boxberg und Bergheim. Das sind drei Prozentpunkte mehr als 2006. Im Emmertsgrund machen sie fast die Hälfte der Wohnungen im Stadtteil aus, auf dem Boxberg mehr als ein Drittel. Demgegenüber liegt der gebundene Wohnungsanteil in den Stadtteilen Weststadt, Südstadt, Handschuhsheim, Neuenheim und Ziegelhausen bei unter 3 %. Bei unterdurchschnittlichem Verdienst ist damit die Wohnstandortwahl in Heidelberg weiterhin stark eingeschränkt.

Vom Bestand an sozial gebundenen Wohnungen kann vor dem Hintergrund der tatsächlichen Belegung nicht unbedingt auf armutsgefährdete Haushalte in einem Stadtteil geschlossen werden. Zudem kommt auch nicht jede Wohnung dieses Teilmarkts für arme Haushalte in Frage, da die Mieten je nach Stadtteil und Förderjahrgang/-art unterschiedlich hoch und damit teilweise zu hoch sind.

Um die Wohnversorgung einkommensschwacher Haushalte dennoch zu sichern, hat sich die GGH³ verpflichtet, insgesamt 3.500 Wohnungen mit einer Mietobergrenze von 5,50 Euro netto kalt für diese Zielgruppe vorzuhalten. Dies entspricht rund 50 % des derzeitigen Wohnungsbestandes der GGH. Diese Zahl an Wohnungen wird auch erhalten bleiben, wenn die sonstigen Bindungen auslaufen.⁴

1 Zum Bezug einer geförderten und damit belegungs- und / oder mietpreisgebundenen Wohnung wird ein Wohnberechtigungsschein benötigt, mit dem der/die Nachfragende nachweist, dass sie die einschlägigen Einkommensgrenzen einhält. Diese variieren bei den einzelnen Wohnungen je nach Förderart und Förderjahrgang. Derzeit liegt die allgemeine Grenze bei einem Vier-Personen-Haushalt mit zwei Kindern brutto bei einem Jahreseinkommen von 45.600 Euro bzw. für Alleinerziehende mit einem Kind bei 28.800 Euro.

2 Ursache hierfür ist das fördertechnisch bedingte Auslaufen der Bindungen.

3 Gesellschaft für Grund- und Hausbesitz mbH Heidelberg (GGH).

4 Drucksache 0076/2007/BV: GGH Strategie, GR-Beschluss vom 29.3.2007

Tabelle 7.1: Wohnungsbestand insgesamt und Wohnungen mit Sozialbindung nach Stadtteilen am 31.12.2009

Stadtteil	Wohnungen insgesamt	Darunter Wohnungen mit Sozialbindung					
		Insgesamt		darunter mit:			
				gesetzlicher oder vertraglicher Bindung		freiwilliger Bindung ¹⁾	
	abs.	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
Schlierbach	1.682	73	4,3	13	17,8	60	82,2
Altstadt	5.208	405	7,8	405	100,0	0	0,0
Bergheim	4.311	701	16,3	246	35,1	455	64,9
Weststadt	6.593	101	1,5	101	100,0	0	0,0
Südstadt	2.164	46	2,1	14	30,4	32	69,6
Rohrbach	7.980	507	6,4	486	95,9	21	4,1
Kirchheim	8.490	1.186	14,0	940	79,3	246	20,7
Pfaffengrund	3.996	413	10,3	177	42,9	236	57,1
Wieblingen	4.788	538	11,2	466	86,6	72	13,4
Handschuhsheim	9.438	264	2,8	102	38,6	162	61,4
Neuenheim	6.934	12	0,2	12	100,0	0	0,0
Boxberg	2.124	720	33,9	161	22,4	559	77,6
Emmertsgrund	2.657	1.161	43,7	1.119	96,4	42	3,6
Ziegelhausen	5.163	105	2,0	82	78,1	23	21,9
Gesamtstadt	71.528	6.232	8,7	4.324	69,4	1.908	30,6

¹⁾ Wohnungen mit einer freiwilligen Begrenzung der Sollnettokaltmiete

Quelle: Amt für Stadtentwicklung und Statistik, Amt für Baurecht und Denkmalschutz

Erfahrungen des Mietinteressentenbüros

Im Mietinteressentenbüro, das gemeinsam von der GGH und der Stadt Heidelberg betrieben wird, werden Wohnungssuchende beraten und Wohnungsbewerbungen entgegen genommen. 2010 gab es 3.083 Vorsprachen, darunter 2.256 Beratungen und 882 Neuanträge.

Zum 31.12.2009 waren bei der GGH 823 wohnungssuchende Haushalte gemeldet. Die Zahl ist seit der im Jahr 2006 vom Mietinteressentenbüro durchgeführten Aktualisierung aller Wohnungsbewerbungen auf einem konstant niederen Niveau. Dies ist u. a. zurückzuführen auf eine Entspannung in bestimmten Teilsegmenten und veränderten Zugangsvoraussetzungen.

Etwa 500 Wohnungen der GGH stehen pro Jahr zur Neubelegung zur Verfügung. Der tatsächliche Wohnraumbedarf in der Stadt liegt immer noch höher. Insbesondere Haushalte mit mittlerem Einkommen haben es schwer, in Heidelberg angemessenen Wohnraum zu finden. Die jährlich neu fertig gestellten Wohnungen kommen aufgrund ihrer Preisstruktur nur selten für diesen Personenkreis in Frage.

Von den 823 im Mietinteressentenbüro vorgemerkten Interessenten kommt ein Siebtel aus Nachbargemeinden und hat in Heidelberg einen Arbeitsplatz. 68 % der Interessenten haben einen Wohnberechtigungsschein. 48 % leben von Transferleistungen, darunter die meisten von Arbeitslosengeld II. Rund 22,7 % sind ausländische Haushalte.

Tabelle 7.2: Mietinteressenten für Wohnungen bei der GGH am 31.12.2009

Nach Einkommensart	Absolut	In %	Nach Bewerbungsgrund	Absolut	In %
Lohn/Gehalt	391	47,5	Schlechte Lage/Ausstattung	281	34,1
Selbstständige Arbeit	40	4,9	Wohnung zu klein	166	20,2
Rente/Pension	105	12,8	Hohe Miete	70	8,5
			Soziale/familiäre Probleme	56	6,8
ALG I / II	229	27,8	Drohende Obdachlosigkeit	74	9,0
Unterhalt/Bafög etc.	58	7,0	Vorliegende Kündigung	20	2,4
-			Wohnung zu groß	29	3,5
-			Sonstige Gründe	127	15,5
Summe	823	100	Summe	823	100

Quelle: GGH 2010

Gegenüber 2007 hat sich der Anteil der Bewerber, der von Arbeitslosengeld lebt um ein knappes Viertel (+ 5,3 Prozentpunkte) erhöht, ebenso geringfügig derjenige, der von Obdachlosigkeit bedroht ist (+ 1,5 Prozentpunkte).

7.2. Wohnen mit Behinderung und im Alter

In Heidelberg leben rund 18.300 Menschen mit Behinderungen und 24.320 Personen, die 65 Jahre oder älter sind. Nicht alle von ihnen bedürfen, um weitgehend unabhängig von Hilfe leben zu können, einer barrierefreien Architektur. Aber Menschen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind und ältere Menschen, deren Kräfte und Muskelbeweglichkeit nachlassen, können durch eine barrierefreie Architektur ihre Selbstständigkeit länger erhalten oder die Abhängigkeit von Hilfe durch Dritte zumindest teilweise vermeiden.

Genaue Zahlen, wie viele Menschen mit Behinderungen eine barrierefreie Wohnung in Heidelberg benötigen, sind nicht bekannt. Hier kann nur auf Erfahrungswerte zurückgegriffen werden. Die GGH führt eine lange Warteliste und die Erfahrungen aus dem Beratungsbereich zeigen, dass die Nachfrage nach barrierefreiem Wohnraum groß ist und noch immer schwer gedeckt werden kann. Die rechtlichen Vorgaben (§ 35 Abs. 1 Landesbauordnung LBO) sehen im Neubau die Errichtung eines barrierefrei zugänglichen Geschosses vor. Die beim Bauamt angesiedelte Fachstelle für barrierefreies Planen, Bauen, Wohnen (Wohnberatung) achtet zusammen mit den zuständigen Technikern auf die Einhaltung dieser Vorgaben und leistet Überzeugungsarbeit bei den Planern, Architekten und Bauherren. Durch die Beratung gelingt es in der Regel die Anforderungen an die Ausgestaltung der Wohnung nach Landesbauordnung im Sinne der Bedarfe von älteren und alternden Menschen und Menschen mit Mobilitätsbehinderungen zu optimieren. Gleichzeitig wirkt die Fachstelle darauf hin, im Neubau die Anzahl der barrierefrei nutzbaren Wohnungen über die von der LBO geforderten Wohnungen hinaus, zu steigern.

Möglichst alle Neubauwohnungen sollten als sogenannte „Lebenslaufwohnungen“ gebaut werden, damit sie für alle nutzbar sind und in jeder Lebenslage bleiben, bzw. sich mit einfachen Umbaumaßnahmen den sich ändernden Bedürfnissen anpassen können. Insbesondere die Neubautätigkeiten in der Bahnstadt versprechen eine deutliche Zunahme der barrierefrei nutzbaren Wohnungen in Heidelberg.

Parallel dazu führt die Fachstelle ein Wohnungskataster, das geeignete barrierefreie bzw. senioren- und behindertenfreundliche Wohnungen im Bestand und im Neubau in Heidelberg enthält. Eine Statistik über den Bestand wird in absehbarer Zeit zur Verfügung stehen. Fernziel ist es, Betroffenen die Suche nach einer bedarfsgerechten Wohnung zu erleichtern und die nötigen Ansprechpartner zu vermitteln.

Derzeit geht das Amt für Baurecht und Denkmalschutz davon aus, dass sich die Zahl an rollstuhlgeeigneten / rollstuhlgerechten Wohnungen in den letzten Jahren erhöht hat und mit der konsequenten Anwendung des § 35 Abs. 1 der LBO weiter steigen wird. Das städtische Förderprogramm „Barrierefreie Wohnungen“ gewinnt an Bekanntheit. Seit 2006 wurden insgesamt 51 Wohnungen gefördert.

Die meisten älteren Menschen leben in Heidelberg in ihrer angestammten Wohnung. Für diejenigen unter ihnen, die auf umfassende Hilfe und dauerhafte Pflege angewiesen sind, gibt es ein gutes Angebot an stationären, teilstationären und ambulanten Wohnformen (das heißt Betreutes Wohnen). Allerdings liegen letztgenannte überwiegend im hochpreisigen Bereich, den sich Ältere mit geringen Einkünften nicht leisten können. Nicht alle Stadtteile sind somit was bezahlbares Betreutes Wohnen betrifft gleichermaßen gut versorgt. Die Nachfrage nach Sonderwohnformen (z. B. betreute Pflegewohngruppen, Wohngemeinschaften und Gemeinschaftlichen Wohnprojekten -selbstverwaltete Hausgemeinschaften, z. B. OASE-) ist steigend. Hier sind weitere gut geplante Projekte wünschenswert. Mit dem Projekt Prisma hat der Verein OASE sein erstes Heidelberger Wohnprojekt verwirklicht. Zwei Untergruppen des Vereins OASE (Horizonte 1 + 2), die Interesse an einem Mietprojekt haben, suchen derzeit (2011) nach geeigneten Grundstücken und Investoren.

7.3. Wohngeld

Unter den deutschen Großstädten ist Heidelberg nach dem Mietpreisniveau eine der teuersten Städte. Die Mietpreisspreizung ist ausgeprägt, der Wohnungsmarkt durch den Nachfrageüberhang in Teilsegmenten angespannt. Die Folge ist, dass Einkommensschwächere besonders schwierigen Zugang haben. Unter diesen Bedingungen ist die Wohnkostenbelastung im Rahmen eines Berichtes zur Sozialen Lage von besonderem Interesse. In den beiden folgenden Abschnitten werden deshalb zum einen die Wohnsituation der Wohngeldhaushalte und zum anderen die von SGB II - Bedarfsgemeinschaften näher betrachtet.

„Die soziale Absicherung des Wohnens⁵ erfolgt über das Wohngeld oder über die Übernahme der Unterkunftskosten (KdU) innerhalb der Mindestsicherungssysteme (siehe nächsten Kapitel 7.4.) Diese sind vor allem die "Grundsicherung für Arbeitsuchende" nach SGB II sowie die "Hilfe zum Lebensunterhalt" und die "Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung" nach SGB XII. Zwischen den verschiedenen Systemen zur sozialen Absicherung des Wohnens bestehen erhebliche Unterschiede und Wechselwirkungen, die beispielsweise die Höhe der Leistungen für die Empfängerhaushalte beeinflussen. (...)

Die Aufgabe der Mindestsicherungssysteme besteht darin, das Existenzminimum zu sichern. Dieses setzt sich vereinfacht gesehen aus dem Regelsatz für den Lebensunterhalt und den angemessenen Kosten für die Unterkunft und die Heizung zusammen. Das Wohngeld ist auf die wirtschaftliche Absicherung des Wohnens beschränkt, eine Deckung des sonstigen Lebensunterhalts ist nicht vorgesehen. Da das Wohngeld nur gewährt wird, wenn keine Mindestsicherung bezogen wird, ist es eine Leistung, die oberhalb der Mindestsicherung angesiedelt ist. Somit ist bei zunehmendem Einkommen mit einem Wechsel von der Mindestsicherung ins Wohngeld zu rechnen. Für Transferempfänger mit schwankendem Einkommen an der Grenze zwischen den beiden Systemen kann es zu einem häufigen Wechsel zwischen der Mindestsicherung und dem Wohngeld kommen.“

Wohngeld und/oder Kinderzuschlag können vor Hilfebedürftigkeit schützen

„Die Höhe der Leistungsansprüche hängt bei der Übernahme der Unterkunftskosten im Rahmen der Mindestsicherungssysteme wie auch beim Wohngeld von der Höhe des anrechenbaren Einkommens ab. Die Abwägung zwischen den beiden Systemen ist auch deshalb nicht einfach, weil die anrechenbaren Einkommen unterschiedlich berechnet werden. In die Abwägung zwischen der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach SGB II und dem Wohngeld muss zusätzlich der Kinderzuschlag⁶ einbezogen werden. Er ist, wie das Wohngeld, eine Leistung, die oberhalb der Mindestsicherungssysteme ansetzt und nur dann bewilligt wird, wenn er zusammen mit dem Wohngeld die Hilfebedürftigkeit vermeidet. Seine Aufgabe besteht darin, das "Abrutschen" von Bedarfsgemeinschaften mit Kindern in die Grundsicherung für Arbeitsuchende zu verhindern. Das Arbeitslosengeld II ist deshalb nicht nur gegen das Wohngeld, sondern gegen das Wohngeld und den Kinderzuschlag abzuwägen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Wohngeld und Kinderzuschlag von unterschiedlichen Behörden

5 Dieser Einführungstext ist der Forschungsprojektbeschreibung „Soziale Absicherung des Wohnens - Vergleich, Schnittstellen und Harmonisierungsansätze der Systeme“ des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) entnommen. Unter: <http://www.bbsr.bund.de> > Wohnen und Immobilien > Rahmenbedingungen und Instrumente > Forschungsprojekte.

6 Mehr dazu im Anhang

bewilligt werden, nämlich den Wohngeldstellen der Kommunen und den Familienkassen der Bundesagentur für Arbeit.“⁷

Für wie viele Kinder in Heidelberg die Eltern Kinderzuschlag erhalten, war wegen der Kosten nicht zu ermitteln. Im Familienkassenbezirk Mannheim/Heidelberg, zu dem außer den beiden Großstädte noch 55 Gemeinden gehören, stieg die Zahl von 800 Kindern im Dezember 2005 auf 1.400 im Dezember 2009. Auf Heidelberg würde vermutlich eine zweistellige Zahl entfallen.

Jüngste Wohngeldrechtsänderung erweitert den Kreis der Berechtigten

Seit über 40 Jahren unterstützt das Wohngeld einkommensschwache Bürgerinnen und Bürger bei ihren Wohnkosten. Das Wohngeld wird als Mietzuschuss (für Mieterinnen und Mieter) oder als Lastenzuschuss (für selbstnutzende Eigentümerinnen und Eigentümer) geleistet. Die Kosten teilen sich Bund und Länder je zur Hälfte. Auf Wohngeld besteht ein Rechtsanspruch. Jeder, der die Voraussetzungen erfüllt, kann seinen Anspruch geltend machen. Voraussetzung ist, dass er keine der oben genannten Transferleistungen bezieht. Wohngeld wird in der Regel für zwölf Monate gewährt.

Am 01. Januar 2009 trat die Wohngeldreform mit wesentlichen Leistungsverbesserungen in Kraft. Diese Änderungen bestehen aus folgenden Bausteinen:⁸

- Die bisherigen Einkommensgrenzen wurden angehoben. Damit wird der Kreis der Berechtigten, die einen Antrag auf Wohngeld stellen können, erweitert.
- Neu ist, dass nicht nur Familienangehörige, sondern alle Personen in einem Haushalt, die miteinander verwandt sind oder in einer sonstigen Verantwortungs- und Einstehensgemeinschaft leben, bei der Wohngeldberechnung berücksichtigt werden.
- Auch die Unterscheidung zwischen sogenannten „reinen“ Wohngeldhaushalten und sogenannten Mischhaushalten im wohngeldrechtlichen Sinne ist neu. Ein Teil der Familienmitglieder wird bei der Berechnung des Wohngelds berücksichtigt und gilt als wohngeldrechtlicher Teilhaushalt und ein Teil ist aufgrund anderer Transferleistungen vom Wohngeld ausgeschlossen. Das vorliegende Kapitel enthält ausschließlich Daten zu reinen Wohngeldhaushalten, die sich aber etwas anders definieren als der statistische Haushalt und von daher auch nur eingeschränkt mit diesen vergleichbar sind.
- Es gilt nur noch ein nach der Mietenstufe der Gemeinde und nach der Haushaltsgröße gestaffelter Miethöchstbetrag, der um 10 % erhöht wurde. Die bisherige Differenzierung nach dem Baualter und der Ausstattung entfällt.
- Die Heizkosten werden bei der Wohngeldgewährung künftig in die Berechnungsformel einbezogen. Damit werden für die Empfänger erstmals die gestiegenen Energiepreise berücksichtigt.⁹ Diese Regelung galt allerdings nur 2009 und 2010.

Mit dieser Erhöhung des Wohngeldes sollte ein Ausgleich für die Preissteigerungen bei Mieten, Strom und kalten Betriebskosten seit der letzten Wohngeldanpassung im Jahr 2001 geschaffen werden.

⁷ Siehe Fußnote 5

⁸ Duschek, Klaus-Jürgen und andere: Wohngeld in Deutschland 2009, in: Wirtschaft und Statistik, Statistisches Bundesamt Wiesbaden, a.a.O. S. 28 f., Januar 2011

⁹ Burger, Franz: Wohngelderhöhung kostet voraussichtlich ca. 30 Mill. Euro jährlich, in: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 8/2008, S. 21 f..

Das Wohngeld ist abhängig von der

- Zahl der zu berücksichtigenden Haushaltsmitglieder, von der
- monatlichen Miete bzw. Belastung (bei Eigentümern) und
- vom anzurechnenden Einkommen des Haushaltes.

Das anzurechnende Einkommen ist aufgrund verschiedener Abzüge niedriger als das Bruttoeinkommen. Unter anderem werden das Kindergeld und der Kinderzuschlag beim Wohngeld nicht als Einkommen angerechnet.

Um die Heizkosten zu berücksichtigen, wird ein nach der Haushaltsgröße gestaffelter fester Betrag für Heizkosten zur anrechenbaren Bruttokaltmiete hinzugerechnet (siehe Tabelle 7.3). "Kalte" Nebenkosten, wie z.B. Abwasser- und Müllbeseitigung werden in voller Höhe einbezogen. Die sich ergebende Summe ist der maßgebliche Mietbetrag für die Ermittlung des Wohngeldes.

Schätzungsweise 60 % der Wohngeldhaushalte armutsgefährdet

Die Grenzen für das monatliche Gesamteinkommen und die anrechnungsfähige Miete der Gemeinden werden nach sechs Mietenstufen unterschieden.¹⁰ Heidelberg gehört zusammen mit Freiburg zu den Stadtkreisen, die in der Mietenstufe V liegen. Überschlägig betrachtet liegen diese Grenzen unter der in Kapitel 1 vorgestellten Armutsgefährdungsgrenze. Rechnet man allerdings Kindergeld bzw. Kinderzuschlag und/oder andere Sonderzahlungen/ Einmalzahlungen hinzu, können sich Überschreitungen ergeben. Das Amt für Soziales und Senioren der Stadt Heidelberg rechnet deshalb, dass nicht alle, sondern etwa 60 % der Wohngeldhaushalte armutsgefährdet sind.

Nach den ausländerrechtlichen Regelungen ist grundlegende Voraussetzung für die Aufenthaltsgewährung der Aufenthaltswert und u. a. die Sicherung des Lebensunterhaltes. Ziel ist zu verhindern, dass für die Sicherung des Lebensunterhaltes öffentliche Mittel (z. B. Wohngeld) in Anspruch genommen werden. Entscheidendes Kriterium für die Berechnung des Bedarfs ist die Frage, ob der Lebensunterhalt ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel bestritten werden kann. Zweck der gesetzlichen Regelung ist, keine weiteren bzw. neuen Belastungen für die öffentlichen Haushalte zu schaffen. Der Lebensunterhalt ist deshalb bereits dann als nicht gesichert anzusehen, wenn der Ausländer einen Anspruch auf öffentliche, nicht auf eigene Beiträge beruhende Leistungen hat, und zwar unabhängig davon, ob er diese tatsächlich in Anspruch nimmt.

Über 1.600 Wohngeldhaushalte in Heidelberg 2009

Zum 31.12.2009 erhielten in Heidelberg 1.656 Haushalte, in denen 3.036 Personen leben, Wohngeld, darunter 97,6 % einen Mietzuschuss und 2,4 % (40 Fälle) als Wohneigentümer einen Lastenzuschuss. Damit profitieren rund 2 % aller Heidelberger Haushalte von diesen Leistungen. Das sind 513 (44,9 %) Haushalte mehr als im Vorjahr, aber 312 Haushalte (rd. 16 %) weniger als 2005. Nach Auskunft der Wohngeldstelle kommen die Anträge aus allen Stadtteilen Heidelbergs.

10 Internetinformation des Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung unter: <http://www.bmvbs.de> > Bauen und Wohnen > Wohnraumförderung > Wohngeld > Wohngeld und Mietstufen > Anlagen zu „Liste der Mietstufen der Gemeinden nach Ländern ab 1. Januar 2009“. Auch Mannheim hat seit 01. Januar 2009 die Mietstufe V erreicht. Sie gilt auch in folgenden Nachbargemeinden Heidelbergs: Leimen, Eppelheim und Dossenheim. In den meisten angrenzenden Gemeinden in der Nähe zu Heidelberg gelten die Stufe IV, bei allen entfernteren die Mietenstufe III. Stuttgart hat die höchste Mietstufe mit VI in Baden-Württemberg.

Heidelberg und Baden-Baden liegen unter den Stadtkreisen an vierter Stelle mit 11 Wohngeldbezieherhaushalten je 1.000 Einwohner. Anteilig die meisten Wohngeldhaushalte hat Freiburg (15 Haushalte je 1.000 Einwohner) zu verzeichnen, gefolgt von Mannheim und Pforzheim sowie Heilbronn an dritter Stelle (Tabelle 7.4).¹¹

Vergleicht man die Zusammensetzung der Wohngeldempfängerhaushalte mit allen Haushalten in Heidelberg, zeigt sich, dass vor allem Haushalte mit Kindern überproportional vertreten sind. Der Anteil der Haushalte mit zwei und mehr Kindern ist mehr als doppelt so hoch wie bei den Haushalten insgesamt in Heidelberg. Auch die Haushalte mit einem Kind sind überproportional vertreten. Dafür liegt der Anteil von Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder bei weniger als einem Drittel von denjenigen in Heidelberg. Der Anteil der Einpersonenhaushalte liegt in Heidelberg 10 Prozentpunkte unter denjenigen der Wohngeldempfängerhaushalte (Abbildung 7.1). Dieser Vergleich steht nach der Reform allerdings unter einem Vorbehalt, da zu den Wohngeldhaushalten jetzt nicht mehr nur Familienangehörige zählen.

Unterscheidet man die Haushalte nach ihrem Erwerbsstatus, sind in Heidelberg erwartungsgemäß die Studierenden überproportional gegenüber dem Landesdurchschnitt vertreten, die Erwerbstätigen und die Rentner dagegen unterproportional. Die Nicht-Erwerbspersonen dominieren eindeutig mit fast 70 %. Die Arbeitslosen gehören zu dem Kreis der Arbeitssuchenden, die keine Leistungen beziehen oder die den Arbeitslosengeld I Empfänger/-innen angehören, die über das Wohngeld mehr Unterstützung erhalten als über die Aufstockung durch ALG II (Abbildung 7.2).

Insgesamt leben in den 1.656 Wohngeldhaushalten 3.036 Personen (inklusive Studierende), darunter 901 Kinder unter 25 Jahren, die kindergeldberechtigt sind. Eine genauere Betrachtung zeigt, dass unter den 553 Zwei- und Mehrpersonenhaushalten 197 Alleinerziehende mit insgesamt 319 Kindern sind (siehe auch Abbildung 7.3). Alleinerziehende sind damit mit einem Anteil von 12 % überproportional unter den Wohngeldhaushalten zu finden.

Die Heidelberger Wohngeldempfänger/-innen haben unter den Stadtkreisen mit durchschnittlich 7,43 Euro je m² die dritthöchste Wohnkostenbelastung nach Stuttgart mit 7,78 Euro je m² und Freiburg mit 7,65 Euro je m² und liegen somit 14,5 % über dem Landesschnitt (6,49 Euro je m²).

11 Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Statistischer Berichte, K VII 1 – J/09 Wohngeld - und Wohngeldempfänger in Baden-Württemberg am 31.12.2009.

Tabelle 7.3: Wohngeld-Einkommengrenzen und Höchstbeträge für die zuschussfähige Miete in Gemeinden der Mietenstufe V, zu der Heidelberg zählt

Zahl der zu berücksichtigenden Haushaltsmitglieder	Grenzen für das monatliche Gesamteinkommen*	Höchstbetrag für die zuschussfähige Miete	... auf Miete / Belastung zu addierender Betrag für Heizkosten
1	840 €	385 €	24
2	1.140 €	468 €	31
3	1.410 €	556 €	37
4	1.850 €	649 €	43
5	2.110 €	737 €	49

* Gesamteinkommen ist die Summe der Jahreseinkommen der zum Haushalt rechnenden Familienmitglieder abzüglich bestimmter Frei- und Abzugsbeträge. Kindergeld bleibt dabei außer Betracht. Monatliches Gesamteinkommen ist der zwölfte Teil des Gesamteinkommens.

Quelle: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung: Flyer „Die Wohngeldreform zum 1. Januar 2009“, Information im Internet unter: <http://www.bmvbs.de> > Bauen und Wohnen > Wohnraumförderung > Wohngeld

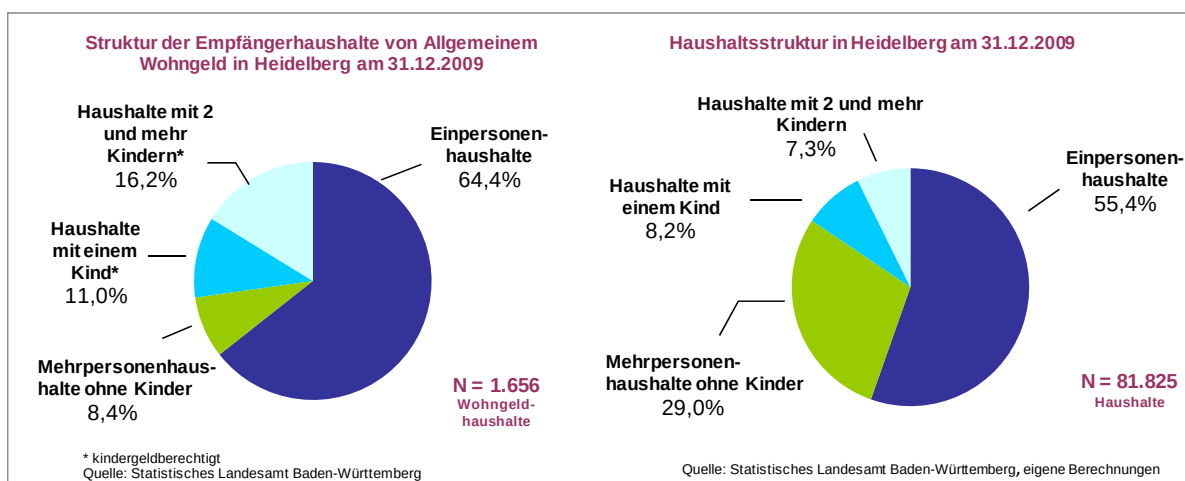
Tabelle 7.4: Wohngeldhaushalte je 1.000 Einwohner/-innen am 31.12.2009

Stadtkreis	Haushalte pro 1.000 Einwohner/-innen*
Stuttgart	8
Heilbronn	13
Baden-Baden	11
Karlsruhe	10
Heidelberg	11
Mannheim	14
Pforzheim	14
Freiburg	15
Ulm	10
Rhein-Neckar-Kreis	6
Baden-Württemberg	8

* Amtliche Einwohnerzahl zum 30.09.2009

Quelle: Statistisches Landesamt, Statistische Berichte

Abbildung 7.1: Struktur der Empfängerhaushalte von Allgemeinem Wohngeld in Heidelberg im Vergleich zur Haushaltsstruktur insgesamt am 31.12.2009



Entlastungswirkung bei Einpersonenhaushalten am höchsten

Wie Tabelle 7.5 veranschaulicht, müssen trotz Leistungsbezug fast ein Drittel aller Wohngeldhaushalte 35 % oder mehr ihres Einkommens für das Wohnen aufwenden, ein Wert, der in Fachkreisen als kritisch gesehen wird. Wenn ab 2011 der Heizkostenzuschlag entfällt und die Energiepreise steigen, dürfte sich diese Zahl weiter erhöhen.

Der Anteil, der vom Haushaltsbudget für Miet-/Wohnkosten ausgegeben wird, sinkt mit der Größe des Haushaltes. Die prozentuale Entlastungswirkung ist durch das Wohngeld bei Einpersonenhaushalten am höchsten. Im Schnitt sinkt ihre Belastung um 23,3 Prozentpunkte. Bei Vier-Personen-Haushalte ist die Entlastungswirkung des Wohngeldes am geringsten. Ihre Wohnkostenbelastung sinkt um 10,7 Prozentpunkte. Aber auch mit Wohngeldbezug müssen Einpersonenhaushalte einen größeren Anteil Ihres Haushaltsbudgets für Wohnkosten aufbringen als größere Haushalte. Betrachtet man die absoluten Werte ist die Entlastung mit einer durchschnittlichen Höhe von 340 Euro bei den Sechs- und mehr Personenhaushalten erwartungsgemäß am höchsten (Abbildung 7.4).

154 Euro erhält im Schnitt ein Wohngeldhaushalt in Heidelberg

Fast ein Drittel aller Wohngeldhaushalte erhielt zum 31.12.2009 weniger als 100 Euro und 27 % über 200 Euro pro Monat. Mit einem durchschnittlichen Wohngeldanspruch von 154 Euro liegt Heidelberg an dritter Stelle unter den Stadtkreisen (Tabelle 7.6).

Etwas mehr als ein Viertel (25,6 %) der Wohngeldempfänger/-innen überschritt die vom Gesetzgeber vorgesehenen Höchstbeträge der berücksichtigungsfähigen Miete. 2005 lag dieser Wert noch bei 49,2 %. Nach der Wohngeldreform ist jetzt die Marktrealität in Heidelberg etwas besser berücksichtigt. Die Diskrepanz zwischen anerkannter Miete und Marktrealität ist in anderen Kreisen und Städten noch ausgeprägter: Im Rhein-Neckar-Kreis überschritten insgesamt 40,8 %, im baden-württembergischen Teil der Metropolregion 31,6 %¹² der Wohngeldempfänger den Höchstwert. Heidelberg weist mit seinen 25,6 % damit im Landesvergleich den zweitniedrigsten Wert auf.

Nothilfefonds der Stadtwerke Heidelberg

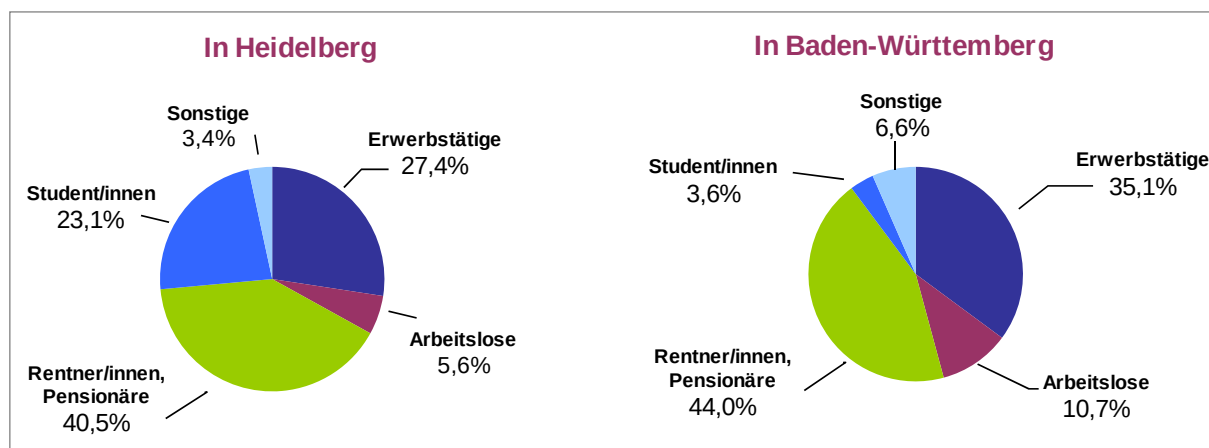
Mit der „Aktion Nothilfe“ hat der Heidelberger Energieversorger in Zusammenarbeit mit den Verbänden der Liga der Freien Wohlfahrtspflege Heidelberg und der Stadt Heidelberg einen Nothilfefonds eingerichtet. Dieser soll Privatkunden der Stadtwerke Heidelberg unterstützen, die in eine Notlage geraten sind.

Die finanzielle Förderung aus dem Fonds kann ausschließlich für die Begleichung der Energie- und Wasserrechnung der Stadtwerke Heidelberg verwendet werden. Die Höhe der Unterstützung wird individuell festgelegt. Der Höchstbetrag für den einzelnen Kunden liegt jedoch bei 2.000 Euro. Der Kontakt wird über die Wohlfahrtsverbände und die Stadt Heidelberg hergestellt.

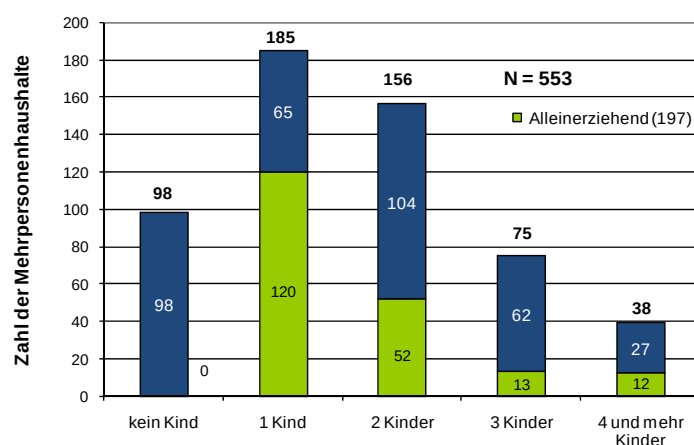
Im Jahr 2009 wurden insgesamt 104 Anträge von den Wohlfahrtsverbänden bewilligt. Knapp 33.000 Euro, d.h. fast Zweidrittel des zur Verfügung stehenden Fonds von 50.000 Euro wurde 2009 ausbezahlt. Über eine Neuauflage des Fonds wird bei den Stadtwerken jedes Jahr neu beraten und entschieden. Mit der Abschaffung des Heizkostenzuschlags beim Wohngeld wird dieser Fonds nochmals an Bedeutung gewinnen.

12 Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Statistischer Bericht, K VII 1 – J/09 Wohngeld - und Wohngeldempfänger in Baden-Württemberg am 31.12.2009

Abbildung 7.2: Empfängerhaushalte von Allgemeinem Wohngeld in Heidelberg und Baden-Württemberg am 31.12.2009 nach Erwerbsstatus



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Statistische Berichte

Abbildung 7.3:
Zwei- und Mehrpersonenhaushalten, die in Heidelberg am 31.12.2009 - Allgemeines Wohngeld bezogen nach Kinderzahl

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Sonderabfrage

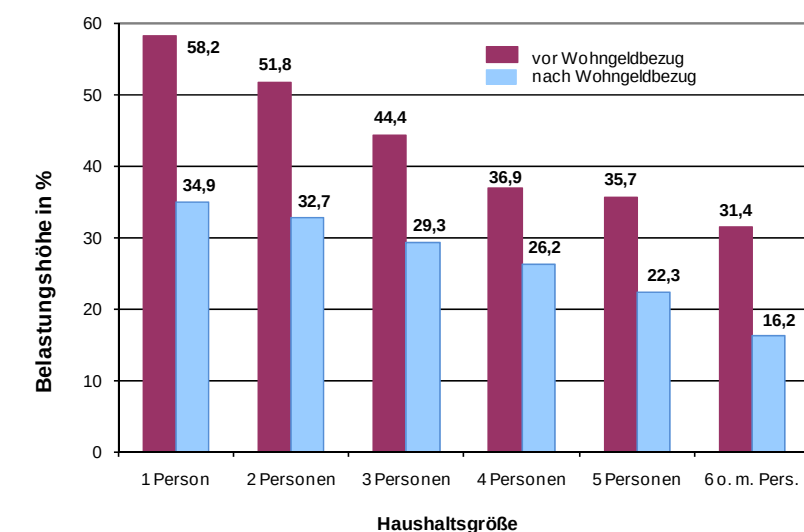
Tabelle 7.5: Belastungsgrad von Wohngeldhaushalte nach Haushaltsgrößen in Heidelberg zum 31.12.2009

Haushalte mit ... Personen	Die Haushalte hatten einen Belastungsgrad nach Gewährung des Wohngeldes von ... bis unter ... %											
	unter 15 %		15 – 25 %		25 – 30 %		30 – 35 %		35 % oder mehr		Summe	
	Anzahl											
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
1 Person	90	8,4	170	15,9	173	16,2	232	21,8	401	37,6	1.066	100,0
2 Personen	20	9,0	39	17,6	47	21,3	50	22,6	65	29,4	221	100,0
3 Personen	9	7,1	39	31,0	24	19,0	30	23,8	24	19,0	126	100,0
4 Personen	7	5,4	60	46,2	39	30,0	9	6,9	15	11,5	130	100,0
5 o. m. Pers.	31	27,4	60	53,1	9	8,0	7	6,2	6	5,3	113	100,0
Summe	157	9,5	368	22,2	292	17,6	328	19,8	511	30,9	1.656	100,0

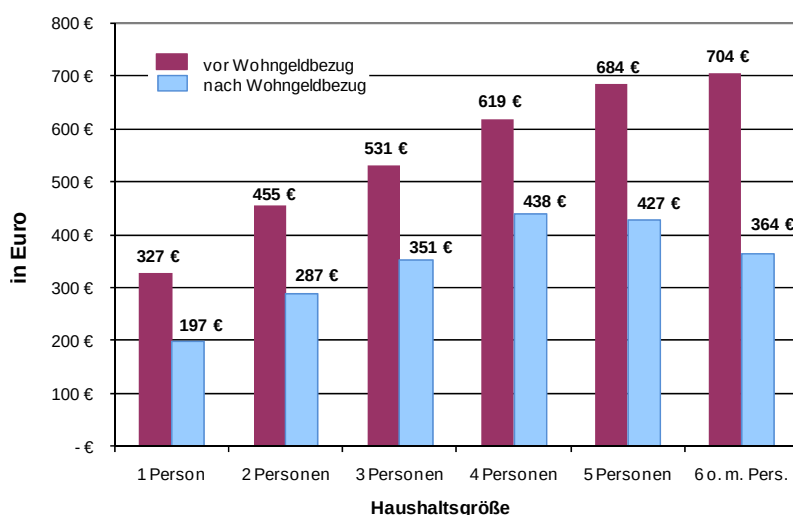
Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Sonderabfrage

Abbildung 7.4:

Durchschnittliche monatliche Wohnkostenbelastung der Haushalte vor und nach Wohngeldbezug in Prozent * und in Euro zum 31.12.2009



* Anteil der Wohnkosten am Gesamteinkommen zzgl. Kindergeld zzgl. Freibeträge laut Wohngeldgesetz (§§ 13-18 WoGG)



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Sonderabfrage

Tabelle 7.7:

Durchschnittliche monatliche Miete von Wohngeldhaushalten je m² Wohnfläche in Euro am 31.12.2009 in Heidelberg

Haushalte mit ... Personen	Miete in m ² in Euro
1	7,85
2	7,21
3	6,95
4	7,10
5	7,29
6 und mehr	6,86
Insgesamt	7,43

Quelle: Statistisches Landesamt, Statistische Berichte

Tabelle 7.6: Empfängerhaushalte von Allgemeinem Wohngeld am 31.12.2009 in Heidelberg nach Höhe des monatlichen Wohngeldes (Miet- und Lastenzuschuss)

Empfänger - Haushalte insgesamt	Davon mit monatlichem Wohngeld von ... bis unter ... Euro											Durchschnittl. monatlicher Wohngeldanspruch in Euro
	gesamt Euro	unter 25 Euro	25 - 50 Euro	50 - 75 Euro	75 - 100 Euro	100 - 125 Euro	125 - 150 Euro	150 - 200 Euro	200 - 250 Euro	250 - 300 Euro	300 oder mehr Euro	
Absolut	1.656	53	132	194	176	215	182	259	188	111	146	154
In Prozent	100	3,2	8,0	11,7	10,6	13,0	11,0	15,6	11,4	6,7	8,8	

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Statistische Berichte

7.4. Wohnsituation von ALG II - Empfängerinnen und Empfänger

Die nachfolgenden Ausführungen beziehen sich ausschließlich auf Bedarfsgemeinschaften¹³, die ALG II-Grundsicherungsleistungen erhalten und dadurch einen Anspruch auf die Übernahme der Kosten für Unterhalt und Heizung haben. Sämtliche Angaben, die sich überwiegend auf Veröffentlichungen der Bundesagentur für Arbeit (BA)¹⁴ stützen, betreffen die Ausgangssituation Ende Dezember 2009 und sind somit zeitpunktbezogen. Die veröffentlichten Daten weisen nicht für alle Ebenen die gleiche Vollständigkeit auf¹⁵. Die Bewertung stellt eine Momentaufnahme dar und ist nur begrenzt generalisierbar. Die individuelle Situation kann ganz anders sein, als dies durch statistische Durchschnittswerte zum Ausdruck kommt. Trotz der genannten Einschränkungen vermittelt das Datenmaterial einen differenzierten Einblick in die Wohnsituation von ALG II-Empfängern in Heidelberg und macht einen wesentlichen Teil der kommunalen Unterstützungsleistungen transparent.¹⁶

Im Dezember 2009 wurde bei 4.284 (95,6 %) aller 4.482 Bedarfsgemeinschaften in Heidelberg ein laufender Bedarf an Unterkunftskosten anerkannt. Das entspricht 5,3 Prozent aller Haushalte in Heidelberg zu diesem Zeitpunkt. Bei der Minderheit, für die keine Wohnkosten berücksichtigt wurden, handelt es sich überwiegend um Einzelpersonen, die mietfrei im Haushalt meist verwandter Nichtleistungsempfänger wohnen, mit denen sie keine Bedarfsgemeinschaft bilden, oder um Obdachlose. Entsprechend liegt beim Bedarfsgemeinschaftstyp „Single“ der Anteil der Bedarfsgemeinschaften mit anerkannten Unterkunftskosten an allen Single-Bedarfsgemeinschaften bei nur 93 %, wohingegen - abgesehen noch von den Alleinerziehenden¹⁷ mit einem Kind (Wohnkostenanerkennung bei 417 von 423 Bedarfsgemeinschaften) - bei den übrigen Bedarfsgemeinschaftstypen hier nahezu 100 % erreicht werden.¹⁸

Nicht in allen Fällen bewohnt eine Bedarfsgemeinschaft eine Wohnung allein. Mitunter wird sie mit anderen Personen, z.B. Eltern oder sonstigen Verwandten geteilt. Die von der Bundesagentur für Arbeit veröffentlichten Angaben zu Größe, zum Ausstattungsstandard und zu den Kosten der Unterkunft beziehen sich deshalb zunächst auf die Wohnungsgemeinschaften (Haushaltsgemeinschaft)¹⁹, mit der sich die Bedarfsgemeinschaft die Wohnung teilt. Dies unabhängig davon, ob ein anerkannter Bedarf auf Kostenerstattung vorlag. Zur Prüfung der

13 Zur Definition der einzelnen Typen der Bedarfsgemeinschaften siehe die Erläuterung im Anhang zu Kapitel 5. In die Betrachtung wurden nur jene Bedarfsgemeinschaften einbezogen, die einen laufenden Bedarf an der Übernahme der Kosten für Unterkunft und Heizung haben.

14 Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II, Wohn- und Kostensituation in den Regionen, Nürnberg, Dezember 2009, (Region: Heidelberg Stadt, Erstellungsdatum: 24.03.2010), Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II, Report für Kreise und kreisfreie Städte, Heidelberg Stadt, Nürnberg 2009, Dezember 2009, Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Wohn- und Kostensituation in den Regionen, Bundesbericht, Dezember 2009 (Daten jeweils mit Wartezeit von 3 Monaten).

15 Die Veröffentlichung der Bundesagentur weist bei der Kostenausweisung im Gegensatz zur Wohnstruktur keinerlei Lücken auf. Das bedeutet, dass der Kostenüberblick die Gesamtsituation über die Kostenübernahmen der Stadt und über die (potenziellen) Belastungen der förderungsabhängigen Haushalte widerspiegelt.

16 Für die Universitätsstadt ist eine geringe Schwankungsbreite in der Fallzahl seit 2007 typisch.

17 Um die Lesbarkeit zu erleichtern, werden im Text häufig „Bedarfsgemeinschaften“ und „Haushalte“ synonym verwendet.

18 Betrachtet man den Anteil der Single-Bedarfsgemeinschaften an allen Bedarfsgemeinschaften, für die Kosten der Unterkunft berücksichtigt werden, beträgt dieser dann auch folgerichtig nur 58,3 %. Grundsätzlich stellen die Single-Bedarfsgemeinschaften aber, wie im Kapitel 5.2.3 beschrieben, 59,9 % aller Bedarfsgemeinschaften nach dem SGB II in Heidelberg im Dezember 2009.

19 Insgesamt 4.482 Wohnungsgemeinschaften (siehe auch Anhang zu Kapitel 7)

Angemessenheit der Wohnung und der erstattungsfähigen Kosten werden diese dann auf die Bedarfsgemeinschaft umgelegt.²⁰

ALG II-Bezieher/innen leben überwiegend in kleinen Wohnungen

Ende 2009 wohnten 95 von 100 der Haushalte, die eine Unterkunftskostenerstattung erhielten, zur Miete. Im Mittel liegen nur für jeden zweiten Haushalt Angaben zur Wohnungsgröße und zum Ausstattungsstandard vor.²¹ Von den Wohnungsgemeinschaften, für die diese Angaben vorlagen, wohnte die Mehrheit (63 %) in kleineren Wohnungen mit maximal zwei Zimmern. Vier und mehr Zimmer hatten nur 12 % der Unterkünfte. Dementsprechend verfügte nur jede vierte Wohnung über 80 und mehr Quadratmeter Wohnfläche.

Im Durchschnitt standen den einzelnen Wohnungsgemeinschaften 2,2 Zimmer zur Verfügung. Bei Mehrpersonenhaushalten mit zwei und mehr Kindern war es im Mittel nur ein Zimmer mehr. Der für alle Wohnungsgemeinschaften ermittelte Durchschnittswert ist stark von den Einpersonenhaushalten geprägt, die in der Mehrheit in kleineren Wohnungen (Durchschnitt: 1,7 Zimmer) lebten. Nahezu jede zweite Wohnung eines Ein-Eltern-Haushaltes verfügte über höchstens zwei Zimmer. Keinesfalls lassen sich jedoch aus den veröffentlichten Angaben krasse Missverhältnisse zwischen der Kopfzahl und der Zimmerzahl ausmachen. Wenn, dann trifft dies nur für eine Minderheit zu. Grundsätzlich gilt für alle betroffenen Wohnungsgemeinschaften, dass sie in bescheidenen Verhältnissen wohnen. Besonders deutlich wird dies bei den Alleinerziehenden.

Die von den Wohnungsgemeinschaften bewohnten Unterkünfte waren im Durchschnitt 61 m² groß. Auf die Bedarfsgemeinschaften entfielen darunter im Mittel ca. 56 m². Je nach der Haushaltsgröße bewegen sich die Durchschnittsflächen je Wohnung ohne Auffälligkeiten ober- bzw. unterhalb dieser Marge. Sie liegen zwischen 44 m² für von Singles und bei 91 m² für die von Fünf- und Mehrpersonenhaushalten bezogenen Wohnungen. Nur in wenigen Fällen werden diese Werte deutlich unterschritten. Ein extremes Abweichen nach oben verhindert die Bemessungsgrenze. Ein Überschreiten ist nur möglich, wenn der Wechsel in eine kleinere Wohnung nicht zumutbar ist. Wenn ein Teil der Haushalte in davon abweichenden engeren Verhältnissen leben muss, dann sind es vor allem die Alleinerziehenden mit einem Kind. Die Mehrheit der Ein-Personenhaushalte lebt in Wohnungsgemeinschaften mit größeren Wohnungen. Etwa jeder Fünfte teilt sich eine Wohnung mit 60 und mehr m² Fläche.

Die ausschließlich für Wohnungsgemeinschaften vorliegenden Pro-Kopf-Wohnflächen bewegen sich je nach der Haushaltsgröße im Mittel zwischen knapp 19 m² und 42 m². Die Spreizung zwischen dem höchsten und dem niedrigsten Wert - der Abstand liegt bei 23 m² - ist in Heidelberg außergewöhnlich hoch. So liegt die im Durchschnitt einem Einpersonenhaushalt zur Verfügung stehende Fläche mit 42 m² um mehr als das Doppelte höher als bei einem fünfköpfigen Mehrpersonenhaushalt mit 19 m². Zu berücksichtigen ist dabei jedoch, dass sich Singles wesentlich häufiger als andere Bedarfsgemeinschaften die Wohnung mit weiteren Personen teilen.

Zu den erstattungsfähigen Kosten für Unterkunft und Heizung zählen die Kaltmiete sowie die Heiz- und sämtliche Nebenkosten einschließlich der einmaligen (Beschaffungs-) Kosten.

20 Vgl. hierzu die Ausführungen im Unterabschnitt über die Unterkunftskosten.

21 Für Heidelberg sind die Erfassungslücken im Vergleich zu den anderen (Stadt-)Kreisen auffällig und lassen eine vom üblichen Verfahren abweichende Handhabung der Merkmalsausweisung bei der ARGE Heidelberg vermuten. Die Werte und berechneten Durchschnittsgrößen beziehen sich jeweils nur auf die erfassten Fälle. Durch die teilweise mangelnde Repräsentativität verbietet sich eine Generalisierung.

In der Mehrheit der Fälle erfolgte eine Kostenübernahme durch die ARGE Heidelberg auf der Basis von Bruttowarmmieten (Brutto-Warm-Regelung) in Form einer Mietpauschale.²² Da somit für die größte Gruppe keine Aufschlüsselung nach den Heiz- und Nebenkosten vor-

Abbildung 7.5: Höhe der durchschnittlich anerkannten (Brutto-) Warmmiete in Euro je m² nach Größe der Bedarfsgemeinschaft im Dezember 2009

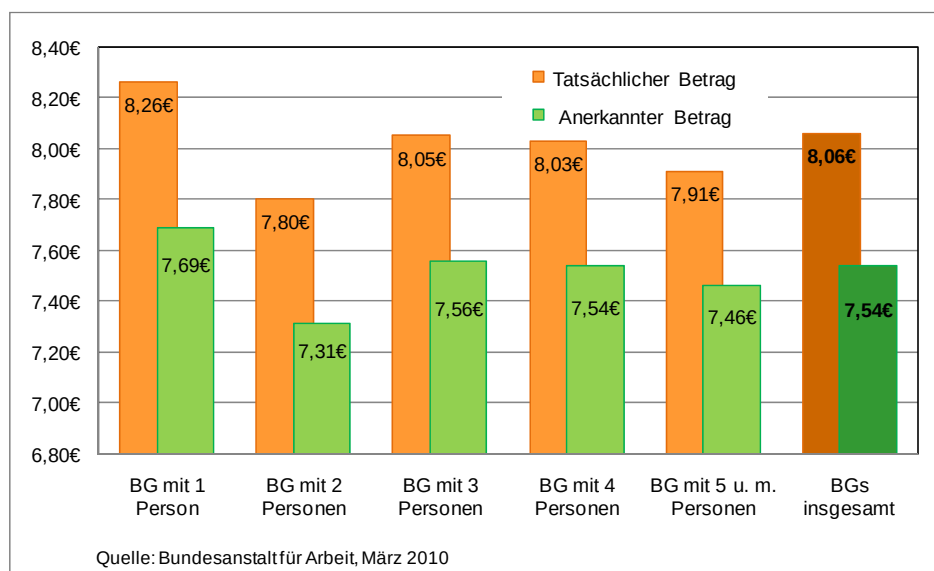
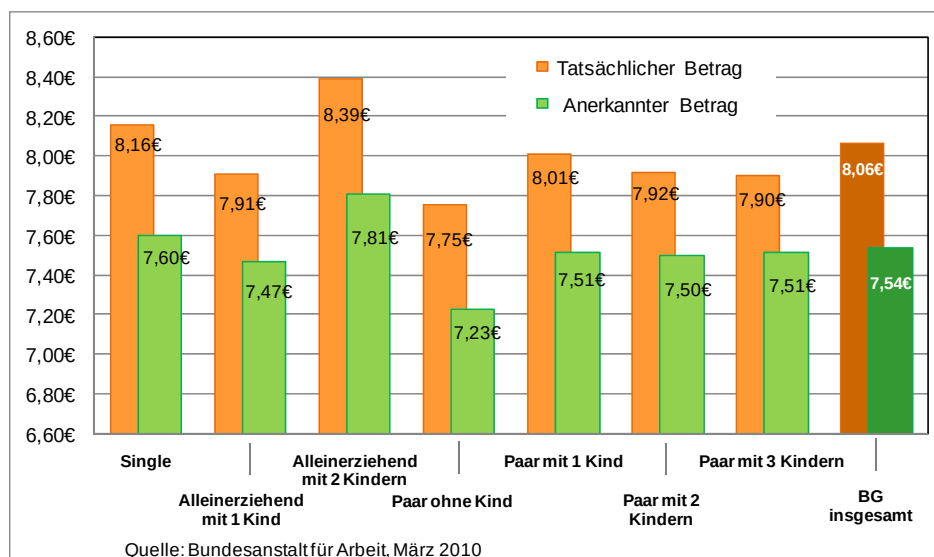


Abbildung 7.6: Höhe der durchschnittlich anerkannten (Brutto-) Warmmiete in Euro je m² nach dem Familientyp der Bedarfsgemeinschaft im Dezember 2009



²² Das von der ARGE Heidelberg zur Bestimmung des Bedarfs sowie der angemessenen Mietkosten angewandte Berechnungsmodell basiert auf einem differenzierten Merkmalskatalog. Es setzt - vereinfacht ausgedrückt - die genutzte Wohnung nach der Größe, dem Ausstattungsstandard und den Gesamtkosten in Relation zur Haushaltsgröße der Bedarfsgemeinschaft, zum Alter der Bewohner/-innen und zum anrechenbaren Hauhaltseinkommen (einschl. sonstiger Transferleistungen Dritter). Dabei wird die Lage der Wohnung im Stadtgebiet berücksichtigt und in Anlehnung an den Mietspiegel ein Zuschlag für teurere Wohnlagen gewährt. Die Angemessenheit von Mietaufwendungen ist unter Berücksichtigung des vorhandenen Wohnraums im unteren (Preis-) Segment zu ermitteln. Zum Erhebungszeitpunkt war das Berechnungsmodell vom 1.8.2009 verbindlich.

liegt, wurde in der vorliegenden Analyse wegen möglicher Fehlinterpretationen auf eine entsprechende Ausweisung verzichtet.

Im Schnitt werden 94 % der tatsächlichen Unterkunftskosten anerkannt

Von den insgesamt bei den betroffenen Haushalten anfallenden Kosten für Unterkunft und Heizung (sogenannte tatsächliche Kosten)²³ wurden im Dezember 2009 nach dem oben genannten Bemessungskatalog im Schnitt knapp 94 % anerkannt. Das bedeutet, dass im Mittel 6 von 100 Euro Mietkosten von den Bedarfsgemeinschaften selbst getragen werden mussten. Für die rund 4.300 SGB II-Haushalte in Heidelberg bestand im Dezember 2009 ein Bedarf in Höhe von insgesamt knapp 1,9 Mio. Euro für Unterkunft und Heizung einschließlich aller Nebenkosten.²⁴ Das waren im Mittel je m² Wohnfläche 7,54 Euro, je Person im Haushalt 224 Euro²⁵ und je Bedarfsgemeinschaft circa 406 Euro. Die anerkannten Kosten je m² Wohnfläche bewegen sich je Haushaltstyp um den Mittelwert und unter-/ überschreiten ihn um maximal 30 Cent/je m².

Die Kosten je Bedarfsgemeinschaft waren nach Verrechnung mit einem anrechenbaren Einkommen²⁶ der Hilfebedürftigen von der Stadt zu tragen. Sowohl von der Kostenbelastung als auch nach der Höhe der in der Stadt anerkannten Mietkosten nimmt Heidelberg im regionalen Vergleich eine Stelle im Spitzenfeld ein. Nur in 37 von 321 (Stadt)Kreisen in der Bundesrepublik Deutschland lag der Betrag der anerkannten Unterkunftskosten je Bedarfsgemeinschaft höher als in Heidelberg.²⁷

Für die quantitativ größte Haushaltsgruppe, die erwerbsfähigen Ein-Personen-Haushalte, wurden die höchsten Kosten anerkannt. Im Betrachtungsmonat waren dies nahezu 887.000 Euro. Für die von der Haushaltszahl kleinere, jedoch von der Personenzahl um mehr als das Doppelte stärkere Gruppe der Mehrpersonenhaushalte lag der Betrag der anerkannten Unterkunftskosten mit 985.000 Euro nur um 11 % höher. Durch die relativ höheren Ausgaben pro Person verursacht die von der Personenzahl her wesentlich kleinere Haushaltsgruppe fast die gleichen Kosten wie die zu unterstützenden Familien. Diese Kostenschiefe ist typisch für Großstädte, vor allem für Universitätsstädte mit einem starken Singleanteil. Die höchsten Kosten je Person im Haushalt wurden für Ein-Personen-Haushalte (312 Euro) berücksichtigt, gefolgt von den Ein-Eltern-Haushalten mit einem Kind (219 Euro). Am geringsten war mit knapp 139 Euro pro Person die Wohnkostenanerkennung für Haushalte des Typs Paare mit 3 Kindern. Die Spannweite der im Mittel je Bedarfsgemeinschaft in Heidelberg anerkannten Kosten liegt je nach der Haushaltsgröße zwischen knapp 329 Euro (Singles) und 684 Euro für Haushalte mit 3 Kindern.

Die tatsächlichen und die anerkannten durchschnittlichen Unterkunftskosten unterschreiten deutlich die Mietkostenrelationen auf der Basis des Mietspiegels. Ein wesentlicher Grund dürfte darin liegen, dass die Mehrheit der betroffenen Haushalte bereits im unteren Markt-

23 Das sind im Mittel 433 € (Brutto-)Warmmiete je Bedarfsgemeinschaft, 238 € je Person und 8,06 €/qm. Mit einer Brutto-Warmmiete von im Durchschnitt 8,39 € mussten die Alleinerziehenden mit 2 Kindern am meisten pro Quadratmeter Wohnfläche bezahlen. Davon wurden im Mittel 7,81 € übernommen.

24 Unter der Annahme einer in etwa gleichen Ausgabenhöhe pro Monat ergibt sich ein Jahresbetrag von ca. 22,8 Mio. Euro.

25 Die Angaben pro Person beziehen sich jeweils auf die gesamte Wohnungsgemeinschaft. Bei der Berechnung wurden ausschließlich Bedarfsgemeinschaften berücksichtigt, für die Angaben zur Wohnfläche vorlagen.

26 das nach Deckung der verbleibenden Bedarfe übrig bleibt.

27 Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II, Wohn- und Kostensituation in den Regionen, Bundesbericht Dezember 2009.

segment, z.B. in Sozialwohnungen wohnt²⁸. Aus der Aufschlüsselung wird ebenfalls wie auf dem „freien“ Wohnungsmarkt deutlich, dass die anfallenden Durchschnittskosten pro Person um so höher sind, je kleiner der Haushalt bzw. die Wohnungsgemeinschaft ist. Im Verhältnis war die potenzielle Kostenbelastung für Alleinerziehende am höchsten, wenn man deren durchschnittliches Einkommen einschließlich der Transferleistungen ins Verhältnis setzt. Im regionalen Vergleich kommt Heidelberg trotz der Wohnungskonditionen die relativ niedrige „Belastungsquote“ nach der Zahl und der Zusammensetzung der Haushalte zugute.

Heidelberg im Vergleich

In einer 2009 veröffentlichten bundesweiten Vergleichsstudie über die „Kosten der Unterkunft und die Wohnungsmärkte“²⁹ machen die Verfasser in einer Fallstudie für Heidelberg unter anderem Knappheitstendenzen bei kleinen preisgünstigen und großen Wohnungen sowie einen erschwerten Zugang von einkommensschwachen Haushalten zum regulären Wohnungsangebot aus. Die sozialräumliche Differenzierung Heidelbergs sei vor allem durch die starke Konzentration der Sozialwohnungsbestände auf einzelne Stadtteile bedingt. Im Vergleich zu vielen anderen Städten gibt es nach der Fallstudie in der Universitätsstadt kaum soziale Probleme und keine besonders benachteiligten Quartiere. Auch in naher Zukunft sei aufgrund der „Universitäts-Ökonomie“, „von einem gleichbleibend niedrigem Niveau“ der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften auszugehen. Die von der ARGE bei der Bemessung vorgenommene großzügige Ausschöpfung und die kleinräumige Differenzierung der Mietobergrenzen tragen nach dem Urteil der Verfasser dazu bei, dass in Heidelberg „durch den Vollzug der Wohnkostenübernahme“ keine zusätzliche Segregation geschaffen werde. Daraus wird ersichtlich, dass die Stadt als kommunaler Leistungsträger einen wesentlichen Beitrag zum sozialen Ausgleich leistet.

7.5. Wohnen ohne Mietvertrag - wer die Wohnung verloren hat

Ende 2010 lebten rund 940 Menschen nicht mit eigenem Mietvertrag in einer regulären Wohnung des Wohnungsmarktes oder in einem Heim, sondern in einer ihnen zugewiesenen Wohnung des Amtes für Soziales und Senioren. Hierzu gehören auch Asylbewerber und sonstige Flüchtlinge, die Heidelberg zugeteilt wurden. Sie kommen zunächst in eine Gemeinschaftsunterkunft. Sie haben noch keine Möglichkeit, eine eigene Wohnung zu suchen. Das ist erst möglich, wenn sie anerkannt worden sind oder eine Duldung haben.

Die Fachstelle für Wohnungsnotfälle hatte Ende 2010 118 Wohnungen dezentral von Dritten angemietet, die sie als Obdachlosenunterkünfte nutzt oder zur Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen, darunter allein 19 im Quartier Höllenstein in Kirchheim, die allerdings zum 31.12.2010 aufgelöst wurden.

Ferner betreibt die Fachstelle sieben Gemeinschaftsunterkünfte, darunter zwei für Flüchtlinge und fünf für Obdachlose. In diesen Unterkünften befinden sich weitere 320 Wohneinheiten.

28 So liegen die tatsächlichen Durchschnittskosten für Miete und Heizung einschließlich der Nebenkosten bei den größeren Mehrpersonenhaushalten bei „nur“ 723 Euro.

29 Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS), Berlin, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), Bonn (Hrsg.). Kosten der Unterkunft und die Wohnungsmärkte Auswirkungen der Regelungen zur Übernahme der Kosten der Unterkunft auf Transferleistungsempfänger und Kommunen, Forschungen Heft 142, Bonn 2009, S. 71. Die in der Studie gemachten Aussagen betreffen die Ausgangssituation in 2007.

ten mit ein bis vier Zimmern. Die meisten liegen „Im Mörgelgewann“³⁰ Für den Personenkreis der Nichtsesshaften werden im Winter noch zusätzlich einfache Übernachtungsplätze bereitgestellt.

Neues Angebot für wohnungslose Frauen

Neu im Berichtszeitraum hinzugekommen sind eine Tagesstätte mit Fachberatung für wohnungslose Frauen, die vom Katholischen Verein für soziale Dienste (SKM) betrieben wird, zwei durch das Wichernheim betreute Wohngemeinschaften mit insgesamt vier Plätzen und ein Kontingent von 11 Zimmern ausschließlich für Frauen, die von der Fachstelle für Wohnungsnotfälle belegt und betreut werden.

Mit dem neuen Angebot sollen wohnungslose Frauen durch Beratung und Betreuung den Weg zurück in ein geregeltes Leben finden. Wohnungslosigkeit von Frauen beruht viel häufiger als bei Männern nicht auf Trennungserlebnissen oder Suchtproblemen sondern auf psychischen Erkrankungen. Dies führt dazu, dass die allgemeinen Angebote für Wohnungslose von ihnen nicht wahrgenommen werden.³¹

In den insgesamt 438 Wohneinheiten der Fachstelle für Wohnungsnotfälle lebten Ende 2010 748 wohnungslose Personen, hierunter 552 Erwachsene und 196 Kinder. Damit ist mehr als jede vierte Bewohner/-in in diesen Unterkünften unter 18 Jahre alt. Weitere 191 Personen leben mit Flüchtlingsstatus beziehungsweise als anerkannte Flüchtlinge in den Asylbewerber-Wohneinheiten. Darunter befinden sich 145 Erwachsene und 46 Kinder.

Die Unterbringung in Obdachlosen- und Flüchtlingsunterkünften erfolgt grundsätzlich nur mittels Einweisungsverfügung auf der Grundlage des Polizeigesetzes sowie auf der Grundlage der jeweiligen Satzung über die Benutzung von Obdachlosen- und Flüchtlingsunterkünften der Stadt Heidelberg.

Für den (drohenden) Verlust der Wohnung gibt es in der Regel folgende Gründe:

1. Mietschulden
2. mietwidriges Verhalten
3. Kündigung wegen Eigenbedarfs

Wenn die ersten beiden Gründe zutreffen, ist es für die Betroffenen nahezu unmöglich, sich auf der Bewerberliste für GGH-Wohnungen des gemeinsam von Stadt und GGH betriebenen Mietinteressentenbüros vormerken zu lassen. Wenn dann ein Wohnungsverlust ansteht, kann bei fehlenden Selbsthilfemöglichkeiten die Einweisung in eine Obdachlosenunterkunft erfolgen. Auch auf dem freien Mietwohnungsmarkt gehen immer mehr Vermieter dazu über, nur noch gegen eine Schufaselbstauskunft zu vermieten. Ist diese negativ, kommt kein Mietverhältnis zustande.

30 Die anderen Groß- und Gemeinschaftsunterkünfte liegen in der Hardtstraße 4, der Henkel-Teroson-Straße 12-16, in der Sickingenstraße 36 und im Wieblinger Weg 81.

31 Heidelberger Stadtblatt, 24. November 2010, S.6. und DS 0151/2010/BV: Bedarfsorientierte Weiterentwicklung der Wohnungslosenhilfe in Heidelberg; Angebot für Wohnungslose Frauen.

7.6. Obdachlosigkeit

Der SKM - Katholischer Verein für soziale Dienste in Heidelberg e.V. - unterhält seit 24 Jahren eine ambulante Einrichtung für wohnungslose Menschen, die ihren Sitz in der Kaiserstraße hat. Das Karl-Klotz-Haus wurde 2009 von 547 verschiedenen Personen aufgesucht, die Beratung und Hilfe benötigten. Eine Kontaktadresse, um damit Leistungen nach SGB II und XII beziehen zu können, erhielten im Verlauf des ganzen Jahres 169 Personen, darunter 13 % Frauen. Auf der Straße werden durchschnittlich 25 Personen täglich kontaktiert, in der Fachberatung bis zu 20 Personen je Sprechtag beraten. In den für die Stadt betriebenen Notquartieren übernachteten im Winter ca. 6-8 Personen je Nacht.

Insgesamt geht der SKM von mittlerweile etwa 150 bis 180 Personen aus, die mehr oder weniger in Heidelberg auf der Straße leben. Der Frauenanteil wird dabei auf etwa 25 % geschätzt, der Ausländeranteil auf 7 bis 8 %. Die Zahl der Minderjährigen, die auf der Straße leben, wird auf 8 Personen geschätzt, weitere 80 sind nicht älter als 25 Jahre. Damit wäre fast die Hälfte der Personen in diesem Kreis unter 25 Jahren.

Für die Abschätzung der Armen bzw. Armutsgefährdeten ist vor allem die Zahl der Personen wichtig, die keinerlei Leistung beziehen. Diese ist nur sehr schwer zu ermitteln. Der SKM geht tendenziell von einer Zunahme aus, da er immer häufiger mit Personen aus Osteuropa konfrontiert ist, die keinerlei Anspruch an die sozialen Sicherungssysteme haben. Zudem kommen viele junge Leute zum SKM, die aus unterschiedlichen Gründen aus dem Leistungsbezug fallen bzw. wegen für sie zu hoher Hürden keinen Antrag auf Leistungen stellen. Dies trifft auch auf psychisch Kranke zu. Außerdem werden immer mehr Menschen aus diesem Kreis mit Sanktionen konfrontiert, die zu einer völligen Einstellung jeglicher Zahlungen führen. Einige Personen verzichten bewusst auf staatliche Transferleistungen. Vor diesem Hintergrund schätzt der SKM etwa bis zu 50 bis 60 Menschen, die ohne jeglichen Leistungsbezug und festen Wohnsitz leben. Diese Zahl muss aufgrund vieler Unwägbarkeiten jedoch vorsichtig gehandhabt werden. Zudem muss auch von einer Dunkelziffer ausgegangen werden. Genauere Erkenntnisse hierzu liegen auch dem SKM nicht vor.

7.7. Zusammenfassung

Das Angebot an preisgebundenen Wohnungen hat sich im Berichtszeitraum – wie auch anderswo – um rund 1.000 Wohnungen reduziert. Mit dieser Reduktion verbunden ist eine weitere Konzentration der gebundenen Wohnungen auf wenige Stadtteile in Heidelberg. Das Wohnungskontingent der GGH, dessen Miete auf 5.50 Euro je m² begrenzt ist, ist davon nicht betroffen, da hierzu ein Gemeinderatsbeschluss vorliegt, der den Erhalt von 3.500 Wohnungen in diesem Segment vorsieht.

Insgesamt 1.656 Haushalte erhalten in Heidelberg Wohngeld. Die Wohngeldreform hat damit die Zahl der Haushalte, die von diesem Instrument profitieren können gegenüber dem Vorjahr deutlich erhöht, jedoch nicht mehr den Wert von 2005 erreicht. Daraus ist allerdings keine Entspannung auf dem Wohnungsmarkt abzulesen, da die Fördermodalitäten nicht mit 2005 vergleichbar sind. Im Schnitt erhält ein Haushalt 154 Euro Zuschuss. Trotz dieser Zahlungen gibt es rund 500 Wohngeldhaushalte, die 35 % oder mehr ihres Einkommens für die Miete aufwenden müssen.

Bedarfsgemeinschaften, die Arbeitslosengeld II beziehen, wohnen, sofern Angaben der Bundesagentur hierzu vorliegen, im Schnitt bescheiden.

Die Einrichtung eines Nothilfefonds bei den Stadtwerken, der finanziell in Not geratene Haushalte unterstützt, wenn diese Schwierigkeiten haben, ihre Energie oder Wasserkosten zu zahlen, hat sich bewährt. Nachdem nur vorübergehend beim Wohngeld die Heizkosten berücksichtigt wurden, wird seine Bedeutung zukünftig sogar noch steigen.

Es ist davon auszugehen, dass sich die Zahl an rollstuhlgeeigneten / rollstuhlgerechten Wohnungen in den letzten Jahren erhöht hat und mit der konsequenten Anwendung des § 35 Abs. 1 Landesbauordnung weiter steigen wird. Das städtische Förderprogramm „Barrierefreie Wohnungen“ gewinnt an Bekanntheit. Seit 2006 wurden insgesamt 51 Wohnungen gefördert. Die Nachfrage nach barrierefreiem Wohnraum ist jedoch noch immer schwer zu decken. Die Neubautätigkeiten in der Bahnstadt versprechen eine deutliche Zunahme der barrierefrei nutzbaren Wohnungen in Heidelberg.

Was das Angebot an Betreutem Wohnen für ältere Menschen betrifft, überwiegen hier noch die hochpreisigen Angebote, die nicht für jeden finanzierbar sind.

Mit der Einrichtung einer neuen Tagesstätte mit angegliederter Fachberatung sowie Wohnplätzen hat es für wohnungslose Frauen eine deutliche Verbesserung im Berichtszeitraum gegeben.

Ansonsten ist im Kreis der Obdachlosen – laut Angaben der SKM – festzustellen, dass dort immer mehr Jüngere zu finden sind, die mit den von der Bundesagentur für Arbeit verhängten Sanktionen nicht umgehen können. Auch finden sich hier immer mehr Osteuropäer, die keinerlei Ansprüche an die sozialen Sicherungssysteme haben.

Die rund 900 Bewohner/-innen in Obdachlosen- und Gemeinschaftsunterkünften, die von Grundsicherungsleistungen leben, sind in der Regel in mehreren Lebenslagen benachteiligt. Sie sind nicht nur arm und vom Wohnungsmarkt ausgeschlossen, häufig fehlen ihnen formale Bildungsabschlüsse, nicht selten kommen gesundheitliche Probleme dazu. Den Obdachlosen, die auf der Straße leben und die nicht einmal eine Meldeadresse haben, fehlt jegliches aktive und passive Wahlrecht.

Nach wie vor ist es für das Amt für Soziales und Senioren der Stadt Heidelberg schwierig, Haushalte mit negativem Schufa-Eintrag oder nicht gesicherten finanziellen Verhältnissen in Wohnungen zu vermitteln. Nicht alle diese Haushalte können bei der städtischen Wohnungsbaugesellschaft untergebracht werden. Hier sieht das Amt auch die übrigen Heidelberger Wohnungsunternehmen in der Verantwortung.

Etwa 60 % der Personen in Wohngeldhaushalten (ohne Studierende und deren Kinder) und etwa 50 bis 60 Obdachlose, die keine Transferleistungen beziehen, sind gemäß Angaben des Fachamtes bzw. des SKM zu den Armutsgefährdeten zu rechnen.

In absehbarer Zukunft zeichnet sich in Heidelberg eine Verbesserung in der Breite des Wohnungsangebotes ab. Durch wichtige Siedlungsvorhaben wie z.B. in der Bahnstadt und durch das Freiwerden großer Wohnbestände, die gegenwärtig noch von den U.S.-Streitkräften genutzt werden, wird für die nächsten zehn Jahre von einer höheren Marktdynamik als bisher ausgegangen. Sie löst neben der allgemeinen Belebung des Wohnungsmarktes auch Impulse im preisgünstigen Mietwohnungsmarkt aus. Das Angebot wird sich deutlich erhöhen. Dennoch wird es auch in Zukunft in der Universitätsstadt Gruppen geben, die besonders auf Unterstützung angewiesen sind, wenn sie in wirtschaftliche Not geraten. Wie das vorliegende Kapitel gezeigt hat, sind dies vor allem Alleinerziehende und Haushalte mit zwei und mehr Kindern.

8. Ergebnisse für ausgewählte Gruppen

8.1. Migrantinnen und Migranten

Biographische Situation

Von 100 Heidelberger/-innen hat rund jede/r Dritte einen Migrationshintergrund¹, bei den unter 18-Jährigen ist es fast jede/r Zweite. Rund die Hälfte unter diesem Personenkreis sind Ausländer/-innen. Für diese größte Gruppe liegen - sofern nicht anders angegeben - die meisten Ergebnisse vor, die im Folgenden zusammengefasst dargestellt werden.

Von den 25.340 Heidelberger Ausländer/-innen kommen rund 40 % aus der Europäischen Union (EU), rund 60 % aus Nicht EU-Staaten. Die kopfstärksten Ausländergruppen stellen 2009 die Türkei, die USA und Italien, zusammen rund ein Viertel. Die Zahl der Türken ist gegenüber 2006 weiter zurückgegangen.

Das Geschlechterverhältnis entspricht mit 52 % Frauen und 48 % Männern fast dem der Gesamtbevölkerung Heidelbergs. Die Altersgruppe der unter 18-Jährigen und die der über 65-Jährigen ist schwächer besetzt, die der 25 - 65-Jährigen dagegen deutlich stärker als im städtischen Schnitt.

Ende 2009 lebten in Heidelberg rund 170 Personen im Asylverfahren, darunter knapp 80 Frauen und Mädchen. Sie leben in der Regel von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und haben noch keinen sicheren Aufenthaltsstatus und damit auch kein Wahlrecht für den Ausländerrat / Migrationsrat. Gegenüber 2005 hat die Zahl der Personen im Asylverfahren deutlich abgenommen, 2010 stieg sie bereits wieder an, eine Entwicklung, die sich fortsetzen wird angesichts der instabilen politischen Lage in den arabischen Ländern.

Erwerbssituation

Von den 59.800 Erwerbstätigen in Heidelberg Ende 2009 hatten 7.500 Personen einen ausländischen Pass. Das entspricht einem Anteil von 12,5 % oder 500 Personen weniger als 2005. Die Zahl der ausländischen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten stieg seitdem hingegen um rund 400 an, auf rund 5.300 (12,8 %). Trotzdem liegt die Erwerbsbeteiligung der Ausländer erheblich unter ihrem Bevölkerungsanteil. Das liegt an dem hohen Anteil ausländischer Studierender unter ihnen. Die Anteile ausländischer Beschäftigter schwanken in den einzelnen Stadtteilen stark. In Bergheim, der Altstadt und Emmertsgrund war rund jeder fünfte SVP-Beschäftigte Ausländer, in Ziegelhausen nur jeder 12. und in Pfaffengrund nur jeder 10.

Ausländer/-innen stellen etwa

- jeden fünften Arbeitslosen (421 Frauen, 434 Männer),
- gut jeden fünften Arbeitslosengeld I-Bezieher,
- gut jeden vierten SGB II-Bezieher (1.012 Frauen, 876 Männer) und
- knapp jeden vierten Grundsicherungsbezieher im Alter (155 Frauen, 125 Männer),
- knapp jeden achten Erwerbstätigen und
- jeden sechsten Einwohner (13.223 Frauen, 12.117 Männer) Heidelbergs.

1 Zur Definition von Migrationshintergrund siehe Kapitel 2.3

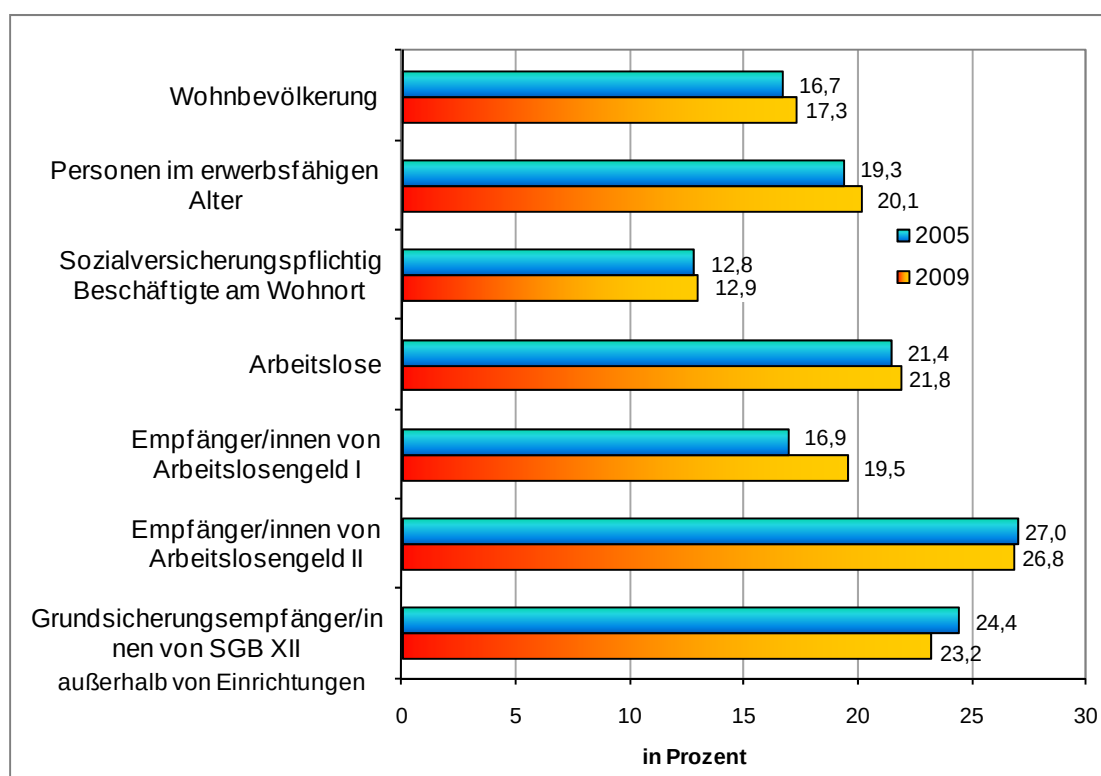
Einkommenslage

Das Einkommensspektrum bei den Migranten ist breiter als bei den Deutschen: Es gibt einen höheren Anteil niedriger Haushaltsnettoeinkommen (unter 2.000 Euro), aber auch einen etwas höheren Anteil an Besserverdienender (Einkommen über 4.000 Euro) als bei den deutschen Heidelberger/-innen.²

In der Heidelberg-Studie³ schätzen Ausländer/-innen ihre wirtschaftliche Situation deutlich besser ein als noch 2005, aber im Vergleich zu anderen Gruppen noch überdurchschnittlich schlecht.

Unter den Arbeitslosengeld I Bezieher/-innen sind Ausländer gemessen an ihrem Anteil an den Personen im erwerbsfähigen Alter unterdurchschnittlich vertreten.

Abbildung 8.1: Ausgewählte Strukturdaten über die Ausländeranteile in % an ... in Heidelberg im Dezember 2009



Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Amt für Soziales und Senioren der Stadt Heidelberg

Bei den ALG II Bezieher/-innen stellen sie dagegen einen überproportional hohen Anteil.

Bei den ALG II-Leistungsbeziehern zeigen sich zwischen Nationalität und Geschlecht deutliche Unterschiede. Bei den ausländischen erwerbsfähigen Hilfeempfängern dominieren die Frauen zu 54,9 %. Dieser Anteil ist deutlich höher als ihr Anteil an der Wohnbevölkerung der entsprechenden Altersklasse. Bei den deutschen erwerbsfähigen Hilfeempfängern von ALG II dominieren hingegen die Männer (mit 53,3 %).

² Stadt Heidelberg, Heidelberger Migrantenstudie 2008, Heidelberg 2009, S. 11, Ergebnisse beziehen sich auf Menschen mit Migrationshintergrund

³ Stadt Heidelberg, Heidelberg-Studie 2009 – Leben und Politik in Heidelberg, Februar 2010

Knapp jede/r vierte Grundsicherungsempfänger/in im Alter und bei Erwerbsminderung hat einen ausländischen Pass. Überdurchschnittlich auf diese Leistung sind ausländische Frauen über 64 angewiesen. Jede Achte bezieht sie.

Bildung

Laut den Ergebnissen einer Umfrage zur Lebenssituation von Menschen mit Migrationshintergrund in Heidelberg⁴ die im Herbst 2008 durchgeführt wurde, verfügen zwei Drittel der Erwachsenen von ihnen über Hoch- bzw. Fachhochschulreife oder vergleichbare Abschlüsse, mit denen man studieren kann. Leider differenziert die amtliche Schulstatistik noch immer nicht nach Migrantinnen und Migranten, sondern nur nach Ausländern, so dass über die jungen Migranten keine Aussagen zur Bildungssituation getroffen werden kann.

Bei den ausländischen Kindern in Heidelberg stieg der Anteil der Übertritte von der vierten Klasse auf ein Gymnasium seit 2005/2006 um rund ein Fünftel. Mit 31 % liegt er ein Drittel über dem Landeswert für ausländische Schüler/-innen, bei den Hauptschulen um rund ein Drittel niedriger, unterscheidet sich aber immer noch deutlich von den deutschen Kindern in Heidelberg, deren Anteil beim Übergang aufs Gymnasium doppelt so hoch ist.

Bei den ausländischen Schüler/-innen lässt sich im Zeitverlauf somit eine klare Tendenz zu besserer schulischer Ausbildung in Form höherer Abschlüsse erkennen, die außer an den Übergängen auf das Gymnasium auch am deutlich gestiegenen Anteil Mittlerer Abschlüsse ablesbar ist. Jede/r vierte ausländische Schulabgänger/in von einer Heidelberger Schule hat einen hochschulqualifizierenden Abschluss in der Tasche, doppelt so viele wie im Landeschnitt. Ausländische Kinder gelangen häufiger über berufliche Schulen zur (Fach) Hochschulreife, seltener an allgemeinbildenden Gymnasien.

Dennoch gilt nach wie vor, dass ausländische Schüler/-innen in Heidelberger Gymnasien und bei den hochschulqualifizierenden Abschlüssen unterrepräsentiert, bei den Abgängern ohne Abschluss und in den Hauptschulen überrepräsentiert sind.

An den vier Hochschulen Heidelbergs haben 16,3 % oder 5.620 Studierende einen ausländischen Pass, nicht alle von ihnen wohnen jedoch in Heidelberg.

Wohnsituation

Fast drei Viertel (73 %) der Heidelberger/-innen mit Migrationshintergrund wohnen zur Miete, vier Prozent wohnen bei Verwandten und 21 % im Wohneigentum. 84 % der 2008 in der Migrantenstudie Befragten sind alles in allem mit ihrer Wohnsituation zufrieden. Unter den 16 %, die explizit unzufrieden sind, sind Migranten aus Afrika, Angehörige des Hedonistisch-subkulturellen Milieus aber auch Angehörige der Altersgruppe, die sich in der Familiengründungsphase befinden, überdurchschnittlich vertreten.⁵

Die Tatsache, dass ausländische Haushalte auf der Mietinteressentenliste⁶ mit 22,7 % überdurchschnittlich vertreten sind, heißt, dass sie im besonderen Maße auf den Teilmarkt der gebundenen Wohnungen angewiesen sind. Die Wohngelddaten werden nicht nach Staatsangehörigkeit ausgewertet.

Unter Heidelbergs Obdachlosen sind nach Angaben des Katholischen Vereins für Soziale Dienste in Heidelberg e.V. (SKM) rund 7-8 % Ausländer/-innen. Ihr Anteil ist somit niedriger als der entsprechende Einwohneranteil.

4 Ebd. S. 11.

5 Ebd. S. 42 f.

6 Liste der Wohnungssuchenden beim Mietinteressentenbüro

Armutsgefährdungsquote

Versucht man die Armutsgefährdungsquote für Ausländer/-innen zu schätzen, lässt sich ein starker Einfluss durch die schwankenden Asylbewerberzahlen feststellen. Zudem stößt man auf fehlende Angaben beim Wohngeld und der Hilfe zum Lebensunterhalt. Legt man hier den Ausländeranteil in der Gesamtbevölkerung zugrunde kommt man auf 2.688 oder rund 2.700 armutsgefährdete Ausländer/-innen. Das würde einer Quote von 10,6 % entsprechen. Das wäre gut jede neunte Person ohne deutschen Pass, 2005 war es jede achte.

8.2. Haushalte mit Kindern / Alleinerziehende

Biographische Situation

Nur in rund 12.700 (15,6 %) unter den insgesamt ca. 81.825 Heidelberger Haushalten lebten Ende 2009 Kinder unter 18 Jahre. Das sind noch weniger als 2005, obwohl zeitgleich die Zahl der Haushalte weiter angewachsen ist. Von den Haushalten mit Kindern hatte mehr als die Hälfte nur ein Kind (53 %), zwei Kinder hatten 35 % und drei oder mehr nur 12 %.

Die meisten Alleinerziehenden sind Frauen

In jedem vierten Haushalt mit Kindern werden die Kinder von nur einem Erwachsenen, in der Regel Frauen (84%) erzogen, bezogen auf die Zahl aller Haushalte machten die Alleinerziehenden rund 4 % aus. Kleinräumig zeigen sich dabei deutliche Unterschiede: in der Altstadt und auf dem Boxberg lag der Anteil der Ein-Eltern-Familien 2009 über 30 % während er in Schlierbach unter 20 % lag.

Einkommenslage

Unter den Bedarfsgemeinschaften, die Arbeitslosengeld II beziehen, stellen Haushalte mit Kindern knapp 30 %. Gegenüber 2005 gab es hier sogar noch einen leichten Anstieg. Im gesamtstädtischen Vergleich sind somit Haushalte mit Kindern überproportional auf Leistungen nach SGB II angewiesen.

Alleinerziehende stark von Sozialleistungen abhängig

Unter den Bedarfsgemeinschaften mit Kindern stellen 692 Alleinerziehende über die Hälfte aller Haushalte mit Kindern. Sie sind damit deutlich überrepräsentiert. Bezogen auf alle Bedarfsgemeinschaften belief sich deren Anteil auf 15,4 %. Sogenannte Ein-Eltern-Haushalte sind demnach 2009 viermal so häufig unter den SGB II- Empfängern vertreten wie unter den Heidelberger Haushalten insgesamt. Zwei von drei Alleinerziehenden bezeichnen in Baden-Württemberg die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als schwierig.⁷ Zudem konnte auf Bundesebene nachgewiesen werden, dass Alleinerziehende nur unzureichend gefördert werden. Um diesen Nachteil aufzuheben, werden in einem Gutachten⁸ der Sachverständigenkommission an das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend für den ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung geeignete Integrationsstrategien und -angebote für diese Personengruppe gefordert.

Wohnsituation

Vergleicht man die sogenannten Wohngeldempfängerhaushalte mit der gesamtstädtischen Haushaltsstruktur, dann zeigt sich, dass vor allem Haushalte mit Kindern überproportional auf eine finanzielle Unterstützung für die Miete angewiesen waren. Unter ihnen wiederum

7 Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: Pressemitteilung „Anzahl der alleinerziehenden Familien im Südwesten ist angestiegen“, Nr. 83/2010 vom 17. März 2010

8 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Neue Wege – Gleiche Chancen Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebenslauf, Erster Gleichstellungsbericht, Gutachten der Sachverständigenkommission, Berlin, Juni 2011, Seite 126

sind es die Alleinerziehenden, die mit 12 % überproportional unter den Wohngeldhaushalten vertreten sind.

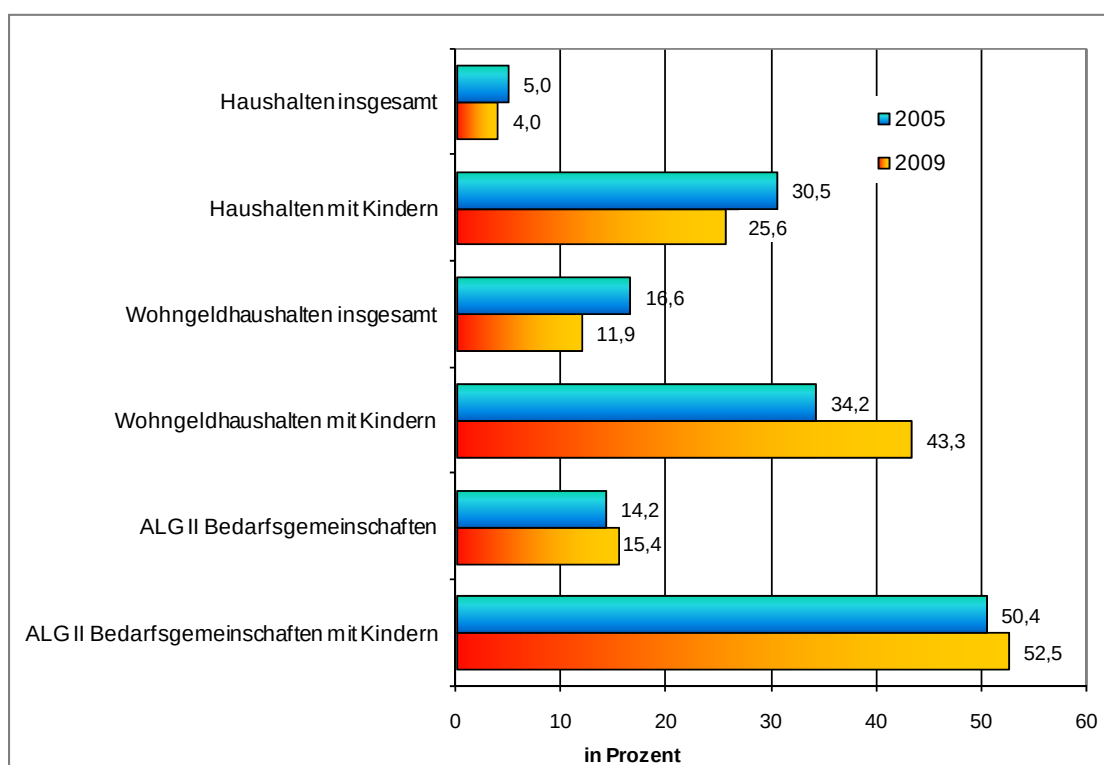
Die Erfahrungen der GGH und der Fachstelle für Wohnungsnotfälle zeigen, dass es nicht nur finanziell schwache Haushalte, sondern auch Familien mit Kindern mit mittlerem Einkommen sind, die Zugangsschwierigkeiten zum Wohnungsmarkt haben.

Auch wenn für Haushalte mit Kindern und Alleinerziehende vergleichsweise wenige Daten vorliegen, so zeigt sich doch eine weit überdurchschnittliche Betroffenheit von Langzeitarbeitslosigkeit und hohen Wohnkostenbelastungen.

Alleinerziehende und deren Kinder haben ein erhöhtes Armutsrisiko

Das größte Armutsrisiko in Heidelberg haben – wie auch anderenorts – die Alleinerziehenden. Geschätzt sind über 900 Alleinerziehende oder 28,4 % der 3.260 Alleinerziehenden Heidelbergs armutsgefährdet. Damit liegt die Stadt dennoch deutlich unter dem Anteilswert des Landes (in Baden-Württemberg sind laut Mikrozensus 41 % der Alleinerziehenden armutsgefährdet).

Abbildung 8.2: Ausgewählte Strukturdaten über die Anteile der Alleinerziehenden-Haushalte in Prozent an ... in Heidelberg im Dezember 2009 und 2005



Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, eigene Berechnungen

8.3. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene

Biographische Situation

Heidelberg ist eine vergleichsweise junge Stadt. Wegen des hohen Studierendenanteils war fast jeder Vierte der knapp 146.500 Einwohner Heidelbergs Ende 2009 unter 25 Jahre alt. Dagegen war im Vergleich zu vielen anderen Großstädten der Kinder- und Jugendlichenanteil sehr niedrig. Weniger als jede/r Achte (13,2 %) war unter 18 Jahre alt. Fast die Hälfte dieser Altersgruppe hat einen Migrationshintergrund. Es zeigen sich zwei gegenläufige Entwicklungen: Die Kinder unter 10 Jahren hatten einen Zuwachs von beinahe 10 % gegenüber 2005, die Altersklasse der 10 bis 18-Jährigen ging jedoch um fast 16 % zurück. Es scheint, dass neue Baugebiete, wie zum Beispiel in Rohrbach, für Familien in der Gründungsphase eine gute Alternative zum Leben im Umland sind. Dennoch hängt auch in der Wissenschaftsstadt Heidelberg die demographische Zukunft weiterhin von der überregionalen und internationalen Zuwanderung ab.

Erwerbssituation junger Erwachsener

Knapp 3.900 (9,5 %) SVP-Beschäftigte mit Wohnort Heidelberg waren unter 26 Jahren alt. In einer Studentenstadt wie Heidelberg ist dieser verhältnismäßig geringe Anteil ganz normal. Entsprechend ist ihr Anteil an allen SVP-Beschäftigten in den Stadtteilen mit einem hohen Akademiker- oder Studierendenanteil nochmals unterdurchschnittlich. Deutlich über dem Mittelwert ist die Quote der bis 25-Jährigen hingegen auf dem Emmertsgrund (16,0 %), und dem Boxberg (15,4 %), immer noch überdurchschnittlich ist ihr Anteil im Pfaffengrund (11,7 %), in Kirchheim (11,2 %) und in Wieblingen (10,1 %).

Sinkende Quoten und Anteile bei den jungen Arbeitslosen

Ende 2009 waren rund 230 Jugendliche und junge Erwachsene unter 25 Jahren als Arbeitslose registriert. Ihr Anteil an allen Arbeitslosen in Heidelberg lag bei 5,9 %. Gegenüber 2005 ist er erfreulicherweise damit fast um die Hälfte gesunken (2005: 10,5 %). Auch die Arbeitslosenquote der unter 25-Jährigen lag 2009 mit 3,1 % deutlich unter der Gesamtarbeitslosenquote von 6,2 %.

Rund jeder 13. Arbeitslosengeld I-Empfänger war unter 25 Jahre alt. (89 Personen oder 7,5 % aller ALG I Bezieher/-innen). Dieser Wert ist deutlich niedriger als 2005, wo es noch 144 Personen waren. Ebenfalls gesunken ist der unter 25-Jährigenanteil an den Hilfsbedürftigen nach ALG II. Jede/r siebte Arbeitslosengeld II - Empfänger, der erwerbsfähig und hilfebedürftig war, war unter 25 Jahre alt (821 Personen oder 14,1 % aller erwerbsfähigen Hilfebedürftigen, 2005 16,1 %), zu fast gleichen Teilen Frauen (413) und Männer (408).

Die sinkenden Anteile und Quoten bei den unter 25-jährigen Hilfebedürftigen bestätigen den Abnahmetrend bei den jungen Arbeitslosen im Rechtskreis des SGB II. Hier zeigen sich die Erfolge verschiedenster Arbeitsmarktakteure bei der Verhinderung der Jugendarbeitslosigkeit.

Einkommenslage

Die Hilfequote für Kinder unter 15 Jahre⁹ ist mit 12 % (1.933 Personen) mehr als doppelt so hoch wie die Hilfequote für Personen im erwerbsfähigen Alter.¹⁰ Der Kinderanteil unter den SGB II-Beziehern ist seit 4 Jahren unverändert und liegt bei rund 25 %. Rund 310 oder 16 % unter ihnen hatten einen ausländischen Pass.

⁹ Nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige unter 15 Jahre bezogen auf Bevölkerung unter 15 Jahre.

¹⁰ Für die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter beträgt die gesamtstädtische Hilfequote (= erwerbsfähige Hilfebedürftige bezogen auf Bevölkerung von 15 bis 64 Jahren) 2009 5,5 %.

Bildung

Betrachtet man die Übertrittsquoten nach der vierten Klasse Grundschule, haben Heidelbergs Kinder im Landesvergleich die besten Bildungschancen. Nirgendwo im Land wechseln mehr Kinder aufs Gymnasium als in Heidelberg. Die Tendenz zu immer höherwertigen Abschlüssen ist auch landesweit zu beobachten.

Drei von fünf Abgänger/-innen von Heidelbergs Schulen, darunter ein nicht geringer Anteil, der außerhalb Heidelbergs wohnt, haben einen hochschulqualifizierenden Abschluss. Seit drei Jahren liegt dieser Wert stabil um 58 %, landesweit dagegen rund 20 Prozentpunkte niedriger. Nachdem Heidelberg als Oberzentrum Standort zahlreicher weiterführenden Schulen und Universitätsstadt ist, dürfen diese Werte nicht überraschen.

Die Zahl der Abgänger/-innen mit mittlerem Abschluss stieg absolut an, relativ schwankt der Anteilswert jedoch zwischen 25 % und 29,2 %, landesweit lag er 2009 bei 37 %.

Die Zahl der Jugendlichen mit Hauptschulabschluss sank deutlich. 2009 waren es nur noch 11 % aller Abgänger/-innen, die diesen Abschluss machten. Das entspricht der Hälfte des Landeswertes.

Auch die Zahl der Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss nahm seit Beginn des Jahrzehnts ab. Heute verlassen nur noch halb so viele Jugendliche ohne Hauptschulabschluss Heidelbergs Schulen. Sie kommen dabei nicht nur aus der Hauptschule, sondern – und das zum Teil überwiegend – aus den Sonderschulen, aber auch den Realschulen. Zum Schuljahr 2008/2009 waren es nur noch 1,9 % (43 Jugendliche), halb so viele wie im Landesschnitt.

Pro Jahr verlassen rund 1.150 Mädchen Heidelbergs allgemeinbildende und berufliche Schulen mit einem Abschluss in der Tasche. Davon erreicht fast jede zweite das Abitur. Bei der Hochschulreife sind sie weit überproportional vertreten, nicht jedoch bei den Fachhochschulabschlüssen und bei den Hauptschulabschlüssen, wo Jungen dominieren. Weniger als 20 Mädchen, gerade einmal 1,5 % der Abgängerinnen, hatten 2009 überhaupt keinen Abschluss.

Wohnsituation

Rund 900 Kinder und Jugendliche¹¹ leben in Haushalten, die Wohngeld beziehen. Schätzungsweise 534 Kinder und Jugendliche darunter können als arm oder armutsgefährdet eingestuft werden.

51 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahre leben unter sehr beengten Verhältnissen in Asylbewerberunterkünften.

Armutsgefährdungsquote

Von den rund 19.400 Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren in Heidelberg waren geschätzt 14,5 % oder rund 2.800 armutsgefährdet. Das heißt fast jede/r Siebte unter 18 zählt dazu. Gut 2.260 (70 %) Kinder und Jugendliche erhielten Leistungen nach SGB II. Im Land zählt 2009 knapp jede/r Sechste (17,4 %) zu den Armutsgefährdeten.

11 die kindergeldberechtigt sind, also in Ausbildung auch über 18 Jahre sein können.

8.4. Ältere Menschen

Biographische Situation

In Heidelberg waren Ende 2009 gut 24.300 Einwohner älter als 64 Jahre, darunter knapp 7.000 älter als 79 Jahre. Während im Berichtszeitraum der Anteil der 65 - 79 -Jährigen nur um 1,2 % anstieg, legte der Anteil der Hochbetagten (80 Jahre und älter) um +21 % zu. Frauen sind bei den über 64-Jährigen zu 58,5 % in der Mehrzahl, bei den über 79-Jährigen sogar zu 68,9 %.

Unter den über 64-Jährigen haben rund 2.200 oder rund 8,7 % einen ausländischen Pass. Das ist zwar um die Hälfte weniger als beim Ausländeranteil insgesamt, aber ihr zahlenmäßige Zuwachs gegenüber 2005 betrug beachtliche + 22,1 %. Auffällig ist der höhere Männeranteil in der Altersklasse der 65 - 79-Jährigen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung Heidelbergs.

Exkurs: Erwerbssituation

Auf dem Arbeitsmarkt gelten Menschen, die 55 Jahre und älter sind, also teilweise weit vor dem offiziellen Rentenalter, als schwer vermittelbar. Diese Altersgrenze rückt immer weiter nach vorne.

Über die Zahl und den Anteil über 55-Jähriger sozialversicherungspflichtiger Beschäftigter mit Wohnsitz in Heidelberg liegen keine Daten vor.

Die 50 bis 54-Jährigen (458 Personen) stellen 11,7 % der Arbeitslosen, was in etwa dem Anteil von vor vier Jahren entspricht. Weitere 15 % sind 55 Jahre und älter (586 Personen). Gegenüber 2005 ist dieser Anteil deutlich höher (damals: 11 %). Ein großer Teil der älteren Arbeitslosen ist zugleich langzeitarbeitslos, was die Arbeitsmarktchancen noch weiter verschlechtert.

Im Vergleich zu 2005 ist die Zahl der über 49-jährigen Arbeitslosengeld I Bezieher/-innen um fast die Hälfte gesunken. 2009 waren es nur noch 333 Personen (28,0 % aller ALG-I Bezieher/-innen). Der Anteil der Arbeitslosengeld II-Bezieher über 49 Jahre stieg jedoch an, von knapp einem Viertel auf 27,7 % (um 335 Personen auf gut 1.600 Personen, darunter sind deutlich mehr Männer).

Einkommenslage

Von den Heidelberger/-innen schätzen nach der letzten Heidelberg-Studie 2009 vor allem Rentner und Pensionäre (66 %) ihre wirtschaftliche Situation als gut ein.

Für über 850 ältere Menschen (älter als 64) langen ihre eigenen Alterseinkünfte nicht aus, um ihren Lebensunterhalt außerhalb von Heimen zu bestreiten. Sie sind auf Grundsicherung im Alter angewiesen. Das entspricht 3,5 % der über 64-Jährigen. Die Zahl dieser Leistungsbezieher über 64 hat seit 2005 um knapp 18 % zugenommen (128 Personen), mit einem weiteren Anstieg muss gerechnet werden.

Die „Grundsicherung im Alter“ wird überwiegend von Frauen bezogen. Die höhere Quote ergibt sich ausschließlich durch den stärkeren Anteil älterer Frauen in stationären Einrichtungen (Heimen). Der Frauenanteil, der im Alter außerhalb von Einrichtungen Leistungen bezieht, ist mit 57,4 % kleiner als der entsprechende Anteil an der Wohnbevölkerung (58,5 %). Nur dieser wird zu den Armen bzw. Armutsgefährdeten gerechnet. Frauen haben demnach im Alter in Heidelberg derzeit noch kein überdurchschnittliches Armutsrisiko, das gilt nicht für ausländische Frauen, bei denen jede achte auf Grundsicherungsleistungen angewiesen ist.

Die heute älteren Frauen sind (trotz langjähriger Erwerbsunterbrechungen) im Alter größtenteils noch über den Haushaltszusammenhang (Ehemann) oder als Witwe durch abgeleitete Rentenansprüche hinreichend abgesichert. Für die Zukunft ist aber insgesamt mit einem deutlichen Anstieg der Altersarmut zu rechnen:

- Erstens werden die Reformmaßnahmen der letzten Jahre im Bereich der Gesetzlichen Rentenversicherung zu einer deutlichen Verringerung des Rentenniveaus beitragen und dabei auch den „Wert“ der vor allem Frauen zugutekommenden Anrechnung von Fürsorgearbeit reduzieren.
- Zweitens trägt die fortgesetzte Ungleichheit der Erwerbs- und sonstigen Einkommen zu einer erhöhten Armut im Alter bei.
- Drittens spielen schließlich auch veränderte Lebensformen, also vermehrte Scheidungen sowie Alleinlebende und Alleinerziehende, hier eine Rolle¹².

Wohnsituation

Für 671 Rentner-/Pensionärshaushalte war die Wohnkostenbelastung Ende 2009 zu hoch, sie waren auf Wohngeld angewiesen, das entspricht vier von 10 Wohngeldhaushalten. Darunter sind 60 % armutsgefährdet, also 403 Rentnerhaushalte. Was das Betreute Wohnen für ältere Menschen betrifft, fehlen noch bezahlbare Angebote.

12 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Neue Wege – Gleiche Chancen Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebenslauf, Erster Gleichstellungsbericht, Gutachten der Sachverständigenkommission, Berlin Juni 2011, Seite 10

8.5. Menschen mit Behinderung

Im März 2009 ist die UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen in Deutschland in Kraft getreten. Sie verpflichtet alle Vertragsstaaten, die individuelle Unabhängigkeit, die Teilhabe in der Gesellschaft, sowie Barrierefreiheit und Chancengleichheit von Menschen mit Behinderung nach und nach voll zu verwirklichen. Dies hat Auswirkungen auf fast alle Handlungsfelder der Stadtentwicklung.

In Heidelberg waren Ende 2009 rund 18.300 Menschen (12,5 %) mit Behinderungen registriert. Darunter hatten knapp 13.300 einen gültigen Schwerbehindertenausweis¹³, davon 52,6 % Frauen und 47,4 % Männer. Weitere gut 5.000 waren beim Versorgungsamt mit einem Behinderungsgrad von weniger als 50 gemeldet. Gegenüber 2005 gab es 2009 rund 240 oder 1,9 % mehr schwerbehinderte Menschen in Heidelberg. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung blieb jedoch mit 9,1 % gleich. Zunahmen gab es in der Entwicklung vor allem bei den über 64-Jährigen, mit + 6,1 % (+ 425). Bei allen anderen Altersgruppen kam es zu Rückgängen.

Erwerbssituation

In Heidelberg waren 8,9 % der Arbeitslosen Ende 2009 schwerbehindert (rund 350 Personen). Obwohl die Zahl der schwerbehinderten Arbeitslosen damit gegenüber 2005 um knapp 15 % zurückging, erhöhte sich ihr Anteil an den Arbeitslosen (2005 noch 7,7 %). Sie gehören demnach nicht zu den Gewinnern der dynamischen Wirtschaftsentwicklung in Heidelberg. Ihr Anteil an allen Arbeitslosen lag zudem über die Hälfte über ihrem Anteil an den Personen im erwerbsfähigen Alter (5,5 %). Von den dauerhaft Erwerbsunfähigen benötigten 2009 knapp 360 Grundsicherungsleistungen (169 Frauen, 188 Männer) außerhalb von Einrichtungen. Diese gesundheitlich stark eingeschränkten Menschen sind armutsgefährdet. Sie sind von Nachteilen in zwei Lebenslagen betroffen.

Wohnen

Es ist davon auszugehen, dass sich die Zahl an rollstuhlgeeigneten/ rollstuhlgerechten Wohnungen in den letzten Jahren erhöht hat und mit der konsequenten Anwendung des § 35 Abs. 1 Landesbauordnung weiter steigen wird. Das städtische Förderprogramm „Barrierefreie Wohnungen“ gewinnt an Bekanntheit. Seit 2006 wurden insgesamt 51 Wohnungen gefördert. Die Nachfrage nach barrierefreiem Wohnraum ist jedoch noch immer schwer zu decken. Die Neubautätigkeiten in der Bahnstadt versprechen eine deutliche Zunahme der barrierefrei nutzbaren Wohnungen in Heidelberg.

Bildung

Das erklärte Ziel der Bildungsregion Heidelberg ist es, dass jedes Heidelberger Kind den bestmöglichen Bildungserfolg erlangen soll. Die Stadt Heidelberg verfügt bereits über hervorragende Voraussetzungen, um angemessene Antworten auf die Umsetzung der UN-Konvention zu finden. Eine Arbeitsgruppe des Amtes für Schule und Bildung unter Beteiligung der PH Heidelberg, des Staatlichen Schulamtes Mannheim und Heidelberger Schulleitungen erarbeitet derzeit eine entsprechende Konzeption zum Themenbereich „Inklusion“.

13 In Fachkreisen wird vermutet, dass vor allem viele ältere Frauen, darunter viele Hochbetagte und seelisch Erkrankte keinen gültigen Schwerbehindertenausweis haben, hier also mit einer Dunkelziffer gerechnet werden muss.

9. Armutsgefährdete insgesamt

Betrachtet man die einzelnen Risikogruppen (Tabelle 9.1), so sind in Heidelberg schätzungsweise rund 11.300 Personen arm oder armutsgefährdet. Dies entspricht der Einwohnerzahl der Altstadt oder 7,7 % der Wohnbevölkerung. Mit dieser Größenordnung liegt Heidelberg auf ähnlichem Niveau wie vor vier Jahren als der Wert bei 8,1% lag. Dieses positive Ergebnis ist im Wesentlichen durch die geringere Zahl von Wohngeldbezieher/innen sowie Personen im Asylverfahren bedingt. Auch stieg die Einwohnerzahl im Berichtszeitraum um 2,4 %, was den Anteilswert positiv beeinflusst.

Ein weiterer Grund für dieses Ergebnis liegt auch beim Kinderzuschlag, der in Heidelberg jetzt sicher von mehr Haushalten als kurz nach seiner Einführung 2005 genutzt wird. Leider können genaue Zahlen hierzu für Heidelberg nur mit einem unvertretbar hohen Aufwand ermittelt werden.

Lässt man die Dunkelziffer und Obdachlose ohne Meldeadresse außen vor, handelt es sich fast ausnahmslos um Personen, die auf staatliche Transferleistungen angewiesen sind. Sie

Tabelle 9.1: Schätzung der armutsgefährdeten Personen in Heidelberg zum 31.12.2009

Gruppen	Armutsgefährdete Personen 2005	Personen insgesamt 2009	Annahmen zur Armutsgefährdung	Armutsgefährdete 2009
Arbeitslose	(5.299)	(3.916)	s.u.	
ALG I Empfänger/-innen	(1.655)	(1.212)	s.u.	
ALG II - Personen in Bedarfsgemeinschaften	7.522	7.813	100 %	7.813
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen	974	1.207	100 %	1.207
Hilfe zum Lebensunterhalt*	146	107	100 %	107
Blindenhilfe	34	30	100 %	30
Personen in Wohngeldempfängerhaushalten	(3.820) 2.172***	3036 Neue Einkommensgrenzen	60 % (ohne 382 Studierende und deren Kinder)	1.586***
Leistungsbezieher/innen nach AsylbLG*	360	171	100 %	171
Obdachlose	(250) 92**	150-180**	Jene ohne ALG II	55**
Dunkelziffer	300		2,7% der Armutsgefährdeten	300
Summe Armutsgefährdete ohne Studierende	11.600			11.269

* nur vorübergehender Leistungsbezug ** Schätzung SKM *** ohne Studierende und deren Kinder

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Landesamt, Amt für Soziales und Senioren der Stadt Heidelberg, Katholischer Verein für soziale Dienste in Heidelberg e.V. (SKM). Mehr zum SKM in Kapitel 7.6, S.127.

beziehen diese Leistungen, um sich vor Armut¹ zu schützen. Ihre Einkommens- und Vermögensverhältnisse wurden vor dem Leistungsbezug geprüft und die betroffenen Personen damit als Unterstützung bedürftend anerkannt. Nach dem Leistungsbezug stehen sie finanziell besser da, sind aber immer noch zu den Armutsgefährdeten zu zählen.

Größte Gruppe unter den Armutsgefährdeten (knapp 70 %) sind die Empfänger/innen von Leistungen nach SGB II. Die zweitgrößte Gruppe (14 %) bilden die Personen in Wohngeldhaushalten. An dritter Stelle der Armutsgefährdung stehen, mit rund 11 %, die Grundsicherungsempfänger im Alter und bei Erwerbsminderung (außerhalb von Einrichtungen).

Nicht alle der in Tabelle 8.1 dargestellten Personen sind armutsgefährdet. Unter den Arbeitslosen sind es nur jene, die in der Regel nicht mehr auf ihre gesetzlich garantierten Versicherungsleistung (ALG I) zurückgreifen können, weil sie schon zu lange arbeitslos sind und deshalb nur noch Arbeitslosengeld II beziehen. Ist das Arbeitslosengeld I zu niedrig, so dass der Lebensunterhalt nicht gesichert werden kann, besteht die Möglichkeit, es durch Arbeitslosengeld II aufzustocken. Alle Arbeitslosengeld II-Bezieher und ihre Kinder, die Sozialgeld erhalten, zählen somit zu den Armen bzw. Armutsgefährdeten.

Bei der Grundsicherung im Alter und bei dauerhaft voller Erwerbsminderung sind zu den Armutsgefährdeten - wie auch in anderen Städten üblich – nur diejenigen einzubeziehen, die nicht in Heimen leben.

Die Bedürftigkeitsgrenzen beim Wohngeld liegen durch bestimmte Anrechnungen (z.B. des Kindergeldes) etwas höher. Deshalb wurden nur 60 % der Wohngeldempfänger zum Armutsgefährdetenkreis hinzugerechnet. Studierende wurden wegen ihrer spezifischen Lebenssituation und wegen der ihnen zur Verfügung stehenden zahlreichen Serviceleistungen (z.B. Mensa) nicht betrachtet.

Die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz werden nur eine bestimmte Zeit in Anspruch genommen, nämlich solange das Asylverfahren läuft. Ähnlich verhält es sich mit den Hilfen zum Lebensunterhalt, die entweder in den Bezug von Arbeitslosengeld II münden oder in die Grundsicherung für Erwerbsgeminderte oder alte Menschen.

Illegal sich in Heidelberg aufhaltende ausländische Bürger/innen sind nicht berücksichtigt. Ihre Zahl ist nicht quantifizierbar, die entsprechende Dunkelziffer dürfte wie in anderen Großstädten nicht gering sein.

Unter den Obdachlosen werden nur diejenigen aufgeführt, die kein Arbeitslosengeld II oder Grundsicherung beziehen. Nach sehr vorsichtigen Schätzungen des SKM - Katholischer Verein für Soziale Dienste in Heidelberg e.V. könnten dies rund 55 Personen sein.

In dieser Aufstellung sind überschuldete Haushalte aus materiellen Gründen ebenfalls nicht enthalten, da die gegenwärtige Pfändungsfreigrenze für eine Person bei einem Nettoeinkommen von 985 Euro pro Monat liegt und damit die Armutsgefährdungsgrenze in Baden-Württemberg (871 Euro) immer noch überschreitet.

Mit einbezogen in diese Aufstellung der Armutsgefährdeten ist eine Dunkelziffer jener, die Anspruch auf eine Transferleistung hätten, sie aber aus Scham oder Unwissenheit nicht beantragen. Es wird weiter davon ausgegangen, dass aufgrund der engmaschigen Beratungs-

1 Armut, die monetär 40 % des Nettoäquivalenzeinkommens entspricht.

angebote in sozialen Fragen in Heidelberg von einem geringen Wert von rund 300 Personen auszugehen ist.

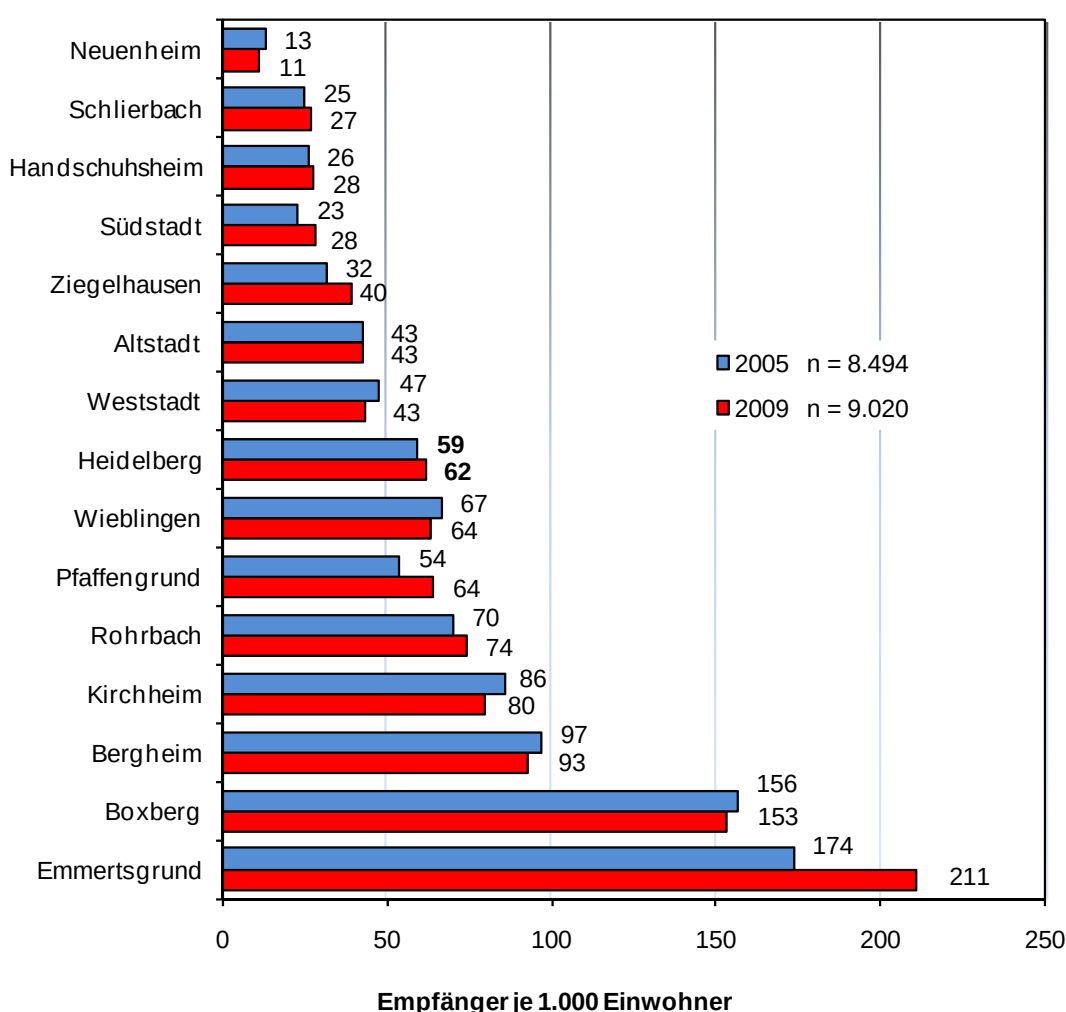
In der Summe ergeben sich einschließlich Dunkelziffer zum 31.12.2009 rund 11.300 arme bzw. armutsgefährdete Personen, das heißt 77 auf 1.000 Einwohner Heidelbergs.

Räumliche Verteilung äußerst ungleich

Betrachtet man die beiden großen Gruppen der Grundleistungsbezieher/-innen - SGB II und SGB XII - stadtteilweise und setzt sie in Bezug zur Einwohnerzahl, ergibt sich die sogenannte Armutsdichte. (Abbildung 8.4 und 8.5). In Heidelberg werden damit 80 % der im Bericht ermittelten armutsgefährdeten Personen erfasst. Zusammenfassend lässt sich festhalten:

- Armutsgefährdete leben in allen Stadtteilen Heidelbergs
- Im Schnitt sind 2009: 62 von 1.000 Einwohner/-innen Grundsicherungsbezieher, 2005 waren es drei Personen weniger.

Abbildung 9.1: Grundsicherungsbezieher/-innen nach SGB II und SGB XII* je 1.000 Einwohner im Dezember 2009 und 2005



* außerhalb von Einrichtungen

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Einwohnerzahl)
Amt für Soziales und Senioren der Stadt Heidelberg, eigene Berechnungen

- Unter den Stadtteilen weist der Armutsgefährdungsgrad eine breite Streuung auf. Auf dem Emmertsgrund sind 19 mal so viele Menschen armutsgefährdet wie in Neuenheim, auf dem Boxberg 14 mal so viele. Auch in Bergheim und Kirchheim liegen die entsprechenden Quoten weit über dem städtischen Mittelwert.
- Die Streuung über die einzelnen Stadtteile ist noch größer geworden. Insbesondere der Stadtteil Emmertsgrund ragt hierbei mit einer deutlichen Zunahme der Dichte an Leistungsempfänger/-innen heraus (+37 Personen je 1.000 Einwohner).
- Bei der stadtteilweisen Betrachtung zeigt sich, dass es auch Stadtteile gibt, bei denen die Grundsicherungsempfänger/-innen gegenüber 2005 abgenommen haben, darunter Boxberg, Bergheim und Kirchheim.
- Im Pfaffengrund und in Ziegelhausen ist ebenfalls ein überdurchschnittlicher Zuwachs, allerdings auf deutlich niedrigerem Niveau zu verzeichnen.
- Auch die Karte macht diese räumliche Ungleichverteilung von Armut sichtbar (Abbildung 8.3). Insgesamt lassen sich fünf Stadtviertel mit mehr als 150 Bezieher/-innen je 1.000 Einwohner identifizieren. Es sind dies: Emmertsgrund-Nord und Süd, Boxberg-Ost, Kirchheim Flur (mit Kirchheimer Weg) und Bergheim West.

Dass Armut in Heidelberg räumlich sehr stark segregiert, zeigt auch eine Städte vergleichende Studie des difu² mit Zahlen von 2008 im Vergleich zu 2002. Danach gehört Heidelberg beim Segregationsindex Arbeitslose 2008 zum oberen Drittel, in der Entwicklung 2002 zu 2008 haben in Heidelberg die Segregationstendenzen am stärksten unter allen Vergleichsstädten zugenommen. Zur Erklärung wird hier – wie in den Städten Düsseldorf, München und Frankfurt – eine Verknappung preiswerten Wohnraums genannt.³ Besonders fällt in dieser Studie der hohe Segregationswert für die Kinderarmut in Heidelberg auf, obwohl gesamtstädtisch die Kinderarmut im Vergleich zu anderen Städten nicht als kritisch angesehen wird.⁴

Damit arme und armutsgefährdete Kinder trotz ihrer schwierigen Lebenslage die größtmöglichen Teilhabechancen erhalten und sich Armut nicht in die nächste Generation vererbt, ist weiterhin eine offensive Bildungspolitik wichtig, darunter Sprachförderung und Schulsozialarbeit. Erste Erfolge lassen sich im Stadtteil Emmertsgrund bei den Übergängen auf die weiterführenden Schulen feststellen: Hier gewinnen Realschule und Gymnasium an Bedeutung.⁵

2 Quelle: Pilotprojekt „Kleinräumiger Städtevergleich zur sozialen Stadtentwicklung und sein Beitrag zur Evaluierung“, Internes Arbeitspapier zur Arbeitsgruppensitzung am 8.11.2010 in Berlin, difu und res urbana, Berlin November 2010.

3 Difü November 2010, a.a.O., S. 9-10.

4 Difü, November 2010, a.a.O., S. 20-21.

5 Stadt Heidelberg, Amt für Stadtentwicklung und Statistik: Integriertes Handlungskonzept Emmertsgrund, - Teil 1 der Fortschreibung „Zwischenbilanz 1999-2011“, Bestandsaufnahme, Entwicklung und Bewertung S. 46 f, Heidelberg 2011

Abbildung 9.2: Alle Leistungsbezieher/-innen nach dem SGB II und SGB XII außerhalb von Einrichtungen je 1.000 Einwohner im Dezember 2009

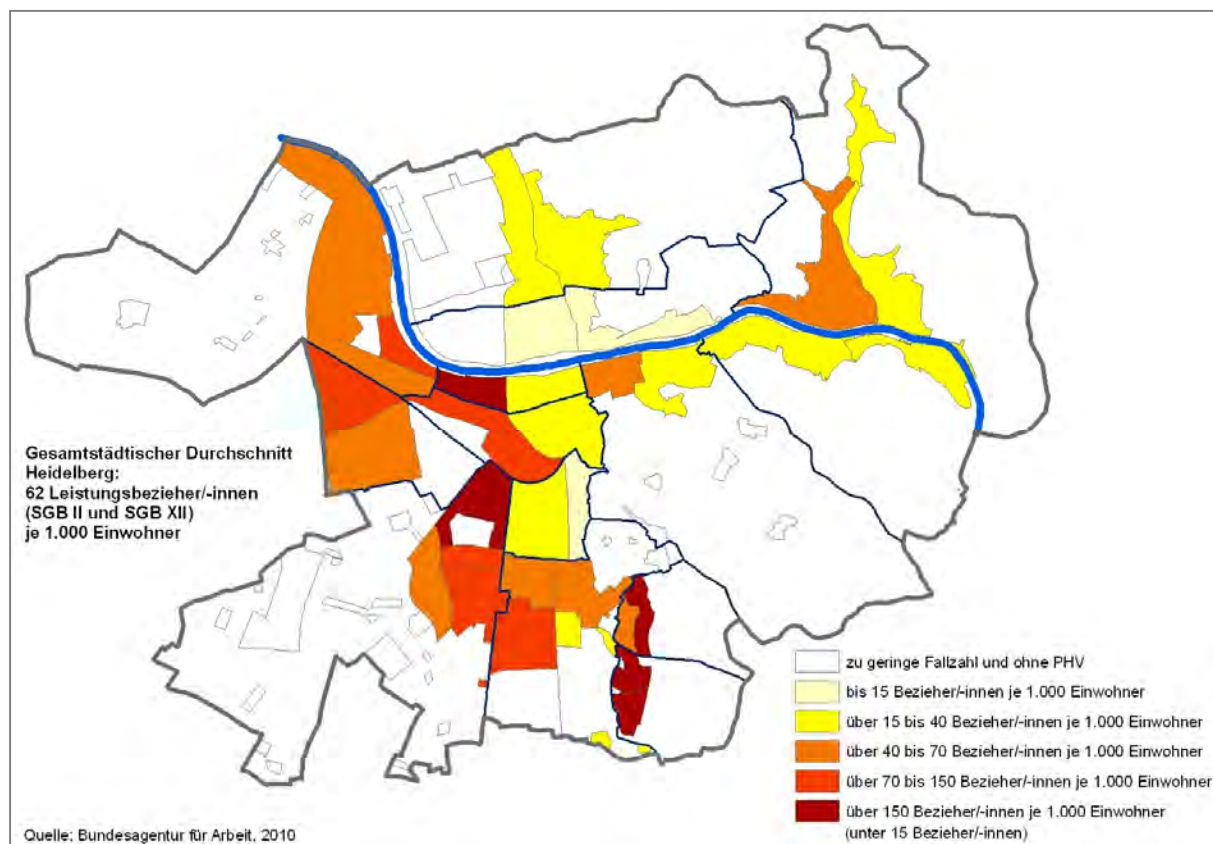


Tabelle 9.2: Einwohner und geschätzte Armutsgefährdete in Heidelberg und Baden-Württemberg* 2009 nach Altersklassen

	Einwohner in Heidelberg		darunter geschätzte Armutsgefährdete		Armutsgefährdete in Baden-Württemberg
	absolut	in %	absolut	in %	in %
unter 18 Jahren	19.389	13,2	2.812	14,5	17,4
18 - 24	16.699	11,4	805	4,8	21,2
25 - 49	61.654	42,1	3.984	6,5	11,9
50 - 64	24.404	16,7	2.222	9,1	10,5
65 und älter	24.320	16,6	1.446	5,9	15,2
Insgesamt	146.466	100,0	11.269	7,7	14,1

* gemäß Mikrozensus 2009, gemessen am Landesmedian.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, SKM, Amt für Soziales und Senioren, eigene Berechnungen

Kinder mehr als doppelt so häufig armutsgefährdet wie ältere

Bezieht man alle vorgefundenen armutsgefährdeten Gruppen (inklusive Dunkelziffer) ein und ordnet sie den eingangs erwähnten Altersklassen zu, dann zeigt sich, dass Heidelberg im Vergleich zum Land in allen Altersklassen besser da steht. (Tabelle 9.2).

Auch wenn für einzelne Altersklassen Schätzungen vorgenommen werden mussten und mit gewissen Unschärfen gerechnet werden muss, so fällt vor allem auf, dass die unter 18-Jährigen in Heidelberg nach wie vor das höchste Armutsrisiko in Heidelberg tragen. Es ist beinahe doppelt so hoch wie der Durchschnitt (7,7 %) und mehr als doppelt so hoch wie das der über 64-Jährigen. Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren stellen ein Viertel der Armutsgefährdeten in Heidelberg.

Sieht man von der Altersgruppe, in die die Studierenden fallen, ab, so haben die Senioren in Heidelberg mit rund sechs Prozent (noch) das geringste Armutsrisiko. Dem Landeswert ganz nahe ist die Gruppe der 50-64-Jährigen. Darunter befinden sich insbesondere die älteren Langzeitarbeitslosen, für die es auch in Heidelberg bisher nur wenige Perspektiven gibt. Zukünftig muss vor allem wegen der Zunahme älterer Menschen und diskontinuierlicher Erwerbsbiographien mit einem Ansteigen der Grundsicherungsempfänger/innen im Alter gerechnet werden.

Der deutliche Unterschied zum Land bei den 18-24-Jährigen liegt daran, dass in Heidelberg die Studierenden in dieser Alterskohorte eine große Rolle spielen, sie bei der Armutsgefährdungsberechnung in Heidelberg jedoch nicht mitgezählt wurden.

10. Zusammenfassung

Trotz Finanz- und Wirtschaftskrise hat die Zahl der Armutsgefährdeten in Heidelberg nicht zugenommen

2009 waren in Heidelberg rund 11.300 Einwohner/-innen arm oder armutsgefährdet. Sie stellen 7,7 % der Einwohner Heidelbergs, das heißt jede 13. Person ist dazu zu rechnen. Diese Größenordnung entspricht in etwa der Einwohnerzahl der Altstadt. Mit dieser Quote liegt Heidelberg auf ähnlichem Niveau wie vor vier Jahren als der Wert bei 8,1 % lag.

Maßgeblich für dieses positive Ergebnis sind neben einer dynamischen Wirtschaftsentwicklung die gesunkenen Wohngeldempfänger- und Asylbewerberzahlen, die den Anstieg der Grundsicherungsleistungsempfänger/innen mehr als ausgleichen. Bei der Quotenberechnung macht sich zudem der Einwohneranstieg um 2,4 % positiv bemerkbar. Auf 1.000 Heidelberger/-innen kommen etwa 77 Armutsgefährdete.

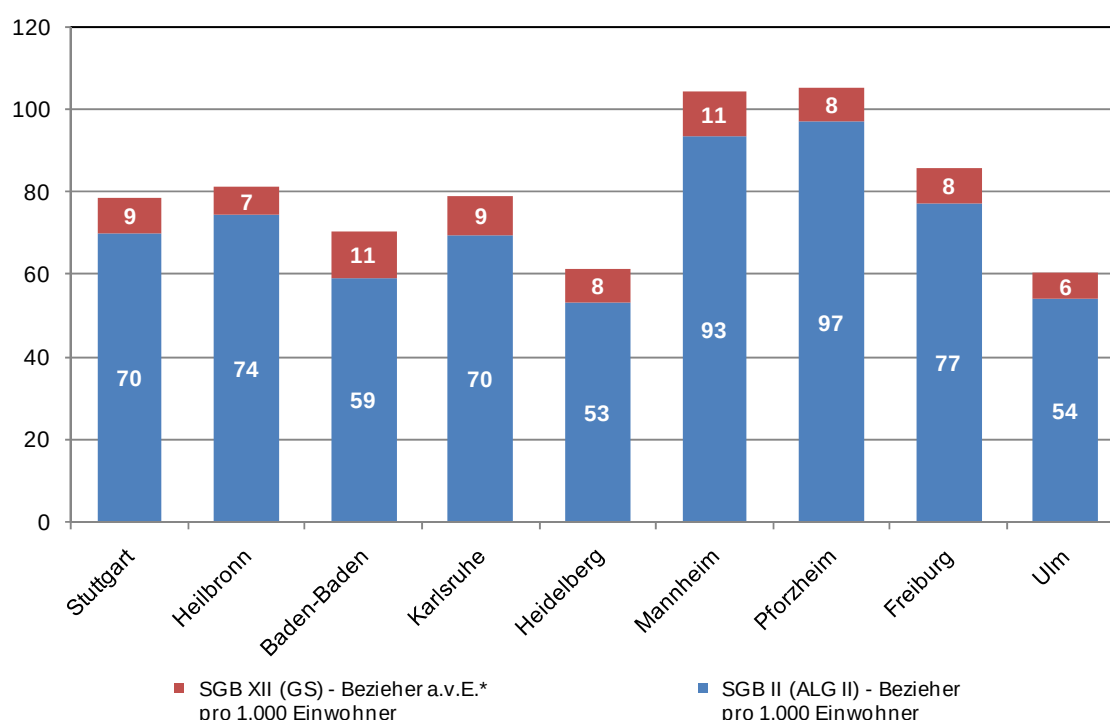
Armut in Heidelberg im Vergleich weiterhin auf niedrigem Niveau

Im Vergleich zu anderen Großstädten, dem Land und dem Bund bewegt sich Armut in Heidelberg weiterhin auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau. Im Land waren 2009 rund 14,1 % der Einwohner/-innen armutsgefährdet, im Bund lag die Rate mit 14,6 % fast doppelt so hoch wie in Heidelberg. Auch bei der Armutsdichte, gemessen an der Summe der Grundsicherungsempfänger/-innen aus SGB II und SGB XII je 1000 Einwohner, steht Heidelberg vergleichsweise gut da. Nur Ulm liegt noch niedriger. Dort sind die älteren Grundsicherungsempfänger weniger angestiegen als hier.

Armut bleibt räumlich konzentriert

Bereits im letzten Bericht zur Sozialen Lage wurde festgestellt, dass die von Armut gefährdeten Personen sich auf wenige Stadtteile konzentrieren. Im Vergleich zu vor vier Jahren ha-

Abbildung 10.1: Bezieher/-innen von Grundsicherungsleistungen nach SGB II und SGB XII* je 1.000 Einwohner



Quelle: Bundesagentur für Arbeit und Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Einwohner und SGB XII)
 * außerhalb von Einrichtungen, geringfügige Abweichungen von städtischem Wert erfassungsbedingt

ben sich die Abstände zwischen den einzelnen Stadtteilen sogar vergrößert. Die Kluft in der Heidelberger Gesellschaft ist somit größer geworden, eine Feststellung, die in Fachkreisen mit dem Begriff Segregation bezeichnet wird und auf die auch in zwei bundesweiten Untersuchungen hingewiesen wird.

Besonders deutlich wird die Diskrepanz zwischen den Stadtteilen, wenn man die Kinderarmut betrachtet, sprich die Sozialgeldbezieher unter 15 Jahren. Deutlich über die Hälfte wohnen in den vier Stadtteilen Emmertsgrund, Boxberg, Bergheim und Kirchheim.

Armut verfestigt sich zunehmend

Für viele ist ein Bezug von Grundsicherungsleistungen zum Normalfall geworden, dabei überwinden Männer Hilfebedürftigkeit schneller als Frauen. Über ein Drittel der ALG II-Bezieher/-innen bekommen diese Unterstützung bereits seit vier Jahren. Ihre gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten in vielen Lebensbereichen sind damit dauerhaft reduziert. Der Riss durch die Stadtgesellschaft ist auch räumlich sichtbar.

Ausländer/-innen haben weiterhin höheres Armutsrisiko, aber ein geringeres als 2005

Bei den ausländischen Armutsgefährdeten ist man nach wie vor auf Schätzungen angewiesen, die zudem stark von schwankenden Asylbewerberzahlen beeinflusst werden. Im Vergleich zu 2005 ist die Zahl an ausländischen armutsgefährdeten Personen aber infolge der dynamischen Entwicklung des Arbeitsmarktes und des verbesserten Zugangs von manchen Ausländergruppen deutlich zurückgegangen. Ihre geschätzte Armutsquote sank überdurchschnittlich von 12 % auf 10,6 %. Ähnliches ist auch aus den Ergebnissen des Mikrozensus für Baden-Württemberg abzulesen, wonach die Armutsgefährdungsquote für die Ausländer gegenüber 2005 gesunken ist. Im Bildungsbereich, bei der Erwerbssituation und der Einkommenssituation zeichnet sich eine Annäherung der Lebenslagen von Ausländern und Deutschen ab, wenn auch nur in kleinen Schritten.

Festzuhalten bleibt aber dennoch, dass ihr Risiko überdurchschnittlich ist. Sie schätzen in Befragungen ihre wirtschaftliche Situation zwar besser als 2005 ein, aber im Vergleich zu anderen Gruppen immer noch überdurchschnittlich schlecht.

Unter den Ausländern gibt es bei der Armutsgefährdung eine Konzentration auf wenige Nationalitäten

Zudem fällt eine außerordentlich hohe Konzentration auf wenige Nationalitäten auf. Es sind dies – betrachtet man wieder die Kerngruppe (SGB II und SGB XII) - Personen aus den europäischen GUS-Staaten, dem Iran, dem Irak und der Türkei, die allein mehr als die Hälfte ausmachen.

Anteil der Kinder, die Sozialgeld beziehen, stagniert

Kinder und Jugendliche haben in Heidelberg, wie auch in der Bundesrepublik, das höchste Risiko, armutsgefährdet zu sein. Für Kinder und Jugendliche ist es mehr als doppelt so hoch wie für ältere Menschen. Auch wenn die Schätzungen Unschärfen enthalten, so bleibt festzuhalten, dass fast jedes siebte Kind unter 18 Jahren in Heidelberg arm oder armutsgefährdet ist, rund 2.800.

Dass unter diesen insgesamt mehr als 1.900 Kinder und Jugendliche unter 15 Jahren in einer Stadt wie Heidelberg auf Sozialgeld nach SGB II angewiesen sind, bleibt Hauptherausforderung im Rahmen der Familienoffensive. Ihr Anteil von 12 % an der Altersgruppe ist seit drei Jahren stabil und gegenüber 2005 kaum angestiegen. Man muss sich klar machen, dass es ohne die - nicht quantifizierbare - Zahl der Kinder in Familien, die Kinderzuschlag erhalten, mehr wären. Auch wenn es stadtweit 2009 kaum mehr Sozialgeldkinder gibt als 2005, ist

in einzelnen Stadtteilen - insbesondere im Emmertsgrund, in Rohrbach und in Ziegelhausen - ein Anstieg der Zahl der Kinder zu verzeichnen, für die Leistungen nach SGB II bezogen werden.

Angesichts der Tatsache, dass Kinder und Jugendliche in Heidelberg das größte Armutsrisiko tragen, ist es richtig, dass die Stadt hier ihren Handlungsspielraum ausschöpft und dafür sorgt, dass diese Kinder größtmögliche Teilhabechancen erhalten, damit sich Armut und womöglich Ausgrenzung nicht über Generationen hinweg vererbt. Kinder und Jugendliche in Heidelberg mögen zwar das höchste materielle Armutsrisiko haben, aber dafür haben sich mit dem HÜS-Programm und der Ausweitung des Heidelberg-Passes die Teilhabe- und Startchancen in den letzten vier Jahren deutlich verbessert.

Sinkende Quoten und Anteile bei den jungen Arbeitslosen

Die sinkenden Anteile und Quoten bei den unter 25-jährigen Hilfebedürftigen bestätigen den Abnahmetrend bei den jungen Arbeitslosen im Rechtskreis des SGB II. Hier zeigen sich die Erfolge verschiedenster Arbeitsmarktakteure bei der Verhinderung der Jugendarbeitslosigkeit. Die Arbeitslosenquote dieser Altersgruppe liegt halb so hoch wie die gesamtstädtische.

Alleinerziehende überproportional armutsgefährdet

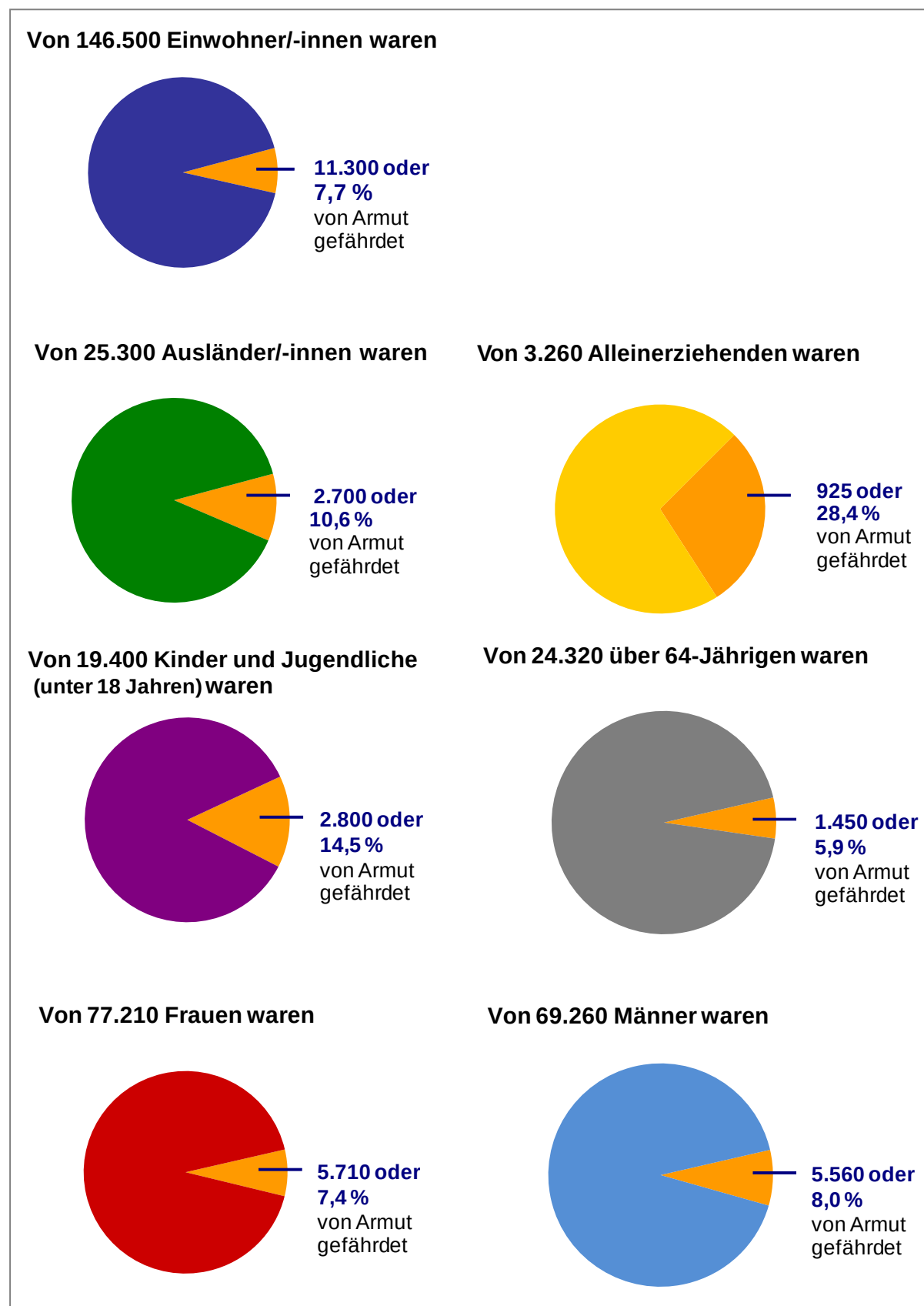
Die Datenlage reichte nicht aus, um für alle sozialen Gruppen fundierte Aussagen zu machen. Auffällig bei den Haushaltstypen ist jedoch, dass allen voran Haushalte von Alleinerziehenden auch in Heidelberg überrepräsentiert sind. Sie haben - wie auch bei den landes- und bundesweiten Erhebungen festgestellt - ein weit überdurchschnittliches Armutsrisiko. 84 % aller Alleinerziehenden in Heidelberg sind Frauen.

Absolut mehr Frauen, relativ mehr Männer mit Armutsrisiko

Bei der Summe der Grundsicherungsempfänger/innen nach SGB XII (außerhalb von Einrichtungen) und SGB II ist das Geschlechterverhältnis mit 50 % vollständig ausgeglichen. Nimmt man noch die anderen Transferleistungsbezieher/-innen, Obdachlose und die Dunkelziffer zur Berechnung der Armutsgefährdeten hinzu, sind schätzungsweise 50,7 % von ihnen Frauen, 49,3 % Männer. Nachdem unter den Einwohnern die Frauen mit 52,7 % überwiegen, sind Männer somit leicht überproportional mit einer Quote von 8 % armutsgefährdet. Bei Frauen liegt diese geschätzte Quote in Heidelberg bei 7,4 %. Berechnet man die Quote ausschließlich auf Basis der Grundsicherungsbezieher/-innen (SGB II und SGB XII), ergibt sich ein Wert von 5,8 % für Frauen und von 6,5 % für Männer. Damit tragen die Männer relativ in Heidelberg ein höheres Armutsrisiko als Frauen. Wie der Bericht gezeigt hat, können die Geschlechterverhältnisse für einzelne Gruppen durchaus anders aussehen.

Es ist nicht davon auszugehen, dass ältere Frauen auch in Zukunft trotz des hohen Maßes an Erwerbsunterbrechungen, reduzierter Arbeitszeit und Erwerbstätigkeit in gering entlohnerten Arbeitszweigen noch über den Ehemann oder als Witwe durch abgeleitete Rentenansprüche hinreichend abgesichert sind. Hier spielen die schon lange zu beobachtenden veränderten Lebensformen der vermehrten Zahl von Scheidungen, Alleinerziehenden und Alleinlebenden genauso eine Rolle wie Reformmaßnahmen in der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV). Beispielsweise haben im Rahmen der gewünschten Verlagerung der Alterssicherung auch auf betriebliche und private Vorsorge Frauen bisher weniger Möglichkeiten, für das Alter vorzusorgen: die betriebliche Alterssicherung ist noch stärker als die Rente der GRV an die Dauer der Erwerbsarbeit und die Höhe des erzielten Einkommens geknüpft und zudem auf industrielle Großbetriebe, in denen Frauen unterrepräsentiert sind, konzentriert. Einer privaten Vorsorge sind mit dem typischerweise geringen Erwerbseinkommen von Frauen enge Grenzen gesetzt.

Abbildung 10.2: Geschätzte Armutsrisiken in Heidelberg



Zunahme an Armutsgefährdeten bei den über 64-Jährigen, aber immer noch ein geringes Armutsrisiko

Eine deutliche Zunahme von 18 % ist bei den Empfänger/-innen von Grundsicherungsleistungen im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen seit 2005 bei den über 64-Jährigen zu verzeichnen. Dieser Wert und auch die Tatsache, dass unter den 50-64-Jährigen, der Abstand zu den landesweiten Befunden des Mikrozensus am geringsten ist, zeigen, dass hauptsächlich die Zahl der älteren Menschen unter den Armutsgefährdeten steigt und auch noch weiter ansteigen wird. Dennoch bleibt festzuhalten, dass über 64-Jährige derzeit mit rund 6 % noch ein geringes Risiko in Heidelberg haben.

Tabelle 10.1: Geschätzte Armutsrisiken in Heidelberg und Baden-Württemberg 2009 nach Gruppen

Von rund ... waren arm oder armutsgefährdet	Heidelberg Absolut gerundet	in %	Baden- Württemberg (Mikrozensus) in %
146.500 Einwohner/-innen waren arm oder armutsgefährdet ...	11.300	7,7	14,1
19.400 Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren ...	2.800	14,5	17,4
24.320 über 64-Jährigen ...	1.450	5,9	15,2
25.300 Ausländer/-innen	2.700	10,6	29,6
3.260 Alleinerziehenden	925	28,4	41,0
77.210 Frauen	5.710	7,4	15,0
69.260 Männern	5.560	8,0	13,1

Hier zeichnet sich ein zunehmend wichtiger werdendes Handlungsfeld ab: Das umlagefinanzierte Rentensystem mit seinem Problem der Gerechtigkeit zwischen den Generationen kann die Kommune von sich aus nicht verändern, um so wichtiger wird die Gewährleistung der Teilhabe älterer Menschen am kulturellen und sozialen Leben, unter Beachtung der unterschiedlichen Anforderungen und Bedürfnisse für das Dritte und Vierte Alter. Denn Armut lässt sich auch im Alter nicht nur an der Einkommensverteilung fest machen, sondern auch an individuellen und kollektiven Unterversorgungslagen in zentralen Lebensbereichen.

Die Sozialplanung für ältere Menschen in Heidelberg orientiert sich deshalb an dem Leitgedanken, die Menschen dort abzuholen, wo sie leben und ihre sozialen Bezüge haben. Eine sozial integrative Gestaltung der Lebensbedingungen erfordert einen Mix aus lebenslagen-, zielgruppen- und sozialraumbezogenen Eingriffen. Das heißt konkret:

1. Inklusion zur Vermeidung von Isolation und Vereinsamung, ansetzen an den Ressourcen.
2. Dezentralität, damit auch bei Einschränkungen die Angebote genutzt werden können.
3. Stärkung des Gemeinschaftsgedankens zum Nutzen aller bei begrenzten finanziellen Ressourcen; aktives Handeln von Bürgerinnen und Bürgern ermuntern und unterstützen.
4. Fokus auf die Entwicklung der Nachbarschaften, der sozialen Bezüge, der Netzwerke und der Infrastruktur.
5. Abfrage und Einforderung des Erfahrungswissens von Älteren zum Nutzen für das Gemeinwohl.

Das bedeutet u.a., dass die wohnortnahe Infrastruktur den Bedürfnissen angepasst und aktivierende Angebote sowie Angebote der ambulanten und (teil-)stationären Versorgung in ausreichendem Maße vorgehalten, entwickelt und - wo möglich - ausgebaut werden müssen. Darüber hinaus gilt es, Strukturen mit Aufforderungscharakter zu schaffen, die Lust auf Beteiligung und Sich-einbringen machen.

Das Dezernat III plant im Frühjahr 2012 hierzu eine Vorlage. Diese entwickelt auf Grundlage der seitherigen Sozialpolitik kommunalpolitische Perspektiven für die nächsten Jahre.

Themen wie Aktivität, Bürgerschaftliche Beteiligung, wie gestaltet sich das generationsübergreifende Miteinander, Alter und Gesundheit sollen dabei unter anderen aufgegriffen werden.

Wohlstand in Heidelberg ist ungleich verteilt

Die Heidelbergerinnen und Heidelberger schätzen ihre wirtschaftliche Lage überwiegend als gut ein und noch besser als 2005. Insgesamt bezeichnete nur noch jede/r elfte Befragte die eigene wirtschaftliche Situation als schlecht. Ausländer/-innen und unter 34-Jährige bewerteten sie negativer als alle anderen Gruppen, Senioren am positivsten. Unterdurchschnittlich zufrieden sind Frauen.

Auch in Heidelberg sind die Einkommen ungleich verteilt. Im Jahr 2004 erzielten nur knapp 3 % der Steuerpflichtigen mit den höchsten Einkommen von 125.000 Euro und mehr über ein Viertel aller Einkünfte. Andererseits konnte über ein Viertel aller Steuerpflichtigen mit Einkommen von lediglich bis zu 7.500 nur zu 1,8 % der Gesamteinkünfte beitragen.

Arm trotz Arbeit

Auch in Heidelberg gibt es sie, die working poor. Über ein Viertel (28,1 %) aller erwerbsfähigen Hilfebedürftigen, die SGB II erhalten, sind gleichzeitig erwerbstätig, das sind mehr als 1.600 Personen. Unter diesen arbeitenden Armen finden sich anteilig mehr Frauen und ausländische Mitbürger/-innen. Trotz eigenem Einkommen sind diese Personen auf die Unterstützung durch Grundsicherungsleistungen nach SGB II angewiesen.

Heidelberger Wohnkosten große Belastung für einkommensschwache Haushalte

Für fast 1.700 Haushalte ist die Mietbelastung aufgrund eines geringen Einkommens so hoch, dass sie Wohngeld beziehen. 60 % unter ihnen sind schätzungsweise armutsgefährdet. Trotz Wohngeldzahlungen gibt es alleine rund 500 Haushalte, die 35 % oder mehr ihres Einkommens für die Miete aufwenden müssen.

Auch der Heidelberger Wohnungsmarkt trägt durch die starken räumlichen Disparitäten im Mietpreinsniveau und bei der Verteilung von Sozialwohnungen dazu bei, dass unterschiedliche Lebenswelten und gesellschaftliche Teilhaben weit auseinander liegen und bewirkt, dass Armut nur ungenügend wahrgenommen wird.

In absehbarer Zukunft zeichnet sich in Heidelberg eine Verbesserung in der Breite des Wohnungsangebotes ab. Durch wichtige Siedlungsvorhaben wie z.B. in der Bahnstadt und durch das Freiwerden größerer Wohnbestände, die gegenwärtig noch von den U.S.-Streitkräften genutzt werden, wird für die nächsten zehn Jahre von einer höheren Marktdynamik als bisher ausgegangen. Sie löst neben der allgemeinen Belebung des Wohnungsmarktes auch Impulse im preisgünstigen Mietwohnungsmarkt aus. Das Angebot wird sich deutlich erhöhen. Dennoch wird es auch in Zukunft in der Universitätsstadt Gruppen geben, die besonders auf Unterstützung angewiesen sind, wenn sie in wirtschaftliche Not geraten. Wie das Kapitel Wohnen gezeigt hat, sind dies vor allem Alleinerziehende und Haushalte mit zwei und mehr Kindern.

Tendenz zu immer höherwertigen Bildungsabschlüssen, Bildungschancen aber noch ungleich

Insgesamt haben sich die bereits traditionell besonders guten Bildungschancen für Heidelberger Kinder im Berichtszeitraum verbessert. Bereits für die Kleinsten wird durch gezielte Förderung und Qualitätssicherung in den Krippen und Kindergärten auf Chancengleichheit hingewirkt.

Einen Beitrag zu mehr Chancengerechtigkeit im Bildungssystem bieten die vielfältigen Unterstützungssysteme und -angebote wie die Sprachförderung an Grundschulen, das Heidelberger Unterstützungssystem Schule (HÜS) und die Hochbegabtenförderung.

Das Regionale Bildungsbüro mit seinen Schwerpunktaufgaben bei der Gestaltung von Übergängen in der Bildungsbiografie trägt zur Verbesserung der Chancen der schulischen und beruflichen Bildung bei. Auf dem Weg zur Inklusion gibt es innerhalb der Bildungsregion Heidelberg vielfältige Erfahrungen mit gemeinsamen Lernen von behinderten und nichtbehinderten jungen Menschen im frühkindlichen, schulischen und berufsvorbereitenden Bereich, die Vielfalt als Chance begreifen und dazu beitragen, den bestmöglichen Bildungserfolg für jedes Heidelberger Kind zu sichern. Um dies weiterzuentwickeln wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet.

Nicht zuletzt durch erfolgreiche Schulsozialarbeit gibt es immer weniger Abgänger/-innen ohne Hauptschulabschluss. Wie auf Landesebene ist eine Tendenz zu immer höherwertigen Abschlüssen feststellbar.

Auch bei den ausländischen Schüler/-innen lässt sich im Zeitverlauf eine klare Tendenz zu besserer schulischer Ausbildung in Form höherer Abschlüsse erkennen, die im Moment am deutlich gestiegenen Anteil Mittlerer Abschlüsse und einem steigenden Anteil an Übergängen aufs Gymnasium unter den ausländischen Viertklässlern ablesbar ist.

Dennoch gilt nach wie vor auch in Heidelberg, dass ausländische Schüler/-innen in Gymnasien und bei den hochschulqualifizierenden Abschlüssen unterrepräsentiert, bei den Abgänger/-innen ohne Abschluss und in den Hauptschulen überrepräsentiert sind.

Langfristig ist weiterhin mit konstantem Armutsfaktor zu rechnen

Ein ganzes Bündel verschiedener Faktoren beeinflussen das Ausmaß an Armutsgefährdung. Gerade die letzten Jahre zeigen, dass die Zahl Armutsgefährdeter nicht ausschließlich von der wirtschaftlichen Entwicklung bestimmt wird, sondern auch weitere gesellschaftliche Faktoren wie die Lohn- und Rentenentwicklung, der demografische Wandel, die politische Lage in anderen Ländern und individuelle Faktoren wie die Erwerbsbiographie oder die individuelle Qualifikation eine wichtige Rolle spielen, auf die die Kommune nur beschränkt Einfluss hat. So wird die Zahl älterer Menschen deutlich zunehmen, von denen auch infolge diskontinuierlicher Erwerbsbiografien sowie langandauernder Arbeitslosigkeit deutlich mehr Personen auf Leistungen der Grundsicherung angewiesen sein werden. Deshalb muss auch weiterhin mit einer ähnlichen Armutsgefährdungsquote gerechnet werden. Mehr als ein Drittel der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen lebt schon vier Jahre und länger von Transferleistungen, und ein Drittel aller erwerbsfähigen Hilfebedürftigen ist arm trotz Arbeit. Gerade was die Erwerbsbiographie betrifft, kumulieren bei Frauen zahlreiche Armutsrisiken infolge ihrer Dominanz bei Teilzeit- und geringfügiger Beschäftigung, welche sich in einem deutlich geringeren Arbeitsvolumen als bei Männern niederschlagen und einem höheren Risiko in gering entlohnten Arbeitszweigen zu arbeiten.

**Datenlage nach wie vor unbefriedigend**

Bei der Bearbeitung des Berichts hat sich weiterhin als nachteilig erwiesen, dass pseudonymisierte Daten im Bildungsbereich noch immer nicht ausgewertet werden können, obwohl sie erhoben werden. Nur diese würden zuverlässige Aussagen zu den Heidelberger Kindern und Jugendliche in den weiterführenden Schulen erlauben. Auch konnte bei der Auswertung der Arbeitslosendaten und der Daten zum SGB II noch nicht auf das Merkmal des Migrationshintergrundes zurückgegriffen werden, da es mangels Rechtsverordnung zum Berichtszeitpunkt noch nicht vorlag. Bei den Wohngelddaten fehlen ebenfalls zahlreiche biographische Angaben, um nach unterschiedlichen Gruppen zu unterscheiden.



Anhang

Zu Kapitel 1

Armutsgefährdungsgrenzen

Armutsgefährdungsgrenzen für einen Einpersonenhaushalt in Baden-Württemberg 2009

EU-Definition	Grenzwert bei des Medians	Schwellenwert* in Euro
Durchschnittseinkommen	100%	1.452
Prekärer Wohlstand	70%	1.016
Armutsgefährdet	60%	871
Relativ einkommensarm	50%	726
Arm	40%	581

* gemäß Mikrozensus, gemessen am Landesmedian

Quellen: www.amtliche-sozialberichterstattung.de und Ariane Krentz: "Ermittlung der Armutsgefährdungsquoten und Armutsgefährdungsschwellen", in: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 1/2011, S.11 ff., Stuttgart

Zu Kapitel 2

MigraPro wird das EDV-Programm genannt, mit dem im kommunalen Verbund die Zahl der Personen mit Migrationshintergrund einer Stadt aus dem Einwohnermeldewesen ermittelt wird. Aus der Kombination der Merkmale „Zweite Staatsangehörigkeit“, „Zuzugsherkunft“, „Art der deutschen Staatsangehörigkeit“ und „Lage des Geburtsortes“ sind zuverlässige Aussagen zur Zahl der Deutschen mit Migrationshintergrund möglich. Wird diese Zahl noch um die Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit ergänzt, kann die Frage nach Personen mit Migrationshintergrund beantwortet werden. Der Personenkreis mit Migrationshintergrund umfasst somit Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit, Spätaussiedler und deren Nachfahren, eingebürgerte Ausländer sowie Kinder mit familiärem Migrationshintergrund (Ein Elternteil mit Migrationshintergrund).

Zu Kapitel 4

Erwerbspersonen sind die Erwerbstätigen plus die Arbeitslosen.

Personen im erwerbsfähigen Alter sind alle Einwohner zwischen 18 und 64 Jahren.

SVP- Beschäftigten-Besatz ist die Zahl der SVP-Beschäftigten je 1.000 Einwohner im erwerbsfähigen Alter von 18 - 64 Jahre.

Arbeitsgelegenheiten: Die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten nach § 16 SGB II Abs. 3 ist eine Eingliederungsleistung für erwerbsfähige Hilfebedürftige nach dem SGB II. Zwei Förderungsmöglichkeiten sind möglich: Entgeltvariante und Mehraufwandsvariante. Bei der Entgeltvariante handelt es sich um sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, bei der der Hilfebedürftige an Stelle des Arbeitslosengeldes II das übliche Arbeitsentgelt erhält. Diese Beschäftigungsverhältnisse müssen nicht zwingend im öffentlichen Interesse liegen und / oder zusätzlich sein. Die Arbeitsgelegenheiten in der Mehraufwandsvariante müssen hingegen im öffentlichen Interesse liegen, zusätzlich, wettbewerbsneutral und arbeitsmarktpolitisch



zweckmäßig sein. Hierbei handelt es sich um nicht sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in einem besonderen Sozialrechtsverhältnis. Während der Teilnahme erhält der Hilfebedürftige zusätzlich zum Arbeitslosengeld II eine angemessene Mehraufwandsentschädigung. Der Schwerpunkt der Arbeitsgelegenheiten nach dem SGB II liegt eindeutig auf den Arbeitsgelegenheiten in der Mehraufwandsvariante. Mit dieser Förderungsart wurden im Jahr 2005 knapp 96% der Teilnehmer in Arbeitsgelegenheiten nach dem SGB II gefördert. Die umgangssprachlich verwendeten Begriffe „Zusatzjobs“ oder „1 Euro-Jobs“ beziehen sich ausschließlich auf Arbeitsgelegenheiten in der Mehraufwandsvariante¹.

Zu Kapitel 5

Anwartschaftszeit, Dauer und Höhe des Anspruches auf Arbeitslosengeld I:

Um Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung erhalten zu können, müssen vorher Versicherungsbeiträge in einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung (oder Krankengeldbezug) geleistet worden sein. Seit dem 1. Februar 2006 beträgt diese Anwartschaftszeit zwölf Monate, die innerhalb der letzten zwei Jahre vor der Arbeitslosmeldung erfüllt sein muss.

Das Arbeitslosengeld I wird für Arbeitslose im Alter zwischen 50 bis 54 Jahren 15 Monate lang gewährt. Ab einem Alter von 55 Jahren wird das Arbeitslosengeld 18 Monate und ab 58 Jahren 24 Monate lang gezahlt. Unter 50-Jährige erhalten maximal 1 Jahr Arbeitslosengeld. Wer weniger als 30 Monate Sozialversicherungspflichtig beschäftigt war, erhält ebenfalls (nur) bis zu einem Jahr Arbeitslosengeld I.

Die Höhe von Arbeitslosengeld I beträgt 60 % des letzten Arbeitsentgeldes, bei Kindergeldberechtigten 67 %.²

Zähltagkonzept und Realkonzept

In Kapitel 5 wird zum Thema Arbeitslosigkeit auf die Arbeitslosenstatistik zurückgegriffen. Der Arbeitslosenstatistik liegen Daten aus dem Vermittlungs-, Beratungs- und Informationssystem der Bundesagentur für Arbeit (BA) zugrunde. Sie folgt dem Zähltagkonzept³, d. h. Eingaben werden zum Zähltag mit zu diesem Zeitpunkt vorliegenden Informationen festgeschrieben.

In diesem Kapitel werden auch Auswertungen zur Grundsicherung für Erwerbsfähige und zu Leistungsbezügen auf Basis der sogenannten Leistungsstatistik der BA dargestellt. Im Focus dieser Statistik steht, welche Versicherungs- oder Transferleistung des Staates die arbeitslose oder nicht erwerbsfähige Person erhält. Die Daten zur Grundsicherung werden - ebenso wie die Daten zu Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung (Arbeitslosengeld I) - nach einer Wartezeit von 3 Monaten festgeschrieben; so können nachträgliche Bewilligungen aber auch rückwirkende Aufhebungen von Leistungen bei Änderungen von leistungsrechtlich relevanten Sachverhalten noch berücksichtigt werden. Die Grundsicherungsstatistik orientiert sich damit am Realkonzept.

1 Bundesagentur für Arbeit

2 Bundesagentur für Arbeit: „was? wie viel? wer?“ – Finanzielle Hilfen auf einen Blick, S.22-23, Nürnberg, Januar 2011

3 Mehr dazu in: „Zur Messung der Arbeitslosigkeit in der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II“, Methodenbericht, Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg, Januar 2008, S. 5-6.



Infolgedessen kommt es zu geringfügigen Abweichungen zwischen den Zahlen der Arbeitslosenstatistik und der Leistungsstatistik. Ein direkter Vergleich der Zahlen beider Statistiken ist daher nur eingeschränkt möglich. Er soll im vorliegenden Bericht dennoch erfolgen, um einen Überblick zu erhalten.

Erwerbsfähige Hilfebedürftige sind Erwerbsfähige zwischen vollendetem 15. und 65. Lebensjahr, die hilfebedürftig sind und ihren gewöhnlichen Aufenthalt in der Bundesrepublik haben. Als erwerbsfähig gilt gemäß § 8 SGB II, wer nicht durch Krankheit oder Behinderung auf absehbare Zeit außerstande ist, unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarkts mindestens drei Stunden täglich erwerbstätig zu sein. Hilfebedürftig ist gemäß § 9 SGB II, wer seine Eingliederung in Arbeit sowie seinen Lebensunterhalt und den Lebensunterhalt der mit ihm in Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen nicht oder nicht ausreichend aus eigenen Kräften und Mitteln, v.a. nicht durch Aufnahme einer zumutbaren Arbeit oder dem zu berücksichtigenden Einkommen oder Vermögen sichern kann und die erforderliche Hilfe auch nicht von anderen (Angehörige, andere Leistungsträger) erhält. Hierzu gehören z.B. auch Jugendliche unter 18 Jahren, die eine Schule besuchen und in einer Bedarfsgemeinschaft leben.

Eine **Bedarfsgemeinschaft (BG)** bezeichnet Personen, die im selben Haushalt leben und gemeinsam wirtschaften. Eine BG hat mindestens einen erwerbsfähigen Hilfebedürftigen. Außerdem zählen dazu weitere erwerbsfähige Hilfebedürftige, die im Haushalt lebenden Eltern oder der im Haushalt lebende Elternteil eines unverheirateten erwerbsfähigen Kindes, welches das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet hat und der im Haushalt lebende Partner dieses Elternteils, oder Partner des erwerbsfähigen Hilfebedürftigen, der nicht dauernd getrennt lebende Ehegatte, der nicht dauernd getrennt lebende Lebenspartner, eine Person, die mit dem erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in einem gemeinsamen Haushalt so zusammenlebt, dass nach verständiger Würdigung der wechselseitige Wille anzunehmen ist, Verantwortung füreinander zu tragen und füreinander einzustehen, die dem Haushalt angehörenden unverheirateten Kinder, wenn sie das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, soweit sie die Leistungen zur Sicherung ihres Lebensunterhaltes nicht aus eigenem Einkommen oder Vermögen beschaffen können. Der Begriff der BG ist enger gefasst als derjenige der Hausgemeinschaft. So zählen z.B. Großeltern und Enkelkinder sowie sonstige Verwandte und Verschwägte nicht zur Bedarfsgemeinschaft. Von jedem Mitglied der Bedarfsgemeinschaft wird erwartet, dass es sein Einkommen und Vermögen zur Deckung des Gesamtbedarfs aller Angehörigen der Bedarfsgemeinschaft einsetzt. (Ausnahme: minderjährige Kinder). Zweckgemeinschaften (wie z.B. Studenten-WGs) fallen nicht unter die Definition der Bedarfsgemeinschaft.

Sozialhilfe

Die heutige Sozialhilfe (SGB XII) umfasst sieben Bereiche unterschiedlicher Lebenslagen, in denen finanzielle und Beratungs- Leistungen gegeben werden (gelistet nach ihrer Anteilshierarchie an Personen in Heidelberg im Jahr 2009; zusätzlich: Prozentangaben der Anteile an Leistungen):

- Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (§§ 41 bis 46), mit einem Personenanteil von 42,8 % und einem Leistungsanteil von 22,5 %
- Hilfe zur Pflege (§§ 61 bis 66), mit einem Personenanteil von 21,4 % und einem Leistungsanteil von 26 %
- Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (§§ 53 bis 60), mit einem Personenanteil von 20,4 % und einem Leistungsanteil von 40,8 %



- Hilfen zur Gesundheit (§§ 47 bis 52), mit einem Personenanteil von 7,6 % und einem Leistungsanteil von 6,2 %
- Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten (§§ 67 bis 69) und Hilfe in anderen Lebenslagen (§§ 70 bis 74), zusammen mit einem Personenanteil von 3,9 % und einem Leistungsanteil von 1,1 %
- Hilfe zum Lebensunterhalt (§§ 27 bis 40), mit einem Personenanteil von 3 % und einem Leistungsanteil von 3,2 %
- Blindenhilfe mit einem Personenanteil von 0,8 % und einem Leistungsanteil von 0,2 %

Empfänger* von Grundsicherung im Alter und bei dauerhafter Erwerbsminderung am 31.12.2009 in Heidelberg nach Alter, Geschlecht und Staatsangehörigkeit

Altersklassen	Empfänger 2009 insgesamt		davon											
			Deutsche		davon				Ausländer		davon			
	absolut	in %	absolut	in %	weiblich	in %	männlich	in %	absolut	in %	weiblich	in %	männlich	in %
18 - 49 Jahre	182	15,1	167	91,8	77	46,1	90	53,9	15	8,2	6	40,0	9	60,0
50 - 64 Jahre	175	14,5	155	88,6	74	47,7	81	52,3	20	11,4	12	60,0	8	40,0
65 Jahre und älter	850	70,4	605	71,2	351	58,0	254	42,0	245	28,8	137	55,9	108	44,1
Insgesamt	1.207	100,0	927	76,8	502	54,2	425	45,8	280	23,2	155	55,4	125	44,6

* außerhalb von Einrichtungen

Quelle: Amt für Soziales und Senioren, Stadt Heidelberg

Einkommensgrenzen für den Heidelberg-Pass+

Haushaltstyp	Nettoeinkommensgrenze
Alleinstehende Senior/-in (ab dem 65. Lj.), Rentner/-in	1.215,00 Euro
2-Personenhaushalt (Allein- erziehend oder Rentner- ehepaar)	1.600,00 Euro
3-Personenhaushalt	1.985,00 Euro
4-Personenhaushalt	2.375,00 Euro
5-Personenhaushalt	2.755,00 Euro
6-Personenhaushalt	3.145,00 Euro
7-Personenhaushalt	3.530,00 Euro
Jede weitere Person	390,00 Euro

Quelle: Bürgeramt. Die gleichen Grenzen galten auch schon im Jahr 2001.

Zu Kapitel 6

Abgänger und Abgängerinnen insgesamt aus öffentlichen und privaten allgemeinbildenden und beruflichen Schulen¹⁾ in Heidelberg seit 2000/2001 nach Abschlussart
 Spaltenprozent inklusive Abendrealschule und Abendgymnasium

Schuljahr	2000/2001		2001/2002		2002/2003		2003/2004		2004/2005		2005/2006		2006/2007		2007/2008		2008/2009	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Ohne Hauptschulabschluss ²⁾	97	4,7	64	3,2	62	2,8	73	3,2	106	4,4	71	2,9	59	2,5	48	2,1	43	1,9
Mit Hauptschulabschluss	378	18,5	295	14,6	406	18,5	332	14,5	363	15,1	384	15,7	283	12,1	294	12,6	251	11,0
Mittlerer Abschluss	574	28,1	536	26,5	578	26,3	585	25,6	600	25,0	628	25,7	635	27,3	627	26,8	665	29,2
Fachhochschulreife ³⁾	193	9,4	315	15,6	256	11,7	430	18,8	426	17,8	409	16,7	393	16,9	360	15,4	366	16,1
Hochschulreife	801	39,2	813	40,2	892	40,7	869	38,0	904	37,7	953	39,0	960	41,2	1012	43,2	955	41,9
Abgänger/-innen insgesamt	2.043	100,0	2.023	100,0	2.194	100,0	2.289	100,0	2.399	100,0	2.445	100,0	2.330	100,0	2.341	100,0	2.280	100,0

1) Bei den Abgänger/-innen der beruflichen Schulen kann es sich auch um ehemalige Absolventen anderer allgemeinbildender Schulen handeln

2) einschließlich Schüler/-innen mit Abschluss der Geistigbehinderten-Schule und mit Abschlussszeugnis der Lernbehinderten Schule

3) ohne Vorbereitungskurse an Fachhochschulen

Quelle: Sonderabfrage Statistisches Landesamt, 2010

Abgängerinnen aus öffentlichen und privaten allgemeinbildenden und beruflichen Schulen¹⁾ in Heidelberg seit 2000/2001 nach Abschlussart
 Spaltenprozent inklusive Abendgymnasium und Abendrealschule

Schuljahr	2000/2001		2001/2002		2002/2003		2003/2004		2004/2005		2005/2006		2006/2007		2007/2008		2008/2009	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Ohne Hauptschulabschluss ²⁾	39	3,9	24	2,6	24	2,2	25	2,3	54	4,7	33	2,8	27	2,4	17	1,5	18	1,5
Mit Hauptschulabschluss	160	15,9	122	13,3	188	17,1	146	13,4	147	12,9	171	14,6	115	10,3	145	12,6	96	8,3
Mittlerer Abschluss	313	31,1	266	28,9	300	27,3	295	27,1	309	27,1	323	27,6	314	28,2	293	25,5	349	30,0
Fachhochschulreife ³⁾	78	7,8	95	10,3	101	9,2	138	12,7	133	11,7	143	12,2	138	12,4	135	11,7	167	14,4
Hochschulreife	416	41,4	412	44,8	485	44,2	486	44,6	498	43,6	499	42,7	521	46,7	561	48,7	532	45,8
Abgängerinnen insgesamt	1.006	100,0	919	100,0	1.098	100,0	1.090	100,0	1.141	100,0	1.169	100,0	1.115	100,0	1.151	100,0	1.162	100,0

1) Bei den Abgängerinnen der beruflichen Schulen kann es sich auch um ehemalige Absolventen anderer allgemeinbildender Schulen handeln

2) einschließlich Schülerinnen mit Abschluss der Geistigbehinderten-Schule und mit Abschlussszeugnis der Lernbehinderten Schule

3) ohne Vorbereitungskurse an Fachhochschulen

Quelle: Sonderabfrage Statistisches Landesamt, 2010

Abgänger und Abgängerinnen insgesamt aus öffentlichen und privaten allgemeinbildenden und beruflichen Schulen¹⁾ in Heidelberg seit 2000/2001 nach Abschlussart
Spaltenprozent ohne Abendrealschule und Abendgymnasium

Schuljahr	2000/2001		2001/2002		2002/2003		2003/2004		2004/2005		2005/2006		2006/2007		2007/2008		2008/2009	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Abschlussart																		
Ohne Hauptschulabschluss ²	97	4,9	64	3,2	62	2,9	73	3,3	106	4,5	71	3,0	59	2,6	48	2,1	43	1,9
Mit Hauptschulabschluss	378	19,0	295	14,9	406	19,0	332	14,8	363	15,5	384	16,1	283	12,4	294	12,8	251	11,3
Mittlerer Abschluss	553	27,8	523	26,4	567	26,5	571	25,5	591	25,2	617	25,8	624	27,4	614	26,8	650	29,2
Fachhochschulreife ³	193	9,7	315	15,9	256	12,0	430	19,2	426	18,2	409	17,1	393	17,2	360	15,7	366	16,4
Hochschulreife	767	38,6	783	39,5	851	39,7	837	37,3	860	36,7	907	38,0	922	40,4	973	42,5	919	41,2
Abgänger/-innen insgesamt	1.988	100,0	1.980	100,0	2.142	100,0	2.243	100,0	2.346	100,0	2.388	100,0	2.281	100,0	2.289	100,0	2.229	100,0

1) Bei den Abgänger/-innen der beruflichen Schulen kann es sich auch um ehemalige Absolventen anderer allgemeinbildender Schulen handeln

2) einschließlich Schüler/-innen mit Abschluss der Geistigbehinderten-Schule und mit Abschluszeugnis der Lernbehinderten Schule
3) ohne Vorbereitungskurse an Fachhochschulen

Quelle: Sonderabfrage Statistisches Landesamt, 2010

Ausländische Abgänger/-innen aus öffentlichen und privaten allgemeinbildenden und beruflichen Schulen¹⁾ in Heidelberg seit 2000/2001 nach Abschlussart
Spaltenprozent ohne Abendrealschule und Abendgymnasium

Schuljahr	2000/2001		2001/2002		2002/2003		2003/2004		2004/2005		2005/2006		2006/2007		2007/2008		2008/2009	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Abschlussart																		
Ohne Hauptschulabschluss ²	23	10,8	16	7,5	15	6,5	25	11,2	28	11,5	27	10,8	26	11,1	14	6,0	17	8,0
Mit Hauptschulabschluss	77	36,2	73	34,3	99	43,0	61	27,2	85	35,0	82	32,9	69	29,5	74	31,6	64	30,2
Mittlerer Abschluss	61	28,6	68	31,9	50	21,7	70	31,3	63	25,9	61	24,5	77	32,9	80	34,2	78	36,8
Fachhochschulreife ³	23	10,8	24	11,3	22	9,6	24	10,7	28	11,5	36	14,5	24	10,3	27	11,5	24	11,3
Hochschulreife	29	13,6	32	15,0	44	19,1	44	19,6	39	16,0	43	17,3	38	16,2	39	16,7	29	13,7
Abgänger/-innen insgesamt	213	100,0	213	100,0	230	100,0	224	100,0	243	100,0	249	100,0	234	100,0	234	100,0	212	100,0

1) Bei den Abgänger/-innen der beruflichen Schulen kann es sich auch um ehemalige Absolventen anderer allgemeinbildender Schulen handeln

2) einschließlich Schüler/-innen mit Abschluss der Geistigbehinderten-Schule und mit Abschluszeugnis der Lernbehinderten Schule
3) ohne Vorbereitungskurse an Fachhochschulen

Quelle: Sonderabfrage Statistisches Landesamt, 2010

Da ausländische Abgänger/-innen aus der Abendrealschule und dem Abendgymnasium erst ab dem Schuljahr 2007/2008 gesondert ausgewiesen werden, sind Abgänger/-innen aus diesen Institutionen bei den Tabellen auf dieser Seite nicht enthalten. Dadurch ergibt sich eine etwas geringere Grundgesamtheit aller Schulabgänger/-innen.

Abgänger und Abgängerinnen insgesamt aus öffentlichen und privaten allgemeinbildenden und beruflichen Schulen¹⁾ in Heidelberg seit 2000/2001 nach Geschlecht
 Zeilenprozent inklusive Abendschule und Abendgymnasium

Schuljahr	2000/2001						2001/2002						2002/2003					
	insgesamt			davon			insgesamt			davon			insgesamt			davon		
	absolut	weiblich	in %	absolut	männlich	in %	absolut	weiblich	in %	absolut	männlich	in %	absolut	weiblich	in %	absolut	männlich	in %
Abschlussart																		
Ohne Hauptschulabschluss ²⁾	97	39	40,2	58	59,8		64	24	37,5	40	62,5		62	24	38,7	38	61,3	
Mit Hauptschulabschluss	378	160	42,3	218	57,7		295	122	41,4	173	58,6		406	188	46,3	218	53,7	
Mittlerer Abschluss	574	313	54,5	261	45,5		536	266	49,6	270	50,4		578	300	51,9	278	48,1	
Fachhochschulreife ³⁾	193	78	40,4	115	59,6		315	95	30,2	220	69,8		256	101	39,5	155	60,5	
Hochschulreife	801	416	51,9	385	48,1		813	412	50,7	401	49,3		892	485	54,4	407	45,6	
Abgänger insgesamt	2043	1006	49,2	1037	50,8		2023	919	45,4	1104	54,6		2194	1098	50,0	1096	49,0	

Schuljahr	2003/2004						2004/2005						2005/2006					
	insgesamt			davon			insgesamt			davon			insgesamt			davon		
	absolut	weiblich	in %	absolut	männlich	in %	absolut	weiblich	in %	absolut	männlich	in %	absolut	weiblich	in %	absolut	männlich	in %
Abschlussart																		
Ohne Hauptschulabschluss ²⁾	73	25	34,2	48	65,8		106	54	50,9	52	49,1		71	33	46,5	38	53,5	
Mit Hauptschulabschluss	332	146	44,0	186	56,0		363	147	40,5	216	59,5		384	171	44,5	213	55,5	
Mittlerer Abschluss	585	295	50,4	290	49,6		600	309	51,5	291	48,5		628	323	51,4	305	48,6	
Fachhochschulreife ³⁾	430	138	32,1	292	67,9		426	133	31,2	293	68,8		409	143	35,0	266	65,0	
Hochschulreife	869	486	55,9	383	44,1		904	498	55,1	406	44,9		953	499	52,4	454	47,6	
Abgänger insgesamt	2289	1090	47,6	1199	52,4		2399	1141	47,6	1258	52,4		2445	1169	47,8	1276	52,2	

Schuljahr	2006/2007						2007/2008						2008/2009					
	insgesamt			davon			insgesamt			davon			insgesamt			davon		
	absolut	weiblich	in %	absolut	männlich	in %	absolut	weiblich	in %	absolut	männlich	in %	absolut	weiblich	in %	absolut	männlich	in %
Abschlussart																		
Ohne Hauptschulabschluss ²⁾	59	27	45,8	32	54,2		48	17	35,4	31	64,6		43	18	41,9	25	58,1	
Mit Hauptschulabschluss	283	115	40,6	168	59,4		294	145	49,3	149	50,7		251	96	38,2	155	61,8	
Mittlerer Abschluss	635	314	49,4	321	50,6		627	293	46,7	334	53,3		665	349	52,5	316	47,5	
Fachhochschulreife ³⁾	393	138	35,1	255	64,9		360	135	37,5	225	62,5		366	167	45,6	199	54,4	
Hochschulreife	960	521	54,3	439	45,7		1012	561	55,4	451	44,6		955	532	55,7	423	44,3	
Abgänger insgesamt	2330	1115	47,9	1215	52,1		2341	1151	49,2	1190	50,8		2280	1162	51,0	1118	49,0	

1) Bei den Abgängern der beruflichen Schulen kann es sich auch um ehemalige Absolventen anderer allgemeinbildenden Schulen handeln.

2) Einschließlich Schüler mit Abschluss der Geistigbehinderten-Schule und mit Abschlusszeugnis der Lernbehinderten-Schule.

3) Ohne Vorbereitungskurse an Fachhochschulen.

Quelle: Sonderabfrage Statistisches Landesamt, 2010

Abgänger und Abgängerinnen insgesamt aus öffentlichen und privaten allgemeinbildenden und beruflichen Schulen ¹⁾ in Heidelberg seit 2000/2001 nach Nationalität
 Zeilenprozent ohne Abendrealschule und Abendgymnasium

Schuljahr Abschlussart	2000/2001						2001/2002						2002/2003					
	insgesamt			davon			insgesamt			davon			insgesamt			davon		
	deutsch			Ausländer			deutsch			Ausländer			deutsch			Ausländer		
	absolut	in %	in %	absolut	in %	in %	absolut	in %	in %	absolut	in %	in %	absolut	in %	in %	absolut	in %	in %
Ohne Hauptschulabschluss ²	97	74	76,3	23	23,7	23	64	48	75,0	16	25,0	16	62	47	75,8	15	24,2	15
Mit Hauptschulabschluss	378	301	79,6	77	20,4	77	295	222	75,3	73	24,7	73	406	307	75,6	99	24,4	99
Mittlerer Abschluss	553	492	89,0	61	11,0	61	523	455	87,0	68	13,0	68	567	517	91,2	50	8,8	50
Fachhochschulreife ³	193	170	88,1	23	11,9	23	315	291	92,4	24	7,6	24	256	234	91,4	22	8,6	22
Hochschulreife	767	738	96,2	29	3,8	29	783	751	95,9	32	4,1	32	851	807	94,8	44	5,2	44
Abgänger insgesamt	1988	1775	89,3	213	10,7	213	1980	1767	89,2	213	10,8	213	2142	1912	89,3	230	10,7	230

Schuljahr Abschlussart	2003/2004						2004/2005						2005/2006					
	insgesamt			davon			insgesamt			davon			insgesamt			davon		
	deutsch			Ausländer			deutsch			Ausländer			deutsch			Ausländer		
	absolut	in %	in %	absolut	in %	in %	absolut	in %	in %	absolut	in %	in %	absolut	in %	in %	absolut	in %	in %
Ohne Hauptschulabschluss ²	73	48	65,8	25	34,2	25	106	78	73,6	28	26,4	28	71	44	62,0	27	38,0	27
Mit Hauptschulabschluss	332	271	81,6	61	18,4	61	363	278	76,6	85	23,4	85	384	302	78,6	82	21,4	82
Mittlerer Abschluss	571	501	87,7	70	12,3	70	591	528	89,3	63	10,7	63	617	556	90,1	61	9,9	61
Fachhochschulreife ³	430	406	94,4	24	5,6	24	426	398	93,4	28	6,6	28	409	373	91,2	36	8,8	36
Hochschulreife	837	793	94,7	44	5,3	44	860	821	95,5	39	4,5	39	907	864	95,3	43	4,7	43
Abgänger insgesamt	2243	2019	90,0	224	10,0	224	2346	2103	89,6	243	10,4	243	2388	2139	89,6	249	10,4	249

Schuljahr Abschlussart	2006/2007						2007/2008						2008/2009					
	insgesamt			davon			insgesamt			davon			insgesamt			davon		
	deutsch			Ausländer			deutsch			Ausländer			deutsch			Ausländer		
	absolut	in %	in %	absolut	in %	in %	absolut	in %	in %	absolut	in %	in %	absolut	in %	in %	absolut	in %	in %
Ohne Hauptschulabschluss ²	59	33	55,9	26	44,1	26	48	34	70,8	14	29,2	14	43	26	60,5	17	39,5	17
Mit Hauptschulabschluss	283	214	75,6	69	24,4	69	294	220	74,8	74	25,2	74	251	187	74,5	64	25,5	64
Mittlerer Abschluss	624	547	87,7	77	12,3	77	614	534	87,0	80	13,0	80	650	572	88,0	78	12,0	78
Fachhochschulreife ³	393	369	93,9	24	6,1	24	360	333	92,5	27	7,5	27	366	342	93,4	24	6,6	24
Hochschulreife	922	884	95,9	38	4,1	38	973	934	96,0	39	4,0	39	919	890	96,8	29	3,2	29
Abgänger insgesamt	2281	2 047	89,7	234	10,3	234	2289	2055	89,8	234	10,2	234	2229	2017	90,5	212	9,5	212

¹⁾ Bei den Abgängern der beruflichen Schulen kann es sich auch um ehemalige Absolventen anderer allgemeinbildenden Schulen handeln.

²⁾ Einschließlich Schüler mit Abschluss der Geistigbehinderten-Schule und mit Abschluszeugnis der Lernbehinderten-Schule.

³⁾ Ohne Vorbereitungskurse an Fachhochschulen.

Quelle: Sonderabfrage Statistisches Landesamt, 2010

Da ausländische Abgänger/-innen aus der Abendrealschule und dem Abendgymnasium erst ab dem Schuljahr 2007/2008 gesondert ausgewiesen werden, sind Abgänger/-innen aus diesen Institutionen bei den Tabellen auf dieser Seite nicht enthalten. Dadurch ergibt sich eine etwas geringere Grundgesamtheit aller Schulabgänger/-innen.



Zu Kapitel 7

Kinderzuschlag

Der Kinderzuschlag wurde Anfang 2005 von der Bundesregierung (§ 6a Bundeskindergeldgesetz) zusammen mit der Grundsicherung für Arbeitssuchende eingeführt. Er ist als „Kombileistung“ für den Niedriglohnsektor ausgelegt. (BT- Drucksache 16/4670) und soll verhindern, dass Familien „nur“ auf Grund ihrer Kinder gezwungen sind, Grundsicherung für Arbeitssuchende in Anspruch zu nehmen.

Maximal 140 Euro pro Kind und Monat werden von der Familienkasse zusätzlich zum Kindergeld ausbezahlt. Kinderzuschlag und Grundsicherung schließen sich aus. Der Kinderzuschlag unterstützt - als Angebot an Erwerbstätige - die Erwerbstätigkeit der Eltern. Er wird für maximal 36 Monate für im Haushalt lebende kindergeldberechtigte Kinder gezahlt.

Voraussetzung für den Kinderzuschlag ist, dass die Eltern über ein Einkommen und Vermögen verfügen, das es ihnen zwar ermöglicht, ihr eigenes Existenzminimum, nicht aber das ihrer minderjährigen Kinder zu decken. Der Kinderzuschlag ist eine Sozialleistung und wird ausschließlich von den örtlich zuständigen Familienkassen der Bundesagentur für Arbeit festgesetzt. Die aktuellen Regelungen sind in einem Merkblatt unter www.kinderzuschlag.de zu finden.

Gesamteinkommen beim Wohngeld ist die Summe der Jahreseinkommen der zum Haushalt rechnenden Familienmitglieder abzüglich bestimmter Frei- und Abzugsbeträge. Kindergeld bleibt dabei außer Betracht. Monatliches Gesamteinkommen ist der zwölfte Teil des Gesamteinkommens.

Wohnungsgemeinschaft

Gesamtheit der in einem Haushalt zusammen lebenden Personen, sie umfasst die Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft sowie alle mit dieser zusammen haushaltenden Personen. Damit gelten im Haushalt wohnende Verwandte, die nicht Mitglied der Bedarfsgemeinschaft sind, als Mitglieder der Wohnungsgemeinschaft. Im Rahmen des SGB II wird hier auch von Haushaltsgemeinschaften gesprochen (Bundesagentur für Arbeit, Glossar zur Wohn- und Kostensituation).



Quellenverzeichnis

Amtliche Sozialberichterstattung unter <http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de>; Ergebnisse des Mikrozensus, IT. NRW

Bundesagentur für Arbeit: „was? wie viel? wer?“ - Finanzielle Hilfen auf einen Blick, Nürnberg, Januar 2011

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) (Hrsg.): Versorgungsmedizinische Grundsätze, Berlin 2009

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) (Hrsg.): Ratgeber für Menschen mit Behinderung, Berlin 2010

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR): „Soziale Absicherung des Wohnens - Vergleich, Schnittstellen und Harmonisierungsansätze der Systeme“, Information im Internet unter: <http://www.bbsr.bund.de> > Wohnen und Immobilien > Rahmenbedingungen und Instrumente > Forschungsprojekte

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Neue Wege – Gleiche Chancen Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebenslauf, Erster Gleichstellungsbericht, Gutachten der Sachverständigenkommission, Berlin, Juni 2011

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung BMVBS (Hrsg.): Flyer „Die Wohngeldreform zum 1. Januar 2009“, Information im Internet unter: <http://www.bmvbs.de> > Bauen und Wohnen > Wohnraumförderung > Wohngeld

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) Berlin und Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), Bonn (Hrsg.): Kosten der Unterkunft und die Wohnungsmärkte. Schriftenreihe Forschungen Heft 142, Bonn 2009

Burger, Franz: Wohngelderhöhung kostet voraussichtlich ca. 30 Mill. Euro jährlich, in: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 8/2008, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Cramer, Ulla: Fachkräfte im Fokus, IHK-Magazin Rhein Neckar 01/2011

Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode, Unterrichtung der Bundesregierung: Lebenslagen in Deutschland- Dritter Armuts- und Reichtumsbericht, Drucksache 16/9915 vom 30.6.2008

Demel, Jutta: Allgemeinbildende Schulabschlüsse an beruflichen Schulen gewinnen immer größere Bedeutung, in: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 7/2008, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Duschek, Klaus-Jürgen und andere: Wohngeld in Deutschland 2009, in: Wirtschaft und Statistik, Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Januar 2011

Ehrhardt, Christine; Zähle, Tanja: 5 Jahre Kinderland Baden-Württemberg, eine Zwischenbilanz, in: Statistisches Monatsheft 11/2010



Hanesch, Walter: Die Zukunft der Sozialen Stadt, Wiesbaden 2010

Huss, Elmar: MOSAIC Milieus® für München, Neue Möglichkeiten für Analyse, Planung und Steuerung in: Münchner Statistik, 4. Quartalsheft, Jahrgang 2006

Krentz, Ariane: Armutsgefährdung in Baden-Württemberg in: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 1/2011

Lauxen-Ulbrich, Maria; Berwing, Stefan: Exemplarische Auswertung und Interpretation der Daten für den Stadtkreis Heidelberg aus dem Projekt „Geschlechterdifferenzierende Arbeitsmarktanalyse“, herausgegeben vom Institut für Mittelstandsforschung, Universität Mannheim, Februar 2010

Landeshauptstadt Hannover (Hrsg.): Lagebericht zur Stadtentwicklung 2009, Schriften zur Stadtentwicklung Band 108, September 2010

Schulten, Thorsten: Guter Lohn für gute Rente aus: WSI Diskussionspapier Nr. 164, Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf, 2009

Statistisches Bundesamt: Pressemitteilung Nr. 31 vom 25.1.2011

Statistisches Bundesamt: Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA 2009, Information im Internet unter: <http://www.destatis.de>

Statistik der Bundesagentur für Arbeit: Dokumentation, Ermittlung der Bezugsgröße zur Berechnung der Arbeitslosenquote 2007, Nürnberg 2007

Statistik der Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt in Zahlen, Report für Kreise und kreisfreie Städte Heidelberg, Heidelberg Stadt, Nürnberg, Dezember 2009 März 2010 und März 2011

Statistik der Bundesagentur für Arbeit: Bewerber und Berufsausbildungsstellen, Heidelberg Stadt, Nürnberg, September 2009

Statistik der Bundesagentur für Arbeit: Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II, Wohn- und Kostensituation in den Regionen, Region: Heidelberg Stadt, Nürnberg, Dezember 2009

Statistik der Bundesagentur für Arbeit: Statistik der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II, Report für Kreise und kreisfreie Städte, Heidelberg Stadt, Nürnberg 2009, Dezember 2009

Statistik der Bundesagentur für Arbeit: Arbeitslosenstatistik, Erweiterung der Berichterstattung über Arbeitslosenquoten, Methodenbericht, Nürnberg, Januar 2009, März 2010 und März 2011

Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Wohn- und Kostensituation in den Regionen, Bundesbericht, Dezember 2009

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: Statistische Berichte Baden-Württemberg, Unterricht und Bildung, BI1-j/08



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hrsg.): Statistische Berichte Baden-Württemberg, Wohngeld- und Wohngeldempfänger in Baden-Württemberg am 31.12.2009, K VII 1 - j/2009, Stuttgart 2010

Schriften der Stadtverwaltung

Stadt Heidelberg - Amt für Stadtentwicklung und Statistik (Hrsg.): Integriertes Handlungskonzept Emmertsgrund, - Teil 1 der Fortschreibung „Zwischenbilanz 1999-2011“, Bestandsaufnahme, Entwicklung und Bewertung, Heidelberg 2011

Stadt Heidelberg - Amt für Stadtentwicklung und Statistik (Hrsg.): Statistische Kurzmitteilung Nr. 46 Familien in Heidelberg - Zahlen, Daten, Fakten, Heidelberg 2010

Stadt Heidelberg - Amt für Stadtentwicklung und Statistik (Hrsg.): Heidelberg-Studie 2009 – Leben und Politik in Heidelberg, Heidelberg Februar 2010

Stadt Heidelberg - Amt für Schule und Bildung (Hrsg.): Schulbericht 2009/2010, Heidelberg 2010

Stadt Heidelberg - Bürgeramt, Amt für Stadtentwicklung und Statistik (Hrsg.) Heidelberger Migrantenstudie 2008, Heidelberg 2009

Stadt Heidelberg - Amt für Stadtentwicklung und Statistik (Hrsg.), Bericht zur Sozialen Lage in Heidelberg, Heidelberg 2008

Drucksachen

DS 0002/2011/IV: Anträge zum Haushaltsplan 2011/2012, Änderungsantrag A06 Nr. 216

DS 0324/2010/BV: Förderung von Kindern durch Angebot von kostenlosem Mittagessen in Kindertagesstätten im Rahmen des Heidelberg-Pass +

DS 0152/2010/IV: Erfahrungen mit der Beitragsfreiheit im letzten Kindergartenjahr

DS 0017/2010/BV_AMR: Mit allen für alle - Kommunaler Integrationsplan der Stadt Heidelberg, Anlage 1

DS 0151/2010/BV: Bedarfsorientierte Weiterentwicklung der Wohnungslosenhilfe in Heidelberg; Angebot für Wohnungslose Frauen

DS 0212/2009/BV: Heidelberg-Pass, Neukonzeption und Bereitstellung überplanmäßiger Mittel

DS 0079/2008/IV: Handlungsprogramm gegen Armut und soziale Ausgrenzung - Sachstand

DS 0076/2007/BV: GGH Strategie

DS 0232/2006/BV: Demografischer Wandel in Heidelberg - Handlungskonzept

